

Heidelberg



Integrations- und Gendermonitoring

Die Lebenssituation von
Frauen und Männern
in Heidelberg

2013

www.heidelberg.de

Integrations- und **Gendermonitoring**

Die Lebenssituation von
Frauen und Männern
in Heidelberg

2013

Inhalt

Integrations- und gleichstellungspolitische Bestandsaufnahme	7
Inventory of Integration and Gender Equality	11
Einleitung	15
Introduction.....	19
Formen des Zusammenlebens.....	23
Schule und Bildung	49
Erwerbsarbeit und Einkommen	89
Work-Life-Balance	133
Gesundheit	147
Diskriminierung und Gewalt.....	163
Politische Partizipation	179
Interkulturelle und gleichstellungspolitische Öffnung der Verwaltung.....	199

Politik braucht Daten

Das vorgelegte statistische Material soll es erleichtern, den Stand der Einlösung unserer integrations- und gleichstellungspolitischen Selbstverpflichtungen einzuschätzen, wie wir sie mit dem kommunalen Integrationsplan und den Aktionsplänen zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene verfolgen. Es soll helfen, gemeinsam entsprechende Konsequenzen zu ziehen.



Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner



Bürgermeister
Wolfgang Erichson

Integrations- und gleichstellungspolitische Bestandsaufnahme

Mit dieser Bestandsaufnahme integrations- und gleichstellungspolitisch relevanter Daten will die Stadt Heidelberg Informationen für eine interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und ein Angebot für engagierte Menschen in Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft machen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und gleiche Chancen für Zugewanderte einsetzen. Das vorgelegte statistische Material soll es erleichtern, den Stand der Einlösung unserer integrations- und gleichstellungspolitischen Selbstverpflichtungen einzuschätzen, wie wir sie mit dem kommunalen Integrationsplan und den Aktionsplänen zur Umsetzung der "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" verfolgen. Es soll helfen, gemeinsam entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Dieses Anliegen berührt alle Bereiche des Zusammenlebens und kann dennoch nur mit einer zu bewältigenden Auswahl an Daten untersucht werden, erst recht, wenn es darum geht, die Grundlage für ein kontinuierliches Monitoring zu schaffen, das in Abständen eine regelmäßige Überprüfung erlaubt.

Die gewählten Indikatoren orientieren sich überwiegend an bereits etablierten Monitoring-Systemen. Dabei entsprechen sie gezielt dem grundsätzlichen Anliegen, Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie für Zugewanderte gemeinsam zu verfolgen. Dieses Vorgehen stimmt mit einem politischen Selbstverständnis überein, Frauen und Männer, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, verbunden zu sehen in dem gemeinsamen Interesse an gleichberechtigter Teilhabe an allen Bereichen und Möglichkeiten unseres Zusammenlebens – in Anerkennung ihrer tatsächlichen Vielfalt und Verschiedenheit.

Schon dieser Ansatz macht deutlich, dass das ausgesuchte Daten-Set für Anpassungen und Weiterentwicklungen in die Richtung eines Vielfalts-, Teilhabe- oder Chancengleichheits-Monitorings offen ist.

Die Ergebnisse des Monitorings zeigen, dass, angesichts veränderter Geschlechterverhältnisse, verstärkter Migrationsprozesse, demografischer Veränderungen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, dem kompetenten Umgang mit der tatsächlichen Vielfalt von Lebens- und Arbeitsstilen, Sprachen und Werten, Lebenslagen und Potenzialen in der Bevölkerung Heidelbergs eine besondere Bedeutung zukommt. Um zentrale Werte wie den sozialen Zusammenhalt, die gleichberechtigte Teilhabe, das demokratische Handeln und die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt für möglichst viele Talente zu stärken, wird die Vertiefung eines konsequenten zielgruppensensiblen Managements immer wichtiger. Ein Weg, den wir bei unserer zukünftigen Arbeit noch gezielter verfolgen wollen.

Darüber hinaus zeigt sich, dass alle untersuchten Themenfelder nach wie vor unserer proaktiven Aufmerksamkeit bedürfen. Welche Handlungsspielräume auf der Basis der Einzelergebnisse dafür von den Fachämtern und von den Expertinnen und Experten in den Schlüsseleinrichtungen Heidelbergs gesehen werden, soll im nächsten Jahr in einem gemeinsamen Prozess erarbeitet werden. Geplant ist, dem Gemeinderat zum nächsten Haushalt Vorschläge für geeignete Zielvereinbarungen und dazu passende Projekte vorzulegen.

Unser Dank gilt allen, die dieses Sensibilisierungs- und Controlling-Instrument unter Federführung des Amtes für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg gemeinsam erarbeitet haben, insbesondere dem Institut für Mittelstandsforschung (ifm) der Universität Mannheim, dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg.



Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner



Bürgermeister Wolfgang Erichson

Policies Require Data

The presented statistical material is to make it easier to judge how far we have come with the fulfilment of our self-commitment as to integration and gender equality which we pursue through the Local Integration Plan and the Action Plans for the implementation of the European Charter for Equality of Women and Men in Local Life. It aims to help us jointly draw the appropriate conclusions.



Mayor Dr. Eckart Würzner

Inventory of Integration and Gender Equality

With this inventory of data relevant to integration and gender equality policy, the City of Heidelberg wants to provide the interested public with information and to make a resource available to dedicated people in politics, administration and urban society who advance gender equality and equal opportunities for migrants. The statistical material presented is to make it easier to judge how far we have come with the fulfilment of our self-commitment as to integration and gender equality which we pursue with the Local Integration Plan and the Action Plans for the implementation of the European Charter for Equality of Women and Men in Local Life. It aims to help us to jointly draw the appropriate conclusions.



Deputy Mayor Wolfgang Erichson

This issue touches all aspects of coexistence but can still be examined with a manageable amount of data only, and even more so when it comes to creating the basis for continuous monitoring that allows regular reviews.

The indicators chosen were mainly based on already established monitoring systems. They correspond specifically to the fundamental concern to pursue equal opportunities for women, men and migrants together. This approach is consistent with a political self-awareness that sees women and men, whether or not they are migrants, united in their common interest in equal participation in all areas and possibilities of our coexistence – in recognition of their actual diversity and difference.

This approach makes it clear that the selected set of data is open for adjustments and development in the direction of diversity, participation or equal opportunity monitoring.

The results of the monitoring show that, given changed gender relations, increased migration processes, demographic changes and changes in the labour market, dealing competently with actual diversity in life and work styles, languages and values, life situations and potentials within the population of Heidelberg is of particular importance. In order to strengthen core values such as social cohesion, equal participation, democratic action and economic attractiveness of the city for as many talents as possible, a consistent target group sensitive management becomes more and more important. This is a track which we want to pursue in a more targeted way in our future work.

Furthermore, this shows that all examined areas still require our proactive attention. The scope of action which the Heidelberg City Offices and the experts in Heidelberg's key institutions derive from the individual results is to be developed next

year in a joint process. It is planned to submit to the City Council proposals for suitable target agreements and corresponding projects for the next budget.

We would like to thank all the people who jointly developed this awareness and monitoring instrument under the coordination of the Office of Equal Opportunities of the City of Heidelberg, in particular the Institute for Small and Medium-Sized Enterprises of the University of Mannheim (ifm), the Baden-Wuerttemberg Statistical Office and the Office of City Development and Statistics of the City of Heidelberg.



Mayor Dr. Eckart Würzner



Deputy Mayor Wolfgang Erichson

Leben in Heidelberg

Untersucht wurden die Themenfelder:

- Formen des Zusammenlebens
- Schule und Bildung
- Erwerbsarbeit und Einkommen
- Work-Life-Balance
- Gesundheit
- Diskriminierung und Gewalt
- Politische Partizipation
- Interkulturelle und gleichstellungspolitische Öffnung der Verwaltung



Dörthe Domzig, Leiterin des Amtes für Chancengleichheit

Einleitung

Das in diesem Bericht ausgearbeitete Monitoring-System basiert auf dem Entwurf eines Indikatorensets, das am 18.12.2012 (Drucksache 0197/2012/IV) in öffentlicher Sitzung vom Heidelberger Gemeinderat zur Kenntnis genommen und zuvor in Abstimmung mit den Fachämtern erarbeitet wurde. Als Datenbasis dienten amtliche Statistiken und Sonderauswertungen, die durch eigene Befragungen ergänzt werden konnten.

Untersucht wurde die Situation in den Themenfeldern:

- Formen des Zusammenlebens
- Schule und Bildung
- Erwerbsarbeit und Einkommen
- Work-Life-Balance
- Gesundheit
- Diskriminierung und Gewalt
- Politische Partizipation
- Interkulturelle und gleichstellungspolitische Öffnung der Verwaltung.

Nicht alle gewünschten Indikatoren konnten von uns auch tatsächlich abgebildet werden. Viele Daten waren entweder nicht verfügbar oder hätten nur unter großem zusätzlichem finanziellem, personellem und zeitlichem Aufwand erhoben werden können, was angesichts der vorhandenen Ressourcen nicht möglich war. Diese Problematik betraf insgesamt 26 Indikatoren. Entgegen der Ursprungsfassung wurde ein Themenfeld (Wohnen) aufgrund zu geringer Datenverfügbarkeit gestrichen und die teils vorhandenen Daten anderen Themenfeldern zugeordnet. Im Verlauf des weiteren Bearbeitungsprozesses ergaben sich aufgrund der mangelnden Aussagekraft gewonnener Ergebnisse in Einzelfällen darüber hinaus zusätzliche Abstriche am vorhandenen Indikatorenbestand, weitere Indikatoren wurden aus Praktikabilitätsgründen zusammengefasst. Eine strukturelle Einbindung der Merkmale Geschlecht und Herkunft in ökonomische, soziale oder andere Zusammenhänge war aus oben genannten Gründen bislang nicht zu leisten.

Um die Ausgangssituation zu verbessern, sollte in Abständen überprüft werden, ob sich die Datenlage geändert hat, zum anderen könnte künftig daran gearbeitet werden, durch Vertiefungs- oder Ergänzungsstudien den eigenen Datenbestand weiter auszubauen. Diese könnten auch dazu beitragen, die Ursachen für die erfassten Entwicklungen tatsächlich zu identifizieren und auch die subjektiven Sichtweisen der Heidelberger Bevölkerung zu berücksichtigen.

Das Daten-Set wurde in maßgeblicher Kooperation mit dem Institut für Mittelforschung (ifm) der Universität Mannheim und dem Amt für Statistik und Stadtentwicklung der Stadt Heidelberg erstellt, die zudem als wichtige Ansprechpartner sowohl bei methodischen als auch bei datenspezifischen Fragen dienen.

Ergänzend wurden Daten vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg sowie vom Statistik-Service Südwest der Bundesagentur für Arbeit bezogen.

Bei dem vorgelegten Datenreport ist die (jeweils ausgewiesene) Unterschiedlichkeit bei der Verwendung des Begriffs des „Migrationshintergrundes“ zu berücksichtigen. Die in den amtlichen Statistiken bislang gebräuchliche Erfassung integrationsrelevanter Daten über das Merkmal der „Staatsangehörigkeit“ wird den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr gerecht, da ein großer Teil der Zugewanderten bzw. deren Nachkommen mittlerweile über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt, z. B. durch Einbürgerung, durch Geburt nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht oder als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Um den Stand der Integration besser abbilden zu können, wurde mit dem Mikrozensus¹ 2005 daher erstmals das alternative Konzept der Erfassung des „Migrationshintergrundes“ eingeführt, das sich seither in den amtlichen Statistiken der Länder und des Bundes weitgehend etabliert hat. Auch im vorliegenden Bericht werden die Daten deshalb nach Möglichkeit anhand des Merkmals des „Migrationshintergrundes“ ausgewiesen. Dem liegt die offizielle Definition des Statistischen Bundesamtes zugrunde, wonach zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen:

- all jene, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind,
- alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer,
- alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborenen mit zumindest einem zugezogenen oder als AusländerIn in Deutschland geborenen Elternteil.²

Insgesamt war jedoch mit einer uneinheitlichen Datenlage umzugehen, die nicht immer auf einer einheitlichen Definition des „Migrationshintergrundes“ beruhte. Denn je nach amtlicher Datenquelle kann dieser teilweise unterschiedlich definiert werden. So weichen etwa die im Rahmen der Einschulungsuntersuchung durch die Gesundheitsämter erhobenen Daten zu Kindern mit Migrationshintergrund von der vom Statistischen Bundesamt vorgeschlagenen Version ab.³ Gleiches gilt für die Zahlen aus der Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen.

Nicht alle Indikatoren konnten darüber hinaus für den Kreis der Personen mit Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Wo eine Auswertung auf dieser Grundlage nicht möglich war, musste in vielen Fällen auf die „Staatsangehörigkeit“ als Hilfskonstruktion zurückgegriffen werden, um dennoch zu verwertbaren Ergebnissen zu gelangen. Die dabei erhobenen Daten beziehen sich daher nur auf die Heidelberger Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit und können die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund nicht in ihrer Gesamtheit abbilden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Tatverdächtigen und der Kriminalitätsoffer, aber auch für die Zahlen zu den Heidelberger Haushalten oder zu den Eheschließungen bzw. Lebenspartnerschaften. Vor allem gilt dies jedoch für die Zahlen der amtlichen Schulstatistik und für die Daten

aus der Beschäftigungs- und Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, die im Untersuchungszeitraum noch keine Daten zum Migrationshintergrund auswiesen.

Um die tatsächlichen Lebenslagen erkennbar machen zu können, ist es unverzichtbar, sich bei diesem Bericht sprachlich an die amtlichen Vorgaben zu halten. Politische Bemühungen, durch die umgangssprachliche Vermeidung des Ausdrucks „Migrationshintergrund“ einen Beitrag zur Überwindung von Integrationshemmnissen zu leisten, sind im hier gewählten Kontext kontraproduktiv.

Im Folgenden wird jedes Kapitel mit einer allgemeinen Einführung in das jeweilige Schwerpunktthema und mit einer Kurzfassung der dabei ermittelten Ergebnisse eingeleitet. Dem folgen eine grafische Darstellung der Indikatoren sowie eine ausführlichere indikatorenbezogene Beschreibung der Einzelergebnisse und Entwicklungen.



Dörthe Domzig, Leiterin des Amtes für Chancengleichheit

1 Der Mikrozensus ist die jährliche amtliche Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung mit einem Auswahlsatz von 1%. Er wird gemeinschaftlich vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Die Teilnahme an der Befragung ist verpflichtend.
2 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2007, S. 6.
3 Der „Migrationshintergrund“ wird danach definiert durch das Vorliegen einer anderen Staatsangehörigkeit, einer erfolgten Einbürgerung oder einem ausweisbaren AussiedlerInnenstatus. Im Gegensatz zur Definition des Statistischen Bundesamtes nicht erfasst werden somit Kinder, deren Eltern zugewandert sind und bei denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Life in Heidelberg

The following areas were examined:

- Forms of home life
- Schools and education
- Paid work and income
- Work life balance
- Health
- Discrimination and violence
- Political participation
- Intercultural and gender equality opening of administration



Dörthe Domzig, Director Office of Equal Opportunities

Introduction

The monitoring system described in this report is based on a draft set of indicators that was established in consultation with the Offices and taken note of by the Heidelberg City Council on 18 December 2012 (Drucksache 0197/2012/IV) in public session. Official statistics and special evaluations, completed by own surveys, served as data basis.

The situation in the following areas was examined:

- Forms of home life
- Schools and education
- Paid work and income
- Work life balance
- Health
- Discrimination and violence
- Political participation
- Intercultural and gender equality opening of administration.

We have not been able to actually track record of all desired indicators. Many data were either not available or could have been collected only with great further financial, personnel and time expenditure, which was not possible with the existing resources. This problem involved 26 indicators. Contrary to the original version, one area was cancelled due to lack of data; the partly available data were assigned to other areas. In the course of further processing, the lack of relevant results lead to the fact that, in some individual cases, indicators were eliminated, others were summarized for practical reasons. For the above reasons, a structural integration of the features of sex and origin in economic, social or other relationships has not yet been possible.

To improve the starting point it should be checked periodically whether the data situation has changed. On the other hand, it could be aimed to further expand a store of own data by in depth or supplementary studies. This could help to actually identify the reasons for the developments identified and to also take account of the subjective views of the Heidelberg population.

The set of data was established in cooperation with the Institute for Small and Medium-Sized Enterprises (ifm) of the University of Mannheim and the Office of City Development and Statistics of the City of Heidelberg who also were important contact partners for methodological and data-specific questions. Additionally, data were obtained from the Statistical Office of the Land of Baden-Wuerttemberg as well as from the Statistic Service South West of the Federal Employment Office.

In the submitted data report, differences in the use of the term of "migrant background" (always indicated) have to be taken into account. The previously

common method of collecting data relevant for integration via the feature of "nationality" does no longer do justice to the developments in society as a major part of the migrants and their descendants nowadays has the German nationality, for example by means of naturalization, by birth according to the new law of nationality or as ethnic German immigrants.

Therefore, in order to better reflect the level of integration, the alternative concept of recording the "migration background", introduced for the first time in the 2005 micro census¹ and which now is largely established in the official statistics of the German Federal Government and the Länder, was used. Also in this report, data shown use the feature of "migration background" as far as possible. This follows from the official definition of the Federal Statistical Office that counts among the population with a migration background

- all those who have immigrated to the current territory of the Federal Republic of Germany since 1949,
- all foreigners born in Germany,
- all people born in Germany with German nationality having at least one migrant parent or one parent who was born in Germany as a foreigner.²

However, we had to deal with an inconsistent data situation that was not always based on a consistent definition of the term of "migration background". Depending on the official data source, this term can be defined differently. Thus, for example, the data for children with a migrant background on the occasion of their medical examination at enrolment in school collected by the Regional Public Health Centres and by the Federal Statistic Office vary.³ The same is true for the figures from the statistics for children and staff in day care facilities.

In addition, not all indicators could be shown for persons with a migrant background. Where an analysis on this basis was impossible it was necessary to use "nationality" as an auxiliary construction in order to achieve useful results. The data collected therefore refer only to the Heidelberg population with a foreign nationality and cannot be taken to represent the total group of people having a migrant background. This is especially true for the field of criminal suspects and victims and also for the data on Heidelberg households and on marriages and civil partnerships. However, it applies above all to the figures from the official school statistics and to the data from the Federal Employment Agency which, during the investigation period, did not yet show any data on migrant background.

In order to make the actual life situations recognizable it is essential to keep this report in the language of official definitions. Political efforts aimed at overcoming barriers to integration by avoiding the term "migrant background" in colloquial speech are counter-productive in the context that has been selected here.

Hereinafter each chapter will start with a general introduction to the respective key topic plus a summary of the results obtained. A graphical representation of the indicators as well as a detailed, indicatorrelated description of the individual results and developments will follow.



Dörthe Domzig, Director Office of Equal Opportunities

1 The micro census is the annual official representative survey of the German population with a sampling fraction of 1%. The micro census is carried out jointly by the Federal Statistic Office and the statistical offices of the Länder. Participation in the survey is compulsory.

2 Statistisches Bundesamt (ed.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2007, p.6.

3 "Migrant background" is defined as having a different nationality, having been naturalized or having the reported status of an ethnic German. Contrary to the definition of the Federal Statistical Office children whose parents are migrants and who have at least one parent of German nationality are not recorded.

Recht beeinflusst Lebensformen

Das Recht regelt für Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere den Grad der Integrationsmöglichkeiten. Für die Gruppen der Frauen und Männer ist von Bedeutung, dass Recht Rollenbilder setzt oder stützt und damit vielfältig auf das Entscheidungsverhalten jeder und jedes Einzelnen einwirkt.

Formen des Zusammenlebens

Das Anliegen:

Welche Lebensformen und Rollenmodelle dominieren in unserer Stadt angesichts einer allgemein konstatierten Pluralisierung der Lebensstile und einer neu gewonnenen Entscheidungs- und Wahlfreiheit? Wie stellt sich das für Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund dar? Mit elf Indikatoren wollen wir Antworten auf diese Fragen finden. Dabei unterscheiden wir Indikatoren, die die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung betreffen von solchen, die durch Recht geprägte Lebensformen aufzeigen – dies mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund und die Gruppe der Frauen bzw. Männer.

So regelt das Recht für Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere den Grad der Integrationsmöglichkeiten. Zentral sind dabei der Aufenthaltsstatus und der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Solange sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder etwa als EU-BürgerInnen hier leben, verfügen Migrantinnen und Migranten nicht über die gleichen Rechte. So verfügen drittstaatsangehörige Migrantinnen und Migranten auch dann nicht über das kommunale Wahlrecht, wenn sie bereits seit zehn Jahren und länger in Deutschland leben und durch ihre Steuern einen wichtigen finanziellen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Die Einschränkung von Rechten spielt auch dann eine Rolle, wenn der Zugang zu Ausbildung und Arbeit aufgrund des Aufenthaltsstatus zeitweise behindert wird, wie dies etwa bei lediglich geduldeten Personen und Asylsuchenden der Fall ist. Erst das Erbringen von Integrationsleistungen bietet zunehmende Rechtssicherheit für die Dauer des Aufenthaltes in Deutschland und erlaubt langfristige Integrationsperspektiven.

Für die Gruppen der Frauen und Männer ist von Bedeutung, dass Recht Rollenbilder setzt oder stützt und damit vielfältig auf das Entscheidungsverhalten jeder und jedes Einzelnen einwirkt.¹ Seit dem

Gleichberechtigungsgesetz von 1958 wird das Gleichberechtigungsgesetz zunehmend als Gebot individueller rechtlicher Gleichheit betrachtet und darauf verzichtet, Ehemodelle vorzuschreiben oder Zuständigkeiten bei der Lebensgestaltung nach der Geschlechtszugehörigkeit zuzuordnen. Dennoch finden sich aus dieser Perspektive im Recht Inkonsistenzen bei der Abstimmung von Rollenerwartungen im gesamten Lebensverlauf. Das Konzept von der grundsätzlichen Andersartigkeit der Gruppe der Frauen und derjenigen der Männer und die Vorstellung von einem Partnerschaftsmodell, das auf lebenslanger Ehe und Rollenteilung gründet – verbunden mit der weitgehend geschlechtergetrennten Wahrnehmung von Erwerbs- und häuslicher Sphäre, wie auch der Erwartung stabiler Statusverhältnisse – findet seinen Ausdruck im Ehegattensplitting, den Lohnsteuerklassenkombinationen, dem Güterstand der Zugewinnngemeinschaft, der beitragsfreien Ehegattenmitversicherung in der Krankenkasse oder der Behandlung nichtehelicher Väter im Sorgerecht.

Im Gegensatz dazu stehen die Neuregelungen im Scheidungsrecht: Nach einer Scheidung sind Frauen und Männer jetzt im Grundsatz auf die Sicherung einer eigenständigen materiellen Existenz verwiesen. Arbeits- und sozialrechtlich gesichert wurden zunehmend Sorgezeiten in Verbindung mit Erwerbsarbeit, so etwa bei der Elternzeit oder der Krankenpflegezeit. Vereinzelt und unsystematisch aufgenommen wurde die Sorgeverantwortung des Mannes z. B. durch Partnerschaftsmonate beim Elterngeld. Hier wird das Konzept einer eigenständigen Existenzsicherung für jede Person sichtbar unter Berücksichtigung der Sorgearbeit unabhängig von Geschlecht und Familienstand.

Ergebnisse kurzgefasst:

Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile charakterisieren die Formen des Zusammenlebens in Heidelberg. Dieser Trend spiegelt sich sowohl in der vielfältigen kulturellen und ethnischen

Zusammensetzung der Bevölkerung wider – unter den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern waren Menschen aus 162 Nationen vertreten – als auch in den gewählten Lebensformen: Singlehaushalte waren mit knapp 56 Prozent, und damit im Vergleich deutlich über dem Landesniveau, die dominierende Haushaltsform in Heidelberg.

Ledige und Verheiratete stellten 2011 die größten Gruppen, wobei die Zahl der Ledigen etwas überwog. Paarhaushalte mit Kindern spielten nur noch eine untergeordnete Rolle.

Aus der Geschlechterperspektive fällt auf:

2011 lebten mehr Frauen als Männer in Heidelberg, vor allem unter den 18- bis 29-Jährigen und Seniorinnen und Senioren. Bei den unter 18-Jährigen dominierten die männlichen Kinder und Jugendlichen. Mehr Männer als Frauen waren 2011 verheiratet. In Paarhaushalten bestand ein ausgeprägter Abstand zur traditionellen Rollenteilung zwischen Frauen und Männern: das Zweiverdiensmodell stand 2010 an der Spitze. Mehr Frauen als Männer nahmen in den vergangenen Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft an.

Aus der Perspektive von Zuwanderung fällt

auf: Rund 33 Prozent der Wohnbevölkerung verfügten 2011 über einen Migrationshintergrund. Knapp die Hälfte dieser Menschen besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit. Innerhalb dieser Gruppe dominierten die EU-BürgerInnen, mit deutlichem Abstand gefolgt von AsiatInnen und TürkInnen. Personen mit gesichertem Aufenthaltsstatus überwogen, die Zahl der Einbürgerungen nimmt seit Jahren zu. 2012 erreichte Heidelberg hier den Spitzenplatz unter allen baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen. Charakteristisch war die hohe Zahl an hier lebenden hoch qualifizierten AusländerInnen sowie von Personen, die sich zu Studien- und Ausbildungszwecken in Heidelberg aufhalten. In einigen Stadtteilen war der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund besonders hoch.

Bei den untersuchten Haushaltstypen gab es keine erheblichen Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Haushalten, wenngleich bei letzteren eine etwas größere Neigung zu Paarhaushalten mit Kindern bestand. Bei HeidelbergerInnen mit Migrationshintergrund war eine größere Nähe zu Ehen und in Paarhaushalten zum Alleinernährer- und zum Zuverdienerinnenmodell zu beobachten.

¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2011, unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Erster-Gleichstellungsbericht-Neue-Wege-Gleiche-Chancen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Zusammensetzung der Heidelberger Wohnbevölkerung

1 Wohnbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Heidelbergerinnen und Heidelberger mit und ohne Migrationshintergrund an der Heidelberger Gesamtbevölkerung.

Methodische Hinweise: Die Daten beziehen sich allein auf mit Hauptwohnsitz in Heidelberg gemeldete Personen.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (Stand: 31.12.2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Zusammensetzung der Heidelberger Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Migrationshintergrund (bzw. Staatsangehörigkeit).

Ergebnisse:

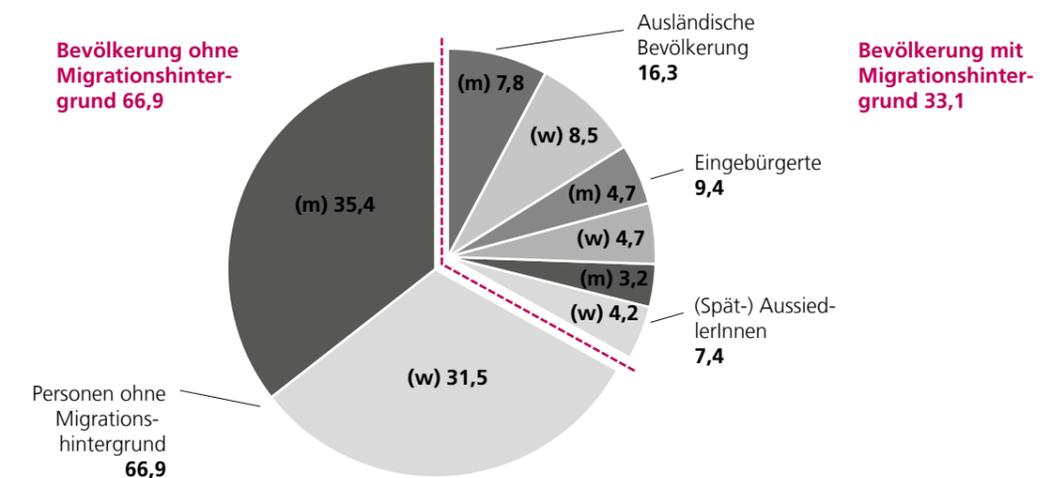
- 2011 lebten mit knapp 53 Prozent etwas mehr Frauen im Stadtkreis als Männer (47 Prozent).¹
- Bereits jede dritte Person (rund 33 Prozent) verfügte 2011 über einen Migrationshintergrund.² Frauen waren dabei knapp 2 Prozentpunkte stärker vertreten als Männer.
- Etwa die Hälfte dieser Gruppe besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit. Auch hier waren Frauen leicht stärker vertreten als Männer. Die Gesamtgruppe der AusländerInnen setzte sich aus den hier lebenden EU-AusländerInnen und den Staatsangehörigen so genannter Drittstaaten zusammen.
- Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund (Eingebürgerte, SpätaussiedlerInnen) belief sich auf knapp 17 Prozent aller HeidelbergerInnen. Seit 2005 war hier ein deutlicher Zuwachs von ca. 6 Prozentpunkten festzustellen.

¹ Laut Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, Heidelberg 2008, S. 12 stellten Frauen auch 2005 in allen Heidelberger Stadtteilen die Mehrheit.

² Vgl. dazu die Zahlen für 2009 in: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, Heidelberg 2011, S. 14. Zum 31.12.2005 belief sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtkreis noch auf 26,9 Prozent, vgl. Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberger Migrantenstudie 2008. Ergebnisse einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg durchgeführt von Sinus Sociovision im Herbst 2008, Heidelberg 2009, S. 7.

³ Die Heidelberger Migrantenstudie von 2008 wies für 2005 noch einen Anteil von 16,7 Prozent „AusländerInnen“ und lediglich 10,2 Prozent „Deutsche mit Migrationshintergrund“ aus. Vgl. Ebd.

Abb. 1: Heidelberger Wohnbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zum 31.12.2011 (in %)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Eigene Einwohnerfortschreibung, MigraPro.

2 Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsregion

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Heidelbergerinnen und Heidelberger mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Herkunftsregion/-land an der ausländischen Gesamtbevölkerung.

Methodische Hinweise: Die Daten beziehen sich allein auf mit Hauptwohnsitz in Heidelberg gemeldete Personen.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (Stand: 31.12.2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Herkunftsregionen bzw. -ländern.

Ergebnisse:

- 2011 waren unter den Heidelbergerinnen und Heidelbergern mit ausländischer Staatsangehörigkeit Menschen aus insgesamt 162 Nationen vertreten.²
- Die größte Gruppe stellten mit fast 40 Prozent die EU-BürgerInnen (EU-27).³ Seit 2005 ergab sich hier eine Zunahme von knapp 6 Prozentpunkten.⁴
- Die beiden nächstgrößeren Gruppen waren mit rund 19 Prozent die BürgerInnen asiatischer Staaten und mit 11 Prozent die türkischen Staatsangehörigen.⁵

1 Zur "europäischen GUS" (= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) zählen hier die Staaten: Ukraine, Weißrussland und die Republik Moldau. StaatsbürgerInnen der Russischen Föderation werden gesondert ausgewiesen.

Zum "übrigen Europa" zählen die Staaten: Albanien, Andorra, Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino und die Schweiz. Unter die Rubrik "ehemaliges Jugoslawien" fielen 2011 die Staaten: Bosnien-Herzegowina, das Kosovo, Kroatien, die Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien. Kroatien ist seit dem 01. Juli 2013 Mitglied der Europäischen Union.

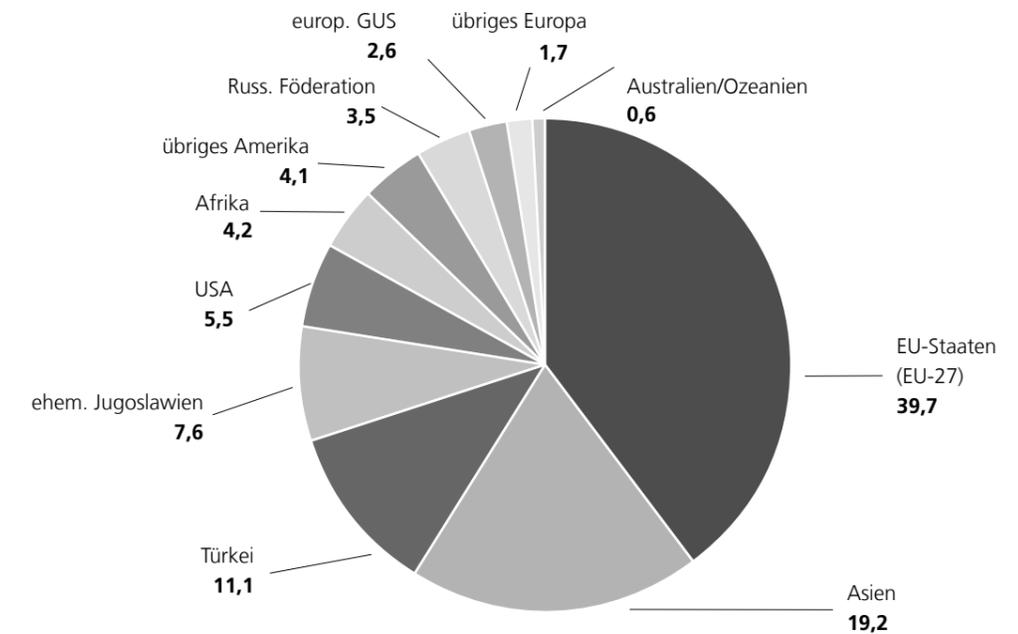
2 Zahlen des Bürgeramts, Stadt Heidelberg zum Stichtag 31.12.2011.

3 Vgl. dazu auch die Zahlen für 2009 in: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, Heidelberg 2011, S. 15. Bundesweit besaßen 2011 gut 36 Prozent aller Ausländerinnen und Ausländer ein langfristiges Aufenthaltsrecht aufgrund einer EU-Staatsangehörigkeit. Vgl. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse, Berlin 2013, S. 24.

4 Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, Heidelberg 2008, S. 20.

5 Bereits die Heidelberger Migrantenstudie identifizierte „Menschen mit asiatischem Migrationshintergrund“ als größte in Heidelberg vertretene Gruppe, wohingegen Herkunftsländer wie die Türkei oder die Länder der ehem. Sowjetunion unterrepräsentiert seien. Vgl. Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberger Migrantenstudie 2008. Ergebnisse einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg durchgeführt von Sinus Sociovision im Herbst 2008, Heidelberg 2009, S. 7. Gleichlautende Angaben finden sich im Bericht zur Sozialen Lage 2008, S. 7.

Abb.2: Ausländische Heidelberger Wohnbevölkerung nach Herkunftsregionen bzw. -ländern¹ zum 31.12.2011 (in %)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Eigene Einwohnerfortschreibung.

3 Räumliche Segregation

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Wohnbevölkerung der Heidelberger Stadtteile/Wohngebiete.

Methodische Hinweise: Die Abweichung von der Gesamtquote von 33,1 Prozent (Stand: 31.12.2011) zeigt den Segregationsgrad an. Je höher der Wert, desto stärker konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf einzelne Stadtteile. Der neue Stadtteil Bahnstadt konnte für die Auswertung noch nicht berücksichtigt werden. Zu berücksichtigen gilt, dass die Wahlmöglichkeit von Wohnraum an finanzielle Möglichkeiten gebunden ist und günstigere Wohnviertel dadurch zwangsläufig eher von Segregation betroffen sind.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (Programm MigraPro, Stand: 31.12.2011)

Der Indikator gibt Hinweise auf die Konzentration bzw. die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Stadtteile/Wohngebiete Heidelbergs.

Ergebnisse:

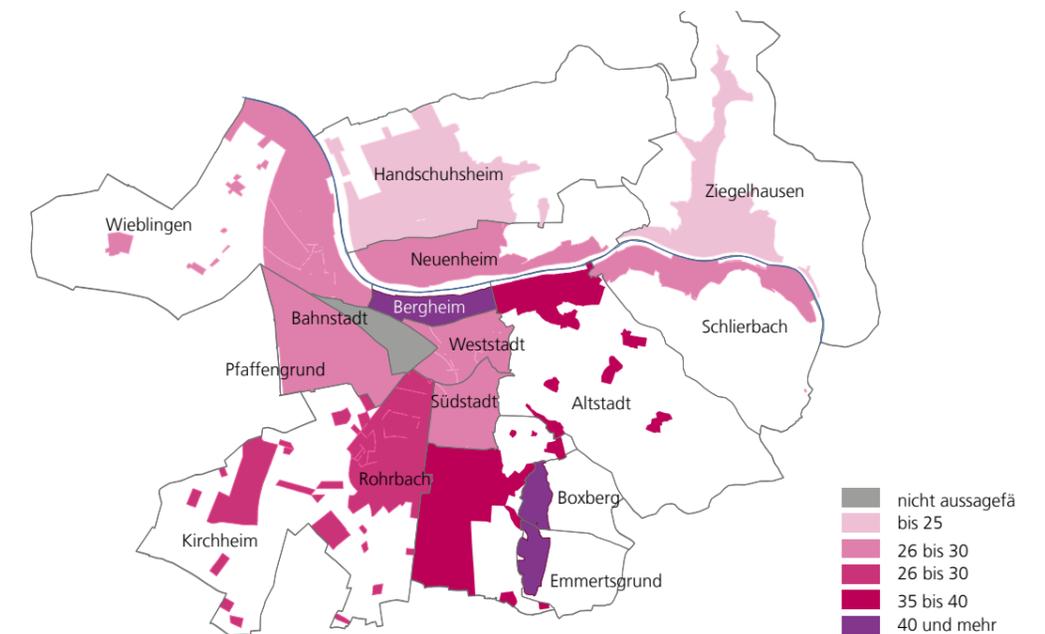
Hinsichtlich der räumlichen Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtgebiet zeigen sich bestimmte lokale Verdichtungen:

- Relativ am stärksten von Menschen mit Migrationshintergrund geprägt sind die beiden Bergstadtteile Emmertsgrund und Boxberg – hier verfügten jeweils mehr als die Hälfte der EinwohnerInnen über einen Migrationshintergrund, gefolgt vom Stadtteil Bergheim mit einem Anteil von 41 Prozent. Im Emmertsgrund lag der Anteil mit knapp 65 Prozent 2011 am höchsten.¹
- Bezogen auf die absoluten Zahlen lebten die meisten HeidelbergerInnen mit Migrationshintergrund jedoch in den südlichen Stadtteilen Rohrbach und Kirchheim.²
- Anteilig am wenigsten durch Menschen mit Migrationshintergrund geprägt waren die Stadtteile Handschuhsheim (25 Prozent), Ziegelhausen (rund 25 Prozent), Schlierbach und Neuenheim (je knapp 28 Prozent). In den übrigen Stadtteilen bewegte sich der Anteil mit knapp 29 bis 37 Prozent nahe am für Heidelberg ermittelten Durchschnittswert.

¹ Laut der Heidelberger Migrantenstudie von 2008 war hier eine Überrepräsentanz von Personen mit einfacher bis mittlerer Bildung sowie von Angehörigen des „Entwurzelten Milieus“ zu verzeichnen. Vgl. Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberger Migrantenstudie 2008. Ergebnisse einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg durchgeführt von Sinus Sociovision im Herbst 2008, Heidelberg 2009, S. 41. Vgl. dazu auch die ähnlich hohen Zahlen für 2009 in: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, Heidelberg 2011, S. 14.

² Zu einem identischen Befund gelangte der Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, vgl. Ebd.

Abb. 3: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Stadtteilbevölkerung zum 31.12.2011 (in %)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Eigene Einwohnerfortschreibung, Programm MigraPro.

4 Altersaufbau der Heidelberger Wohnbevölkerung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer sowie der Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund an der Heidelberger Gesamtbevölkerung je Alterskohorte.

Methodische Hinweise: Die Daten beziehen sich allein auf mit Hauptwohnsitz in Heidelberg gemeldete Personen.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (Stand: 31.12.2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Zusammensetzung der Heidelberger Wohnbevölkerung je Alterskohorte nach Geschlecht und Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Während Jungen 2011 in den Altersgruppen der unter 3- bis unter 18-Jährigen prozentual jeweils leicht überwogen, waren die Anteile von Frauen und Männern im mittleren Alterssegment der 30- bis 49-Jährigen praktisch ausgeglichen. Im Alter hingegen nahm der Anteil der Frauen wieder zu. Der mit mehr als 17 Prozentpunkten größte geschlechtsspezifische Unterschied ergab sich dabei in der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren.¹
- Ein deutlich höherer Frauenanteil ergab sich auch in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen. Der Unterschied betrug hier beinahe 11 Prozentpunkte. Dies könnte an der hohen Zahl weiblicher Studierender im Stadtkreis liegen.
- Der Gesamtanteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Heidelberger Wohnbevölkerung betrug 2011 knapp 33 Prozent. Dabei differierte der Anteil je nach Alterskohorte stark:
- Die größten Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund fanden sich in den Gruppen der unter 3-Jährigen sowie der 3- bis unter 6-Jährigen. Bereits fast die Hälfte dieser Kinder wies einen Migrationshintergrund auf.²
- Mit zunehmendem Alter sank allerdings der MigrantInnen-Anteil und erreichte in den Gruppen der 50- bis 64-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren mit je knapp 27 Prozent die niedrigsten Anteile.³

¹ Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg zum Stichtag 31.12.2011.

² Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg zum Stichtag 31.12.2011.

³ Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg zum Stichtag 31.12.2011.

Abb. 4: Altersaufbau der Heidelberger Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Migrationshintergrund zum 31.12.2011 (in %)

Alterskohorten	Männlich	Weiblich	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
Unter 3 Jahren	50,6 (1.767)	49,4 (1.722)	54,2 (1.892)	45,8 (1.597)
3 bis 5 Jahre	51,8 (1.724)	48,2 (1.606)	53,2 (1.770)	46,8 (1.560)
6 bis 14 Jahre	51,1 (4.622)	48,9 (4.426)	56,3 (5.090)	43,7 (3.958)
15 bis 17 Jahre	51,6 (1.602)	48,4 (1.501)	59,2 (1.836)	40,8 (1.267)
Bevölkerung unter 18 Jahren	51,2 (9.715)	48,8 (9.255)	55,8 (10.588)	44,2 (8.382)
18 bis 29 Jahre	44,7 (14.696)	55,3 (18.150)	67,9 (22.313)	32,1 (10.533)
30 bis 49 Jahre	50,0 (19.332)	50,0 (19.314)	64,3 (24.835)	35,7 (13.811)
50 bis 64 Jahre	48,1 (10.945)	51,9 (11.804)	73,1 (16.638)	26,9 (6.111)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren	47,8 (46.575)	52,2 (50.769)	67,4 (65.622)	32,6 (31.722)
65 Jahre und älter	41,3 (9.351)	58,7 (13.313)	72,8 (16.491)	27,2 (6.173)
Gesamtbevölkerung	47,1 (64.039)	52,9 (71.836)	66,9 (90.865)	33,1 (45.010)

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Eigene Einwohnerfortschreibung, HHSTAT.

5 Haushaltstypen¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der jeweiligen Haushaltsformen (Einpersonenhaushalte, Paarhaushalte mit Kindern, Paarhaushalte ohne Kinder, Einelternfamilien) bestehend aus Personen mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtheit der deutschen bzw. ausländischen Haushalte.

Methodische Hinweise: Für den Stadtkreis Heidelberg war hier lediglich eine Auswertung nach deutschen bzw. ausländischen/ gemischtnationalen Haushalten möglich. Entscheidend war dabei die Staatsangehörigkeit der jeweiligen Haushaltsmitglieder. Eine vollständige Abbildung der Haushalte mit Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren. Dies macht eine Vergleichbarkeit mit vorhandenen Bundes- und Landesdaten schwierig, da diese bereits mit dem Merkmal „Migrationshintergrund“ operieren. Auf einen direkten Vergleich der Heidelberger Zahlen mit Bund und Land musste daher an dieser Stelle verzichtet werden. „Mehrgenerationenhäuser“ (bzw. deren BewohnerInnen) bleiben bei der Aufstellung der Haushaltstypen – ebenso wie Alten- oder Pflegeheime – unberücksichtigt. Nicht einander als Paar zuzuordnende Bewohner von Wohngemeinschaften werden üblicherweise jeweils als Einzelpersonen bzw. Einpersonenhaushalte gewertet.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (HHGen 2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung verschiedener Haushaltstypen bei Haushalten mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

- Rund 56 Prozent aller Heidelberger Haushalte waren 2011 Einpersonenhaushalte.² Ihr Anteil lag damit deutlich über Landesniveau (ca. 38 Prozent).³ Bei den deutschen Haushalten machten die Einpersonenhaushalte mit 57 Prozent den höchsten Anteil aus. Bei den ausländischen bzw. gemischtnationalen Haushalten lag ihr Anteil bei etwa 50 Prozent und damit unter dem Heidelberger Durchschnitt.
- Paarhaushalte **ohne Kinder**⁴ waren bei ausländischen bzw. gemischtnationalen Haushalten nahezu genauso so häufig vertreten, wie bei deutschen Haushalten und den Heidelberger Haushalten insgesamt.

- Paarhaushalte **mit Kindern** spielten im Stadtkreis insgesamt nur noch eine untergeordnete Rolle; allerdings lag ihr Anteil bei den ausländischen bzw. gemischtnationalen Haushalten noch knapp 7 Prozentpunkte über demjenigen der deutschen Haushalte.⁵
- Mit 4 Prozent wenig ins Gewicht fielen die Einelternfamilien bzw. Alleinerziehenden.⁶ Hier waren keine Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Haushalten feststellbar.⁷

1 Als „Haushalt“ gelten dabei jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie jede für sich allein wohnende und wirtschaftende Einzelperson.

2 Der Bericht zur Sozialen Lage 2008 verzeichnete für das Jahr 2005 noch einen Anteil von insgesamt knapp 61 Prozent Einpersonenhaushalten. Damit ist die Zahl der Einpersonenhaushalte in Heidelberg insgesamt leicht rückläufig. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, Heidelberg 2008, S. 14.

3 Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011.

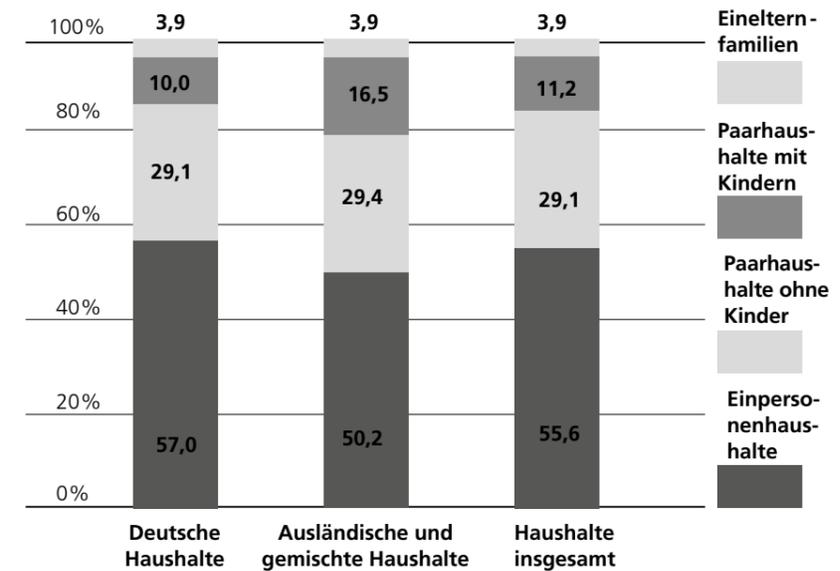
4 Als „Paarhaushalte“ werden laut Mikrozensus verstanden: Ehepaare sowie nichteheliche gemischtgeschlechtliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Zu den Paarhaushalten ohne Kinder gehören neben dauerhaft kinderlosen Paaren auch solche, die noch keine Kinder haben oder deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011.

5 Die Heidelberger MigrantInnenstudie von 2008 stellte fest, dass es bei MigrantInnen mehr Familien mit Kindern gäbe als in der Heidelberger Gesamtbevölkerung, vgl. Ebd., S. 11. Dazu auch: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, Heidelberg 2011, S. 15.

6 Darunter werden verstanden: Alleinerziehende Mütter oder Väter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren. Laut Statistischem Bundesamt, Mikrozensus 2011 bestand die Mehrzahl der Alleinerziehenden in Deutschland aus Frauen. Alleinerziehende Väter machten lediglich einen Anteil von 9,9 Prozent aus.

7 Auch laut Bericht zur Sozialen Lage 2010 machten die Alleinerziehenden im Jahr 2009 4 Prozent aller Heidelberger Haushalte und damit jeden vierten Haushalt mit Kindern aus. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, Heidelberg 2011, S. 12, 134.

Abb. 5: Anteil der Haushaltstypen in Heidelberg nach Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder (2011) (in %)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (HHGen 2011).

6 Haushalte bestehend aus 5 Personen und mehr

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Haushalte bestehend aus 5 und mehr Personen mit deutscher bzw. mit ausländischer/gemischtnationaler Staatsangehörigkeit an allen Haushalten mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit.

Methodische Hinweise: Für den Stadtkreis Heidelberg war lediglich eine Auswertung nach deutschen bzw. ausländischen und gemischtnationalen Haushalten möglich. Entscheidend war dabei die Staatsangehörigkeit der jeweiligen Haushaltsmitglieder. Eine vollständige Abbildung der Haushalte mit Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Haushalts- und Familiengröße sowie auf die Lebensrealität in deutschen bzw. ausländischen Haushalten.

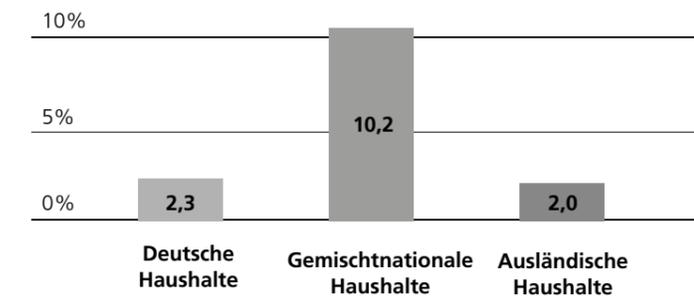
Ergebnisse:

- Die Anteile der aus 5 und mehr Personen bestehenden Großhaushalte bei deutschen und ausländischen Haushalten unterschieden sich kaum. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Anteile unverändert.
- Den höchsten Anteil an Großhaushalten verzeichneten dagegen mit rund 10 Prozent die gemischtnationalen Haushalte.¹
- Ein Vergleich mit den Zahlen auf Landesebene war hier leider nicht möglich, da diese bereits mit dem Merkmal des „Migrationshintergrundes“ operieren und deshalb für eine Einordnung der Heidelberger Zahlen nicht herangezogen werden konnten.²

¹ Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg für das Jahr 2011.

² Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, MIG 10, S. 1f. Danach belief sich der Anteil der Haushalte bestehend aus 5 oder mehr Personen auf Landesebene 2011 zuletzt auf 8 Prozent bei den Haushalten mit Migrationshintergrund und auf 3 Prozent bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund.

Abb. 6: Anteil der Heidelberger Haushalte bestehend aus 5 und mehr Personen im Jahre 2011 nach Staatsangehörigkeit (in % der Gesamtheit der jeweiligen Haushalte)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg (HHGen 2011).

7 Familienstand

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der jeweiligen Lebensformen (ledig, verheiratet, eingetragene Lebenspartnerschaft, geschieden, etc.) von Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Lebensformen von Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise: Die amtliche Statistik verzeichnet üblicherweise alle Personen ab einem Alter von 15 Jahren. Wie in den vorangegangenen Heidelberg-Studien wurden hier jedoch nur Personen ab 18 Jahren berücksichtigt. Als „Verheiratete“ werden dabei auch solche Personen gewertet, die zuvor geschieden waren und erneut eine Ehe eingegangen sind.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung von Familienständen bei Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Der Familienstand der Ledigen war bei Frauen wie bei Männern 2011 am häufigsten vertreten.¹ Dies galt insbesondere für Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund. Bei Menschen mit Migrationshintergrund dominierte noch immer der Ehestand, doch folgten die Ledigen mit nur noch knapp 4 Prozentpunkten Abstand an zweiter Stelle.²
- Verheiratet waren etwas mehr Männer als Frauen (knapp 6 Prozentpunkte) und etwas mehr Frauen mit als Frauen ohne Migrationshintergrund (plus 7 Prozentpunkte). Männer mit Migrationshintergrund waren fast 6 Prozentpunkte häufiger verheiratet als Männer ohne Migrationshintergrund.³

- Geschieden waren 2011 insgesamt etwas mehr Frauen als Männer. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden sich dabei kaum.⁴
- Verwitwet waren Männer mit ungefähr 2 Prozent deutlich seltener als Frauen (knapp 10 Prozent). Frauen ohne Migrationshintergrund waren dabei leicht häufiger betroffen als Frauen mit Migrationshintergrund.
- Eingetragene Lebenspartnerschaften machten mit je 0,1 Prozent bzw. 0,2 Prozent nur einen verschwindend geringen Anteil aus.

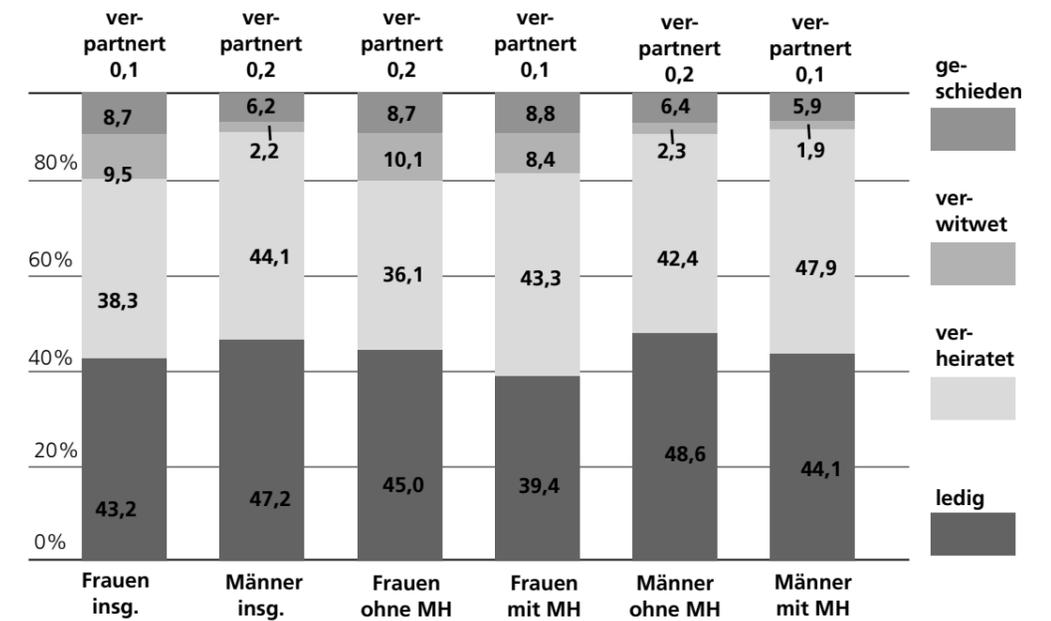
1 Bereits der Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit hob 2006 bei Frauen im Stadtkreis einen „Trend zum Singleleben“ als „charakteristisch“ hervor und konstatierte dabei ähnlich hohe Ledigen-Anteile wie in Finnland oder Schweden. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zu Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 69.

2 Gegenüber 2003 stieg der Anteil der Ledigen sowohl bei Frauen als auch bei Männern im Stadtkreis somit deutlich. Vgl. Ebd., S. 62.

3 Der Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit stellte fest, dass Frauen seltener verheiratet waren als Männer. Gleichzeitig war ein Rückgang des Anteils der verheirateten Männer bei gleichzeitiger Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen beiden Geschlechtern zu beobachten. Vgl. Ebd.

4 Die Anteile der Geschiedenen veränderten sich demnach gegenüber 2003 sowohl bei Frauen als auch bei Männern kaum. Vgl. Ebd.

Abb. 7: Anteiliger Familienstand der Heidelberger Wohnbevölkerung ab 18 Jahren nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2011) (in %)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Eigene Einwohnerfortschreibung, MigraPro.

8 Binationale Eheschließungen und Lebenspartnerschaften

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der binationalen bzw. gemischtnationalen Eheschließungen und eingetragenen Lebenspartnerschaften an allen geschlossenen Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften eines Jahres.

Methodische Hinweise: Berücksichtigt werden alle innerhalb eines Jahres in Heidelberg geschlossenen Ehen bzw. eingegangenen Lebenspartnerschaften. Die entsprechende Statistik erfasst bislang nur Daten zum Merkmal der „Staatsangehörigkeit“. Damit waren keine Aussagen zur Anzahl der unter Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund geschlossenen Ehen und eingegangenen Lebenspartnerschaften möglich. Des Weiteren geben die Zahlen keinen Aufschluss darüber, ob die beteiligten Personen auch tatsächlich im Stadtkreis ansässig sind oder nicht.

Zahlen zu geschlossenen Lebenspartnerschaften werden auf Landesebene statistisch derzeit nicht erfasst. Eine Einführung landes- bzw. bundesweiter Statistiken ist erst zum Jahr 2014 vorgesehen. Entsprechende Vergleichszahlen liegen daher noch nicht vor.

Datenquellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Standesamt, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die gesellschaftliche Offenheit gegenüber Zugewanderten; die Bereitschaft von Menschen mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit zum Eingang einer bi- bzw. gemischtnationalen Ehe oder Lebenspartnerschaft.

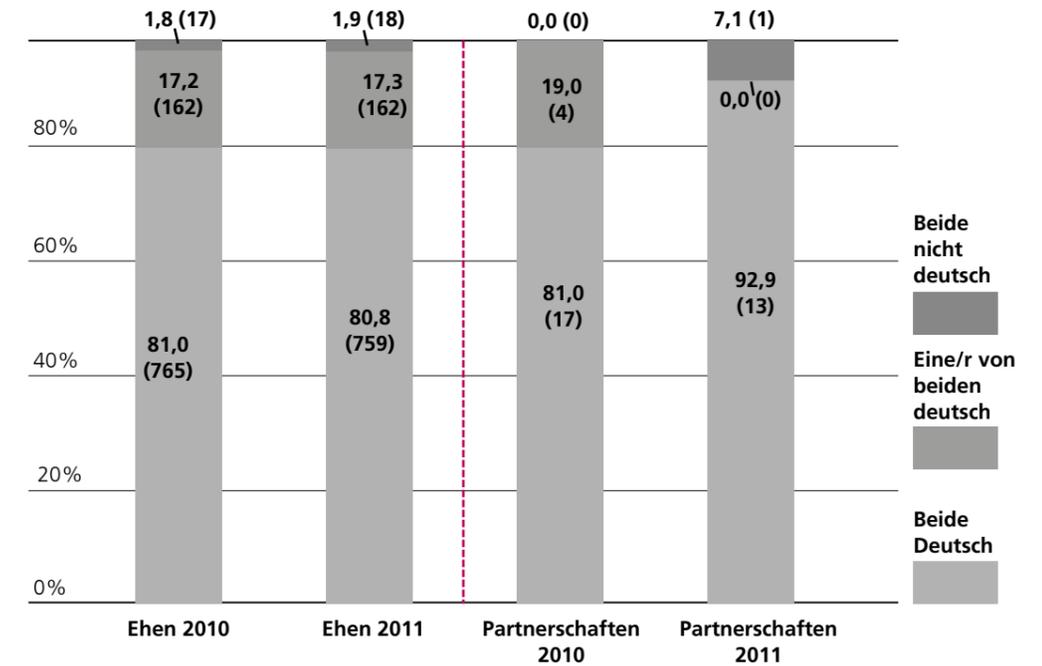
Ergebnisse:

- Binationale Ehen wurden mit etwa 17 Prozent im Stadtkreis um knapp 2 Prozentpunkte häufiger als im Land geschlossen.¹
- Verwertbare Aussagen zur Situation bei den eingetragenen Lebenspartnerschaften waren aufgrund der durch die geringen Fallzahlen verursachten jährlichen Schwankungen nicht möglich. Auf landesweite Vergleichsdaten kann hier bislang noch nicht zurückgegriffen werden.²

¹ Laut Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Darüber hinaus lag der Heidelberger Anteil damit deutlich über den zuletzt für den Bund ermittelten Zahlen in Höhe von 9,7 Prozent aller 2007 geschlossenen Ehen. Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, Berlin 2009, S. 34.

² So laut Information des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Abb. 8: Anteil (und Anzahl) der in Heidelberg geschlossenen binationalen Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften nach Jahren und Staatsangehörigkeit (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Standesamt, Stadt Heidelberg.

Durch das Recht geprägte Lebensformen

1 Aufenthaltsstatus

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der in Heidelberg ansässigen Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus an allen in Heidelberg ansässigen Ausländerinnen und Ausländern.

Methodische Hinweise: Die Daten beziehen sich allein auf nach dem neuen Aufenthaltsrecht im Ausländerzentralregister erfasste Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.¹ Die Möglichkeit, eine Einbürgerung zu beantragen, setzt u. a. einen gesicherten Aufenthalt voraus.² Unionsbürgerinnen haben in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Recht auf Freizügigkeit, also auf Ausreise aus ihrem Herkunftsmitgliedstaat und auf Einreise und Aufenthalt im Aufnahmemitgliedstaat, wenn sie im Aufnahmemitgliedstaat als ArbeitnehmerInnen oder Selbstständige im Wirtschaftsleben erwerbstätig oder auf Arbeitssuche sind. Andere – nicht erwerbstätige – UnionsbürgerInnen haben dieses Recht, wenn sie im Aufnahmemitgliedstaat über ausreichende Existenzmittel und ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügen. Das gleiche gilt für die Familienangehörigen, die den/die UnionsbürgerIn begleiten oder zu ihm/ihr nachziehen.³

Personen mit einer EU-Staatsangehörigkeit oder einer Niederlassungserlaubnis in Deutschland ist es möglich, uneingeschränkt einer Beschäftigung nachzugehen. Bei der befristeten Aufenthaltserlaubnis ist dies nicht immer der Fall. In bestimmten gesetzlich geregelten Fällen ist vor einer Beschäftigung die Zustimmung der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit einzuholen.

Datenquelle: Bürgeramt, Stadt Heidelberg (Ausländerzentralregister, Stichtag: 31.12.2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf durch das Recht geregelte Teilhabeperspektiven der in Heidelberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer sowie Gründe des Aufenthalts von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

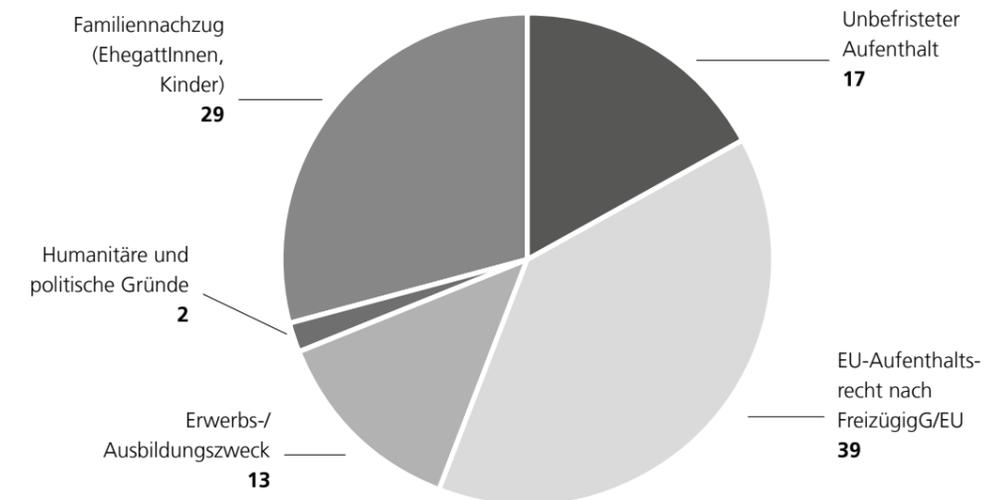
- Über einen unbefristeten und damit gesicherten Aufenthaltsstatus verfügten 56 Prozent der 2012 in Heidelberg lebenden AusländerInnen. Davon 17 Prozent aufgrund einer Niederlassungserlaubnis und 39 Prozent aufgrund der geltenden EU-Freizügigkeit.⁴ Diese Personen können in der Regel uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen.⁵
- Die größte Gruppe der befristeten Aufenthalte machten mit 29 Prozent die sonstigen Aufenthaltsgründe wie z. B. der Familiennachzug (EhegattInnen/Kinder) aus.⁶
- Befristet zu Erwerbs- und Ausbildungszwecken hielten sich 13 Prozent aller gemeldeten AusländerInnen in Heidelberg auf. Dabei handelte es sich zumeist um Studierende bzw. um hochqualifizierte Arbeitskräfte, für deren Aufenthalt ein wirtschaftliches oder regionales Bedürfnis besteht.⁷
- Aus humanitären oder politischen Gründen befristet hielten sich 2 Prozent aller AusländerInnen im Stadtkreis auf.⁸

1 Das Ausländerzentralregister (AZR) wird beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt und erfasst ausführliche Daten über alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich länger als 3 Monate auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die Angaben des AZR basieren in der Hauptsache auf den gemeldeten Daten der kommunalen Ausländerbehörden.

2 Zu den sonstigen Voraussetzungen für eine Einbürgerung siehe auch den folgenden Indikator.

3 Vgl. Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.

Abb. 1: Heidelberger Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Aufenthaltsstatus zum 31.12.2012 (in %)



Quelle: Bürgeramt, Stadt Heidelberg (Ausländerzentralregister).

4 Laut Bericht zur Sozialen Lage 2008 kamen mit Stichtag 31.12.2006 die meisten Nicht-EU-BürgerInnen im Stadtkreis mit unbefristetem Aufenthaltsstatus aus der Türkei. Darüber hinaus verfügten insgesamt mehr Frauen als Männer über eine Niederlassungserlaubnis. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, Heidelberg 2008, S.22.

5 Zu den Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis vgl. § 9 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) unter:

http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/aufenthg_2004/gesamt.pdf

6 Vgl. den „Aufenthalt aus familiären Gründen“ gemäß §§ 27 bis 35 AufenthG. Dabei dominierten im Jahre 2006 laut Bericht zur Sozialen Lage von 2008 noch folgende Nationalitäten: Türkei, Serbien/Montenegro, Russland und die USA. Vgl. Ebd., S.23. Mittlerweile ist hier ein deutlich breiter gestreutes Herkunftsspektrum zu konstatieren. Vielfach handelt es sich bei den Betroffenen um die EhegattInnen bzw. Familien von sich aufgrund von Erwerbs- und Forschungszwecken in Heidelberg aufhaltenden Arbeitskräften und WissenschaftlerInnen.

7 Vgl. §§ 16 bis 20 AufenthG.

8 Vgl. dazu auch: §§ 22 bis 26 AufenthG.

2 Einbürgerungen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anzahl der eingebürgerten Frauen und Männer und Anteil an der Gesamtzahl der im Stadtkreis lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

Methodische Hinweise: Mit der Einbürgerung erwerben Migrantinnen und Migranten volle Rechte und Pflichten. Sie ist die Voraussetzung für eine volle politische Teilhabe. Die wichtigsten Regelvoraussetzungen für eine Anspruchseinbürgerung sind:

- a) rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland von mindestens acht Jahren (in bestimmten Fällen sieht das Staatsbürgerrecht jedoch auch Einbürgerungen nach 3 Jahren des rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland vor);
- b) Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (Loyalitätserklärung);
- c) Besitz eines unbefristeten Aufenthaltsrechts oder einer Aufenthaltserlaubnis, die zu einem dauerhaften Aufenthalt führen kann;
- d) Sicherung des Lebensunterhalts grundsätzlich ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII;
- e) grundsätzliche Unbestraftheit;
- f) ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache;
- g) Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.¹

Datenquellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Einbürgerungsstatistik; Bürgeramt, Stadt Heidelberg (Ausländerzentralregister, Stichtag: 31.12.2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf durch das Recht geregelte Integrationsperspektiven von in Heidelberg lebenden Ausländerinnen und Ausländern.

Ergebnisse:

- Die Einbürgerungsquote stieg von 1,4 Prozent im Jahre 2010 auf 1,9 Prozent im Jahr 2012 und lag damit leicht über der ebenfalls gestiegenen Quote auf Landesebene.² Damit erreichte der Stadtkreis 2012 die höchste Einbürgerungsquote aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg, dicht gefolgt vom Landkreis Emmendingen.³

- Frauen nahmen in Heidelberg eher die deutsche Staatsbürgerschaft an als Männer – ein Phänomen, das sich auch auf Landesebene beobachten ließ.⁴

- Mehr als die Hälfte der im Stadtkreis Eingebürgerten behielt in den vergangenen Jahren die frühere Staatsbürgerschaft bei und verfügte damit über die doppelte Staatsangehörigkeit.⁵

¹ Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, Berlin 2009, S. 31.

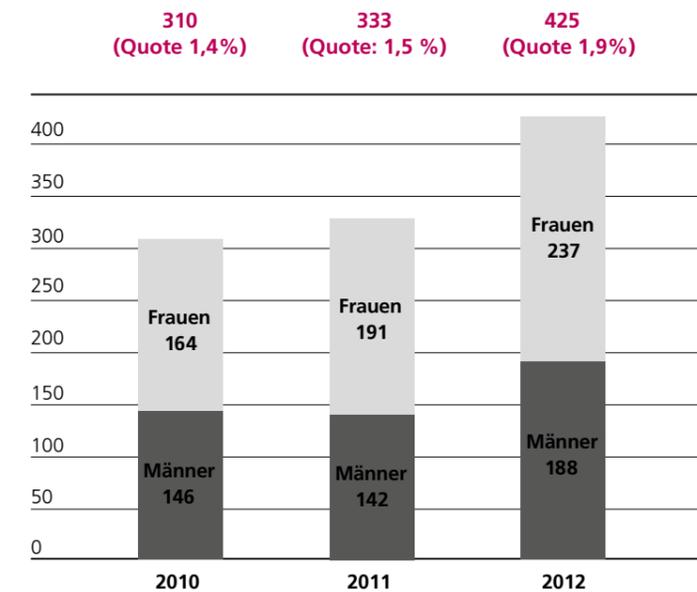
² Die Einbürgerungsquote für das Land belief sich laut Zahlen des Statistischen Landesamtes 2012 auf 1,4 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit 2003. Laut der Sinusstudie von 2008 besaßen gut 51 Prozent der Heidelbergerinnen und Heidelberger mit Migrationshintergrund keine deutsche Staatsangehörigkeit. Von diesen wiederum hatten mehr als drei Viertel (78 Prozent) keine Einbürgerungsabsicht, da sie entweder das aufwendige Verfahren scheuten, eine Rückkehr in ihr Herkunftsland planten, glaubten, dass eine Einbürgerung ihnen keine Vorteile verschaffe oder weil sie ihre derzeitige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wollten. Am einbürgerungswilligsten waren demnach Zuwanderer aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien und dem asiatischen Raum. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberger Migrantenstudie 2008. Ergebnisse einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg durchgeführt von Sinus Sociovision im Herbst 2008, Heidelberg 2009, S. 37.

³ Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

⁴ Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

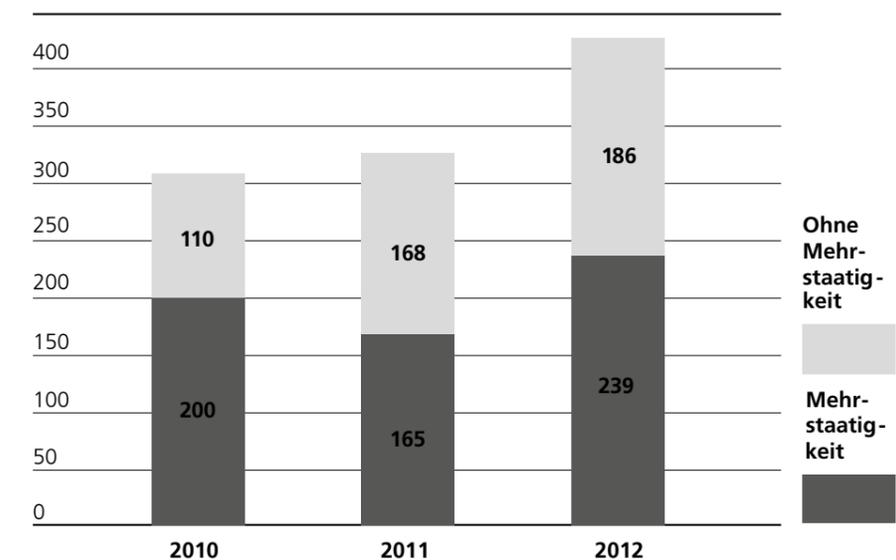
⁵ Mehrstaatigkeit wird hingenommen bei allen EU-Staaten und der Schweiz sowie aufgrund bilateraler Abkommen oder der fehlenden Möglichkeit eines Verzichts auf die frühere Staatsangehörigkeit bei BürgerInnen folgender Staaten: Afghanistan, Algerien, Angola, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Eritrea, Guatemala, Irak, Iran, Katar, Kuba, Libanon, Marokko, Mexiko, Nicaragua, Nigeria, Syrien, Thailand, Tunesien, Uruguay. Vgl. dazu auch die jeweiligen Ländervorschriften. Die große Zahl an Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist demnach nachvollziehbar.

Abb. 2: Anzahl der Einbürgerungen in Heidelberg nach Jahren und Geschlecht



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Einbürgerungsstatistik.

Abb. 3: Anzahl der Einbürgerungen in Heidelberg nach Jahren und Hinnahme von Mehrstaatigkeit



Quelle: Bürgeramt, Stadt Heidelberg, Einbürgerungsstatistik.

3 Rollenmodelle in Paarhaushalten¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der jeweiligen Einkommensformen (Mann als Alleinernährer, Zweiverdienste, Frau als Zuverdienerin, etc.) in Paarhaushalten von Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund an der Gesamtheit aller Paarhaushalte von Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise: Hier waren nur Schätzungen anhand gewichteter Daten auf Grundlage der Verteilung in strukturell ähnlichen Universitätsstädten Süddeutschlands möglich (Daten Mikrozensus 2010). Eine getrennte Ausweisung und Darstellung des Anteils des „Alleinernährerinnen“-Modells sowie des Anteils der „Männer als Zuverdiener“ war angesichts zu geringer Fallzahlen (Datenschutz) leider nicht möglich.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf gelebte Rollenmodelle in Paarhaushalten mit bzw. ohne Migrationshintergrund angesichts eines inkonsistenten Rechts, das zwei gegensätzliche Rollenmodelle stützt.²

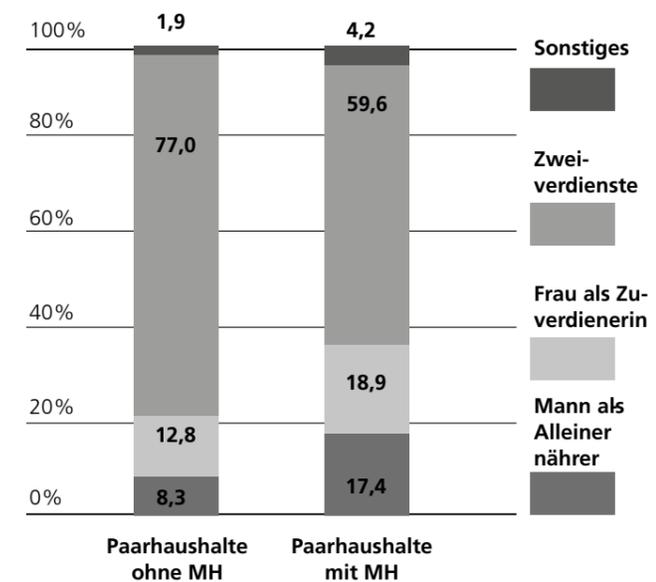
Ergebnisse:

- Das Zweiverdienstmodell war 2010 das dominierende Rollenmodell in Heidelberger Paarhaushalten. Dies gilt insbesondere für Paarhaushalte von Menschen ohne Migrationshintergrund, die das Zweiverdienstmodell zu mehr als drei Vierteln praktizierten. Es gilt aber auch für Paarhaushalte mit Migrationshintergrund, wenngleich der Anteil der Zweiverdienenden hier gut 17 Prozentpunkte niedriger ausfiel.
- Auf Landesebene war der Anteil der Zweiverdienenden in beiden Vergleichsgruppen geringer als im Stadtkreis. Vor allem bei den Paarhaushalten ohne Migrationshintergrund ergab sich dabei eine Differenz von etwa 7 Prozentpunkten gegenüber den Heidelberger Zahlen.³

- Das allgemein als klassisch angesehene Alleinernährermodell hat bei den Paarhaushalten ohne Migrationshintergrund weitgehend ausgedient und machte 2010 nur noch etwa 8 Prozent der Haushalte aus. Bei den Paarhaushalten mit Migrationshintergrund stand dieses Modell ebenfalls an vorletzter Stelle, allerdings mit einem mehr als doppelt so hohen Anteil von gut 17 Prozent.
- Diese Verhältnisse spiegelten sich auch auf Landesebene wider, wobei der Anteil der Alleinernährer hier bei beiden Vergleichsgruppen je knapp 3 Prozentpunkte über den Zahlen für den Stadtkreis lag.⁴
- Frauen als Zuverdienerinnen machten die zweitgrößte Gruppe der Paarhaushalte aus, allerdings nur mit einem Anteil von ungefähr 13 bzw. 19 Prozent. Frauen in Paarhaushalten mit Migrationshintergrund waren etwas häufiger Zuverdienerinnen. Dabei waren die Anteile nochmals etwas höher, wenn beide Partner einen Migrationshintergrund aufwiesen (ca. 21 Prozent).
- Auf Landesebene gab es etwas mehr Zuverdienerinnen als in Heidelberg.⁵ Dies galt vor allem für Paarhaushalte ohne Migrationshintergrund (Unterschied von knapp 5 Prozentpunkten).
- Andere Rollenmodelle (z. B. Frau als Alleinernährerin, Mann als Zuverdiener, etc.) spielten sowohl im Stadtkreis als auch auf Landesebene kaum eine nennenswerte Rolle, wobei aber jeweils leicht höhere Anteile bei den Paarhaushalten mit Migrationshintergrund zu verzeichnen waren.

¹ Dabei wird im Einzelnen unterschieden nach den Modellen: „Mann als Alleinernährer“: Alle Haushalte, bei denen eine Partnerin keinerlei Einkommen bezieht, während der Partner in Vollzeit mindestens ein Einkommen von mehr als 500 € aufweist.
 „Zweiverdienstmodell“: Alle Haushalte, bei denen beide Partner erwerbstätig sind und jeweils über ein Einkommen von mehr als 500 €, unabhängig von einer Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigung, verfügen.
 „Frau als Zuverdienerin“: Alle Haushalte, bei denen ein Partner in Vollzeittätigkeit ein Einkommen von mindestens 500 €

Abb. 4: Anteil der Einkommensformen in Heidelberger Paarhaushalten nach Migrationshintergrund (Schätzung 2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010) (Schätzung, Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

erzielt, während die Partnerin mit einer Teilzeitstelle weniger als 500 € verdient.
 (Da der Mikrozensus – angesichts der Schwierigkeiten, die Grenze von 400 € bei den vorgegebenen Einkommensklassen eindeutig zu bestimmen – über das Einkommen keine Trennung nach geringfügiger Beschäftigung zulässt, wurde vom ifm, Universität Mannheim ein annäherungsweise Einkommen von 500 € zu Grunde gelegt.)
 Unter „Sonstiges“ werden hier angesichts der für Heidelberg zu geringen Fallzahlen die beiden Modelle „Frau als Alleinernährerin“ sowie „Mann als Zuverdiener“ zusammengefasst.
² Während Ehegattensplitting, Lohnsteuerklassenkombinationen, Zugewinngemeinschaftsgüterstand, beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenkasse und die Behandlung nichtehelicher Väter im Sorgerecht auf dem Modell der Rollenteilung nach Geschlecht und der Versorgerehe gründen, setzen die Neuregelungen im Scheidungs-, Arbeits- und Sozialrecht auf eine eigenständige Existenzsicherung unabhängig vom Geschlecht.
³ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für

Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010. Das Zweiverdienstmodell erreichte demnach bei Paarhaushalten ohne MH 70 Prozent, bei Paarhaushalten mit MH 57 Prozent.
⁴ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010. Demnach Paarhaushalte ohne MH 11 Prozent, Paarhaushalte mit MH 20 Prozent.
⁵ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010. Das Zuverdienerinnenmodell erreichte demnach bei Paarhaushalten ohne MH 18 Prozent, bei Paarhaushalten mit MH 20 Prozent.

Bildung, der Schlüssel zur Chancengleichheit

Eine erfolgreiche Bildungskarriere und die Art des jeweiligen Bildungsabschlusses beeinflussen maßgeblich die späteren Zugangschancen zum Arbeitsmarkt, die beruflichen Möglichkeiten sowie den Übergang von der Schule in die Ausbildung.

Schule und Bildung

Das Anliegen:

Die Möglichkeiten guter Bildung bzw. Ausbildung und die Fähigkeit, Wissen anzuwenden und weiterzuentwickeln, sind ein entscheidender Schlüssel für Chancengleichheit und wesentliche Voraussetzung für eine freiere Lebensgestaltung. Dies gilt für Frauen und Männer wie für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Von der Qualität der zur Verfügung gestellten Bildungsinhalte hängen auch die Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft und ihre Potenziale ab, bestehende oder künftige Probleme des Zusammenlebens zu bewältigen.

Eine erfolgreiche Bildungskarriere und die Art des jeweiligen Bildungsabschlusses beeinflussen maßgeblich die späteren Zugangschancen zum Arbeitsmarkt, die beruflichen Möglichkeiten sowie den Übergang von der Schule in die Ausbildung. Die Grundlagen für den schulischen Erfolg werden bereits in der frühen Kindheit gelegt. Der frühkindlichen Förderung kommt daher eine zentrale Bedeutung für den gesamten Bildungserfolg zu. Mit der frühen Förderung kognitiver, sozialer und insbesondere sprachlicher Fähigkeiten, können bereits im Kindesalter die Weichen für einen später erfolgreich verlaufenden Integrationsprozess gestellt werden. Eine möglichst andauernde Inanspruchnahme entsprechender Angebote ist dabei die Basis für gleiche Bildungschancen, da hier frühzeitig Begabungen gefördert und Defizite aufgearbeitet werden können.

Für eine erfolgreiche Teilnahme am deutschen Bildungssystem bedarf es darüber hinaus der Überwindung möglicher fehlender oder mangelnder Sprachkenntnisse. Eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung ist deshalb zentral für den weiteren Bildungs- und Integrationserfolg. Weitere Schlüssel für Chancengleichheit und Integration sind die schulische Bildung, die berufliche Ausbildung und lebenslanges Lernen. Abwärtsspiralen mit negativen kumulativen Folgen gilt es dabei zu verhindern.

Die Weiterbildung im Erwachsenenalter bietet Chancen für eine Entzerrung von Bildungsphasen,

für einen beruflichen Aufstieg und für nachholende Bildungsabschlüsse, z. B. im Falle einer Unterbrechung der Bildungslaufbahn aufgrund der Gründung einer eigenen Familie. Um langfristig negative Folgen von Brüchen in den Bildungsbiographien von jungen Frauen und Männern ob mit oder ohne Migrationshintergrund abzuwenden, ist eine differenzierte Betrachtung verschiedener Gruppen nach Lebenslagen unverzichtbar. Denn bei beiden Geschlechtern finden sich in der Bildungsbiographie BildungsgewinnerInnen und -verliererInnen.

Die Datenlage zu den Bildungserfolgen und zum Bildungsstand der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ist auf kommunaler Ebene nach wie vor unzureichend. Wenig erschlossen sind bislang Daten zum Ausbildungs- und Studienerfolg bzw. -abbruch sowie zur Berufswahl. Auch liegen keine Erfahrungswerte zur sozialen Mobilität bzw. Schichtspezifik von Bildungsverläufen vor. Da zudem das Merkmal „Migrationshintergrund“ erst mit dem Schuljahr 2012/2013 Eingang in die offizielle Schulstatistik gefunden hat und entsprechende Daten für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen, wurde die Auseinandersetzung mit einer uneinheitlichen Datenbasis unter Zuhilfenahme verschiedener Differenzierungsmerkmale notwendig.

Auf Basis dieser schwierigen Datenlage soll im Folgenden mit insgesamt 18 Indikatoren versucht werden, sich dem Themenfeld „Schule und Bildung“ zu nähern.

Ergebnisse kurzgefasst:

Hohes Bildungsniveau: Frühere Berichte hatten der Heidelberger Wohnbevölkerung insgesamt ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau und einen ausgeprägten Bildungsoptimismus attestiert. Dies gilt auch für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.¹ Die Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen hier ein etwas differenzierteres Bild und machen deutlich, dass auch im Stadtkreis bestimmte geschlechts- oder herkunftsspezifische Bildungsdefizite und -probleme (fort-)bestehen.

Sprachkompetenz: Kinder mit Migrationshintergrund zeigten fast vier Mal so häufig Auffälligkeiten in der **Sprachentwicklung** wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Ein deutlicher Rückgang der Zahlen gegenüber den beiden Vorjahren war seit 2012 vor allem bei Mädchen mit Migrationshintergrund zu beobachten.

Die Anzahl der bestandenen **Sprachprüfungen** bzw. Deutsch-Tests mit Zertifikat Deutsch (B 1) zum Integrationskurs nahm in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Mit 2012 knapp 80 Prozent wurde die seit 2010 höchste Erfolgsquote erreicht.

Auch die Zahl der angebotenen **Integrationskurse** im Stadtkreis lag in den vergangenen Jahren stets auf hohem Niveau. Spezielle Frauenkurse oder Kurse mit gleichzeitigem Betreuungsangebot für Kinder spielten dabei bislang keine Rolle.

Nutzung von KITAs: Gut 33 Prozent aller betreuten Kinder unter 3 Jahren besaßen einen Migrationshintergrund. Gemessen an ihrem Anteil an den unter 3-Jährigen im Stadtkreis (knapp 46 Prozent) waren Kinder mit Migrationshintergrund somit noch deutlich unterrepräsentiert, dies betraf Jungen noch stärker als Mädchen. Bei den betreuten 3- bis unter 6-Jährigen verfügten laut Statistik knapp 43 Prozent über einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil lag damit nur leicht unterhalb des zuletzt gemessenen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund an der Heidelberger Gesamtbevölkerung im Alter von 3 bis unter 6 Jahren.²

Schulische Bildung: Die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit nahmen 2011/12 mit steigendem Schulniveau stetig ab. Während **Grund-, Haupt- und Werkrealschulen** die höchsten Anteile an Schülerinnen und Schülern mit ausländischer Staatsangehörigkeit verzeichneten (knapp 15 Prozent), war der Anteil bei den **Gymnasien** mit knapp 4 Prozent am geringsten. Leicht überproportional vertreten waren ausländische SchülerInnen dagegen mit einem Anteil von knapp 22 Prozent an den **Heidelberger Sonderschulen**.

Auch beim **Übergang auf weiterführende Schulen** nach der Klassenstufe 4 zeigten sich im Schuljahr

2011/2012 Unterschiede: So lag die Wahrscheinlichkeit für Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit, auf eine Werkreal- oder Hauptschule zu wechseln, mehr als dreimal so hoch wie bei deutschen SchülerInnen.

Gut zwei Drittel der deutschen GrundschülerInnen der Klassenstufe 4 wechselten im Stadtkreis auf Gymnasien, doch auch bei den ausländischen GrundschülerInnen erreichten die Gymnasialübergänge mittlerweile einen Anteil von knapp 47 Prozent. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Anteile in beiden Vergleichsgruppen, bei den ausländischen SchülerInnen sogar um knapp 16 Prozentpunkte.

Junge Frauen und Männer verließen die Haupt- und Werkrealschulen etwa gleich häufig **ohne einen Hauptschulabschluss**. Bei ausländischen Schülerinnen und Schülern lag der Anteil der Abgehenden ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2010/2011 fast doppelt so hoch (13 Prozent) wie bei deutschen Abgehenden (rund 7 Prozent). Bei beiden Gruppen lagen die Werte deutlich über Landesdurchschnitt.

Mehr als die Hälfte aller weiblichen und männlichen Schulabgehenden in Heidelberg beendeten das Schuljahr 2010/2011 mit der Hochschul- bzw. der Fachhochschulreife. Bei den Schulabgehenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit belief sich der Anteil der **AbiturientInnen** dagegen auf nur knapp 15 Prozent und lag damit noch immer weit unterhalb des Anteils bei deutschen Schulabgehenden (knapp 57 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr stiegen die AbiturientInnen-Zahlen in beiden untersuchten Gruppen jedoch leicht an.

Jeweils etwa die Hälfte der Abgehenden von **beruflichen Schulen** im Stadtkreis waren im Schuljahr 2010/2011 junge Männer bzw. Frauen. Absolut gingen aber etwas mehr Mädchen von beruflichen Schulen ab. Der Anteil der Abgehenden von beruflichen Schulen mit ausländischer Staatsangehörigkeit belief sich im Schuljahr 2010/2011 auf 11 Prozent und lag damit leicht unter Landesdurchschnitt (gut 13 Prozent).

Berufliche Bildung: Junge Frauen stellten 2012 mit knapp 54 Prozent die Mehrheit aller **Auszubildenden** im Stadtkreis; ihr Anteil lag damit deutlich über dem Landesdurchschnitt (10 Prozentpunkte).³ Junge AusländerInnen erreichten zum Stichtag 30.06.2012 einen Anteil von knapp 8 Prozent aller Auszubildenden. Gegenüber 2010 ergab sich ein leichter Rückgang ihres Anteils um knapp 2 Prozentpunkte.

Der Anteil der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber, die schon in den früheren Jahren BewerberInnen waren (**AltbewerberInnen**), lag im Stadtkreis bei je knapp über 39 Prozent. Herkunftsspezifische Unterschiede kamen vor allem bei den ausländischen Männern zum Tragen (fast 7 Prozentpunkte). Während bei deutschen Frauen und Männern gegenüber den beiden Vorjahren jedoch ein Anstieg der Zahlen zu beobachten war, gingen die Zahlen für Ausländerinnen und Ausländer leicht zurück.

Ausländische Studierende machten im Wintersemester 2012/2013 gut 15 Prozent aller Studierenden an Heidelberger Hochschulen aus. Die Studienquote der ausländischen Studierenden unterschied sich dabei je nach Hochschule und erreichte an der Universität Heidelberg mit gut 17 Prozent den höchsten gemessenen Wert. Damit war die Studienquote der ausländischen Studierenden im Vergleich zu den vorherigen Semestern insgesamt leicht rückläufig. Lediglich an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg blieb die Quote stabil.

Studierende: Frauen stellten 2012 mit 58 Prozent die Mehrheit aller **AbsolventInnen der Universität Heidelberg** und auch bei den **Promovierten** erreichten sie einen Anteil von 52 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Männer von 42 Prozent bei den AbsolventInnen auf knapp 49 Prozent bei den Promovierten. Bei den **HabilitandInnen** machten die Männer jedoch mit 65 Prozent fast zwei Drittel aller Personen aus und lagen somit 30 Prozentpunkte vor den Frauen. AusländerInnen erreichten besonders bei den Promovierten einen hohen Anteil (knapp 22 Prozent), bei den HabilitandInnen machten sie dagegen nur rund 10 Prozent aus.

Das **Bildungsniveau der Eltern** im Stadtkreis ist überdurchschnittlich hoch. Bei allen untersuchten Gruppen lag der Anteil derjenigen Eltern mit einem Hochschulabschluss mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Väter ohne Migrationshintergrund verfügten mit Abstand am Häufigsten über einen Hochschulabschluss (knapp 36 Prozent). Keine nennenswerten Unterschiede bestanden zwischen Müttern mit und ohne Migrationshintergrund sowie Vätern mit Migrationshintergrund.

Weiter- und Fortbildung: Die Bereitschaft der HeidelbergerInnen und Heidelberger zur Weiter- und Fortbildung war 2010 überdurchschnittlich. Frauen beteiligten sich dabei stärker an Fort- und Weiterbildungen als Männer.⁴ Menschen mit Migrationshintergrund beiderlei Geschlechts besuchten 2010 seltener eine der Fort- oder Weiterbildung dienende Veranstaltung als Menschen ohne Migrationshintergrund. Migrantinnen partizipierten dabei häufiger an Weiterbildungen als Männer mit Migrationshintergrund, die den niedrigsten im Stadtkreis gemessenen Wert erreichten.

Frauen im Stadtkreis beteiligten sich auch im Alter deutlich häufiger an den **Angeboten zur Fort- und Weiterbildung** (rund 80 Prozent). Männer stellten mit gut 20 Prozent der Nutzer die Minderheit.

¹ Vgl. Stadt Heidelberg, Bürgeramt und Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): Kommunaler Integrationsplan (KIP) der Stadt Heidelberg. Mit allen für alle, Heidelberg 2011, S. 13.
² Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Vergleich der Zahlen der Kitastatistik zum Migrationshintergrund zum 01.03.2012 mit den Zahlen aus der eigenen Einwohnerfortschreibung zum Stichtag 31.12.2011.

³ Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Land Baden-Württemberg, Jahr 2012. In den Jahren 2010 und 2011 hatte die Differenz demnach etwa 8,7 bzw. 9 Prozentpunkte betragen.

⁴ Diese Unterschiede im Geschlechterverhältnis spiegeln auch die TeilnehmerInnenzahlen der Volkshochschule Heidelberg für deren Angebote zur Weiterbildung/Allgemeinbildung aus den Jahren 2010 bis 2012 wider.

Sprache und Sprachförderung

1 Kinder mit Auffälligkeiten in der Sprachentwicklung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil derjenigen Mädchen bzw. Jungen mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit Auffälligkeiten in der Sprachentwicklung bzw. mit der Empfehlung zu einer Sprachförderung an allen einzuschulenden Kindern.

Methodische Hinweise: Als „auffällig“ in der Sprachentwicklung werden all jene Kinder definiert, die aufgrund des Ergebnisses des SETK 3–5 (= Sprachentwicklungstest für drei- bis fünfjährige Kinder) eine Empfehlung zu einer intensiven Sprachförderung im Kindergarten erhalten haben. Dieses Ergebnis kann nicht gleichgesetzt werden mit mangelnden Deutschkenntnissen. Auffälligkeit in der Sprachentwicklung kann unterschiedliche Ursachen haben. Mangelnde Deutschkenntnisse sind demnach nur ein Aspekt.

Die vorliegenden Heidelberger Zahlen für 2012 beziehen sich auf insgesamt 946 untersuchte Kinder. 460 dieser Kinder waren Mädchen, 486 Jungen. 374 Kinder verfügten über einen Migrationshintergrund (davon waren 196 Jungen, 178 Mädchen). „Migrationshintergrund“ wird dabei abweichend von der Definition des Statistischen Bundesamtes definiert durch das Vorliegen einer ausländischen Staatsangehörigkeit und/oder durch den Gebrauch einer anderen als der deutschen Sprache im jeweiligen Elternhaus. Erhoben werden die Daten zur Sprachentwicklung und zum Sprachförderbedarf in nahezu allen Bundesländern mittels des Sprachstandsfeststellungsverfahrens. In 14 Bundesländern gibt es insgesamt 17 Testverfahren, die Länder Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern führen keine landesweite Sprachstandserhebung durch.¹ Da die Testverfahren nicht einheitlich sind, liegen derzeit keine vergleichbaren Landes- bzw. Länderdaten vor.

Datenquelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Sprachstandsfeststellung.

Der Indikator gibt Hinweise auf Defizite in der Sprachentwicklung; den Stand der sprachlichen Integration.

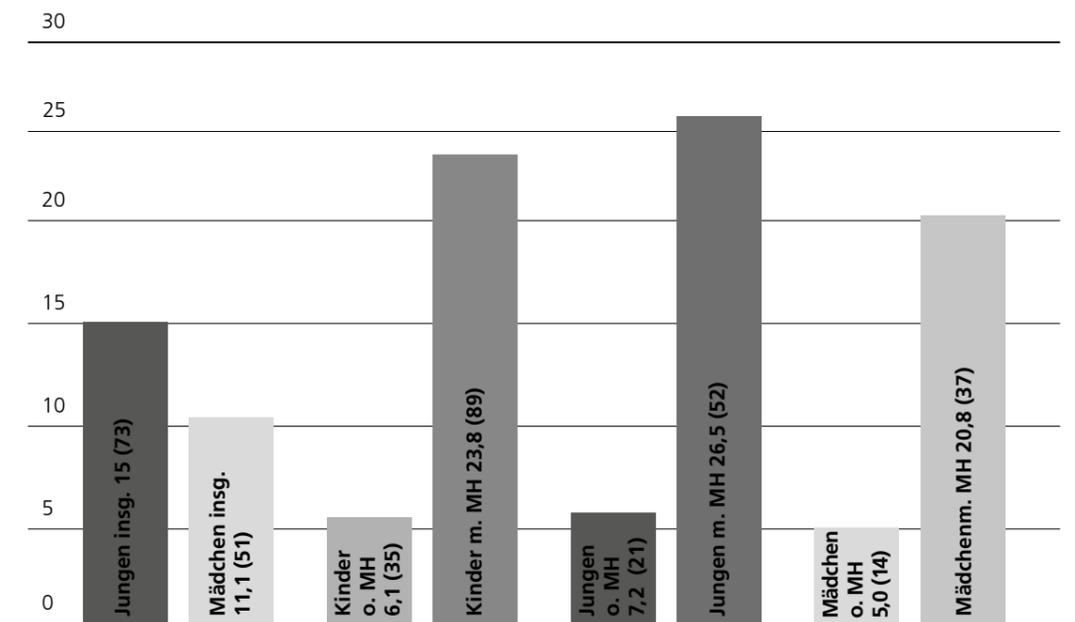
Ergebnisse:

- Jungen wiesen 2012 etwas häufiger Defizite in der Sprachentwicklung auf als Mädchen. Dies gilt für beide untersuchten Jungengruppen gleichermaßen.
- Die Sprachentwicklung bei Kindern mit Migrationshintergrund war deutlich häufiger beeinträchtigt als bei Kindern ohne Migrationshintergrund: knapp 24 Prozent aller Kinder waren hier betroffen. Bei Kindern ohne Migrationshintergrund betrug der Anteil gut 6 Prozent.
- Im Vergleich zu den beiden Vorjahren sank die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund und einem festgestellten Sprachdefizit allerdings deutlich. Dabei war seit 2010 mit rund 13 Prozent (minus 25 Personen) bei den Mädchen mit Migrationshintergrund der stärkste Rückgang zu verzeichnen.²

¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 57. Demnach sind die Verfahren in jeder Hinsicht uneinheitlich und bestehen aus Tests, Screenings und Beobachtungsverfahren, die nur teilweise standardisiert sind. Die Verfahren werden in den Ländern bei unterschiedlichen Altersgruppen zwischen 6 und 24 Monate vor der Einschulung durchgeführt. Vgl. dazu auch: 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, S. 57.

² Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für die Sprachstandsfeststellungen der Jahre 2010 bis 2012.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) derjenigen Kinder, denen nach dem SETK eine intensive Sprachförderung empfohlen wurde, an allen einzuschulenden Kindern nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2012) (in %)



Quelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Sprachstandsfeststellung 2012.

2 Sprachprüfungen (B 1) zum Integrationskurs

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der erfolgreich bestandenen Sprachprüfungen bzw. Deutsch-Tests mit Zertifikat Deutsch (B 1) an allen in Heidelberg absolvierten Deutsch-Kursen (B 1) zum Integrationskurs.

Methodische Hinweise: Integrationskurse werden schwerpunktmäßig von ZuwanderInnen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und SpätaussiedlerInnen besucht. Aufgabe der Sprach- und Orientierungskurse ist die Förderung der Sprachkenntnisse bei neu Zugewanderten sowie bei nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Die Kursteilnahme und der erfolgreiche Abschluss eines Integrationskurses bewirken eine Verkürzung der Mindestaufenthaltsfrist für die Einbürgerung von 8 auf 7 Jahre. Zudem ermöglicht die Teilnahme an einem Integrationskurs den Abschluss einer Sprachprüfung auf Niveau B1, der ebenfalls eine Einbürgerungsvoraussetzung darstellt. Der erfolgreiche Abschluss eines Integrationskurses verbessert somit gleichzeitig die Deutsch-Sprachkenntnisse und die Einbürgerungschancen.

Insgesamt 6 Sprachkursträger boten im Untersuchungszeitraum in Heidelberg entsprechende Sprachkurse und -prüfungen für das Niveau B 1 an. Nur das i.d.e Trainingsinstitut konnte keine Daten liefern. Vergleichszahlen für die Erfolgsquoten auf Landesebene lagen nicht vor.

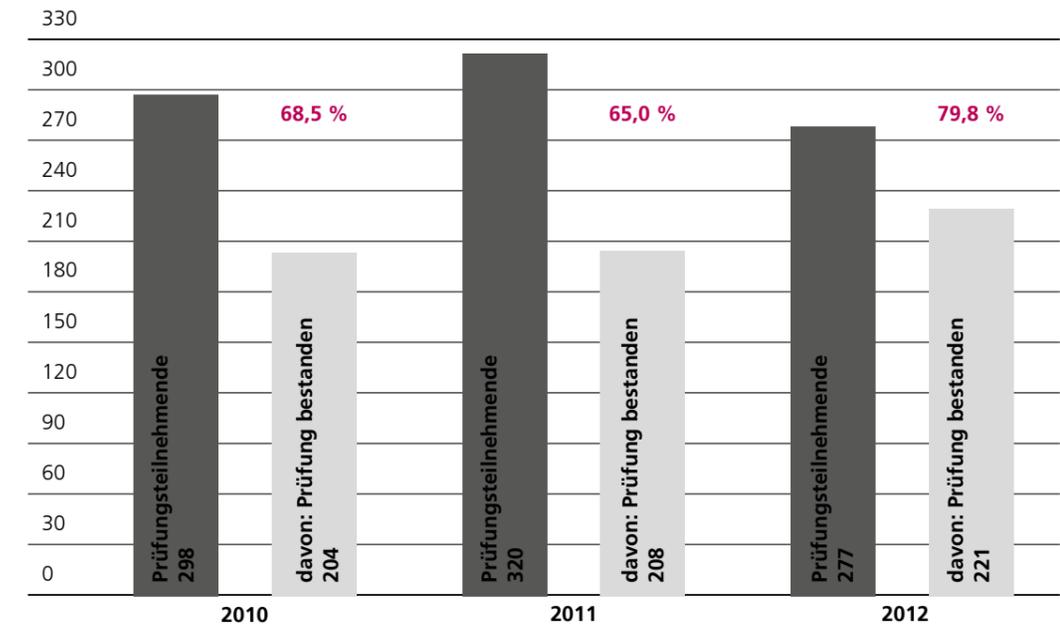
Datenquelle: Heidelberger Sprachkursträger (Volkshochschule Heidelberg e.V.; Heidelberger Pädagogium, gemeinnütziges Bildungsinstitut GmbH; Internationaler Bund Heidelberg, Freier Träger der Jugend-, Sozial- u. Bildungsarbeit e.V.; F+U Academy of Languages Heidelberg).

Der Indikator gibt Hinweise auf die erfolgreiche Absolvierung der Sprachprüfung für das Niveau B 1; den Stand der sprachlichen Integration.

Ergebnis:

- Die KursteilnehmerInnenzahlen wie auch der Anteil der bestandenen Sprachprüfungen waren im Beobachtungszeitraum jährlichen Schwankungen unterworfen. In absoluten Zahlen war seit 2010 ein leichter Anstieg der bestandenen Prüfungen zu beobachten. Die Erfolgsquote bewegte sich zuletzt zwischen 65 Prozent (2011) und knapp 80 Prozent (2012). Dabei waren größere Erfolge bei Frauen zu beobachten.

Abb. 2: Anzahl (und Anteil) der erfolgreich bestandenen Sprachprüfungen bzw. Deutsch-Tests mit Zertifikat Deutsch (B 1) an allen in Heidelberg absolvierten Deutsch-Kursen (B 1) zum Integrationskurs 2010 – 2012



Quelle: Heidelberger Sprachkursträger.

3 Integrationskurse für Frauen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Integrationskurse speziell für Frauen bzw. mit gleichzeitigem Betreuungsangebot für Kinder an allen in Heidelberg angebotenen Integrationskursen.

Methodische Hinweise: Integrationskurse werden schwerpunktmäßig von ZuwanderInnen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und SpätaussiedlerInnen besucht. Aufgabe der Sprach- und Orientierungskurse ist die Förderung der Sprachkenntnisse bei neu Zugewanderten sowie bei nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Die Kursteilnahme und der erfolgreiche Abschluss eines Integrationskurses bewirken eine Verkürzung der Mindestaufenthaltsfrist für die Einbürgerung von 8 auf 7 Jahre. Zudem ermöglicht die Teilnahme an einem Integrationskurs den Abschluss einer Sprachprüfung auf Niveau B1, der ebenfalls eine Einbürgerungsvoraussetzung darstellt. Der erfolgreiche Abschluss eines Integrationskurses verbessert somit gleichzeitig die Deutsch-Sprachkenntnisse und die Einbürgerungschancen.

Insgesamt 6 Kursträger boten im Beobachtungszeitraum entsprechende Integrationskurse in Heidelberg an. Lediglich das i.d.e Trainingsinstitut konnte keine Daten liefern, der Studienverband Heidelberg führte in den Jahren 2011 und 2012 keine Integrationskurse durch. Vergleichswerte für die Landesebene lagen nicht vor.

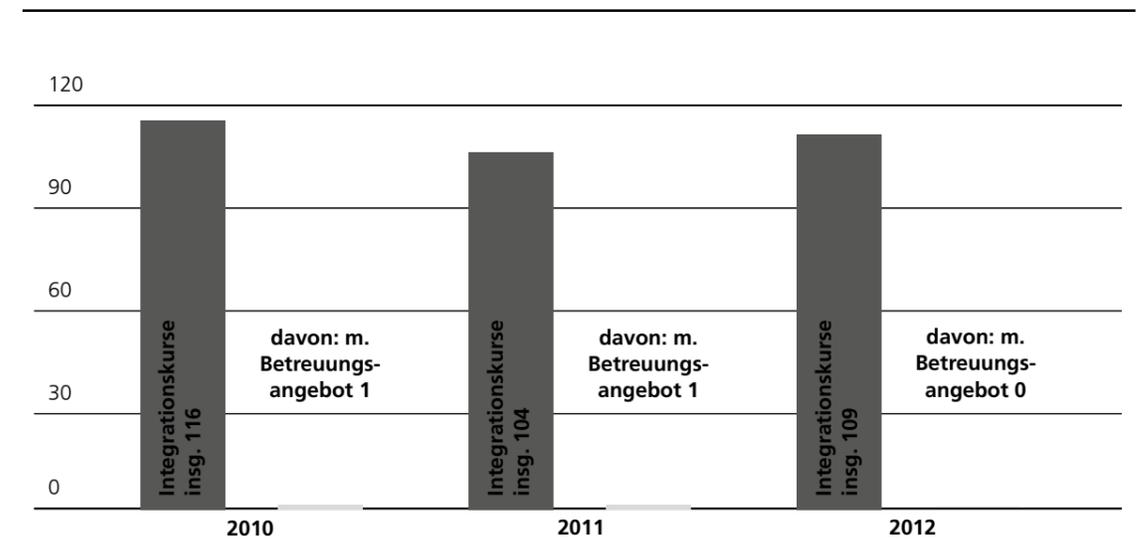
Datenquelle: Heidelberger Kursträger (Volkshochschule Heidelberg e.V.; Heidelberger Pädagogium, gemeinnütziges Bildungsinstitut GmbH; Internationaler Bund Heidelberg, Freier Träger der Jugend-, Sozial- u. Bildungsarbeit e.V.; F+U Academy of Languages Heidelberg; Studienverband Heidelberg).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeiten einer Vereinbarkeit von integrierendem Spracherwerb und Familien- bzw. Betreuungspflichten.

Ergebnis:

- Auch die Gesamtzahl der angebotenen Integrationskurse war im Beobachtungszeitraum leichten jährlichen Schwankungen unterworfen, lag dabei aber stets im dreistelligen Bereich.
- Integrationskurse mit einem gleichzeitigen Betreuungsangebot wurden in den Vorjahren nur von einem Heidelberger Kursträger angeboten und machten lediglich 1 Prozent (entspricht einem Kurs) aller Integrationskurse im Stadtkreis aus. 2012 gab es keine entsprechenden Angebote.

Abb. 3: Anzahl der Integrationskurse im Stadtkreis Heidelberg speziell für Frauen bzw. mit gleichzeitigem Betreuungsangeboten für Kinder und Anzahl aller angebotenen Integrationskurse



Quelle: Heidelberger Sprachkursträger.

Frühkindliche Bildung

1 Betreuung von unter 3-Jährigen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Kinder im Alter von unter 3 Jahren mit bzw. ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege an allen Kindern im Alter von unter 3 Jahren.

Methodische Hinweise: Die „Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ wird seit 2008 jährlich zum Stichtag 1. März durchgeführt. Dabei werden unter anderem Individualdaten zu den in den Tageseinrichtungen betreuten Kindern erhoben. Seit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) wird zusätzlich eine Statistik zu Kindern in Kindertagespflege erstellt. Ziel beider Erhebungen ist es, einen umfassenden Überblick über die Inanspruchnahme der Betreuung in Kindertageseinrichtungen und die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege zu erhalten.

Ein „Migrationshintergrund“ wird einem Kind laut Statistik dann zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil aus dem Ausland stammt, dort also geboren ist. Die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern spielt dabei keine Rolle. Eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern erfolgt nicht.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Betreuungssituation von Kleinkindern und damit die Möglichkeiten frühkindlicher Bildung.

Ergebnisse:

- Gut 33 Prozent aller in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege betreuten Kleinkinder unter 3 Jahren besaßen einen Migrationshintergrund.¹ Im Vergleich zu ihrem Anteil an der Heidelberger Gesamtbevölkerung unter 3 Jahren (knapp 46 Prozent) waren Kinder mit Migrationshintergrund damit deutlich unterrepräsentiert. Jungen mit Migrationshintergrund waren davon noch etwas stärker betroffen als Mädchen.²
- Eine Berechnung geschlechts- und herkunftsspezifischer Betreuungsquoten war aufgrund der statistischen Vorgaben nicht möglich.³ Die Betreuungsquote aller unter 3-Jährigen im Stadtkreis lag 2012 bei mehr als 40 Prozent und erreichte damit sowohl landesweit als auch bezogen auf ganz Westdeutschland den höchsten gemessenen Wert.⁴ Damit lag die Heidelberger Quote knapp 6 Prozentpunkte über dem ermittelten baden-württembergischen Landesdurchschnitt.⁵

¹ Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg zum Stichtag 01.03.2012.

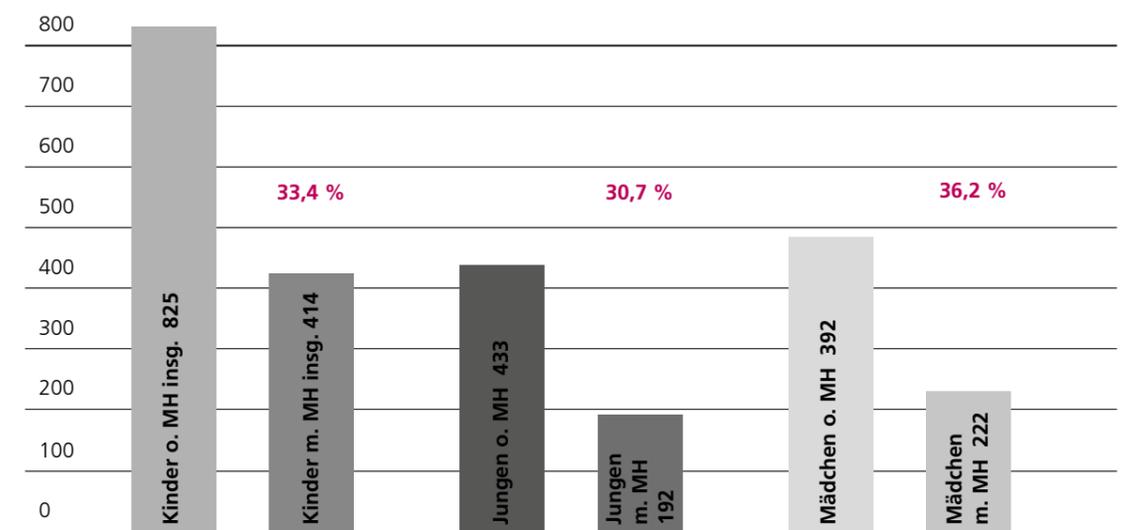
² Vgl. dazu die Tabelle auf S. 31. Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Vergleich der Zahlen der Kitastatistik zum Migrationshintergrund zum 01.03.2012 mit den Zahlen aus der eigenen Einwohnerfortschreibung zum Stichtag 31.12.2011.

³ Laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg kann eine Quotenbildung aus methodischen Gründen nicht vorgenommen werden, da die in der Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und im Mikrozensus bzw. bei der Einwohnerfortschreibung verwendeten Definitionen des „Migrationshintergrundes“ nicht deckungsgleich sind.

⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Kinderbetreuung regional 2012. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 18.

⁵ Ebd.

Abb. 1: Anzahl (und Anteil) der in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege betreuten unter 3-Jährigen im Stadtkreis Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Stichtag 01.03.2012)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg, Eigene Einwohnerfortschreibung, MigraPro.

2 Betreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit bzw. ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege an allen Kindern im Kindergartenalter von 3 bis unter 6 Jahren.

Methodische Hinweise: Die „Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ wird seit 2008 jährlich zum Stichtag 1. März durchgeführt. Dabei werden unter anderem Individualdaten zu den in den Tageseinrichtungen betreuten Kindern erhoben. Seit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) wird zusätzlich eine Statistik zu Kindern in Kindertagespflege erstellt. Ziel beider Erhebungen ist es, einen umfassenden Überblick über die Inanspruchnahme der Betreuung in Kindertageseinrichtungen und die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege zu erhalten.

Ein „Migrationshintergrund“ wird einem Kind laut Statistik dann zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil aus dem Ausland stammt, dort also geboren ist. Die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern spielt dabei keine Rolle. Eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern erfolgt vorgenommen.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Betreuungssituation von Kindern im Vorschulalter und damit die Möglichkeiten frühkindlicher Bildung.

Ergebnisse:

- Rund 43 Prozent aller in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege betreuten Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren besaßen einen Migrationshintergrund.¹ Ihr Anteil lag damit nur leicht unterhalb des zuletzt gemessenen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund an der Heidelberger Gesamtbevölkerung im Alter von 3 bis unter 6 Jahren (knapp 47 Prozent). Mädchen und Jungen unterschieden sich dabei kaum.²
- Auch hier war eine Berechnung geschlechts- und herkunftsspezifischer Betreuungsquoten aufgrund der statistischen Vorgaben nicht möglich.³ Die Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen insgesamt lag im Stadtkreis 2012 bei mittlerweile mehr als 98 Prozent und erreichte damit landesweit den zweitbesten Wert hinter dem Landkreis Lörrach.⁴ Damit lag die Heidelberger Quote knapp 3 Prozentpunkte über dem ermittelten Landesdurchschnitt und über den Betreuungsquoten aller übrigen baden-württembergischen Stadtkreise.⁵

¹ Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg zum Stichtag 01.03.2012.

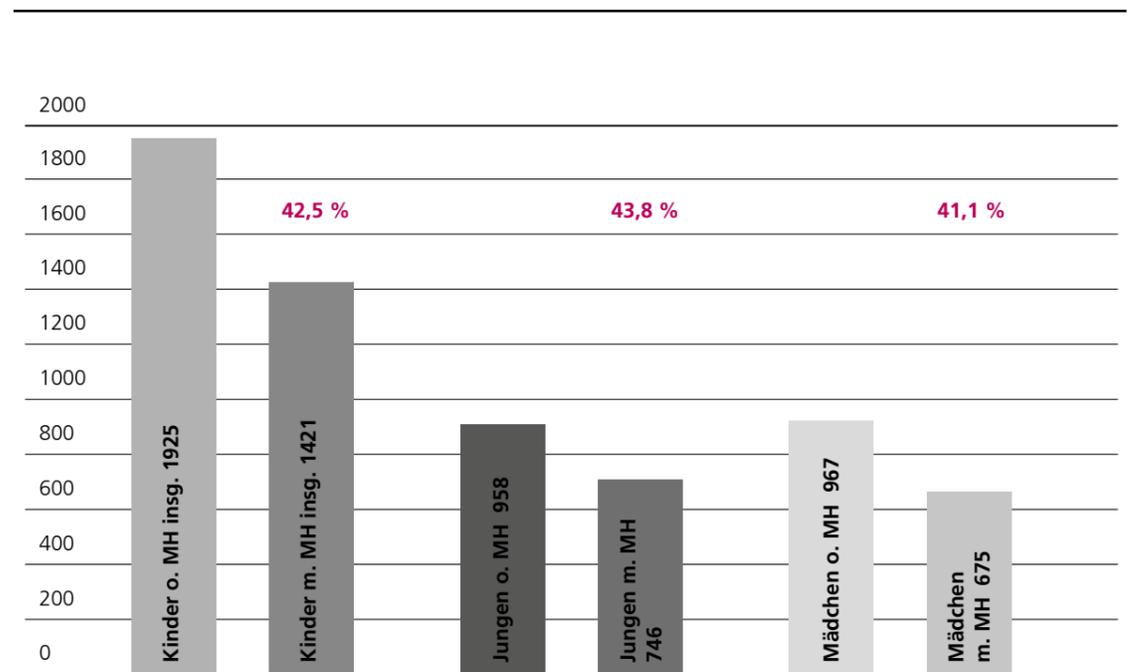
² Vgl. dazu die Tabelle auf S. 31. Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg. Vergleich der Zahlen der Kitastatistik zum Migrationshintergrund zum 01.03.2012 mit den Zahlen aus der eigenen Einwohnerfortschreibung zum Stichtag 31.12.2011.

³ Laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg kann eine Quotenbildung aus methodischen Gründen nicht vorgenommen werden, da die in der Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und im Mikrozensus bzw. bei der Einwohnerfortschreibung verwendeten Definitionen des „Migrationshintergrundes“ nicht deckungsgleich sind.

⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Kinderbetreuung regional 2012. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 34.

⁵ Ebd.

Abb. 2: Anzahl (und Anteil) der in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege betreuten 3- bis unter 6-Jährigen im Stadtkreis Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Stichtag 01.03.2012)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg, Eigene Einwohnerfortschreibung, MigraPro.

Schulische Bildung

1 SchülerInnen an allgemeinbildenden Schulen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Schülerinnen und Schüler bzw. Anteil aller SchülerInnen mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen SchülerInnen an öffentlichen und privaten Schulen nach Schularten (Grund-/Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien).

Methodische Hinweise: Die amtliche Schulstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dieses wurde erst zum Schuljahr 2012/2013 eingeführt, weshalb diese Zahlen für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren, weshalb hier nur eine Differenzierung auf Basis des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ möglich war. Darüber hinaus erfasst die bisherige Statistik ausländische Schülerinnen und Schüler nur in ihrer Gesamtheit – auf eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern musste hier daher ebenfalls verzichtet werden. Auch eine Unterscheidung nach tatsächlich aus dem Stadtkreis stammenden und auswärtigen Kindern war nicht möglich.

Öffentliche und private Schulen werden im Folgenden gemeinsam ausgewiesen. Die statistischen Vorgaben erlaubten keine Differenzierung nach Grundschulen einer- und Haupt- bzw. Werkrealschulen andererseits.

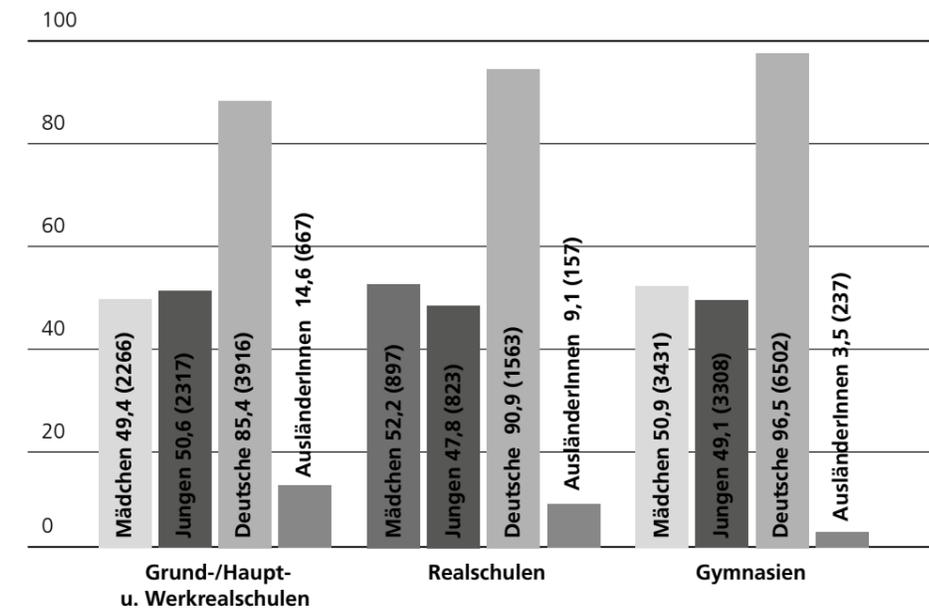
Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2011/2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Verteilung auf die jeweiligen Schulformen; die Über- oder Unterrepräsentanz von deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern.

Ergebnisse:

- Im Hinblick auf die Verteilung auf weiterführende Schulformen bestanden im Schuljahr 2011/2012 keine nennenswerten Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Lediglich für die Realschulen ergab sich ein leichter Vorsprung der Mädchen von gut 4 Prozentpunkten.
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit nahm mit steigendem Schulniveau stetig ab. Wiesen knapp 15 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an Grund- und Haupt- bzw. Werkrealschulen eine ausländische Staatsangehörigkeit auf, so lag ihr Anteil auf den Heidelberger Gymnasien bei nur knapp 4 Prozent.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der SchülerInnen je Schulform nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Schuljahr 2011/2012, öffentliche und private Schulen zusammen) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2011/2012); Eigene Berechnungen.

2 SonderschülerInnen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Sonderschülerinnen und -schüler bzw. Anteil der SonderschülerInnen mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen SonderschülerInnen an öffentlichen Sonderschulen.

Methodische Hinweise: Die amtliche Schulstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dieses wurde erst zum Schuljahr 2012/2013 eingeführt, weshalb diese Zahlen für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren, eine Differenzierung war lediglich auf Basis des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ möglich. Darüber hinaus erfasst die bisherige Statistik ausländische Schülerinnen und Schüler nur in ihrer Gesamtheit – auf eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern musste hier daher ebenfalls verzichtet werden. Auch eine Unterscheidung nach aus dem Stadtkreis Heidelberg stammenden und auswärtigen Kindern war hier nicht möglich.

Zum Schuljahr 2011/2012 gab es im Stadtkreis insgesamt 388 Schülerinnen und Schüler an 4 öffentlichen Sonderschulen (2 Förderschulen sowie je 1 Schule für geistig bzw. für sprachbehinderte Kinder). Darunter fanden sich 146 Mädchen und 242 Jungen. 84 Kinder verfügten über eine ausländische, 302 über die deutsche Staatsangehörigkeit.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2011/2012).

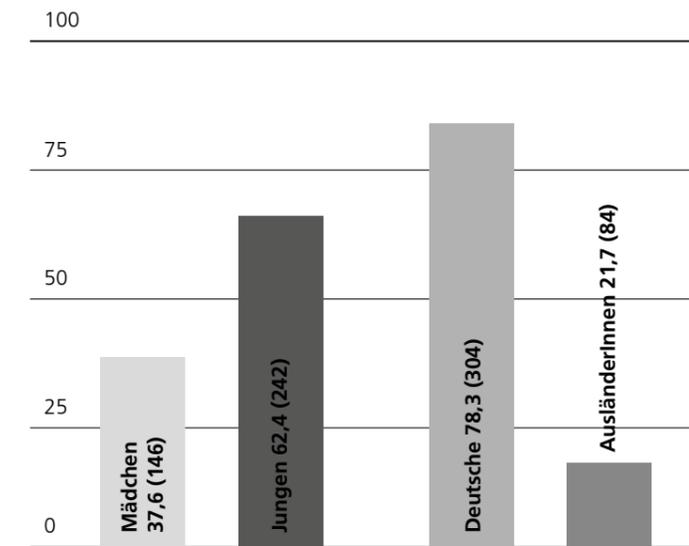
Der Indikator gibt Hinweise auf die Über- oder Unterrepräsentanz von deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern an Heidelberger Sonderschulen; spätere Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

Ergebnisse:

- Insgesamt waren Jungen im Schuljahr 2011/2012 häufiger an Heidelberger Sonderschulen vertreten als Mädchen. An Förderschulen wurden keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede ausgewiesen.¹
- Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren an Heidelberger Sonderschulen mit einem Anteil von knapp 22 Prozent leicht überrepräsentiert.

¹ Der Anteil der Mädchen an den beiden Heidelberger Förderschulen betrug demnach gut 49 Prozent (=58 Mädchen), der Anteil der Jungen knapp 51 Prozent (=65 Jungen).

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Heidelberger SonderschülerInnen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Schuljahr 2011/2012) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2011/2012); Eigene Berechnungen.

3 Schulübergänge

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Schulübergänge aus der Klassenstufe 4 von Kindern mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen Schulübergängen aus der Klassenstufe 4 eines Schuljahres insgesamt (nach Schultypen).

Methodische Hinweise: Die amtliche Schulstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dieses wurde erst zum Schuljahr 2012/2013 eingeführt, weshalb diese Zahlen für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren, weshalb hier nur eine Differenzierung auf Basis des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ möglich war. Darüber hinaus erfasst die bisherige Statistik ausländische Schülerinnen und Schüler nur in ihrer Gesamtheit – auf eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern musste hier daher ebenfalls verzichtet werden. Auch eine Unterscheidung nach tatsächlich aus dem Stadtkreis Heidelberg stammenden und auswärtigen Kindern war hier nicht möglich. Öffentliche und private Schulen werden gemeinsam ausgewiesen.

Zum Schuljahr 2011/2012 gab es im Stadtkreis insgesamt 998 Übergänge von Schülerinnen und Schülern aus der Klassenstufe 4 auf weiterführende Schulen. Darunter fanden sich 911 deutsche Schülerinnen und Schüler, 86 verfügten über eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2011/2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede beim Übergang auf weiterführende Schulen und damit auf die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

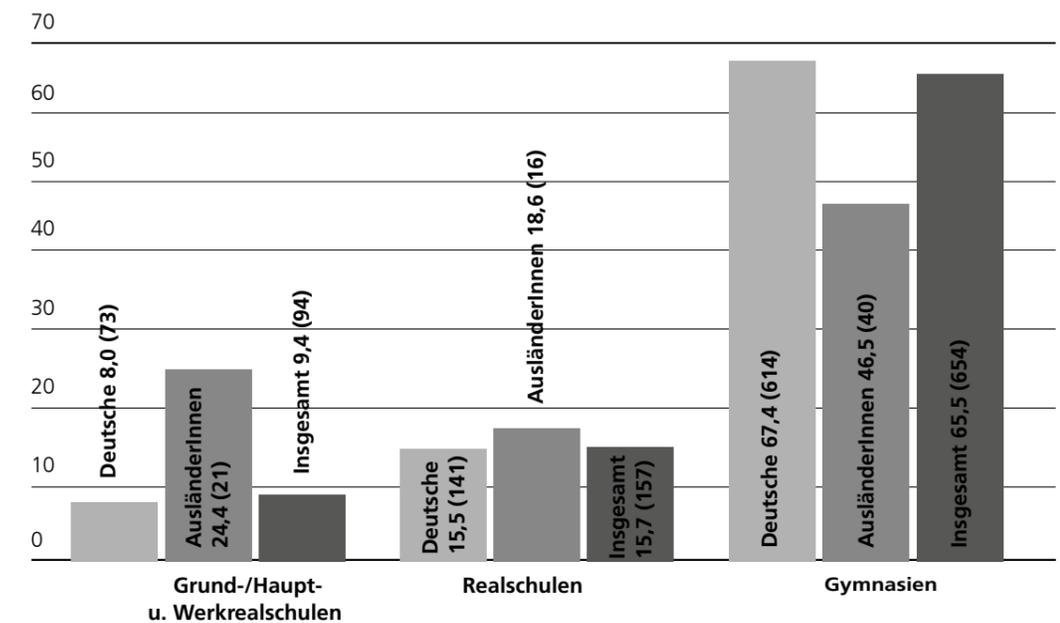
- Gut 24 Prozent aller SchülerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wechselten im Schuljahr 2011/2012 auf die Haupt- und Werkrealschulen. Damit war die Wahrscheinlichkeit, auf eine Werkreal- oder Hauptschule zu wechseln, für ausländische SchülerInnen dreimal so hoch wie für deutsche SchülerInnen (8 Prozent). Während der Anteil der deutschen Schüler gegenüber dem Vorjahr hier nur leicht zurückging, ging er bei den SchülerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich um 9 Prozentpunkte (minus 19 Personen) zurück.

- Gut 67 Prozent der deutschen GrundschülerInnen der Klassenstufe 4 wechselten im Stadtkreis auf Gymnasien. Auch bei den ausländischen GrundschülerInnen machten die Gymnasialübergänge 2011/2012 mit insgesamt knapp 47 Prozent mittlerweile den größten Anteil aus. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum waren bei beiden Vergleichsgruppen gestiegene Anteile zu verzeichnen. Während die Steigerung bei den deutschen SchülerInnen eher moderat ausfiel (um knapp 4 Prozentpunkte), war bei den ausländischen Schülern ein deutlicher Zuwachs um knapp 16 Prozentpunkte festzustellen.
- Die Übergänge auf Werkreal- bzw. Hauptschulen sowie auf Realschulen lagen im Landesdurchschnitt 2011/2012 bei beiden untersuchten Gruppen jeweils deutlich höher als im Stadtkreis. So wechselten im Landesschnitt 2 ½ Mal so viele Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit (21,2 Prozent) und doppelt so viele Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit (48 Prozent) auf Werkreal- und Hauptschulen. Deutlich niedriger als im Stadtkreis war im Landesschnitt bei beiden untersuchten Gruppen der Anteil der Übergänge auf das Gymnasium. Zugleich war dabei der Anteil der Übergänge bei deutschen SchülerInnen mit 43 Prozent fast doppelt so hoch, wie bei ausländischen SchülerInnen (rund 23 Prozent).¹

¹ Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für das Schuljahr 2010/2011.

² Fehlbeträge ergeben sich laut Statistik aufgrund von Übergängen auf integrierte Schulformen (z.B. Gesamtschulen) und Sonderschulen sowie durch WiederholerInnen und SchülerInnen der Klassenstufe 4 ohne Grundschulempfehlung. Dies betraf im Schuljahr 2011/2012 gut 9 Prozent aller Schulübergänge, darunter gut 9 Prozent (= 83) aller Übergänge von deutschen und knapp 11 Prozent (= 9) aller Übergänge von ausländischen Kindern.

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der Schulübergänge von der Klassenstufe 4 nach Schultyp und Staatsangehörigkeit zum Schuljahr 2011/2012 (öffentliche und private Schulen zusammen)² (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2011/2012); Eigene Berechnungen.

4 HauptschülerInnen ohne Hauptschulabschluss

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger bzw. Anteil aller SchulabgängerInnen mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgehenden von öffentlichen und privaten Haupt- und Werkrealschulen des abgeschlossenen Schuljahres.

Methodische Hinweise: Die amtliche Schulstatistik erfasste bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dieses wurde erst zum Schuljahr 2012/2013 eingeführt, weshalb diese Zahlen für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren, weshalb hier nur eine Differenzierung auf Basis des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ möglich war. Darüber hinaus erfasst die bisherige Statistik ausländische Schülerinnen und Schüler nur in ihrer Gesamtheit – auf eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern musste daher ebenfalls verzichtet werden. Auch eine Unterscheidung nach tatsächlich aus dem Stadtkreis stammenden und auswärtigen SchülerInnen war hier nicht möglich. Öffentliche und private Schulen werden gemeinsam ausgewiesen.

Insgesamt 175 Schülerinnen und Schüler gingen im Schuljahr 2010/2011 von öffentlichen und privaten Haupt- und Werkrealschulen ab. Darunter fanden sich 71 Schülerinnen und 104 Schüler. 53 Schulabgehende verfügten über eine ausländische, 122 über die deutsche Staatsangehörigkeit.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2010/2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Verteilung der Schulabgehenden ohne Hauptschulabschluss nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit; fehlende Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Ergebnisse:

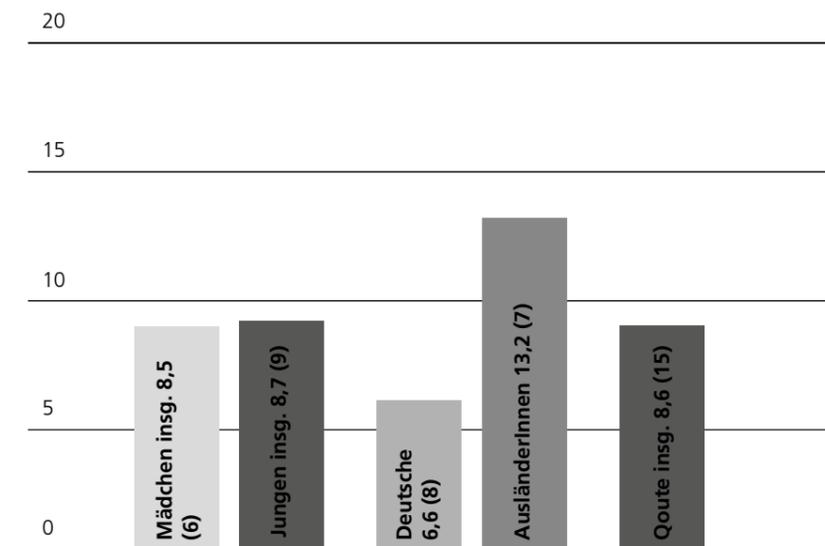
- Junge Frauen und Männer verließen die Haupt- und Werkrealschulen etwa gleich häufig ohne einen Hauptschulabschluss (je knapp 9 Prozent). In beiden Fällen war gegenüber dem Vorjahr ein moderater Anstieg des Anteils zu beobachten.¹
- Die für den Stadtkreis ermittelten Zahlen lagen somit bei den männlichen Schulabgehenden ohne Hauptschulabschluss etwa 5 Prozentpunkte, bei den weiblichen Schulabgehenden knapp 6 Prozentpunkte oberhalb des ermittelten Landesdurchschnitts.²
- Bei ausländischen Schülerinnen und Schülern lag der Anteil der Abgehenden ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2010/2011 bei rund 13 Prozent und damit fast doppelt so hoch wie bei den deutschen Abgehenden (knapp 7 Prozent).
- AusländerInnen verließen die Hauptschule im Landesdurchschnitt seltener ohne einen Schulabschluss (6 Prozent) als im Stadtkreis. Auch die Quote der deutschen Schulabgehenden ohne Hauptschulabschluss lag im Landesschnitt mit gut 2 Prozent fast drei Mal niedriger als in Heidelberg.³

¹ Zahlen des Statistischen Landesamtes für das Schuljahr 2009/2010.

² Zahlen des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011.

³ Zahlen des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011.

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an allen Heidelberger SchulabgängerInnen von Haupt- und Werkrealschulen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Schuljahr 2010/2011, öffentliche und private Haupt- und Werkrealschulen zusammen) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2010/2011); Eigene Berechnungen.

5 AbiturientInnen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger bzw. Anteil aller SchulabgängerInnen mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife an allen Schulabgehenden von öffentlichen und privaten Schulen des abgeschlossenen Schuljahres.

Methodische Hinweise: Die amtliche Schulstatistik erfasste bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dieses wurde erst zum Schuljahr 2012/2013 eingeführt, weshalb diese Zahlen für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren, weshalb hier nur eine Differenzierung auf Basis des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ möglich war. Darüber hinaus erfasst die bisherige Statistik ausländische Schülerinnen und Schüler nur in ihrer Gesamtheit – auf eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern musste daher ebenfalls verzichtet werden. Auch eine Unterscheidung nach tatsächlich aus dem Stadtkreis stammenden und auswärtigen Schülerinnen war hier nicht möglich. Öffentliche und private Schulen werden gemeinsam ausgewiesen.

Unter den Schulabgehenden des Schuljahres 2010/2011 fanden sich insgesamt 778 Schülerinnen und 745 Schüler. 135 Schulabgehende verfügten über eine ausländische, 1.388 über die deutsche Staatsangehörigkeit. Von 1.523 Schulabgehenden schlossen insgesamt 809 Schülerinnen und Schüler mit einer Fachhochschul- bzw. mit der allgemeinen Hochschulreife ab.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2010/2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Erreichung eines Schulabschlusses, der zu einem Studium berechtigt.

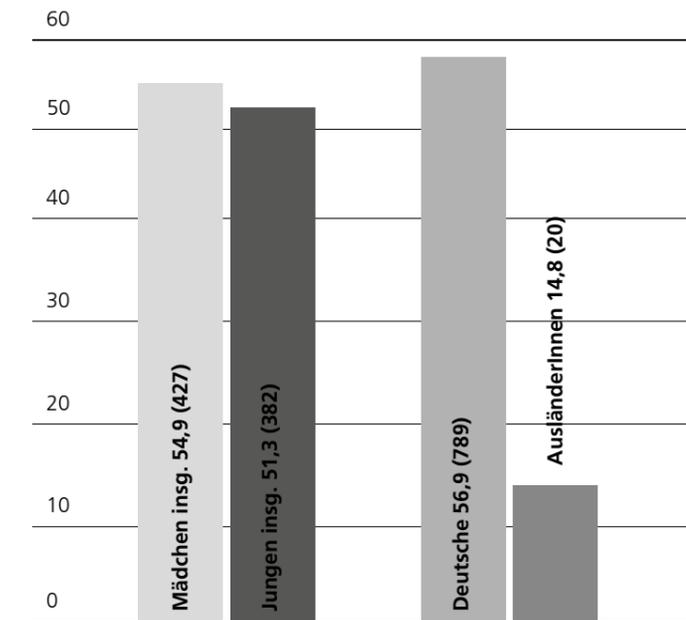
Ergebnisse:

- Mehr als die Hälfte aller weiblichen und männlichen Schulabgehenden in Heidelberg beendeten das Schuljahr 2010/2011 mit der Hochschul- bzw. der Fachhochschulreife. Dabei war der Anteil bei den Schülerinnen mit knapp 55 Prozent etwas höher als bei den Schülern mit gut 51 Prozent.
- Damit lag der Anteil der weiblichen Schulabgehenden mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife gut 22 Prozentpunkte, der Anteil der männlichen Schulabgehenden gut 25 Prozentpunkte über den für das Schuljahr 2010/2011 ermittelten Landeswerten.¹
- Der Anteil der AbiturientInnen an den Schulabgehenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit belief sich im Schuljahr 2010/2011 auf knapp 15 Prozent und lag damit weit unterhalb des Anteils bei deutschen Schulabgehenden (knapp 57 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr stiegen die AbiturientInnen-Zahlen und -Anteile in beiden untersuchten Gruppen nochmals leicht an.
- Der Anteil der AbiturientInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag im Stadtkreis fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (rund 8 Prozent). Bei den deutschen SchulabgängerInnen lag der ermittelte Landesdurchschnitt bei 32 Prozent und damit ebenfalls gut 25 Prozentpunkte unterhalb des Heidelberger Wertes.²

¹ Zahlen des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011.

² Zahlen des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011.

Abb. 5: Anteil (und Anzahl) der Schulabgehenden mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife an allen Heidelberger Schulabgehenden eines Schuljahres nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Schuljahr 2010/2011) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik, Schuljahr 2010/2011); Eigene Berechnungen.

6 SchulabgängerInnen von beruflichen Schulen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger bzw. Anteil aller SchulabgängerInnen mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit von berufsbildenden Schulen an allen von berufsbildenden Schulen (Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien) Abgehenden eines Schuljahres.

Methodische Hinweise: Die amtliche Statistik erfasste bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dieses wurde erst zum Schuljahr 2012/2013 eingeführt, weshalb diese Zahlen für den vorliegenden Bericht noch nicht zur Verfügung standen. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren, weshalb hier nur eine Differenzierung auf Basis des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ möglich war. Darüber hinaus erfasst die bisherige Statistik ausländische Schülerinnen und Schüler nur in ihrer Gesamtheit – auf eine Binnendifferenzierung nach Geschlechtern musste daher ebenfalls verzichtet werden. Auch eine Unterscheidung nach tatsächlich aus dem Stadtkreis stammenden und auswärtigen SchülerInnen war hier nicht möglich. Zahlen ohne Schulen für Berufe des Gesundheitswesens.

Unter den insgesamt 4.713 Abgängerinnen und Abgängern von Heidelberger Berufsschulen des Schuljahres 2010/2011 fanden sich 2.382 Berufsschülerinnen und 2.331 Berufsschüler. 1.357 Abgehende verfügten über eine ausländische, 3.356 über die deutsche Staatsangehörigkeit.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Schuljahr 2010/2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Verteilung der Abgehenden von beruflichen Schulen; auf Unterschiede hinsichtlich der Verteilung der Abgehenden von beruflichen Schulen mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

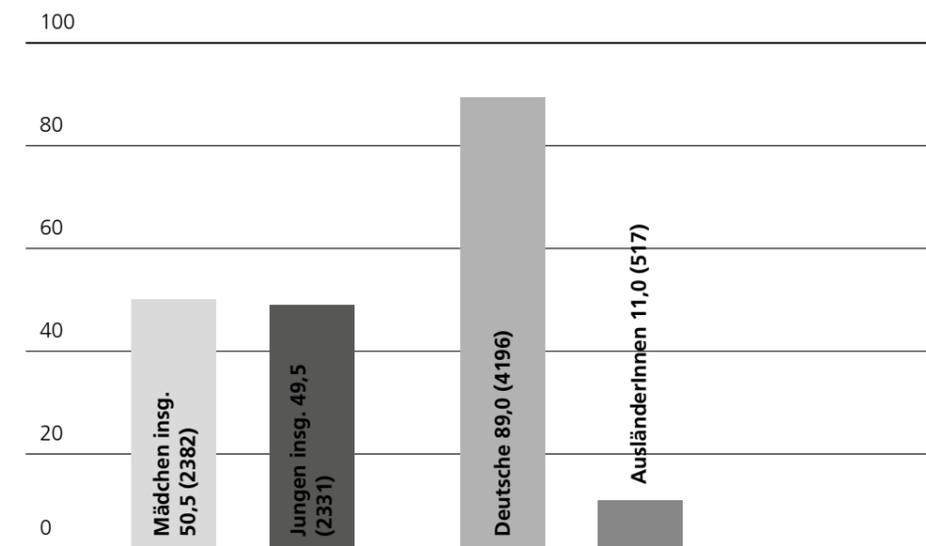
- Jeweils etwa die Hälfte der Abgehenden von beruflichen Schulen im Stadtkreis waren im Schuljahr 2010/2011 junge Männer bzw. Frauen. Absolut gingen etwas mehr Mädchen von beruflichen Schulen ab.
- Auf Landesebene waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede ausgeprägter: mit gut 54 Prozent überwogen dort die männlichen Berufsschulabgänger deutlich gegenüber den Berufsschulabgängerinnen mit knapp 46 Prozent.²
- Der Anteil der Abgehenden von beruflichen Schulen mit ausländischer Staatsangehörigkeit belief sich im Schuljahr 2010/2011 auf 11 Prozent und lag damit gut 2 Prozentpunkte unterhalb des ermittelten Landesdurchschnitts von gut 13 Prozent. Entsprechend lag der Anteil der deutschen Abgehenden im Stadtkreis leicht über dem für das Land ermittelten Wert von knapp 87 Prozent.³

¹ Zahlen ohne Schulen für Berufe des Gesundheitswesens.

² Zahlen des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011.

³ Zahlen des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011.

Abb. 6: Anteil (und Anzahl) der Schulabgehenden von Heidelberger beruflichen Schulen eines Schuljahres nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Schuljahr 2010/2011) (in %)¹



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Schuljahr 2010/2011); Eigene Berechnungen.

Berufliches Lernen/ Ausbildung

1 Auszubildende

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der 18 bis unter 21-jährigen jungen Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit in sozialversicherungspflichtiger Ausbildung an allen Auszubildenden eines Jahres.

Methodische Hinweise: Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu Auszubildenden mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit möglich waren. Eine vollständige Abbildung der Auszubildenden mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren.

Datenquelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest; Eigene Berechnungen.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Beteiligung und die Repräsentanz von jungen Deutschen und jungen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit am Heidelberger Ausbildungsmarkt.

Ergebnisse:

- Frauen stellten 2012 mit knapp 54 Prozent die Mehrheit aller Auszubildenden im Stadtkreis. Männer erreichten einen Anteil von gut 46 Prozent. Der Frauenanteil im Stadtkreis lag damit 10 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt.¹ Gegenüber den beiden Vorjahren blieben die Anteile damit nahezu unverändert.²
- Mit mehr als 92 Prozent machten junge Deutsche die Mehrzahl aller Heidelberger Auszubildenden aus.³
- Junge AusländerInnen erreichten zum Stichtag 30.06.2012 einen Anteil von knapp 8 Prozent aller Auszubildenden. Gegenüber dem Stichtag des Jahres 2010 ergab sich somit ein leichter Rückgang des Anteils um nahezu 2 Prozentpunkte.⁴ Der Anteil der Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag im Stadtkreis in den Jahren 2011 bis 2012 jeweils in etwa im Landesdurchschnitt.⁵

¹ Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Land Baden-Württemberg, Jahr 2012. In den Jahren 2010 und 2011 hatte die Differenz gegenüber dem Landesdurchschnitt etwa 9 Prozentpunkte betragen.

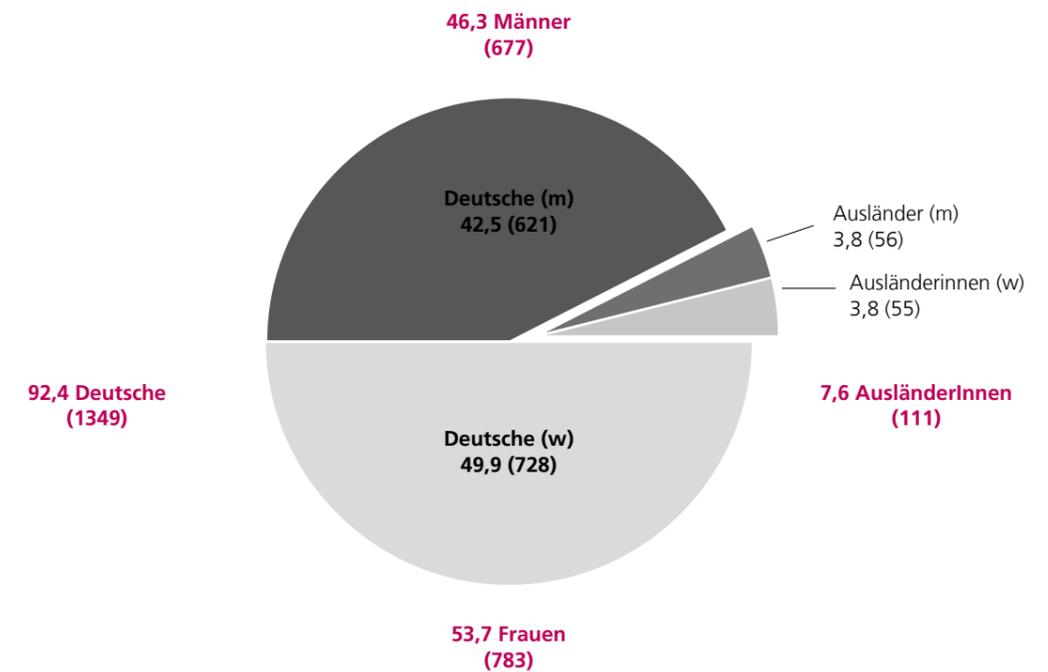
² Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Stadtkreis Heidelberg, Jahre 2010 bis 2012.

³ Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Stadtkreis Heidelberg, Jahre 2010 bis 2012.

⁴ Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Stadtkreis Heidelberg, Jahre 2010 bis 2012.

⁵ Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Land Baden-Württemberg, Jahre 2011 bis 2012.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der Heidelberger Auszubildenden im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (zum Stichtag 30.06.2012) (in %)



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest; Eigene Berechnungen.

2 AltbewerberInnen um einen Ausbildungsplatz

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Altbewerberinnen und Altbewerber mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit an allen BewerberInnen mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit um einen Ausbildungsplatz.

Methodische Hinweise: Als „AltbewerberIn“ gelten dabei diejenigen gemeldeten BewerberInnen um eine Berufsausbildungsstelle, die in den letzten 5 Jahren zuvor bereits BewerberInnen waren.

Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu Auszubildenden mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit möglich waren. Eine vollständige Abbildung der Gruppe der Auszubildenden mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren.

Datenquelle: Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest; Eigene Berechnungen.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Probleme von jungen Frauen und Männern bzw. von jungen Deutschen und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei der Etablierung auf dem Heidelberger Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Ergebnisse:

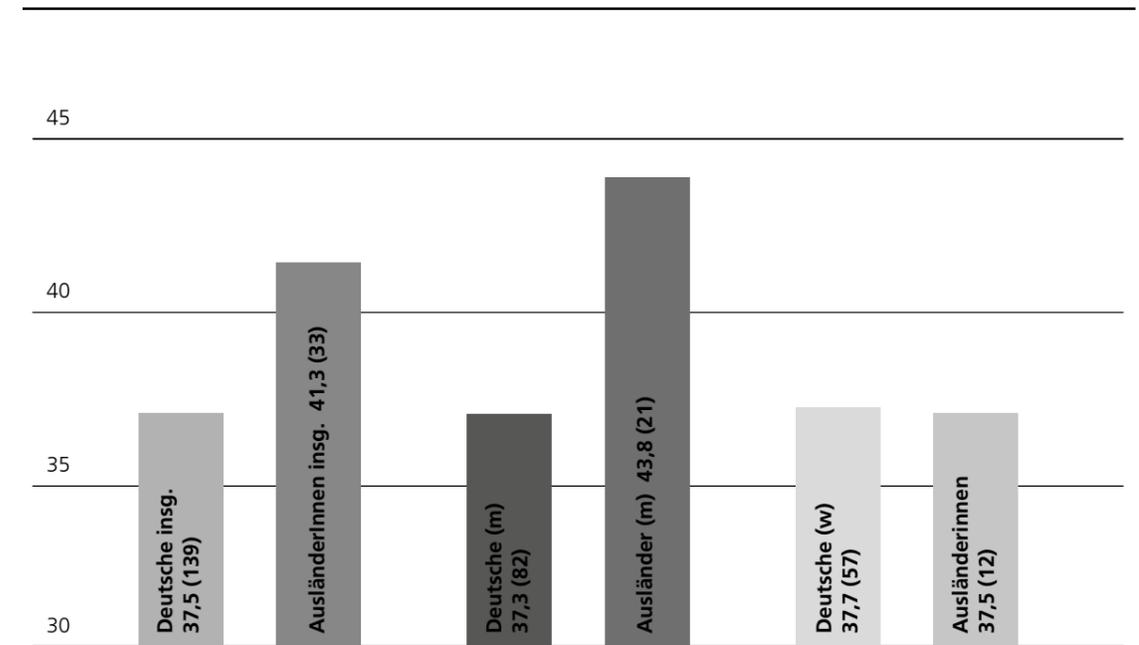
- Keine Unterschiede ergaben sich 2012 für die Gruppe der Deutschen beim Anteil der im Stadtkreis gemeldeten weiblichen und männlichen Alt-BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz.¹ Männliche Ausländer dagegen wiesen einen gut 6 Prozentpunkte höheren Anteil auf als Ausländerinnen.
- Insgesamt mehr AusländerInnen (knapp 4 Prozentpunkte) als Deutsche waren AltbewerberInnen um einen Ausbildungsplatz, wobei die Unterschiede in erster Linie auf die Männer zurückzuführen waren (fast 7 Prozentpunkte).²
- Während bei deutschen Frauen und Männern gegenüber den beiden Vorjahren ein Anstieg der Zahlen zu beobachten war, blieben die Zahlen bei Ausländerinnen und Ausländern gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert.³

¹ Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Stadtkreis Heidelberg für das Jahr 2012.

² Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Stadtkreis Heidelberg für das Jahr 2012.

³ Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Auszubildende im Stadtkreis Heidelberg, Jahre 2010 bis 2012.

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der AltbewerberInnen um einen Ausbildungsplatz im Stadtkreis Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (September 2012) (in %)



Quelle: Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest; Eigene Berechnungen.

3 Studienquote

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Studierenden mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen Studierenden eines Semesters.

Methodische Hinweise: Die Hochschulstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit möglich sind. Eine vollständige Abbildung der Studierenden mit (sog. BildungsinländerInnen) bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren.

Datenquellen: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Pädagogische Hochschule Heidelberg; SRH Hochschule Heidelberg.

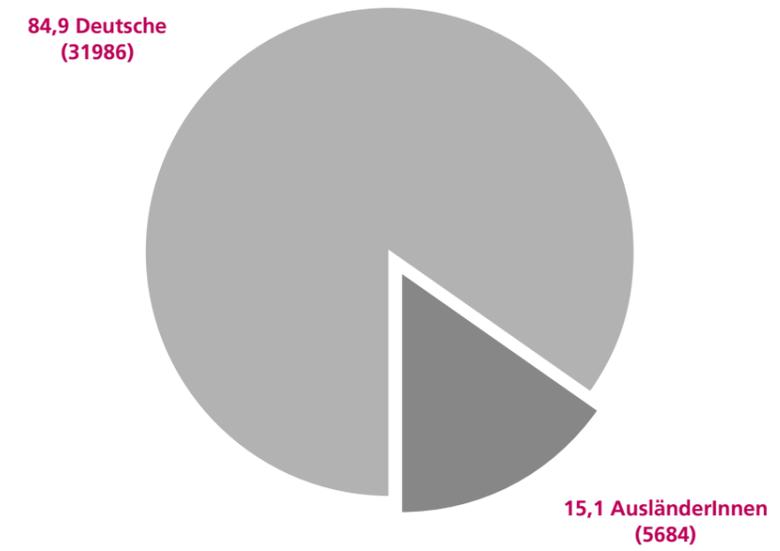
Der Indikator gibt Hinweise auf die Beteiligung und die Repräsentanz von Deutschen und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit am Heidelberger Hochschulwesen.

Ergebnisse:

- Ausländische Studierende machten im Wintersemester 2012/2013 gut 15 Prozent aller Studierenden an Heidelberger Hochschulen aus. Die Studienquote der ausländischen Studierenden schwankte dabei je nach Hochschule: waren es an der Universität Heidelberg gut 17 Prozent, ergab sich für die SRH Hochschule eine Quote von knapp 10 Prozent, für die Pädagogische Hochschule Heidelberg von nur gut 3 Prozent.
- Damit war der AusländerInnen-Anteil im Vergleich zu den vorherigen Semestern insgesamt leicht rückläufig. Lediglich an der PH Heidelberg blieb er stabil.
- Die Heidelberger Quote lag im Wintersemester 2012/2013 leicht über der zuletzt für das Land gemessenen Studienquote ausländischer Studierender (WS 2011/2012) von gut 12 Prozent.¹

¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hochschulstatistik WS 2011/2012.

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der Heidelberger Studierenden nach Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2012/2013 (in %)



Quellen: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Pädagogische Hochschule Heidelberg; SRH Hochschule Heidelberg. Eigene Berechnungen.

4 AbsolventInnen der Universität Heidelberg

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Hochschul- und FachhochschulabsolventInnen bzw. der absolvierten Universitätsdiplomprüfungen/Promotionen/Habilitationen von Frauen und Männern bzw. von Deutschen und AusländerInnen an allen Hochschul- und Fachhochschulabsolventen bzw. an allen absolvierten Universitätsdiplomprüfungen/Promotionen/Habilitationen.

Methodische Hinweise: Die Hochschulstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu Studierenden/Promovierenden/HabilitandInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit möglich sind. Eine vollständige Abbildung der Studierenden/Promovierenden/HabilitandInnen mit bzw. ohne Migrationshintergrund war somit nicht zu realisieren.

Eine Ermittlung der Zahlen und Anteile der AbsolventInnen der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und der SRH Hochschule Heidelberg war für das Jahr 2012 nicht möglich.

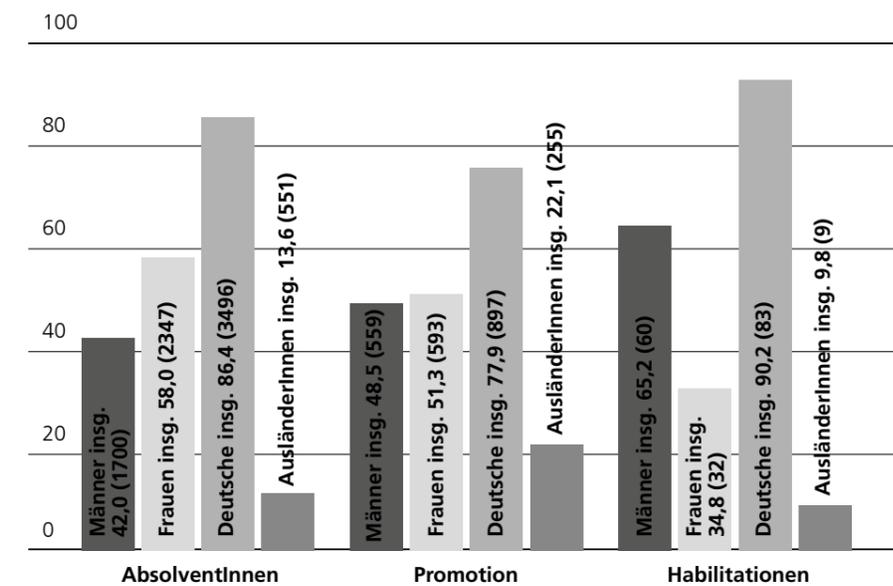
Datenquelle: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für das Jahr 2012.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Beteiligung und die beruflichen Erfolgchancen von Frauen und Männer bzw. von Deutschen und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit am/im deutschen Bildungs- und Hochschulsystem.

Ergebnisse:

- Während Frauen 2012 mit 58 Prozent die Mehrheit der AbsolventInnen der Universität Heidelberg stellten, ging ihr Anteil bei den Promovierten auf knapp 52 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg der Anteil der Männer von 42 Prozent bei den AbsolventInnen auf knapp 49 Prozent bei den Promovierten. Bei den HabilitandInnen machten die Männer mit gut 65 Prozent fast zwei Drittel aller Personen aus und lagen somit 30 Prozentpunkte vor den Frauen.
- AusländerInnen machten 2012 knapp 14 Prozent aller AbsolventInnen an der Universität Heidelberg aus. Bei den Promotionen erreichten AusländerInnen einen Anteil von rund 22 Prozent, bei den HabilitandInnen von knapp 10 Prozent.

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) der AbsolventInnen/Promotionen/Habilitationen an der Universität Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit im Jahr 2012 (in %)



Quellen: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Eigene Berechnungen.

5 Berufliche Qualifikation von Vätern und Müttern

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Mütter und Väter mit und ohne Migrationshintergrund (27- bis 59-jährige Mütter und Väter mit Kindern unter 15 Jahren) nach höchstem beruflichem Abschluss (z. B. Lehrausbildung/Meister-/Technikerausbildung/Fach-/Hochschulabschluss).

Methodische Hinweise: Hier waren Schätzungen anhand gewichteter Daten auf Grundlage der Verteilung in strukturell ähnlichen Universitätsstädten Süddeutschlands möglich (Daten Mikrozensus 2010). Dies erlaubte nur einen geringen Ausdifferenzierungsgrad nach Abschlüssen.

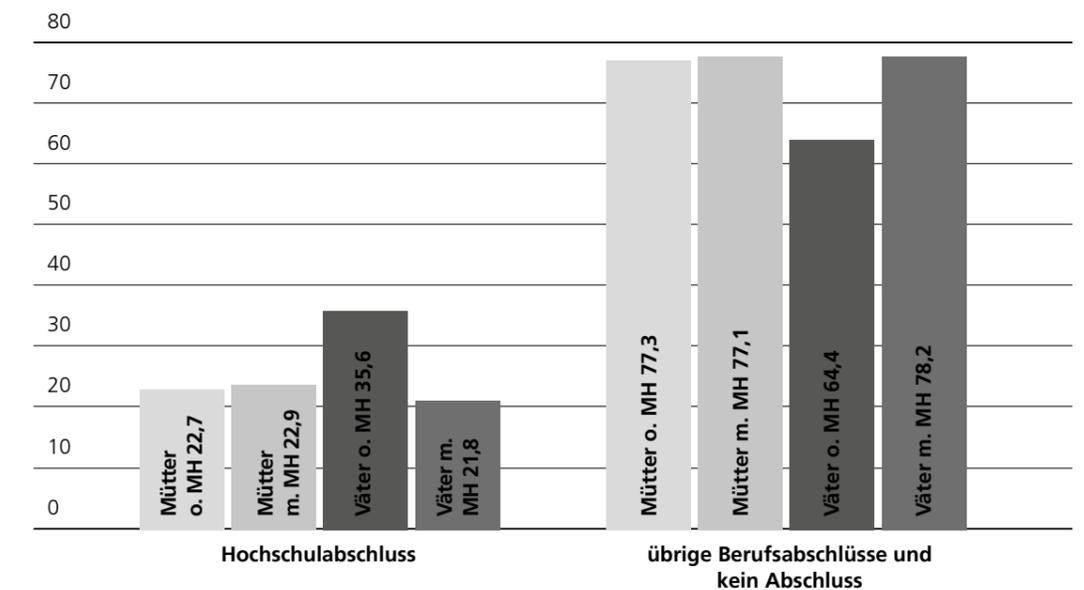
Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf die unterschiedlichen Bildungs- und Berufsqualifikationen von Müttern und Vätern mit und ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Das Bildungsniveau der Eltern im Stadtkreis ist im Allgemeinen überdurchschnittlich hoch. Insgesamt lag bei allen untersuchten Gruppen der Anteil der Personen mit einem Hochschulabschluss mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt.
- Väter ohne Migrationshintergrund verfügten mit Abstand am häufigsten über einen Hochschulabschluss (knapp 36 Prozent). Der niedrigste Anteil im Stadtkreis war bei Vätern mit Migrationshintergrund zu verzeichnen. Zwischen Müttern mit und Müttern ohne Migrationshintergrund sowie Vätern mit Migrationshintergrund bestanden dagegen keine nennenswerten Unterschiede.

Abb. 5: Anteil der Heidelberger Väter und Mütter im Alter von 27–59 Jahren mit Kindern unter 15 Jahren nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Schätzung 2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010) (Schätzung: Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

Weiterbildung/ Allgemeinbildung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit Teilnahme an Weiterbildungen im letzten Jahr an allen Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise: Hier waren nur Aussagen zum Jahr 2010 möglich.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

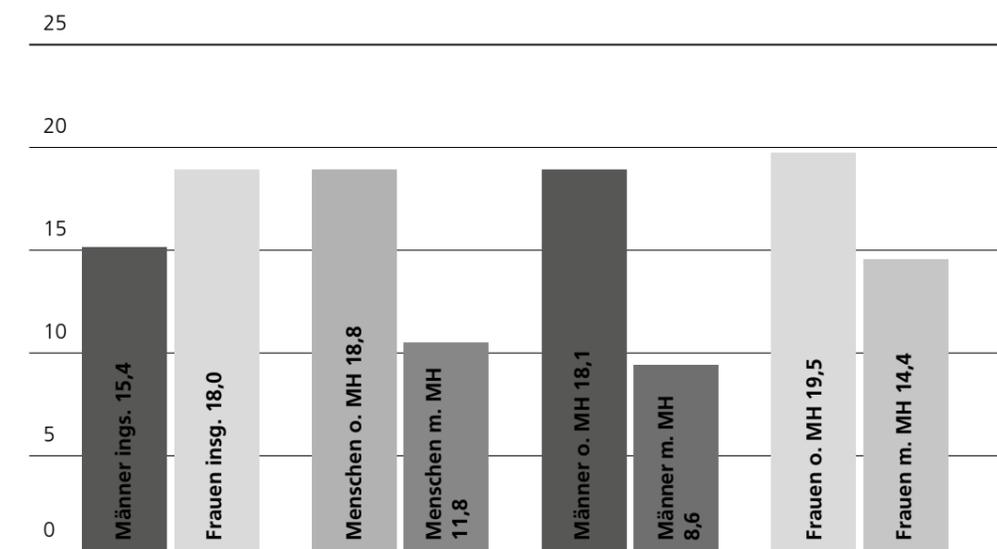
Der Indikator gibt Hinweise auf die Bereitschaft von Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund zur eigenen Fort- und Weiterbildung.

Ergebnisse:

- Im Vergleich zum Land nahmen im Stadtkreis in fast allen untersuchten Gruppen etwas mehr Personen an Weiterbildungsmaßnahmen teil.
- Die Frauen im Stadtkreis beteiligten sich dabei stärker an Fort- und Weiterbildungen als Männer.¹ Der Anteil lag knapp 5 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt.
- Menschen mit Migrationshintergrund beiderlei Geschlechts besuchten 2010 seltener eine der Fort- oder Weiterbildung dienende Veranstaltung als Menschen ohne Migrationshintergrund.
- Migrantinnen partizipierten dabei häufiger an Weiterbildungen als ihre männlichen Pendanten: Männer mit Migrationshintergrund bildeten im Stadtkreis das Schlusslicht. Im Gegensatz zu den sonst überdurchschnittlichen Heidelberger Zahlen lag der hier gemessene Wert im Landesdurchschnitt.

¹ Diese Unterschiede im Geschlechterverhältnis spiegeln auch die TeilnehmerInnenzahlen der Volkshochschule Heidelberg für deren Angebote zur Weiterbildung/Allgemeinbildung aus den Jahren 2010 bis 2012 wider. So betrug hier beispielsweise der Anteil der Männer an allen KursteilnehmerInnen im Weiterbildungsbereich 29,2 Prozent (7.129 Personen), während die Frauen 70,8 Prozent erreichten (17.297).

Abb. 1: Anteil der Personen mit Teilnahme an Weiterbildungsangeboten nach Geschlecht und Migrationshintergrund im Verlauf des Jahres 2010 (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Altersbildung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der weiblichen und männlichen Nutzer an allen NutzerInnen der Angebote der Heidelberger Akademie für Ältere.

Methodische Hinweise: Die Statistik der Heidelberger Akademie für Ältere erfasst derzeit weder das Merkmal des Migrationshintergrundes noch Angaben zur Staatsangehörigkeit, weshalb hier nur allgemeine Angaben zum Geschlecht möglich waren.

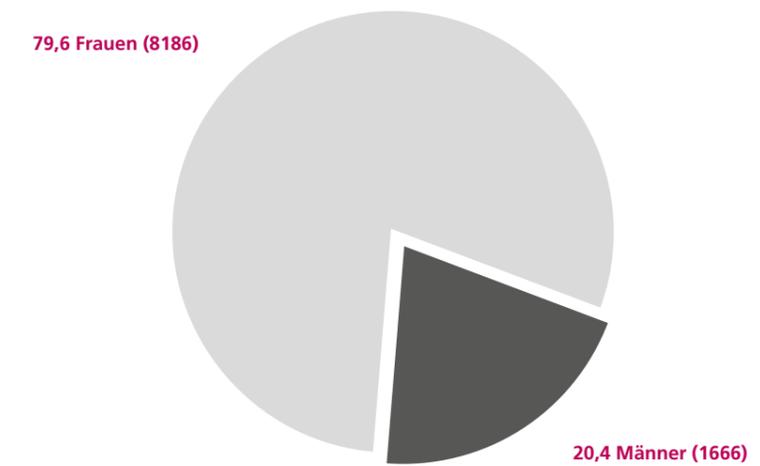
Datenquelle: Akademie für Ältere Heidelberg e.V. (2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Bereitschaft zur eigenen Fort- und Weiterbildung im Alter.

Ergebnisse:

- Frauen im Stadtkreis beteiligten sich deutlich häufiger an den Angeboten der Akademie für Ältere zur Fort- und Weiterbildung: vier von fünf NutzerInnen waren Frauen. Männer hingegen waren mit gut 20 Prozent der Nutzer in der Minderheit.
- Dabei stellten die über 65-Jährigen die größte Gruppe, die übrigen Nutzerinnen und Nutzer stammten aus der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen.
- Hinsichtlich der Kurswahl gab es nur geringe Unterschiede: Frauen und Männer gleichermaßen nahmen am häufigsten an Kursen aus den Programmbereichen „Gesundheit“ und „Sprachen“ teil. Männer interessierten sich darüber hinaus häufiger für Kurse aus dem Programmbereich „Gesellschaft-Politik“, wohingegen Frauen etwas stärker zu Kursen aus dem Themenfeld „Arbeit und Beruf“ neigten.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der NutzerInnen der Angebote der Heidelberger Akademie für Ältere nach Geschlecht (2011) (in %)



Quelle: Akademie für Ältere Heidelberg e.V.; Eigene Berechnungen.

Arbeit eröffnet Perspektiven

Die Teilhabe an Erwerbsarbeit und Einkommen entscheidet über die Möglichkeit, selbstständig für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, wie auch darüber, eine eigene soziale Sicherung und als angemessen empfundene Lebensbedingungen aufzubauen. Sie erlaubt es, Teil eines sozialen Netzwerkes zu sein und Akzeptanz sowie Wertschätzung zu erfahren.

Erwerbsarbeit und Einkommen

Das Anliegen:

Die Teilhabe an Erwerbsarbeit und Einkommen entscheidet über die Möglichkeit, selbstständig für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, wie auch darüber, eine eigene soziale Sicherung und als angemessen empfundene Lebensbedingungen aufzubauen. Sie erlaubt es, Teil eines sozialen Netzwerkes zu sein und Akzeptanz sowie Wertschätzung zu erfahren.

Aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen zu sein, bedeutet einerseits eine Reduzierung des jeweils verfügbaren Einkommens, andererseits aber auch einen Kommunikationsverlust. Für die Gruppe der Migrantinnen und Migranten kann dies im Extremfall sogar den Ausstieg aus der Kommunikation mit der Aufnahmegesellschaft bedeuten. Aufgrund von migrationsbedingten Brüchen in der Erwerbsbiographie, der Nichtanerkennung bzw. nur Teilanerkennung von im Ausland erworbenen Sozialversicherungsansprüchen und aufgrund der vielfachen Beschäftigung im Niedriglohnssektor sind viele Migrantinnen und Migranten gerade im Alter auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen. Dies schwächt die sozialen Teilhabemöglichkeiten dieser Gruppe nachhaltig.

Auch für die Geschlechtergerechtigkeit ist das Maß der Integration in den Arbeitsmarkt für Frauen und Männer von zentraler Bedeutung. Die traditionelle Rollenteilung zwischen Männern und Frauen beeinflusst nach wie vor sowohl die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten als auch die Einkommenschancen von Frauen und damit ihre Alterssicherung und den Schutz vor Armut. Chancengleichheit im Erwerbsleben ist heute mehr als ein normatives Anliegen eines globalen Wirtschaftssystems, mit dem lokale Betriebe manchmal konfrontiert sind, wenn sie den internationalen Standards nicht genügen. Sinkende Geburtenraten, steigende Lebenserwartungen, ein sich ankündigender Fachkräftemangel, die Schwierigkeit der Sicherung unserer Sozialsysteme und die Bedeutung der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit machen es unverzichtbar, die tatsächliche Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben genauso zu beschleunigen wie die von Menschen mit Migrationsgeschichte. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund eines völlig veränderten Bildungserwerbs bei Frauen ob mit oder ohne Eingewandertengeschichte.

In Bezug auf die Erwerbs- und Einkommenssituation der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ist die Datenlage auf kommunaler Ebene nach wie vor unzureichend. Häufig sind nur Daten entlang des Unterscheidungsmerkmals der „Staatsangehörigkeit“ verfügbar. Differenziertere Daten zum Migrationshintergrund waren daher in Einzelfällen nur mittels Sonderauswertungen auf Basis des Mikrozensus zu gewinnen. Eine adäquate Abbildung der Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund war im vorliegenden Bericht daher nicht immer möglich.

Mit insgesamt 19 Indikatoren wollen wir im Folgenden der Frage nachgehen, in welchem Maße Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund in den Heidelberger Arbeitsmarkt integriert oder inwieweit sie aufgrund fehlender bzw. unzureichender Einkommen auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind.

Ergebnisse kurzgefasst:

Erwerbstätigenquote: Bei Menschen mit Migrationshintergrund war die Erwerbstätigenquote deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dies erklärt sich in erster Linie aus der niedrigeren Erwerbstätigkeit von Frauen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter: nur die Hälfte von ihnen ging in Heidelberg einer Erwerbstätigkeit nach. Frauen waren im Stadtkreis 2010 insgesamt in geringerem Umfang erwerbstätig als Männer.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Männer waren 2011 im Stadtkreis etwas häufiger

sozialversicherungspflichtig beschäftigt als Frauen. Die Quoten der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer lagen 2011 im Stadtkreis deutlich unter dem ermittelten Landesdurchschnitt. Noch vor dem Stadtkreis Freiburg ergaben sich für beide Gruppen damit die jeweils schlechtesten Werte aller baden-württembergischen Stadt- und Landkreise¹ und sogar die bundesweit niedrigste Beschäftigungsquote.² Ein Vergleich mit anderen Universitätsstädten legt nahe, dass dies zwar zu einem großen Teil auf die hohe Zahl von Studierenden zurückzuführen ist, aber nicht ausschließlich.³

Deutsche waren in Heidelberg deutlich häufiger (plus 16 Prozentpunkte) sozialversicherungspflichtig beschäftigt als AusländerInnen. Nur knapp jeder dritte erwerbsfähige Ausländer und nur jede vierte erwerbsfähige Ausländerin gingen 2011 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Im Landesdurchschnitt waren es dagegen knapp die Hälfte aller männlichen und ein Drittel aller weiblichen AusländerInnen.⁴

Beamtinnen und Beamte: Frauen und Männer waren fast zu gleichen Anteilen verbeamtet. Eine Abbildung des Anteils der BeamtInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit war nicht möglich. Aufgrund der geltenden dienstrechtlichen Bestimmungen kann jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Personengruppe zahlenmäßig bislang kaum eine Rolle spielt.⁵ Sowohl der Anteil von Frauen und Männern als auch der Anteil der Deutschen in einem Beamtenverhältnis lag 2011 jeweils leicht über dem Landesdurchschnitt, aber unter denjenigen vergleichbarer Universitätsstädte.⁶

Selbstständigkeit: Männer waren in Heidelberg mehr als doppelt so häufig selbstständig als Frauen und Menschen ohne deutlich häufiger als Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei wiesen Frauen ohne Migrationshintergrund nur leicht höhere Werte auf als Frauen mit Migrationshintergrund, Männer mit Migrationshintergrund waren dagegen deutlich seltener selbstständig tätig als Männer ohne Migrationshintergrund. Während alle Frauen im Stadtkreis leicht unter dem

Landesdurchschnitt lagen, befand sich der Anteil der selbstständigen Männer in Heidelberg leicht über dem Landesdurchschnitt.

Existenzgründungen: Männer meldeten 2012 fast drei Mal so häufig ein Gewerbe an wie Frauen. AusländerInnen zeigten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil einen überproportional hohen Anteil an Existenzgründungen. Es wurde der höchste im Stadtkreis gemessene Wert seit 2003 erreicht. Diese stärkere Gründungsneigung geht allerdings mit einer ebenfalls höheren Rate an Liquidationen einher.⁷

Arbeitsvolumen: Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zeigen sich deutlich in den Abbildungen zum Arbeitsvolumen. Bei den Erwerbstätigen mit und ohne Migrationshintergrund war Teilzeitarbeit weiterhin eine Domäne der Frauen: Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen ging 2010 einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den Männern waren es nicht einmal halb so viele. Insgesamt ist seit Jahren ein deutlicher Rückgang der Vollzeitbeschäftigung in Heidelberg bei gleichzeitiger Zunahme der Teilzeitanteile zu verzeichnen. Auch die Männer im Stadtkreis arbeiteten weitaus häufiger in Teilzeit als im Landesdurchschnitt. Dabei spielte vermutlich auch die Arbeitsstruktur im universitären Umfeld eine gewisse Rolle.

Erwerbstätige Eltern: Während Mütter zu mehr als zwei Drittel einer reduzierten Arbeitszeit nachgingen, waren es bei den Vätern nur rund 8 Prozent. Eltern mit Migrationshintergrund wiesen insgesamt ein leicht geringeres Arbeitsvolumen auf als Eltern ohne Migrationshintergrund. Dies wird vor allem bei den Vätern deutlich. Insbesondere bei Müttern im Stadtkreis hat die Teilzeitbeschäftigung gegenüber 1997 sehr deutlich zugenommen. Bemerkenswert waren auch die im Vergleich zum Land doppelt so hohen Teilzeitanteile bei Vätern in Heidelberg.

Geringfügig entlohnte Beschäftigung: Ihr gingen Frauen 2012 etwas häufiger nach als Männer.

Diese Unterschiede zeigten sich sowohl bei Deutschen als auch bei AusländerInnen, wobei AusländerInnen den mit Abstand größten Anteil an geringfügig Beschäftigten aufwiesen. Auch insgesamt fanden sich AusländerInnen etwas häufiger in diesem Segment als Deutsche.

Geschlechtsrollentypisches Berufswahlverhalten: Männliche Hochschulabsolventen konzentrierten sich weitaus stärker auf technische Berufe als Hochschulabsolventinnen. Frauen ohne Migrationshintergrund zeigten dabei den niedrigsten aller ermittelten Einzelwerte. Menschen mit Migrationshintergrund mit Hochschulabschluss besaßen insgesamt häufiger eine berufliche Qualifikation in technischen Berufen und hier am auffälligsten die Männer mit Migrationshintergrund.

Eine berufliche Qualifikation im Bereich der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern besaßen Frauen mit Hochschulabschluss insgesamt mehr als doppelt so häufig als Männer. Menschen mit Migrationshintergrund beiderlei Geschlechts und einem Hochschulabschluss besaßen dabei gleichermaßen häufiger eine entsprechende Qualifikation als Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund.

Führungspositionen: Laut einer Befragung unter Heidelberger Betrieben erreichten Frauen 2012 einen Anteil von 41 Prozent an allen Führungspositionen mit Personalverantwortung. Gegenüber 2007 bedeutet dies eine deutliche Steigerung um gut 15 Prozentpunkte. Erhebungen aus der Stadtverwaltung Heidelberg ergaben, dass Frauen zuletzt auch hier mit 39 Prozent in Führungspositionen mit Personalverantwortung vertreten waren. Vor allem auf den Stellen als stellvertretende Amtsleitung nahm ihre Zahl seit 2011 zu, der Frauenanteil betrug hier 2012 40 Prozent. Betrachtet man dagegen allein die Spitzenpositionen der Amtsleitungen, so fällt auf, dass Frauen 2012 – trotz der insgesamt eher positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre – mit einem Anteil von knapp 22 Prozent noch immer deutlich unterrepräsentiert waren. Für 2013 zeichnet sich jedoch ein weiterer Anstieg der Zahlen ab.

Entgeltunterschiede: Menschen ohne Migrationshintergrund hatten im Vollzeitbereich ein um 286 € höheres Durchschnittseinkommen als Menschen mit Migrationshintergrund. Im Teilzeitbereich waren es 435 € Unterschied. Noch deutlichere Unterschiede fanden sich im Teilzeitbereich zwischen Männern mit und ohne Migrationshintergrund bei einer Differenz von 788 € mehr für Männer ohne Migrationshintergrund.

Insgesamt verdienten Männer deutlich mehr als Frauen. Besonders ausgeprägt waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Einkommen aus einer Vollzeittätigkeit (Unterschied von 785 €). Im Teilzeitbereich waren es 653 € mehr. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund war die Differenz zwischen den Geschlechtern im Vollzeitbereich mit 856 € am größten.

Arbeitslosigkeit: Davon betroffen waren 2012 wie in den Vorjahren etwas mehr Männer als Frauen. Dabei war die Arbeitslosenquote der männlichen Ausländer fast doppelt so hoch wie die Quote der arbeitslosen männlichen Deutschen. AusländerInnen waren in Heidelberg am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, deutsche Frauen dagegen am seltensten.

Jugendarbeitslosigkeit traf junge Männer 2012 doppelt so häufig wie junge Frauen. Dies gilt sowohl für die Gruppe der Deutschen als auch für die Gruppe der AusländerInnen. Junge weibliche Deutsche hatten auch hier die niedrigste Quote, während männliche Ausländer am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffen waren. Insgesamt waren junge AusländerInnen und Ausländer mehr als doppelt so häufig arbeitslos.

Langzeitarbeitslosigkeit betraf Frauen und Männer gleichermaßen. Herkunftsspezifische Unterschiede spielten im Stadtkreis keine Rolle. Dennoch lag der 2012 gemessene Wert für AusländerInnen noch immer fast 12 Prozentpunkte unterhalb der ermittelten Landesquote.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: An entsprechenden Maßnahmen konnten Männer im Stadtkreis 2012

deutlich häufiger teilnehmen als Frauen. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern spielten herkunftsspezifische Unterschiede dabei eine große Rolle. Deutsche Frauen und Männer stellten jeweils die Mehrzahl der in Maßnahmen befindlichen Personen, AusländerInnen erreichten einen Anteil von 17 Prozent.

Leistungen nach SGB II und SGB XII: In absoluten Zahlen waren etwas mehr erwerbsfähige Männer als Frauen auf eine Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) oder eine Grundsicherung bei Erwerbsminderung (SGB XII) angewiesen.

Während deutsche Frauen die niedrigste SGB II-Quote aufwiesen, waren AusländerInnen am stärksten auf Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II angewiesen. Im Bereich der SGB XII bestanden zwischen AusländerInnen und Deutschen dagegen keine nennenswerten Unterschiede.

LeistungsempfängerInnen im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II: Mädchen waren 2011 nur wenig öfter auf Leistungen im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft angewiesen als Jungen. Während deutsche Jungen die niedrigste SGB II-Quote aufwiesen, waren ausländische Jungen fast doppelt so häufig und damit am stärksten aller untersuchten Gruppen von Leistungen abhängig. Bei den Mädchen waren die Unterschiede etwas weniger stark ausgeprägt.

Grundsicherung im Alter: Hinsichtlich des Anteils der auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Frauen und Männer bestanden 2012 keine Unterschiede. Während deutsche Seniorinnen die niedrigste SGB XII-Quote aufwiesen, erreichten ausländische Seniorinnen hier den höchsten gemessenen Wert. Die Gruppe der AusländerInnen und Ausländer war insgesamt fast fünf Mal so häufig auf Grundsicherung im Alter angewiesen wie die Gruppe der Deutschen.

1 Vgl. die Zahlen in: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 34f. Die vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg im Zuge der eigenen Einwohnerfortschreibung ermittelten Zahlen für das Jahr 2011 weichen teilweise um mehrere Prozentpunkte von den hier wiedergegebenen Zahlen des Statistischen Landesamtes ab. Um jedoch einen Vergleich mit den Landesdaten zu ermöglichen, mussten diese Zahlen aufgrund der unterschiedlichen Zähl- bzw. Berechnungsweisen hier leider unberücksichtigt bleiben.

2 Berechnungen des ifm, Universität Mannheim auf der Grundlage des Mikrozensus 2010.

3 Berechnungen des ifm, Universität Mannheim auf der Grundlage des Mikrozensus 2010.

4 Laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg, Zahlen 2011.

5 Vgl. § 7, Absatz 1 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) in der Fassung vom 05. Februar 2009.

6 Vgl. dazu die Ergebnisse des Mikrozensus 2011 zu den Erwerbspersonen nach ihrer Stellung im Beruf. So lag der Anteil der verbeamteten Frauen und Männer in Tübingen bei je knapp 8 Prozent, in Freiburg/Breisgau bei je 7 Prozent.

7 Laut Ergebnisbericht des ifm, Universität Mannheim.

Erwerbsbeteiligung

1 Erwerbstätigenquote¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund am Wohnort Heidelberg an der jeweiligen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Methodische Hinweise: „Erwerbstätig“ im Sinne des durch die EU konkretisierten Labour-Force-Konzepts der International Labour Organization (ILO) ist jede Person im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65-Jährige), die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, ob sie zum Beispiel arbeitslos gemeldet ist oder Altersrente bezieht. Ebenfalls zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem formalen Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Erziehungsurlaub nicht ausüben (Unterbrecher). Zu den Erwerbstätigen zählen abhängig Beschäftigte, Selbstständige und unbezahlt mitarbeitende Familienangehörige.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

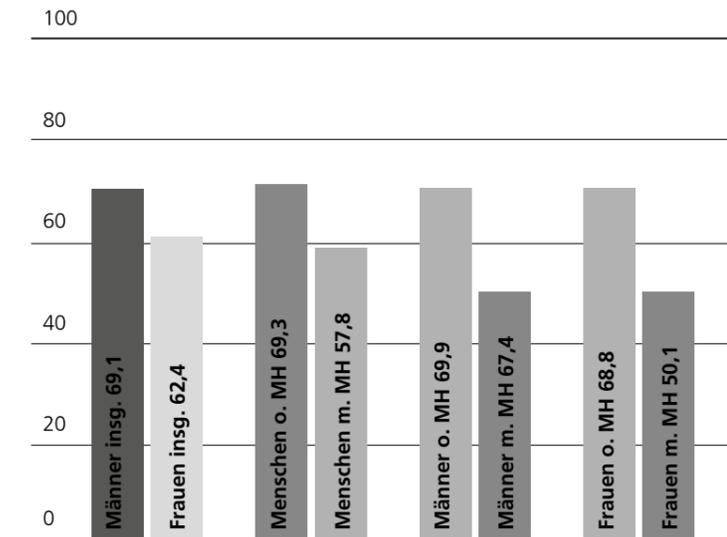
- Frauen waren im Stadtkreis 2010 insgesamt knapp 7 Prozentpunkte weniger erwerbstätig als Männer.
- Bei Personen mit Migrationshintergrund waren diese geschlechtsspezifischen Unterschiede mit einem Abstand von gut 17 Prozentpunkten sogar noch deutlicher. Nur die Hälfte der erwerbsfähigen Frauen mit Migrationshintergrund ging 2010 einer Erwerbstätigkeit nach. Ihre Erwerbstätigenquote lag deutliche 9 Prozentpunkte unterhalb des für 2010 ermittelten Landesdurchschnitts von 59 Prozent. Frauen ohne Migrationshintergrund lagen dagegen nur leicht (knapp 4 Prozentpunkte) unter dem Landesdurchschnitt.²
- Auch die Quoten bei Männern mit und ohne Migrationshintergrund wichen mit einer Spannweite von minus 6 bis minus 12 Prozentpunkten von den für das Land ermittelten Durchschnittswerten in Höhe von 73 bzw. 81 Prozent ab.³
- Die Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund war knapp 11 Prozentpunkte niedriger als diejenige von Personen ohne Migrationshintergrund. Dies erklärt sich v. a. aus der niedrigeren Erwerbstätigkeit von Frauen mit Migrationshintergrund.

¹ Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

² Berechnungen des ifm, Universität Mannheim auf der Grundlage des Mikrozensus 2010.

³ Berechnungen des ifm, Universität Mannheim auf der Grundlage des Mikrozensus 2010.

Abb. 1: Anteil der Erwerbstätigen am Wohnort Heidelberg an der jeweiligen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

2 Beschäftigungsquote (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte)¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit am Wohnort Heidelberg an der jeweiligen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Methodische Hinweise: Die „sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ umfassen alle Personen in einem angestelltem Beschäftigungsverhältnis mit einem monatlichen Netto-Einkommen von mehr als 400 €, die kranken-, pflege- und rentenversicherungspflichtig oder versicherungspflichtig nach SGB III sind. Geringfügig Beschäftigte (Minijobs), BeamtInnen, Selbstständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige zählen nicht dazu.

Die vorliegenden Zahlen beziehen sich allein auf Personen am Wohnort Heidelberg. Die derzeitige Statistik erfasst bislang keine Daten zum Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Daten zur Staatsangehörigkeit möglich waren.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Stand: 31.12.2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit.

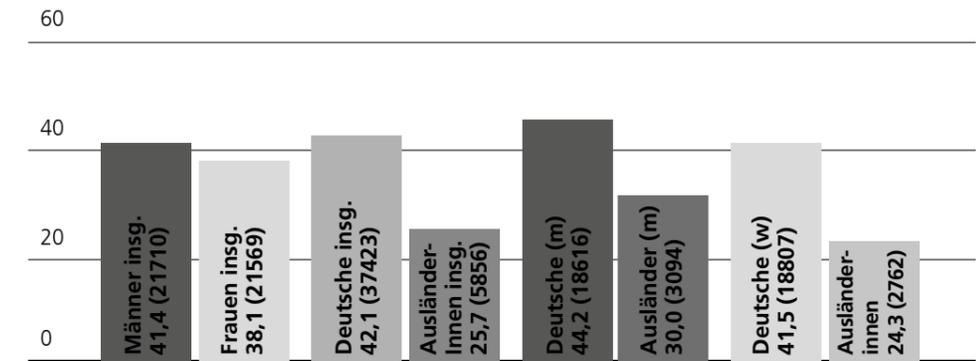
Ergebnisse:

- Männer waren in Heidelberg mit insgesamt gut 41 Prozent etwas häufiger sozialversicherungspflichtig beschäftigt als Frauen mit 38 Prozent. Eine größere Differenz zwischen Männern und Frauen (fast 6 Prozentpunkte) bestand in der Gruppe der AusländerInnen.
- Deutsche waren in Heidelberg deutlich häufiger (gut 16 Prozentpunkte) sozialversicherungspflichtig beschäftigt als AusländerInnen. Bei den Frauen schlug sich diese herkunftsspezifische Differenz mit gut 17 Prozentpunkten etwas stärker nieder als bei den Männern mit gut 14 Prozentpunkten.²

¹ Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen an der erwerbsfähigen Bevölkerung Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

² Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Zahlen 2011.

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der jeweiligen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren am Wohnort Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (31.12.2011) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (31.12.2011).

3 BeamtInnen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Beamtinnen und Beamten mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an den jeweiligen Erwerbspersonen am Wohnort Heidelberg.

Methodische Hinweise: Die vorliegenden Zahlen beziehen sich allein auf Personen am Wohnort Heidelberg und basieren rein auf der Hochrechnung der im Rahmen der Haushaltstichprobe des Mikrozensus 2011 gewonnenen Informationen. Die derzeitige Statistik erfasst bislang keine Daten zum Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Daten zur Staatsangehörigkeit möglich sind. Aufgrund der zu geringen Fallzahlen für den Stadtkreis war eine Darstellung an dieser Stelle nicht möglich.

Zu beachten gilt weiterhin, dass für die Berufung in ein Beamtenverhältnis in der Regel der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nach Art. 116 GG, der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erforderlich ist (Ausnahmen bei dienstlichem Bedürfnis möglich).¹

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Stichprobe Mikrozensus 2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung von Beamtinnen und Beamten unter allen Erwerbspersonen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

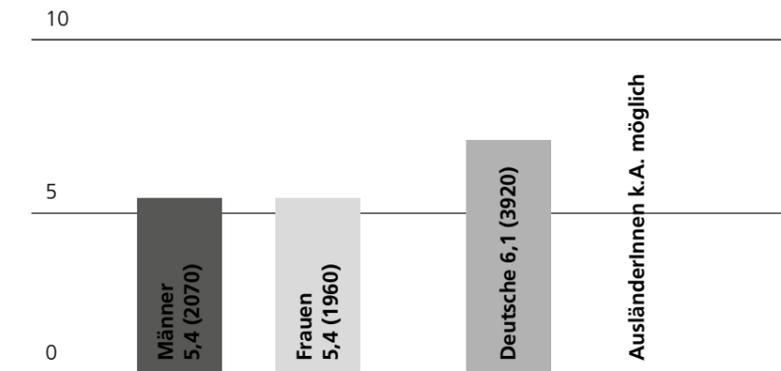
Ergebnisse:

- Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen betrug der Anteil der BeamtInnen an den jeweiligen Erwerbspersonen im Stadtkreis rund 5 Prozent. Bezogen auf die absoluten Zahlen waren dabei etwas mehr Männer als Frauen verbeamtet.
- Der Anteil der BeamtInnen an den erwerbstätigen Deutschen lag in Heidelberg 2011 bei gut 6 Prozent. Eine Abbildung des Anteils der BeamtInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit war nicht möglich. Aufgrund der geltenden dienstrechtlichen Bestimmungen darf aber davon ausgegangen werden, dass diese Personengruppe hier bislang kaum eine Rolle spielt.²

¹ Vgl. dazu das Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (BeamtStG) vom 17. Juni 2008, § 7 Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses, Abs.1.

² Zum Anteil der BeamtInnen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung Heidelberg siehe auch den entsprechenden Indikator in Kapitel VIII, S. 204f.

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der BeamtInnen an allen Erwerbspersonen am Wohnort Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (2011) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (31.12.2011).

4 Selbstständigenquote¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der selbstständigen Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Erwerbstätigen am Wohnort Heidelberg.

Methodische Hinweise: Als „Selbstständige“ gelten alle Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als EigentümerIn oder PächterIn leiten (einschließlich selbstständiger Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen. Zu den Selbstständigen werden statistisch auch die mithelfenden Familienangehörigen gezählt.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Teilhabe und die Verteilung von Selbstständigen am Markt/Erwerbsleben nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

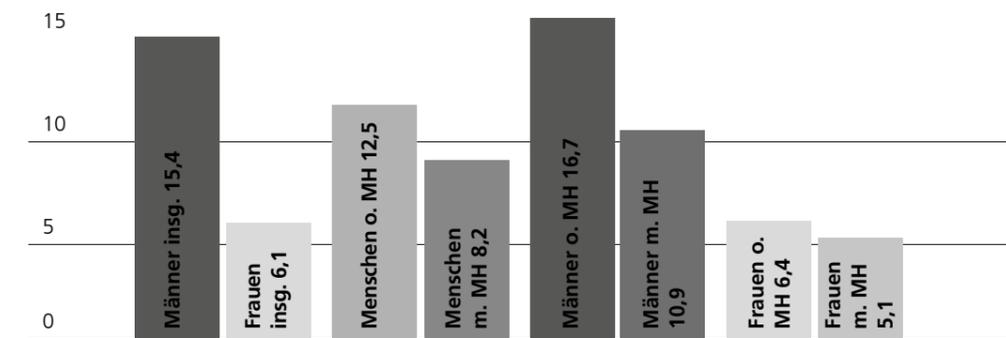
- Frauen waren im Stadtkreis deutlich seltener selbstständig tätig als Männer.²
- Besonders bei den Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund wurde dieser Gender Gap deutlich: der Anteil der selbstständigen Frauen lag hier knapp 10 Prozentpunkte unter demjenigen der Männer.
- Auch die Selbstständigenquote von Migrantinnen war niedriger (etwa 6 Prozentpunkte) als bei männlichen Migranten.³
- Die Selbstständigenquote von Frauen mit Migrationshintergrund lag nur leicht unterhalb der Quote von Frauen ohne Migrationshintergrund. Männer mit Migrationshintergrund waren dagegen deutlich seltener selbstständig (minus 6 Prozentpunkte) als Männer ohne Migrationshintergrund.

¹ Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen.

² Laut Heidelberger Datenreport ist der Anteil der Selbstständigen in urban geprägten Gemeinwesen traditionell geringer als im ländlichen Raum und dies geschlechterübergreifend. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zu Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 33.

³ Der Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit sprach für die Jahre 1997 und 2003 noch von einer – ebenfalls unterdurchschnittlichen – Selbstständigenquote bei den 20- bis 59-jährigen Heidelbergerinnen von etwa 10 Prozent. Vgl. Ebd.

Abb. 4: Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen am Wohnort Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

5 Existenzgründungen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der angemeldeten Gewerbe (Betriebsgründungen) von Frauen und Männern bzw. von Menschen mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen angemeldeten Betriebsgründungen.

Methodische Hinweise: Die Gewerbeanzeigenstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich sind. Es werden sowohl Kleinunternehmen/Nebenbetriebe als auch Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Substanz berücksichtigt. Die Aussagekraft des Indikators ist allerdings begrenzt, da ein Gewerbe nicht in allen Fällen, in denen eine Neugründung angezeigt wird, auch tatsächlich aufgenommen wird. Unberücksichtigt bleiben zudem Gründerinnen und Gründer in Bereichen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen (z. B. Freie Berufe, Urproduktion, Verwaltung eigenen Vermögens) sowie Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Im Jahre 2012 wurden im Stadtkreis insgesamt 1233 anzeigepflichtige Personen registriert, die eine Neugründung vorgenommen hatten.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Gewerbeanzeigenstatistik).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Beteiligung von Frauen und Männern mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit an Existenzgründungen.

Ergebnisse:

- Männer meldeten 2012 mit einem Anteil von insgesamt gut 73 Prozent fast drei Mal so häufig ein Gewerbe an wie Frauen (knapp 27 Prozent).¹
- Gegenüber dem Vorjahr nahm der Frauenanteil an den Neugründungen im Stadtkreis damit um fast 4 Prozentpunkte ab und erreichte den neben 2010 schlechtesten Wert seit dem Jahre 2003.²
- Der Frauenanteil an den Existenzgründungen lag 2012 leicht unterhalb des Landesdurchschnitts (2 Prozentpunkte), aber noch leicht über den Quoten der meisten übrigen baden-württembergischen Stadtkreise.³

– Über ein Viertel (knapp 27 Prozent) aller Gewerbe-neugründungen in Heidelberg wurden 2012 von Ausländerinnen und Ausländern angemeldet. Damit erreichte der Anteil der Existenzgründungen von Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit den höchsten im Stadtkreis gemessenen Wert seit 2003.⁴

– Dennoch lag der Anteil damit leicht unter dem Landesdurchschnitt (gut 2 Prozentpunkte) und niedriger als in den meisten übrigen baden-württembergischen Stadtkreisen.⁵

1 Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für 2012.

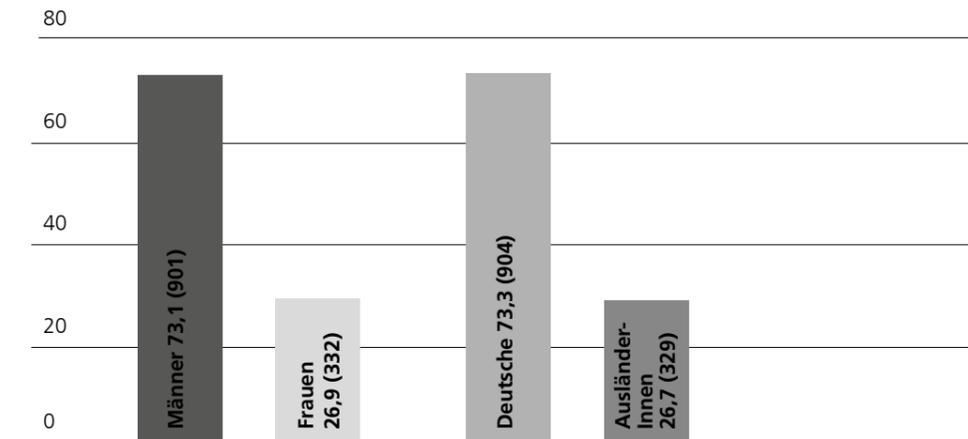
2 Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für die Jahre 2003 bis 2012. Demnach lag der Frauenanteil im Jahre 2010 ebenfalls bei ca. 27 Prozent, während er seit 2004 regelmäßig die 30 Prozent-Marke erreichte bzw. überstieg. Vgl. auch: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 52f.

3 Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für 2012. Danach schwankte der Frauenanteil in den übrigen baden-württembergischen Stadtkreisen zwischen 20 und 26 Prozent. Lediglich die Stadtkreise Freiburg und Baden-Baden überstiegen den Heidelberger Wert mit einem Anteil von jeweils 32 bzw. 34 Prozent.

4 Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für die Jahre 2003 bis 2012.

5 Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für 2012. So namentlich unter den Anteilen der Stadtkreise Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Heilbronn, jedoch leicht über den entsprechenden Werten für Freiburg und Ulm.

Abb. 5: Anteil (und Anzahl) der Gewerbe-neugründungen in Heidelberg an allen anzeigepflichtigen Personen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (2012) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2012).

Arbeitsvolumen

1 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der in Voll- und Teilzeit beschäftigten Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Erwerbstätigen.

Methodische Hinweise: Als „teilzeitbeschäftigt“ gelten – je nach Festlegung – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit bis zu 80 Prozent der im jeweiligen Betrieb vereinbarten Regelarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte. Die hier berechneten Teilzeitquoten beziehen sich auf die Beschäftigten am Wohnort.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung von Beschäftigungs- und Arbeitszeitanteilen bei Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Teilzeitarbeit war im Stadtkreis auch 2010 noch immer eine Domäne der Frauen. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen mit oder ohne Migrationshintergrund (gut 45 Prozent) ging einer Teilzeitbeschäftigung nach. Bei den Männern waren es etwa 21 Prozent und damit nur knapp halb so viele.¹
- Seit Jahren ist in Heidelberg ein deutlicher Rückgang der Vollzeitbeschäftigung bei gleichzeitiger Zunahme der Teilzeitanteile zu verzeichnen: Gegenüber dem Jahr 2003 nahm die Teilzeitquote bei Frauen um fast 6 Prozentpunkte zu. Bei den Männern war im selben Zeitraum sogar eine Zunahme um ca. 11 Prozentpunkte zu beobachten.²
- Die Teilzeitquoten der Frauen lagen 2010 jeweils leicht unterhalb der Landesquote (ungefähr 3 bzw. 4 Prozentpunkte). Die Männer im Stadtkreis hingegen arbeiteten deutlich häufiger in Teilzeit als im Landesdurchschnitt. Die Unterschiede betragen hier jeweils ca. 11 bzw. 12 Prozentpunkte.

Dabei mag u. a. die Job-Struktur im universitären Umfeld eine gewisse Rolle spielen.³

- Die geschlechtsspezifische Ungleichheit im Arbeitsvolumen zeigte sich sowohl unter Erwerbstätigen mit als auch bei solchen ohne Migrationshintergrund.⁴ Herkunftsbezogene Unterschiede spielten dagegen keine Rolle.

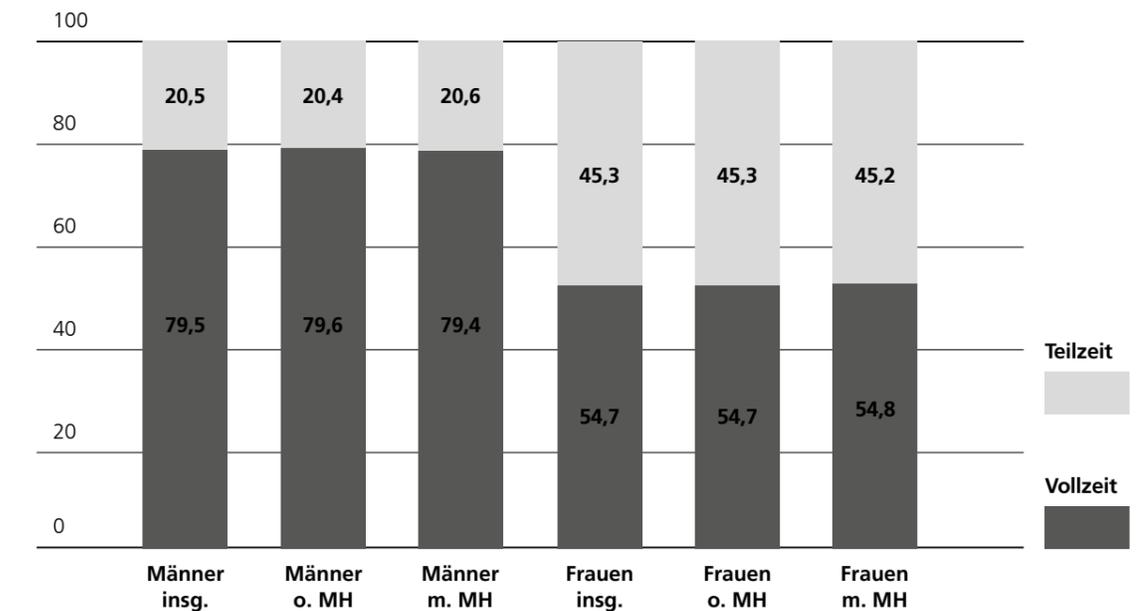
1 Für Heidelberger Betriebe mit mehr als 10 MitarbeiterInnen ermittelte die Vereinbarkeitsstudie von 2012 eine ähnlich hohe Teilzeitquote bei Männern in Höhe von insgesamt 19 Prozent. Bei den Frauen wurde eine Teilzeitquote von 36 Prozent errechnet. Vgl. C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012, S. 7. Eine im Februar 2013 durchgeführte anonym und freiwillig zu beantwortende Personalumfrage unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Heidelberg erbrachte einen ähnlich hohen Teilzeitanteil bei den befragten Frauen in Höhe von 49 Prozent. Die Zahlen bei den befragten Männern wichen jedoch stark von den hier wiedergegebenen Zahlen ab – demnach lag der Anteil der in Teilzeit Arbeitenden laut Umfrage bei nur 5 Prozent.

2 Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 25f. So lag der Anteil der in Teilzeit arbeitenden Frauen und Männer beispielsweise 1994 noch bei gut 31 bzw. 8 Prozent.

3 Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010. Der Atlas zur Gleichstellung in Baden-Württemberg spricht für 2011 nur noch von einer Teilzeitbeschäftigungsquote im Land von durchschnittlich 36,1 Prozent und kommt dabei auch für den Stadtkreis Heidelberg auf niedrigere Teilzeitbeschäftigungsquoten bei Frauen und Männern. Dennoch weist er für Heidelberg den bei Männern nach Freiburg landesweit zweithöchsten Anteil an teilzeitbeschäftigten aus. Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 36.

4 Auch die vom Personal- und Organisationsamt der Stadt Heidelberg zur Verfügung gestellten Zahlen zur Teilzeit spiegeln dieses Ungleichgewicht wider. So arbeiteten zum 01.01.2013 insgesamt 696 Personen in Teilzeit, darunter 612 Frauen. Dies entsprach einem Anteil von 88 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten bei der Stadtverwaltung Heidelberg. Deutlich niedriger lag der Frauenanteil bei den Teilzeitbeschäftigten des einfachen und des höheren Dienstes mit jeweils 71 bzw. 72 Prozent. Mit Abstand am größten war das beschriebene Ungleichgewicht im mittleren Dienst, hier waren 95 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen.

Abb. 1: Anteil der in Voll- und Teilzeit beschäftigten Erwerbstätigen am Wohnort Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

2 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung von Müttern u. Vätern

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der in Voll- und Teilzeit beschäftigten Mütter und Väter mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen erwerbstätigen Müttern und Vätern.

Methodische Hinweise: Hier waren nur Schätzungen anhand gewichteter Daten auf Grundlage der Verteilung in strukturell ähnlichen Universitätsstädten Süddeutschlands möglich (Daten Mikrozensus 2010). Als teilzeitbeschäftigt gelten – je nach Festlegung – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit bis zu 80 Prozent der im jeweiligen Betrieb vereinbarten Regelarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte. Die hier berechneten Teilzeitquoten beziehen sich auf die Beschäftigten am Wohnort.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung von Beschäftigungs- und Arbeitszeitanteilen auf Mütter und Väter mit bzw. ohne Migrationshintergrund sowie auf Unterschiede bei der Übernahme familiärer Verantwortung durch Mütter und Väter mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Mütter gingen insgesamt zu rund 71 Prozent einer reduzierten Arbeitszeit nach, bei den Vätern waren es dagegen nur etwa 8 Prozent.¹ Sowohl Menschen mit als auch Menschen ohne Migrationshintergrund zeigten dieselben geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Arbeitszeitverteilung.
- Vor allem bei Müttern hat die Teilzeitbeschäftigung damit weiter zugenommen: Gegenüber 1997 war eine Steigerung des Teilzeit-Anteils im Stadtkreis um etwa 17 Prozentpunkte zu beobachten.²

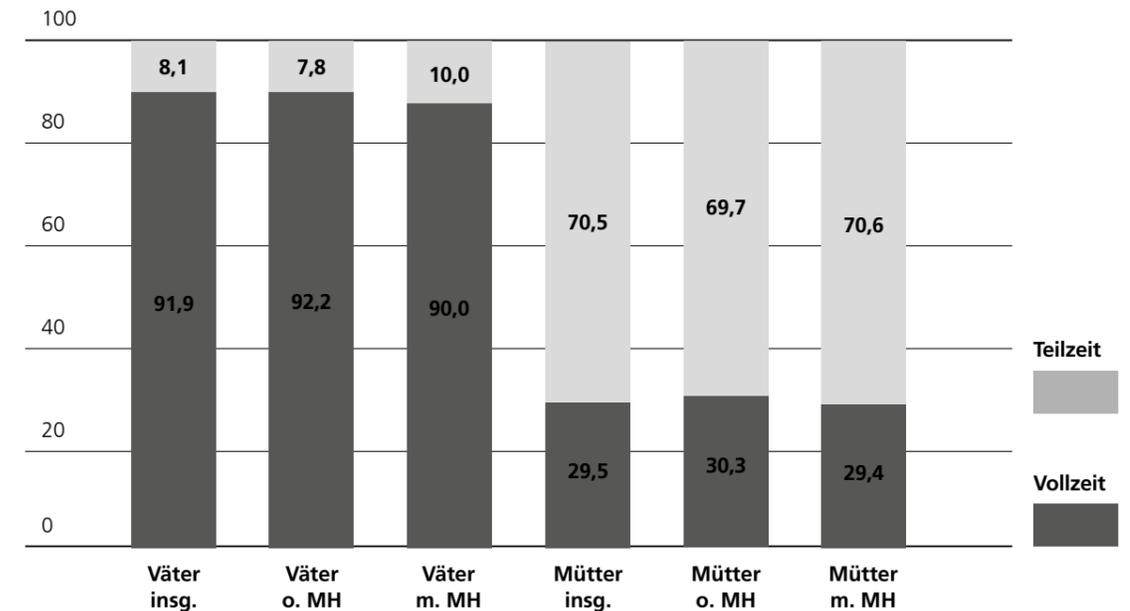
- Eltern mit Migrationshintergrund wiesen insgesamt ein leicht geringeres Arbeitsvolumen auf als Eltern ohne Migrationshintergrund. Dies wird vor allem bei Vätern mit Migrationshintergrund deutlich (10 Prozent in Teilzeit).
- Die Arbeitszeitmodelle von Müttern und Vätern im Stadtkreis ähnelten denen, die auch im Land zu beobachten waren. Allerdings lagen die für Heidelberg ermittelten Teilzeitanteile – mit Ausnahme des Anteils der Mütter ohne Migrationshintergrund – stets leicht über dem Landesdurchschnitt. Bemerkenswert waren dabei v. a. die im Vergleich zum Land doppelt so hohen Teilzeitanteile bei Vätern.³

¹ Die im Februar 2013 durchgeführte anonym und freiwillig zu beantwortende Personalumfrage unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Heidelberg ließ keine Rückschlüsse auf mögliche Unterschiede zwischen Müttern und Vätern zu. Doch zeigte sich auch hier, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die selbst Kinder betreuten, mit 51 Prozent deutlich häufiger in Teilzeit arbeiteten, als solche ohne Kinder (13 Prozent).

² Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 26f.

³ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010. Im Gegensatz dazu wiesen die Heidelberg-Studien der Jahre 1997 und 2003 noch deutlich geringere Werte für den Stadtkreis im Vergleich zum Land aus.

Abb. 2: Anteil der in Voll- und Teilzeit beschäftigten erwerbstätigen Mütter und Väter am Wohnort Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

3 Geringfügig entlohnt Beschäftigte

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der geringfügig entlohnt beschäftigten Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit an allen Erwerbstätigen am Arbeitsort.

Methodische Hinweise: Berücksichtigt werden hier ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort. Eine Person kann dabei mehrere Beschäftigungsverhältnisse bzw. Minijobs haben, solange der Gesamtverdienst unter 400 Euro pro Monat liegt.

Die Beschäftigungsstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich sind.

Datenquelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Stand: 30.06.2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung der geringfügig Beschäftigten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

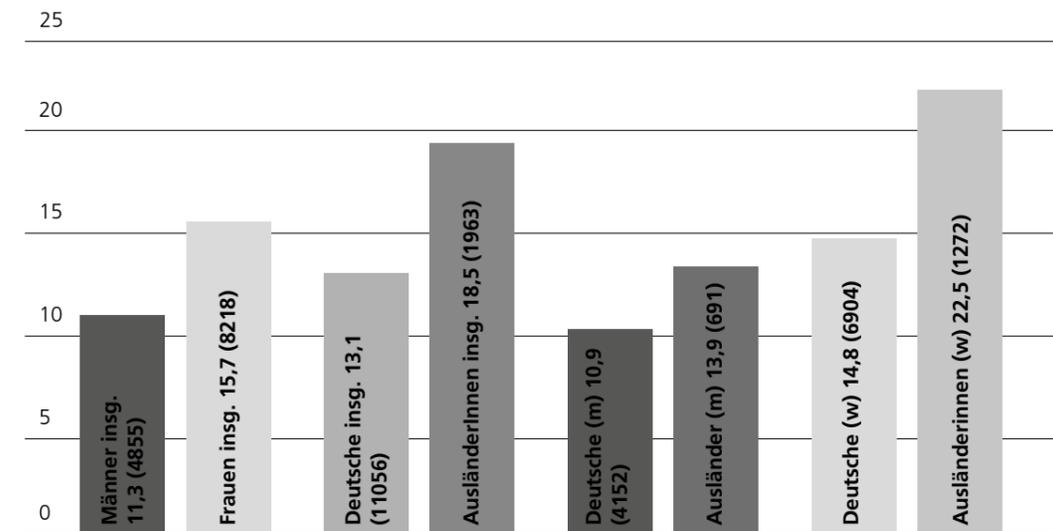
- Frauen waren im Stadtkreis 2012 insgesamt etwas häufiger in geringfügig entlohnter Arbeit beschäftigt als Männer. Der Unterschied lag bei rund 4 Prozentpunkten.
- Mehr deutsche Frauen (ca. 4 Prozentpunkte) als Männer waren geringfügig beschäftigt.
- Ausländerinnen arbeiteten mit einem Anteil von rund 23 Prozent deutlich häufiger in einer geringfügigen Beschäftigung als ausländische Männer (knapp 14 Prozent). Damit erreichten Ausländerinnen den höchsten ermittelten Einzelwert.

- Insgesamt gingen AusländerInnen im Stadtkreis etwas häufiger einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach als Deutsche, der Unterschied betrug gut 6 Prozentpunkte.
- Der Anteil der geringfügig beschäftigten Frauen lag im Stadtkreis etwa 4 Prozentpunkte unter dem ermittelten Landesdurchschnitt.¹
- Dagegen lag der Anteil der geringfügig beschäftigten Männer im Landesdurchschnitt leicht unter den Heidelberger Zahlen (knapp 2 Prozentpunkte). Bei den Männern mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren mit rund 5 Prozentpunkten sogar noch größere Unterschiede feststellbar.²

¹ Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand: 30.06.2012). Der Atlas zur Gleichstellung 2012 kommt zu tendenziell ähnlichen Resultaten bei Frauen und Männern, betrachtet dabei allerdings nur die Gruppe der 30- bis 54-Jährigen am Wohnort Heidelberg in 2011. Auch hier fällt der nach Freiburg und Waldshut dritthöchste Anteil an geringfügig beschäftigten Männern im Land auf. Die überdurchschnittlich hohen Anteile im Stadtkreis sind demnach nicht allein mit der hohen Zahl an Studierenden erklärbar. Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 38f.

² Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand: 30.06.2012).

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der geringfügig entlohnten Beschäftigten an allen Erwerbstätigen am Arbeitsort Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit zum 30.06.2012 (in %)



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Stand: 30.06.2012).

Berufsbereiche

1 Personen in technischen Berufen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit einem Hochschulabschluss und einer beruflichen Qualifikation in technisch ausgerichteten Berufen an allen Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss in Heidelberg.

Methodische Hinweise: Hier waren nur Schätzungen anhand gewichteter Daten auf Grundlage der Verteilung in strukturell ähnlichen Universitätsstädten Süddeutschlands möglich (Daten Mikrozensus 2010).

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Studien- und Berufswahl von Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund und auf das Fortbestehen von Rollenklischees.

Ergebnisse:

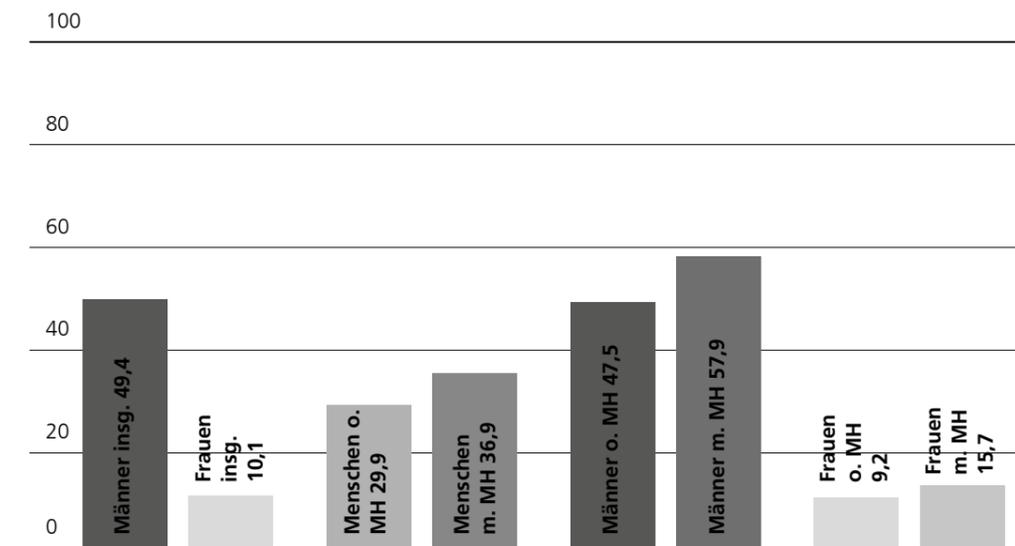
- Männliche Hochschulabsolventen im Stadtkreis verfügten 2010 laut Schätzung weitaus häufiger über eine berufliche Qualifikation in technisch ausgerichteten Berufen als Frauen. Der Unterschied betrug gut 39 Prozentpunkte.
- Auch der Geschlechterunterschied bei den Menschen ohne Migrationshintergrund betrug etwa 38 Prozentpunkte, Frauen ohne Migrationshintergrund zeigten dabei den niedrigsten

aller gemessenen Einzelwerte. Bei Menschen mit Migrationshintergrund betrug der Geschlechterunterschied sogar geschätzt gut 42 Prozentpunkte.

- HochschulabsolventInnen mit Migrationshintergrund besaßen insgesamt häufiger eine berufliche Qualifikation in technisch ausgerichteten Berufen. Besonders bei Männern wurde dieser herkunftsspezifische Unterschied mit mehr als 10 Prozentpunkten deutlich. Männer mit Migrationshintergrund besaßen dabei mit einem Anteil von fast 58 Prozent am häufigsten eine berufliche Qualifikation für einen technisch ausgerichteten Beruf.
- Während die Heidelberger Zahlen bei den Frauen jeweils nur leicht unter dem für 2010 ermittelten Landesdurchschnitt lagen, waren bei den Männern auf Landesebene in beiden Fällen nochmals deutlich höhere Anteile zu verzeichnen. Der Unterschied zu Heidelberg betrug hier jeweils knapp 11 Prozentpunkte.¹

¹ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010.

Abb. 1: Anteil der Personen mit Hochschulabschluss und einer beruflichen Qualifikation in technisch ausgerichteten Berufen an allen Erwerbstätigen in Heidelberg mit Hochschulabschluss nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Schätzung 2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010) (Schätzung, Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

2 Personen in Berufen der Betreuung, Erziehung und Bildung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit einem Hochschulabschluss und einer beruflichen Qualifikation in Berufen der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern an allen Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss in Heidelberg.

Methodische Hinweise: Hier waren nur Schätzungen anhand gewichteter Daten auf Grundlage der Verteilung in strukturell ähnlichen Universitätsstädten Süddeutschlands möglich (Daten Mikrozensus 2010).

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010).

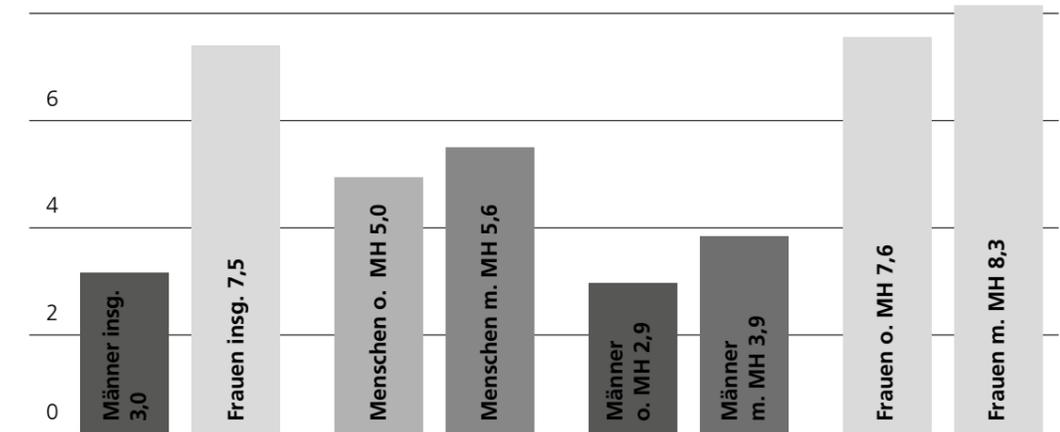
Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Studien- und Berufswahl von Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund und auf das Fortbestehen von Rollenklischees.

Ergebnisse:

- Geschlechtsspezifische Unterschiede was die berufliche Qualifikation von Personen mit einem Hochschulabschluss im Bereich der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern angeht, fanden sich sowohl bei Menschen mit als auch bei Menschen ohne Migrationshintergrund, wobei die Differenz zwischen Frauen und Männern ohne Migrationshintergrund mit geschätzt knapp 5 Prozentpunkten am größten war.
- Menschen mit Migrationshintergrund beiderlei Geschlechts besaßen laut Schätzung ebenso häufig einen Hochschulabschluss mit beruflicher Qualifikation für Berufe der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern wie Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund.
- Die Anteile der Qualifizierten für Berufe der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern lagen im Stadtkreis in allen untersuchten Gruppen leicht über dem für 2010 ermittelten Landesdurchschnitt.¹

¹ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010.

Abb. 2: Anteil der Personen mit Hochschulabschluss und einer beruflichen Qualifikation in Berufen der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern an allen Erwerbstätigen in Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Schätzung 2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010) (Schätzung: Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

Führungspositionen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen und Männern an allen Personen in Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung und in Heidelberger Betrieben.

Methodische Hinweise: Angaben zu den Erwerbstätigen in Führungspositionen lassen sich für Heidelberg nicht in statistisch signifikanter Weise ermitteln, da die Stellung im Betrieb/in der Behörde im Jahre 2010 im Mikrozensus nicht erhoben wurde. Die Ermittlung der Zahlen für die Privatwirtschaft erfolgte auf Basis einer Befragung von Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten. Befragt wurden dabei 77 privatwirtschaftliche Unternehmen aus insgesamt 13 verschiedenen Branchen. Dies entspricht jedem 11. Heidelberger Betrieb der genannten Größe.¹ Dabei wurde eine deutlich weiter gefasste Definition von „Führungspositionen“ zugrunde gelegt, die den Fokus auf Menschen mit Personalverantwortung legt und nicht nur Personen in tatsächlichen Entscheidungs- und Spitzenpositionen berücksichtigt. Für die Stadtverwaltung Heidelberg wurden dagegen nur tatsächliche Spitzenpositionen berücksichtigt (Amtsleitungen und stellv. Amtsleitungen).

Angaben zum Anteil und zur Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Führungspositionen waren mangels Daten bislang nicht möglich. Hier wäre eine gesonderte Umfrage notwendig.

Datenquellen: C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012; Personal- und Organisationsamt der Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Repräsentanz von Frauen und Männern in den Führungsebenen der Stadtverwaltung und von Heidelberger Betrieben.

Ergebnisse:

- Laut einer Unternehmensbefragung aus dem Jahre 2012 stellten Frauen 41 Prozent des Führungspersonals in Heidelberger Betrieben mit mindestens 10 Beschäftigten. Gegenüber 2007 ergab sich somit eine deutliche Steigerung um gut 15 Prozentpunkte.²

– Zahlen für die Stadtverwaltung Heidelberg mit Stand vom 01. Januar 2013 ergaben, dass Frauen vor allem auf den Stellen als stellvertretende Amtsleitung zugenommen haben.³ Ihr Anteil betrug 40 Prozent, bei den Abteilungsleitungen 37 Prozent. Beinahe Parität herrschte bei den stellvertretenden Abteilungsleitungen.

– Trotz der insgesamt positiven Entwicklung der vergangenen Jahre waren Frauen 2012 vor allem in den Spitzenpositionen der Amtsleitungen mit einem Anteil von insgesamt knapp 22 Prozent noch immer deutlich unterrepräsentiert.⁴ Für 2013 zeichnet sich jedoch ein Anstieg der Zahlen ab.

– Auch im Landesdurchschnitt waren Männer zuletzt noch mehr als doppelt so häufig in einer leitenden Position tätig als Frauen.⁵

¹ Vgl. C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012, S. 6.

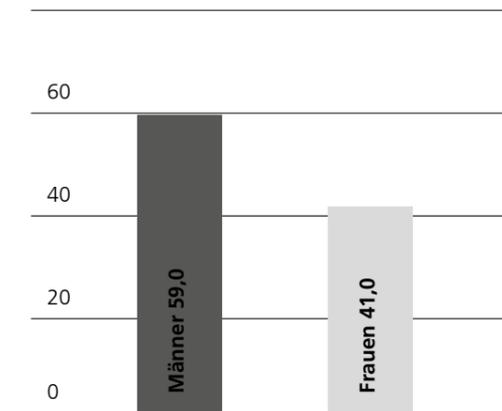
² Ebd., S. 34.

³ Vgl. Koppel, M.; Weber, A.: „Heidelberg: Ein Kaleidoskop an Maßnahmen bringt die Stadt unter die TOP 100 im Gender-Index“, in: WERT.ARBEIT Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation (Hrsg.): Mit dem Gender-Index gleichstellungspolitisch nach vorn!, Berlin 2011, S. 35–39, hier: S. 36.

⁴ Bereits der Bericht zur Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg hatte für 2007 einen Frauenanteil von knapp 31 Prozent an den städtischen Führungspositionen ermittelt. Damit war „so gerade eben“ die 30-Prozent-Hürde übersprungen worden. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg, Heidelberg 2008, S. 11, 25.

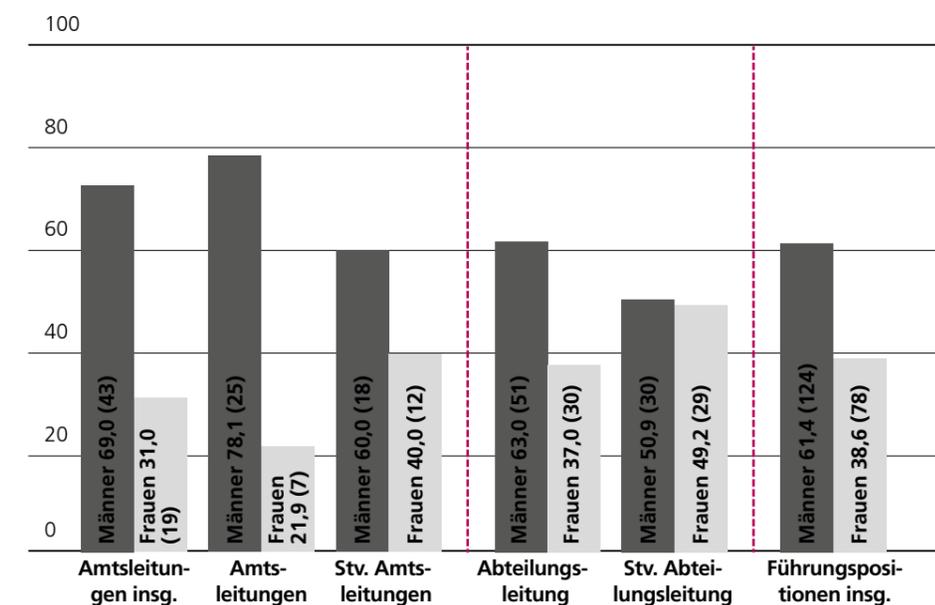
⁵ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg, Scientific Use File 2009.

Abb. 1: Anteil der Menschen in Führungspositionen in befragten Heidelberger Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten nach Geschlecht (2012) (in %)



Quelle: C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012, S. 34.

Abb. 2: Anteil der Menschen in Führungspositionen in der Heidelberger Stadtverwaltung nach Geschlecht (01.01.2013) (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 01.01.2013).

Entgeltunterschiede – Gender Pay Gap

Beschreibung des Indikators:

Definition: Entgeltunterschiede von Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund (= Differenz zwischen dem durchschnittlichen Nettoeinkommen von Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund in Euro).

Methodische Hinweise: Als teilzeitbeschäftigt gelten – je nach Festlegung – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit bis zu 80 Prozent der im jeweiligen Betrieb vereinbarten Regelarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Höhe der Differenz zwischen dem durchschnittlichen monatlichen Netto-Einkommen von Frauen mit bzw. ohne Migrationshintergrund und dem durchschnittlichen Netto-Einkommen von Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

– Männer erzielten im Stadtkreis 2010 sowohl in Teil- als auch in Vollzeit ein durchschnittlich deutlich höheres Netto-Einkommen als Frauen. Besonders ausgeprägt waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Einkommen aus einer **Vollzeittätigkeit** (Unterschied von 785 €). Dabei lag das Durchschnittsnettoeinkommen von Männern ohne Migrationshintergrund 756 € über demjenigen von Frauen ohne Migrationshintergrund. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund war die Differenz zwischen den Geschlechtern mit 856 € sogar noch größer.

– Auch im **Teilzeitbereich** waren geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen, die aber innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund mit 293 € signifikant geringer ausfielen, als bei der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund (Unterschied von 775 €).

– Neben geschlechtsspezifischen Unterschieden waren auch herkunftsspezifische Einkommensunterschiede zu beobachten. So erzielten Männer ohne Migrationshintergrund ein deutlich höheres Netto-Einkommen als Männer mit Migrationshintergrund, was besonders im **Teilzeitbereich** mit einer Differenz von 788 € zu Buche schlug. Bei den Frauen fielen die herkunftsspezifischen Unterschiede mit 306 € dagegen mehr als die Hälfte geringer aus.

– Im Vergleich zum Land verfügten alle untersuchten Gruppen in Heidelberg über ein durchschnittlich höheres Netto-Einkommen. Vor allem das Netto-Einkommen von Männern mit und ohne Migrationshintergrund lag dabei signifikant über dem jeweiligen Landesmedian.³

– Allerdings gilt es trotz der höheren Durchschnittseinkommen zu berücksichtigen, dass den Heidelberger Zahlen eine große Einkommensstreuung zugrunde liegt. Darüber hinaus sind im Landesvergleich viele Erwerbsfähige im Stadtkreis nicht erwerbstätig.⁴

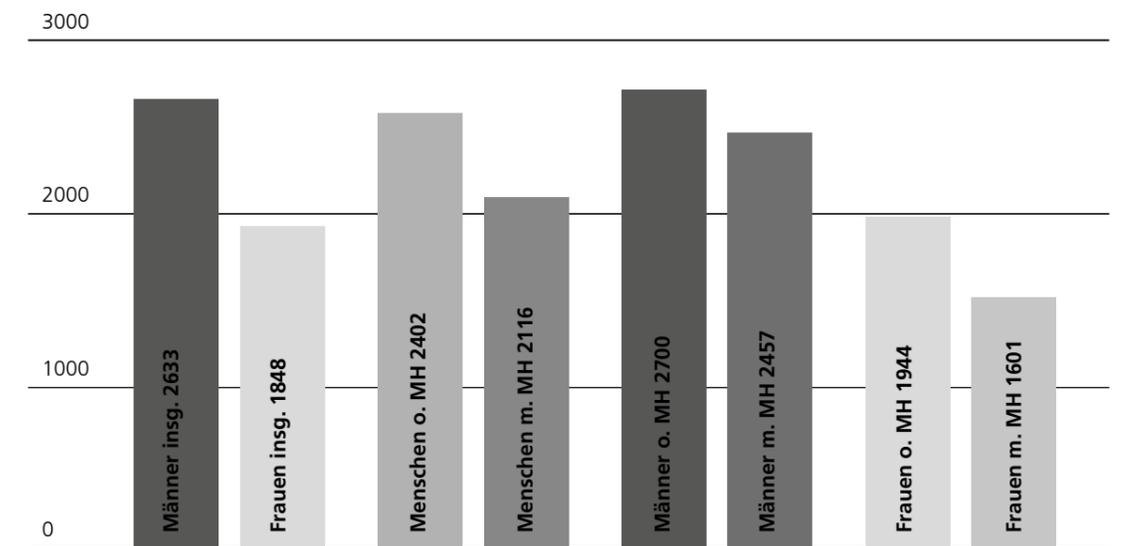
¹ Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit.

² Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit.

³ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010.

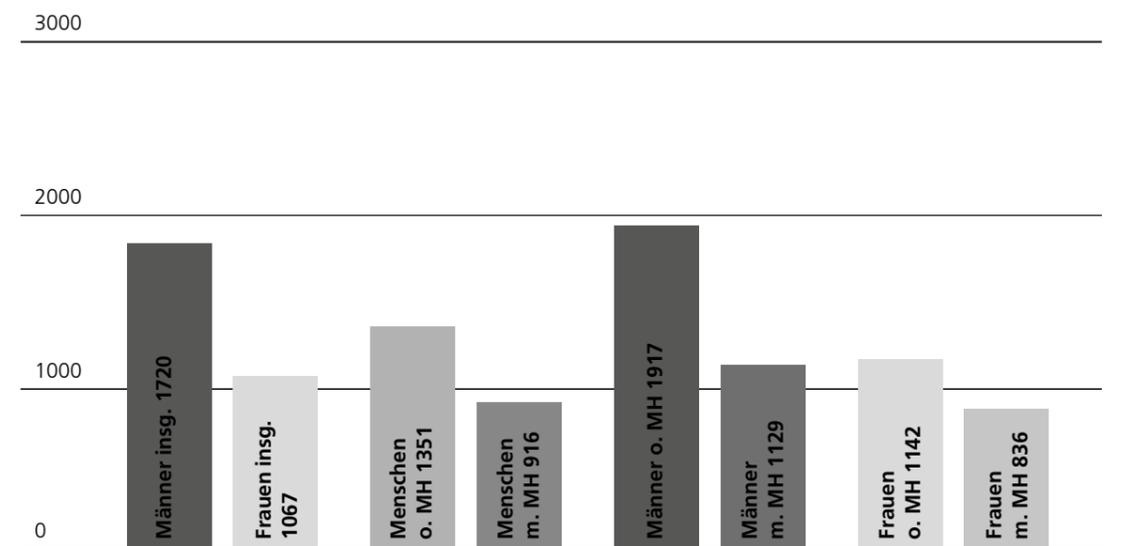
⁴ Sonderauswertung des ifm, Universität Mannheim für Baden-Württemberg auf Grundlage des Mikrozensus 2010.

Abb. 1: Durchschnittliches Netto-Einkommen in Heidelberg bei Vollzeit¹ nach Geschlecht und Migrationshintergrund in Euro (2010)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Abb. 2: Durchschnittliches Netto-Einkommen in Heidelberg bei Teilzeit² nach Geschlecht und Migrationshintergrund in Euro (2010)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Arbeitslosigkeit

1 Arbeitslosenquote

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der arbeitslosen Frauen und Männer mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen zivilen Erwerbspersonen.

Methodische Hinweise: „Arbeitslos“ ist, wer keiner Beschäftigung nachgeht, Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei der Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist. Unter den Begriff der „zivilen Erwerbspersonen“ fallen alle sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten, Auszubildenden, BeamtInnen (ohne SoldatInnen), Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie alle gemeldeten Arbeitslosen.

Die Arbeitsmarktstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich waren.

Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jahresdurchschnitt 2012).

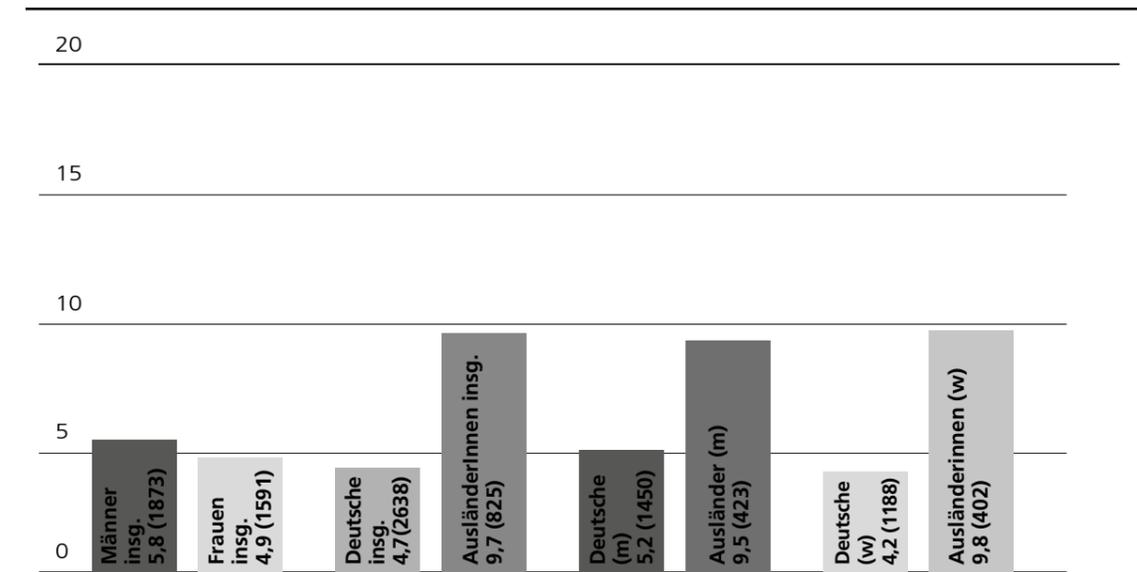
Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Ergebnisse:

- Wie in den Vorjahren, so waren Männer in Heidelberg auch 2012 insgesamt etwas stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen.¹ Während diese Aussage auch für das Verhältnis von deutschen Männern und Frauen zutrifft, lag die Quote bei den männlichen Ausländern – bei gleichzeitig absolut höheren Fallzahlen – leicht unter derjenigen der Ausländerinnen.
- Deutsche Frauen wiesen mit gut 4 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote aller untersuchten Gruppen auf. Ausländerinnen waren dagegen mit rund 10 Prozent mehr als doppelt so häufig und damit am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen.
- Auch die Arbeitslosenquote der männlichen Ausländer lag 2012 mit nahezu 10 Prozent fast doppelt so hoch wie die Quote der arbeitslosen männlichen Deutschen.

¹ Vgl. Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Demnach lag die Arbeitslosenquote von Männern im Stadtkreis im Jahresdurchschnitt 2011 bei 5,7, im Jahresdurchschnitt 2010 bei 6,5 Prozent. Dem standen Quoten von 4,8 bzw. 5,5 Prozent bei den Frauen gegenüber.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der Arbeitslosen in Heidelberg an allen zivilen Erwerbspersonen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitt 2012) (in %)



Quelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jahresdurchschnitt 2012).

2 Jugendarbeitslosenquote

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der arbeitslosen jungen Frauen und Männer mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen zivilen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren.

Methodische Hinweise: „Arbeitslos“ ist, wer keiner Beschäftigung nachgeht, Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei der Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist. Unter den Begriff der „zivilen Erwerbspersonen“ fallen alle sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten, Auszubildenden, BeamtInnen (ohne SoldatInnen), Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie alle gemeldeten Arbeitslosen.

Die Arbeitsmarktstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich waren.

Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jahresdurchschnitt 2012).

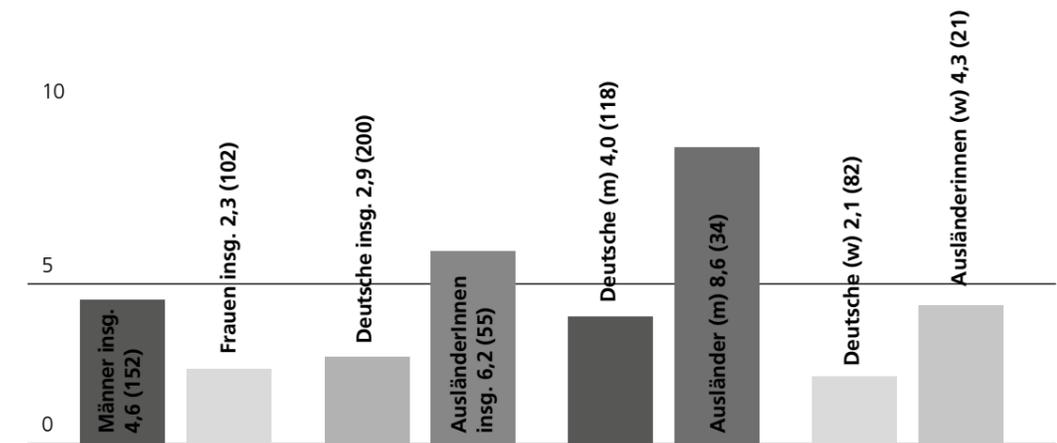
Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße junge Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Ergebnisse:

- Junge Männer waren im Stadtkreis 2012 doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie junge Frauen. Dieser geschlechtsspezifische Befund traf sowohl für Deutsche als auch für ausländische Jugendliche zu.
- Dabei zeigten sich auch herkunftsspezifische Unterschiede: junge Ausländerinnen und Ausländer waren mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie junge Deutsche. Der größte Unterschied von knapp 5 Prozentpunkten ergab sich dabei zwischen ausländischen und deutschen Männern.
- Während die weiblichen Deutschen die niedrigste Quote aufwiesen, waren männliche Ausländer am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffen.
- Die Jugendarbeitslosenquote bei deutschen und ausländischen Männern lag 2012 in Heidelberg jeweils leicht über dem Landesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquoten bei jungen Frauen hingegen rangierten in beiden Fällen leicht unterhalb des für Baden-Württemberg gemessenen Wertes.¹

¹ Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Landesdaten im Jahresdurchschnitt 2012).

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Arbeitslosen von 15 bis unter 25 Jahren in Heidelberg an allen zivilen Erwerbspersonen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitt 2012) (in %)



Quelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jahresdurchschnitt 2012).

3 Langzeitarbeitslosenquote

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Methodische Hinweise: „Arbeitslos“ ist, wer keiner Beschäftigung nachgeht, Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei der Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist. „Langzeitarbeitslose“ sind Arbeit suchende Frauen und Männer, deren Arbeitslosigkeit länger als 12 Monate andauert.

Die Arbeitsmarktstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich waren.

Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jahresdurchschnitt 2012).

Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind und auf Unterschiede bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach Geschlecht und Herkunft.

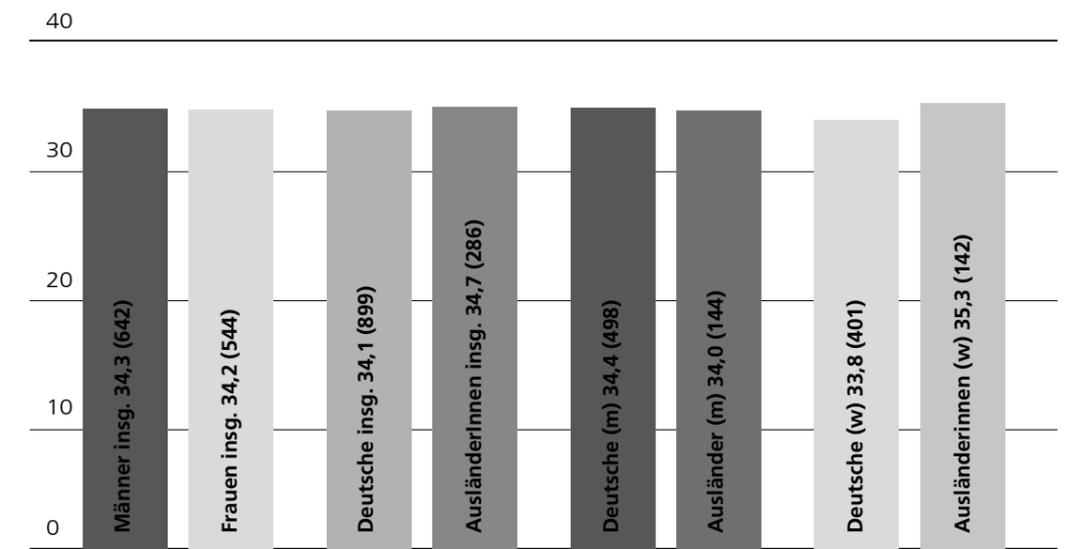
Ergebnisse:

- Hinsichtlich des Anteils der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer insgesamt bestanden zuletzt praktisch keine Unterschiede. Dennoch waren in absoluten Zahlen etwas mehr Männer als Frauen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Auch innerhalb der Gruppen der Deutschen und der AusländerInnen waren nur minimale geschlechterspezifische Unterschiede feststellbar.
- Herkunftsspezifische Unterschiede spielten bei Männern wie Frauen keine Rolle.
- Sowohl die Langzeitarbeitslosenquote der deutschen Frauen als auch diejenige der deutschen Männer lag im Stadtkreis 2012 jeweils leicht über dem Landesdurchschnitt (bis zu 4 Prozentpunkte).¹
- Dagegen war die Langzeitarbeitslosenquote der männlichen Ausländer im Stadtkreis leicht (gut 2 Prozentpunkte) unterdurchschnittlich. Bei den Ausländerinnen in Heidelberg betrug der Unterschied zur Landesquote sogar fast minus 12 Prozentpunkte – nahezu die Hälfte aller arbeitslosen Ausländerinnen im Land war 2012 von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.²

¹ Vgl. Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Dabei war in allen untersuchten Gruppen seit 2010 ein kontinuierlicher Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Langzeitarbeitslosen im Land zu beobachten. Während bei deutschen Frauen und Männern in diesem Zeitraum gleichzeitig ein leichter Rückgang bzw. eine gleichbleibende Langzeitarbeitslosenquote festzustellen war, nahm diese im selben Zeitraum bei langzeitarbeitslosen Frauen und Männern nochmals deutlich zu.

² Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Landesdaten im Jahresdurchschnitt 2012).

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der Langzeitarbeitslosen in Heidelberg an allen Arbeitslosen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitt 2012) (in %)



Quelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jahresdurchschnitt 2012).

4 TeilnehmerInnen an Maßnahmen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik an allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Maßnahmen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren.

Methodische Hinweise: Zahlen im Jahresdurchschnitt. Die Förderstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich sind.

Datenquelle: Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jan.–Sept. 2012).

Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik betroffen sind.

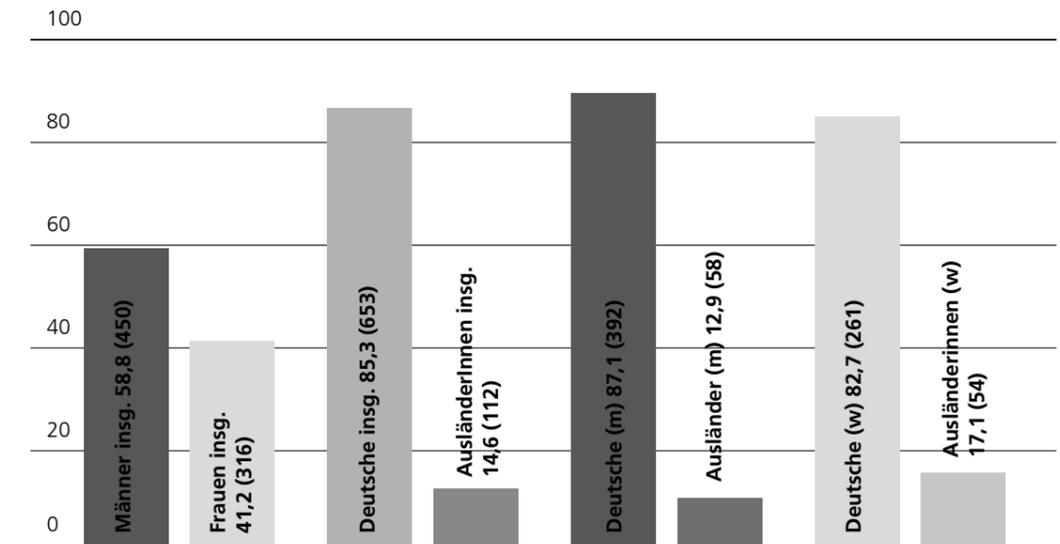
Ergebnisse:

- Männer konnten im Stadtkreis 2012 insgesamt deutlich häufiger an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen als Frauen.
- Sowohl bei Frauen als auch bei Männern spielten herkunftsspezifische Unterschiede eine große Rolle. Während deutsche Frauen mit fast 83 Prozent die Mehrzahl der in Maßnahmen befindlichen Frauen stellten, erreichten Ausländerinnen hier einen Anteil von gut 17 Prozent. Auch bei den Männern stellten die Deutschen mit ca. 87 Prozent die Mehrheit.
- Gegenüber den Erhebungsergebnissen des Vorjahres gab es 2012 keine besonderen Abweichungen.¹
- Während die für den Stadtkreis ermittelten Anteile der weiblichen Deutschen und der Ausländerinnen in Maßnahmen leicht unterhalb des für 2012 gemessenen Landesdurchschnitts lagen, überstieg der für das Land ermittelte Anteil der männlichen Deutschen und Ausländer in Maßnahmen den Heidelberger Anteil um jeweils gut 5 Prozentpunkte.²

¹ Vgl. Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahresdurchschnitt 2011.

² Vgl. Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Landesdaten Jan.–Sept. 2012).

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) aller Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Jan.-Sept. 2012) (in %)



Quelle: Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südwest (Jan.-Sept. 2012).

Soziale Sicherung

1 EmpfängerInnen von Grundsicherung nach SGB II und SGB XII

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil aller Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der jeweiligen erwerbsfähigen Heidelberger Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Prozentualer Anteil aller Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Heidelberger Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren.

Methodische Hinweise: Beide Statistiken erfassen bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich sind.

Datenquellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Zahlen Dez. 2011); Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Zahlen 31.12.2011).

Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit auf Grundsicherung für Arbeitsuchende oder bei Erwerbsminderung angewiesen sind.

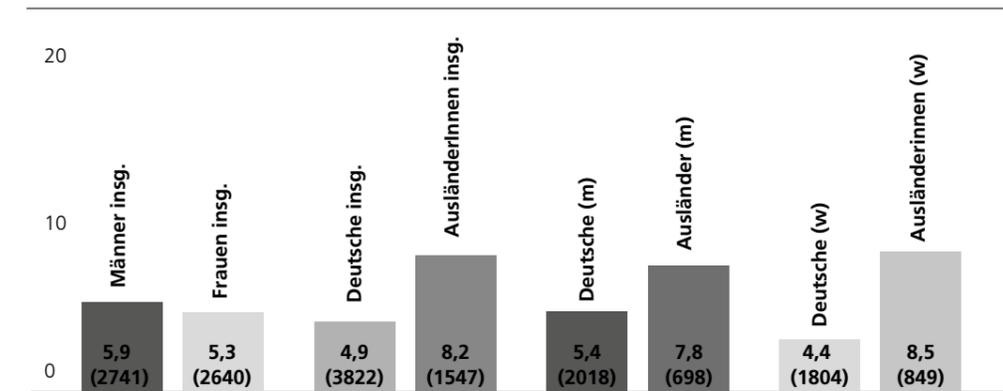
Ergebnisse:

- Bei den Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II und SGB XII bestanden im Stadtkreis 2011 nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede. Dennoch waren in absoluten Zahlen etwas mehr Männer als Frauen auf eine Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) oder eine Grundsicherung bei Erwerbsminderung (SGB XII) angewiesen.
- Im Bereich des SGB II spielten herkunftsspezifische Unterschiede vor allem bei Frauen eine Rolle. Während deutsche Frauen mit einem Anteil von 4 Prozent die niedrigste SGB II-Quote aufwiesen, waren Ausländerinnen mit knapp 9 Prozent fast doppelt so häufig und damit am stärksten von allen untersuchten Gruppen auf Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen. Bei den männlichen Ausländern betrug der Unterschied gegenüber den männlichen Deutschen rund 2 Prozentpunkte.
- Im Bereich der SGB XII bestanden zwischen AusländerInnen und Deutschen dagegen keine nennenswerten Unterschiede.
- Die für 2011 im Stadtkreis gemessenen SGB II-Quoten lagen bei deutschen Frauen und Männern leicht über dem Landesdurchschnitt, bei Frauen und Männern mit ausländischer Staatsangehörigkeit hingegen waren sie leicht unterdurchschnittlich.¹ Bei den Quoten der SGB XII-EmpfängerInnen wiederum bestanden in allen untersuchten Gruppen keine oder nur minimale Unterschiede zum Landesdurchschnitt.²

¹ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Landesdaten Dez. 2011).

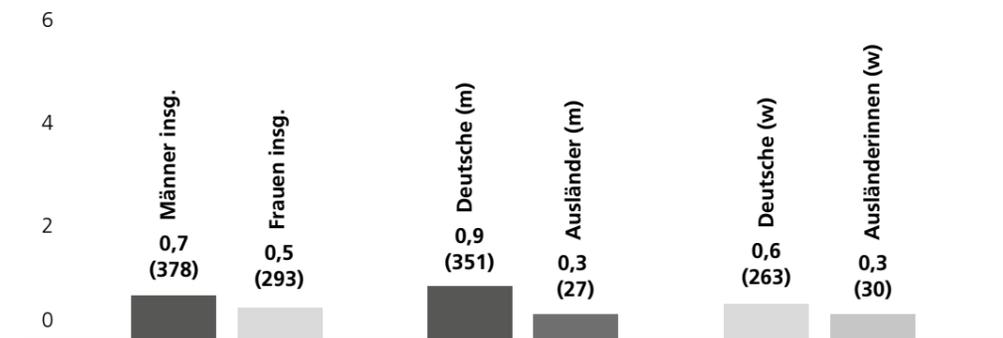
² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Landesdaten Dez. 2011).

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) an der jeweiligen erwerbsfähigen Heidelberger Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Zahlen Dez. 2011) (in %)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Zahlen Dez. 2011).

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII an der jeweiligen Heidelberger Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (31.12. 2011) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Zahlen 31.12.2011).

2 EmpfängerInnen von Leistungen im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II unter 15 Jahren

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil aller Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Heidelberger Bevölkerung im nicht erwerbsfähigen Alter von unter 15 Jahren.

Methodische Hinweise: Die Statistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich waren.

Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Zahlen Dez. 2011).

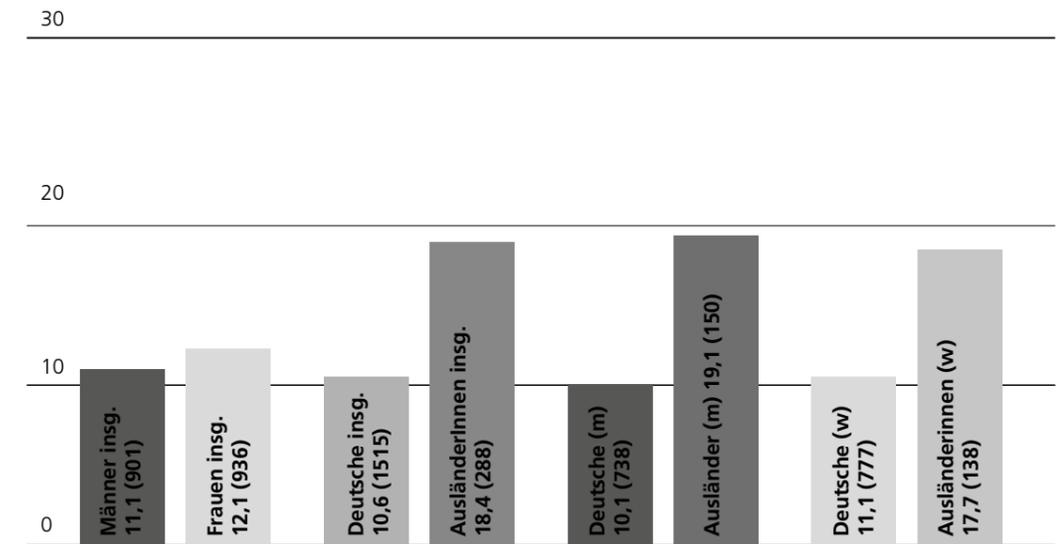
Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße Mädchen und Jungen mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit auf Leistungen im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II angewiesen sind.

Ergebnisse:

- Mädchen waren in Heidelberg 2011 kaum öfter auf eine Grundsicherung nach SGB II im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft angewiesen als Jungen.
- Während deutsche Jungen mit einem Anteil von gut 10 Prozent die niedrigste SGB II-Quote aufwiesen, waren ausländische Jungen mit 19 Prozent fast doppelt so häufig und damit von allen untersuchten Gruppen am stärksten von entsprechenden Leistungen abhängig. Bei den ausländischen Mädchen betrug der Unterschied gegenüber den deutschen Mädchen knapp 7 Prozentpunkte.
- Im Vergleich zum Land waren deutsche Mädchen und Jungen im Stadtkreis häufiger auf Grundsicherung nach SGB II angewiesen. Der Unterschied zur Landesquote betrug hier jeweils 5 bzw. 4 Prozentpunkte. Seltener auf Grundsicherung angewiesen waren dagegen Mädchen und Jungen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Hier lag die Quote knapp 3 bzw. 2 Prozentpunkte unterhalb des ermittelten Landesdurchschnitts.¹

¹ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Landesdaten für Dezember 2011).

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen im Zuge einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II an der jeweiligen Heidelberger Bevölkerung im nicht erwerbsfähigen Alter von unter 15 Jahren nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Zahlen Dez. 2011) (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Zahlen 31.12.2011).

3 Altersarmut

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil aller Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter nach SGB XII mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Heidelberger Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter.

Methodische Hinweise: Grundsicherungsleistungen erhalten nur Bedürftige, die ihren Lebensunterhalt aus dem eigenen Einkommen und Vermögen oder dem Einkommen und Vermögen des (Ehe-)Partners nicht oder nicht vollständig bestreiten können. Die Grundsicherung ist eine steuerfinanzierte, bedarfsorientierte Basisleistung im Alter. Der Indikator erfasst nur diejenigen Personen, die ihren Grundsicherungsanspruch tatsächlich geltend machen. Die Quote der EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter gilt als Indikator für Altersarmut.

Die Statistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zur „Staatsangehörigkeit“ möglich sind. Eine Ermittlung von nach Staatsangehörigkeit binnendifferenzierten Vergleichsdaten auf Landesebene war leider nicht möglich.

Datenquellen: Amt für Senioren und Soziales, Stadt Heidelberg (2012); Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Eigene Einwohnerfortschreibung, Stand: 31.12.2012).

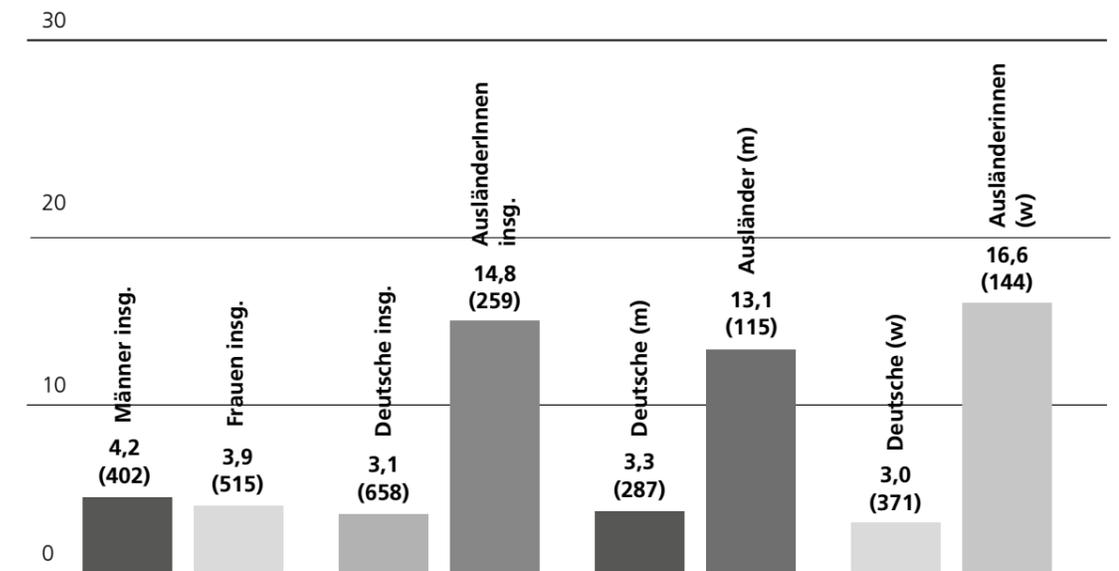
Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße ältere Frauen und Männer mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit auf Grundsicherung im Alter angewiesen und damit von Altersarmut betroffen sind.

Ergebnisse:

- Hinsichtlich des Anteils der auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Frauen und Männer insgesamt bestanden 2012 keine nennenswerten Unterschiede. Dies gilt auch für die Gruppe der deutschen Seniorinnen und Senioren.
- Einzig in der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer war eine leicht größere geschlechtsspezifische Differenz von knapp 4 Prozentpunkten zu beobachten, wobei die Quote der Frauen hier allerdings über derjenigen der Männer lag.
- AusländerInnen waren in Heidelberg insgesamt fast fünf Mal so häufig auf Grundsicherung im Alter angewiesen als Deutsche.
- Während deutsche Seniorinnen mit einem Anteil von 3 Prozent die niedrigste SGB XII-Quote aufwiesen, waren ausländische Seniorinnen mit 17 Prozent sogar fast sechs Mal so häufig und damit von allen untersuchten Gruppen am häufigsten auf Grundsicherung im Alter angewiesen.
- Die Heidelberger Zahlen lagen bei Frauen knapp 2 Prozentpunkte und bei Männern rund 3 Prozentpunkte über den für 2011 gemessenen Quoten der EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter auf Landesebene.¹

¹ Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 48f.

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) der BezieherInnen von Grundsicherung im Alter nach SGB XII außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Heidelberger Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Stand: 31.12.2012)



Quelle: Amt für Senioren und Soziales, Stadt Heidelberg (Stand: 31.12.2012); Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Eigene Einwohnerfortschreibung, Stand: 31.12.2012).

Work-Life-Balance – Gewinn für alle

Die Möglichkeit, Kinder aufzuziehen, soziale Unterstützung zu geben und zu erfahren, Teil von sozialen Netzwerken zu sein und seine Zeit relativ autonom zu gestalten, hängt maßgeblich davon ab, ob von den ArbeitgeberInnen eine Arbeitskultur gepflegt wird, die Optionen zur Kindererziehung und -betreuung sowie zur Pflege und Weiterbildung unterstützt.

Work-Life-Balance

Das Anliegen

Die Möglichkeit, Kinder aufzuziehen, soziale Unterstützung zu geben und zu erfahren, Teil von sozialen Netzwerken zu sein und seine Zeit relativ autonom zu gestalten, hängt maßgeblich davon ab, ob von den ArbeitgeberInnen eine Arbeitskultur gepflegt wird, die Optionen zur Kindererziehung und -betreuung sowie zur Pflege und Weiterbildung unterstützt. Unerlässlich sind auch geeignete Rahmenbedingungen mit einer angemessenen Infrastruktur für die Kinderbetreuung, einer angepassten schulischen Erziehung sowie einer Kultur der Pflege anderer sinnstiftender Tätigkeiten neben Erwerbs- und Familienarbeit wie z. B. ehrenamtliche Tätigkeiten.

Die Datenlage zur Work-Life-Balance von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf Kreisebene bleibt unbefriedigend, da oftmals keine Zahlen in diesem Differenzierungsgrad zur Verfügung standen. Besonders deutlich wird der Mangel an belastbaren Daten beim Thema Zeitannteile der privaten Haushalts- und Sorgearbeit für Kinder und für die häusliche Pflege. Auch im Bereich des ehrenamtlichen Engagements war keine adäquate Abbildung der Gruppe der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund möglich. Vom Amt für Chancengleichheit durchgeführte Umfragen unter den Heidelberger Schulelternbeiräten und den Heidelberger Sportvereinen erbrachten keine belastbaren Ergebnisse, lassen jedoch die Tendenz erkennen, dass Menschen mit Migrationshintergrund dort bislang eher unterrepräsentiert sind.

Auf Grundlage dieser eingeschränkten Datenbasis wollen wir im Folgenden mit insgesamt 7 Indikatoren der Frage nachgehen, welche Rahmenbedingungen sich für eine Vereinbarung von Beruf und Familie in Heidelberg bieten und inwiefern sich die Work-Life-Balance-Modelle bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

Ergebnisse kurzgefasst:

Erwerbstätige Eltern: Von den Müttern in Heidelberg mit Kindern unter 12 Jahren waren 2010 etwa 62 Prozent **erwerbstätig**. Damit lag ihre Quote deutlich (30 Prozentpunkte) unter derjenigen der Väter. Väter und Mütter ohne Migrationshintergrund waren häufiger erwerbstätig als Väter und Mütter mit Migrationshintergrund. Am seltensten waren Mütter mit Migrationshintergrund in der Erwerbstätigkeit zu finden.

Angaben zu Müttern und Vätern in **Führungspositionen** waren weder für den Stadtkreis im Allgemeinen noch für die Heidelberger Privatwirtschaft möglich. Die Zahlen für die Stadtverwaltung Heidelberg zeigen einen deutlich niedrigeren Anteil von Müttern an den Führungskräften als von Vätern.

Elternzeit: Die Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Übernahme von Kinderbetreuungsaufgaben erscheint noch weitgehend als Frauenangelegenheit: Elternzeit wird im Stadtkreis mehrheitlich von Müttern in Anspruch genommen; dies zeigt sich auch bei den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Heidelberg. Elternteile mit Migrationshintergrund waren in Heidelberg insgesamt leicht unterdurchschnittlich vertreten.

Während Väter innerhalb der Stadtverwaltung 2012 im Schnitt gut zwei Monate und damit nur kurzzeitig Elternzeit in Anspruch nahmen, waren Frauen durchschnittlich gut 23 Monate zu Hause. Ging die Durchschnittsdauer bei den Müttern nur leicht zurück, so verringerte sie sich bei den Vätern deutlich um zwei Drittel.

Familienfreundliche Maßnahmen: Gegenüber 2007 hat sich das Engagement der Heidelberger Unternehmen im Hinblick auf die Angebotspalette von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich erhöht. Laut der jüngsten Umfrage unter ausgewählten Heidelberger Betrieben hatte jeder Betrieb mindestens eine familien-

freundliche Maßnahme im Angebot, bei zwei Dritteln der befragten Unternehmen konnten die Beschäftigten sogar mehr als 10 verschiedene Maßnahmen nutzen.¹ Damit waren die Heidelberger Betriebe weitaus aktiver im Bereich der Vereinbarkeit engagiert als der Durchschnitt der Unternehmen in der Metropolregion.

¹ Vgl. C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012, S. 36.

1 Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der erwerbstätigen Mütter und Väter mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Müttern und Vätern mit Kindern unter 12 Jahren.

Methodische Hinweise: Erfasst werden ausschließlich aktiv erwerbstätige Mütter und Väter im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem oder mehreren Kindern unter 12 Jahren. Daten anhand der Strukturen vergleichbarer Universitätsstädte geschätzt.

Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf den Einfluss übernommener Familienverantwortung auf die Erwerbsneigung bzw. die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen und Männern; die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

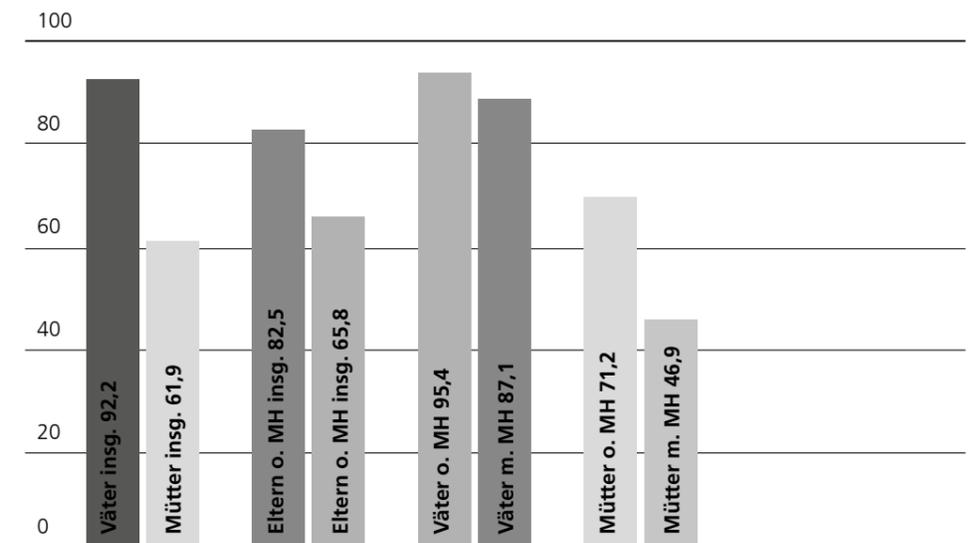
Ergebnisse:

- Väter wiesen laut Schätzung im Stadtkreis 2010 eine erheblich höhere Erwerbstätigenquote auf als Mütter. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede fanden sich bei beiden untersuchten Gruppen, waren bei Menschen mit Migrationshintergrund mit gut 40 Prozentpunkten aber deutlich stärker ausgeprägt als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (gut 24 Prozentpunkte).
- Insgesamt lagen die Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern im Stadtkreis leicht unter den für 2010 ermittelten Landeswerten (je 2 Prozentpunkte).¹
- Herkunftsbezogene Unterschiede spielten sowohl bei Müttern als auch bei Vätern eine Rolle. Eltern mit Migrationshintergrund waren 2010 durchschnittlich 17 Prozentpunkte seltener erwerbstätig als Eltern ohne Migrationshintergrund. Während dabei der Unterschied zwischen Vätern mit und ohne Migrationshintergrund gut 8 Prozentpunkte betrug, waren es bei den Müttern sogar gut 24 Prozentpunkte. Mütter mit Migrationshintergrund partizipierten somit in wesentlich geringerem Maße am Erwerbsleben als Mütter ohne Migrationshintergrund.
- Im Landesschnitt fielen die herkunftsspezifischen Unterschiede 2010 mit 12 Prozentpunkten insgesamt etwas geringer aus. Während sie bei den Vätern mit annähernd 6 Prozentpunkten nur leicht unter den für den Stadtkreis ermittelten Werten lagen, waren die Unterschiede bei den Müttern mit ca. 18 Prozentpunkten deutlich geringer.²

¹ Sonderauswertung des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

² Sonderauswertung des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

Abb. 1: Anteil der erwerbstätigen Mütter und Väter mit Kindern unter 12 Jahren nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Schätzung Heidelberg 2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010) (Schätzung, Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

2 Mütter und Väter in Führungspositionen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Mütter und Väter in Führungspositionen an allen Frauen und Männern in Führungspositionen der Stadtverwaltung Heidelberg.

Methodische Hinweise: Allgemeine Daten für den Stadtkreis Heidelberg sowie zum Führungspersonal in Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung lagen nicht vor, weshalb hier nur auf Zahlen der Stadtverwaltung Heidelberg mit Stand 01/2010 zurückgegriffen werden konnte. Eine Differenzierung nach dem Merkmal des „Migrationshintergrundes“ war dabei nicht möglich. Nach der Personalstatistik des Personal- und Organisationsamtes gab es zum Stichtag 01.01.2010 insgesamt 2.371 aktiv bei der Stadt Heidelberg Beschäftigte (1.198 Männer und 1.173 Frauen). Darunter fanden sich 1.312 Eltern. Die Funktionsstatistik mit Stand 01/2010 ging von insgesamt 194 Führungskräften aus (131 Männer, 63 Frauen). Davon waren 127 Eltern.

Datenquelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Personalstatistik mit Stand 01.01.2010; Funktionsstatistik Stand 01/2010).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Führungsaufgaben und Kindererziehung.

Ergebnisse:

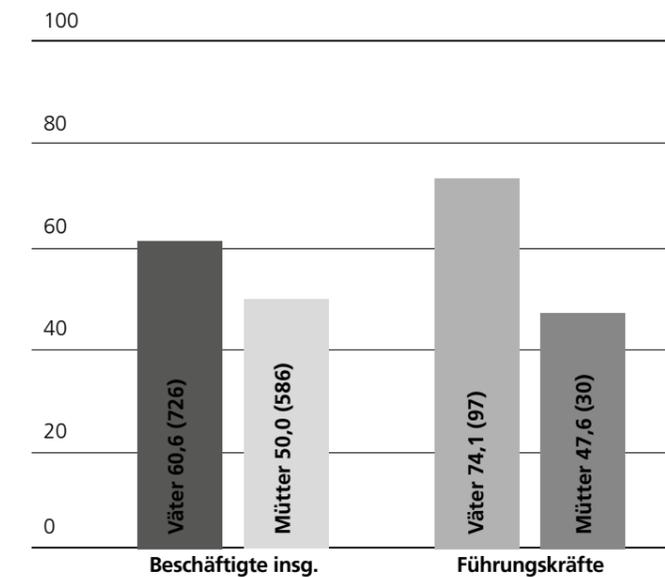
- Allgemeine Zahlen zur Repräsentanz von Müttern und Vätern unter den Führungskräften der Heidelberger Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes ließen sich nicht ermitteln.

Zahlen für die Stadtverwaltung Heidelberg zeigen:

- Insgesamt fanden sich unter den Führungskräften deutlich mehr Väter als Mütter.
- Im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtheit der männlichen Beschäftigten (knapp 61 Prozent) waren Väter unter den männlichen Führungskräften mit gut 74 Prozent zudem deutlich überrepräsentiert. Dagegen entsprach der Anteil der Mütter an den weiblichen Führungskräften mit knapp 48 Prozent nur annähernd dem Mütter-Anteil an allen weiblichen Beschäftigten.¹

¹ Zahlen des Personal- und Organisationsamtes für die Stadtverwaltung Heidelberg 2010.

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Mütter und Väter bei den Beschäftigten und den Führungskräften der Stadtverwaltung Heidelberg (01.01.2010) (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 01.01.2010).

3 Mütter und Väter in Elternzeit

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Mütter und Väter mit bzw. ohne Migrationshintergrund in Elternzeit an allen Müttern und Vätern in Elternzeit (Erwerbstätige von 15 bis unter 65 Jahren).

Methodische Hinweise: Allgemeine Daten anhand der Strukturen vergleichbarer Universitätsstädte geschätzt. Da sich aufgrund der geringen Fallzahlen keine allgemein statistisch signifikanten Werte für den Stadtkreis ermitteln ließen wenn gleichzeitig nach ethnischer Herkunft und Geschlecht differenziert wurde, konnte hier lediglich eine Differenzierung nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund erfolgen.

Für die Stadtverwaltung Heidelberg war eine Ausweisung der Zahlen für Mütter und Väter möglich, jedoch ohne eine Differenzierung nach dem Merkmal des „Migrationshintergrundes“.

Datenquellen: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Schätzung, Mikrozensus 2010); Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg; Eigene Berechnungen.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Inanspruchnahme von Elternzeit durch Mütter und Väter mit und ohne Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Im Vergleich zu ihrem Anteil an den Erwerbstätigen im Stadtkreis (etwa 28 Prozent) waren Menschen mit Migrationshintergrund 2010 mit knapp 25 Prozent an allen Personen in Elternzeit leicht unterdurchschnittlich vertreten.¹
- Die für Heidelberg ermittelten Zahlen lagen damit dennoch leicht (3 Prozentpunkte) über dem für 2009 ermittelten Landesdurchschnitt von gut 22 Prozent.²

Zahlen für die Stadtverwaltung Heidelberg zeigen:

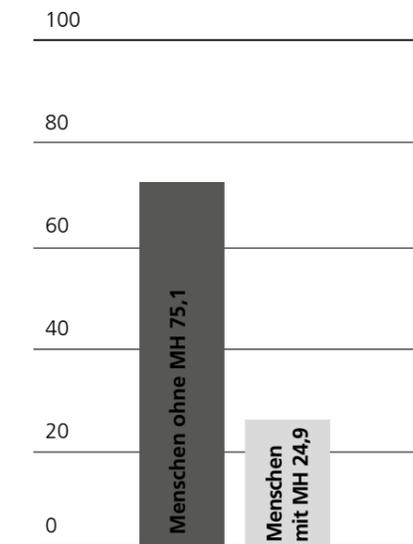
- Elternzeit wird in der Regel eher von Müttern in Anspruch genommen. Der Anteil der Väter betrug hier 2010 11 Prozent, stieg 2012 aber leicht auf nun 14 Prozent (plus 3 Personen) an.³

¹ Sonderauswertung des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010).

² Sonderauswertung des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Scientific Use File 2009).

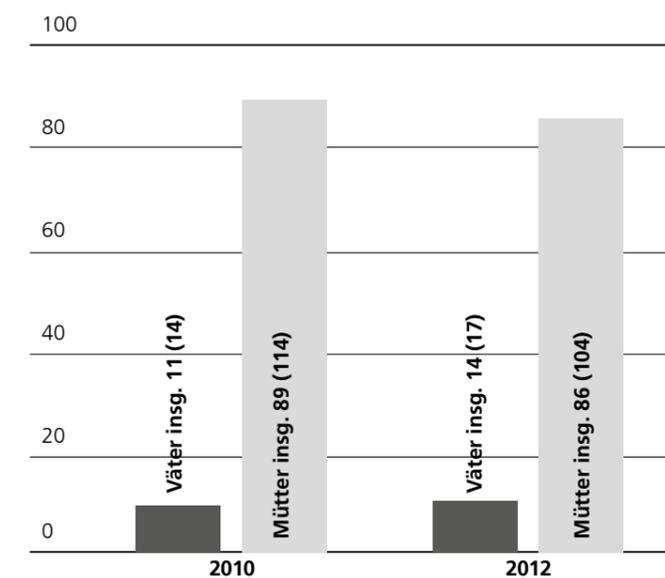
³ Zahlen des Personal- und Organisationsamts, Stadt Heidelberg für die Jahre 2010 und 2012.

Abb. 3: Anteil der Personen in Elternzeit nach Migrationshintergrund (Schätzung Heidelberg 2010) (in %)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Universität Mannheim (Mikrozensus 2010) (Schätzung, Verteilung auf Grundlage strukturell ähnlicher Universitätsstädte).

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) der Personen in Elternzeit bei der Stadtverwaltung Heidelberg nach Geschlecht (Jahre 2010 und 2012) (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg; Eigene Berechnungen.

4 Dauer der Inanspruchnahme von Elternzeit

Beschreibung des Indikators:

Definition: Durchschnittliche Dauer der in Anspruch genommenen Elternzeit durch die bei der Stadtverwaltung Heidelberg beschäftigten Mütter und Väter (in Monaten).

Methodische Hinweise: Allgemeine Daten für den Stadtkreis Heidelberg lagen nicht vor, weshalb hier nur auf Zahlen der Stadtverwaltung Heidelberg zurückgegriffen werden konnte. Eine Differenzierung nach dem Merkmal des „Migrationshintergrundes“ war dabei nicht möglich.

Datenquelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg; Eigene Berechnungen (Stichtage 01.01.2011 und 01.01.2013).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Dauer der Inanspruchnahme von Elternzeit durch Mütter und Väter bei der Stadtverwaltung Heidelberg.

Ergebnisse:

- Die Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Übernahme von Kinderbetreuungsaufgaben erscheint noch immer weitgehend als Frauensache:¹ So nahmen Mütter bei der Stadtverwaltung Heidelberg mit Stand vom 01/2013 durchschnittlich knapp 23 Monate Elternzeit in Anspruch. Väter hingegen kehrten im Schnitt bereits nach rund 2 Monaten wieder an ihren Arbeitsplatz zurück.² Eine Umfrage unter Heidelberger Betrieben mit Beschäftigten mit Familienaufgaben kam hier 2012 zu einem ähnlichen Ergebnis.³
- Im Vergleich zum Stand 01/2011 reduzierte sich die durchschnittliche Dauer der Inanspruchnahme bei den Müttern in der Stadtverwaltung Heidelberg damit leicht um einen Monat, wohingegen sie bei den Vätern um gut zwei Drittel von knapp 6 auf zuletzt rund 2 Monate zurückging.⁴

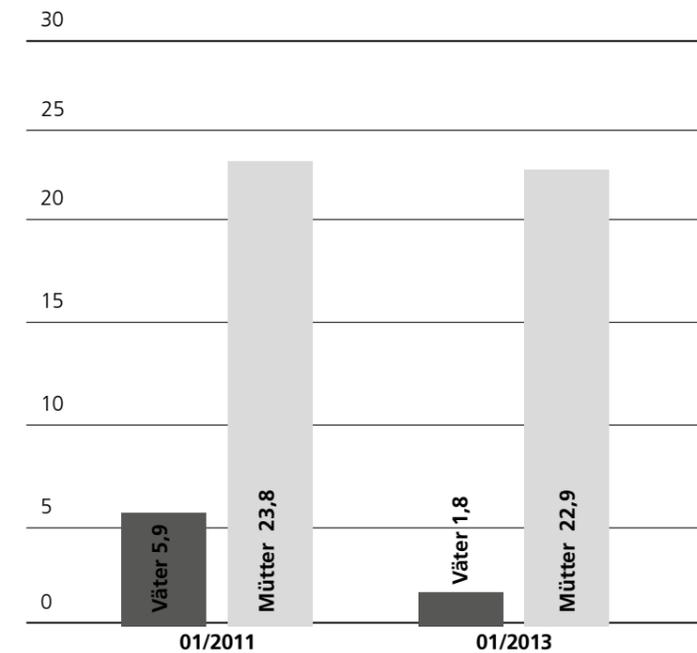
¹ Vgl. dazu auch: Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit und Forum Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Projektbüro (Hrsg.): Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung, Mannheim 2007, S. 36.

² Zahlen des Personal- und Organisationsamtes, Stadt Heidelberg mit Stand vom 01.01.2013.

³ Vgl. C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012, S. 13. Demnach erklärten 43 Prozent der befragten Betriebe, eine Unterbrechung aufgrund von Kinderbetreuung habe es unter ihren männlichen Beschäftigten bislang nicht gegeben. 37 Prozent dagegen gaben eine Unterbrechungsdauer von bis zu 2 Monaten an, 15 Prozent eine Dauer von 3 bis 6 Monaten. Nur 5 Prozent der befragten Unternehmen gaben eine längere Unterbrechungsdauer bei den männlichen Beschäftigten an.

⁴ Zahlen des Personal- und Organisationsamtes, Stadt Heidelberg mit Stand vom 01.01.2011 und 01.01.2013.

Abb. 5: Durchschnittliche Dauer der in Anspruch genommenen Elternzeit durch die bei der Stadtverwaltung Heidelberg beschäftigten Mütter und Väter in Monaten (Stand: 01/2011 bzw. 01/2013)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg; Eigene Berechnungen (Stichtage 01.01.2011 und 01.01.2013).

5 Voll- und Teilzeitbeschäftigung von Frauen und Männern

vgl. hierzu auch den entsprechenden Indikator im Kapitel Arbeitsvolumen, S. 102f.

6 Teilzeitanteile von Müttern und Vätern

vgl. hierzu auch den entsprechenden Indikator im Kapitel Arbeitsvolumen, S. 104f.

7 Personal- und Organisationsentwicklung zur Work-Life-Balance

Beschreibung des Indikators:

Definition: Personal- und Organisationsentwicklung zur Gewährleistung von Work-Life-Balance bei Heidelberger ArbeitgeberInnen (öffentlicher Dienst, Privatwirtschaft), hier: Anzahl der ArbeitgeberInnen, die Angebote zur Gewährleistung von Work-Life-Balance machen sowie Art der Angebote.

Methodische Hinweise: Allgemeine Daten zu Vereinbarkeitsmaßnahmen im Stadtkreis Heidelberg lagen nicht vor, weshalb hier nur auf die Ergebnisse einer Umfrage im Rahmen der Vereinbarkeitsstudie 2012 unter insgesamt 77 Heidelberger Betrieben mit 10 oder mehr MitarbeiterInnen zurückgegriffen werden konnte.

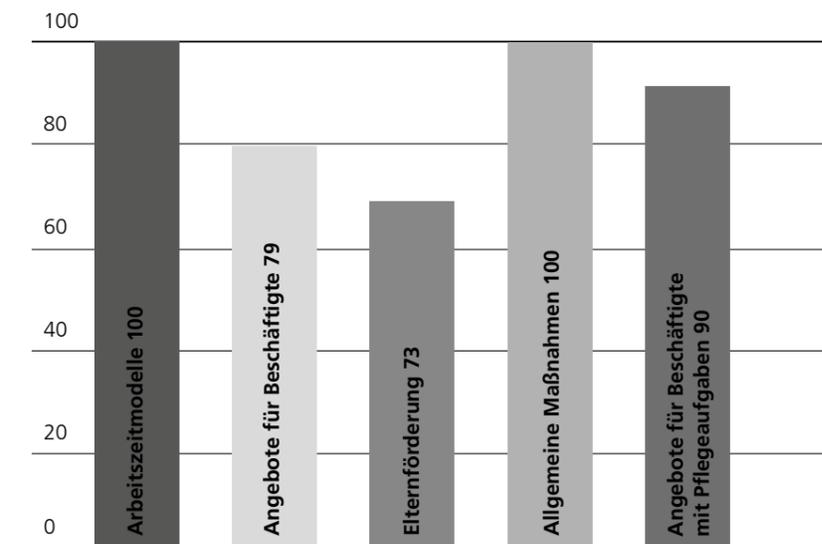
Datenquelle: C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012 (Umfrage unter 77 Heidelberger Betrieben mit 10 oder mehr MitarbeiterInnen).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Anzahl und die Art der nutzbaren Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ergebnisse:

- Laut einer 2012 durchgeführten Umfrage unter Heidelberger Betrieben mit mindestens 10 Beschäftigten bot jeder befragte Betrieb eine Maßnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie an. Das Angebot ist hier als sehr hoch zu bezeichnen.¹
- Alle befragten Heidelberger Betriebe haben Maßnahmen aus dem Bereich der „Arbeitszeitmodelle“ im Portfolio. Durchschnittlich wurden hier 2012 rund 4 Modelle angeboten, 2007 waren es noch gut 2 Angebote.² An der Spitze stand dabei die „Teilzeit auf Zeit“ (91 Prozent), gefolgt von „flexiblen Arbeitszeiten“ (81 Prozent). Das Schlusslicht bildeten die „Sabbaticals“ mit 36 Prozent.³
- Seltener angeboten wurden „Angebote für Beschäftigte mit Kindern“ (79 Prozent). Insgesamt wurden durchschnittlich etwa 2 Maßnahmen aus diesem Bereich angeboten, 2007 war es noch knapp 1. Am Häufigsten erlaubten die Betriebe hier die „Mitnahme des Kindes an den Arbeitsplatz“ (60 Prozent), mit weitem Abstand gefolgt von der „Unterstützung bei der Suche nach einem Betreuungsplatz“ (34 Prozent).⁴
- Mit durchschnittlich 73 Prozent am seltensten angeboten wurden Maßnahmen aus dem Bereich „Elternförderung“. Spitzenreiter waren hier das „Kontakthalteprogramm während der Familienzeit“ (44 Prozent) sowie das „Wiedereinstiegsprogramm nach der Familienzeit“ (43 Prozent). Nur von einem Viertel der befragten Betriebe angeboten wurde dagegen ein „Elternzeitangebot für Väter“.⁵
- Die „Allgemeinen Maßnahmen“ wurden von jedem der befragten Betriebe angeboten. Angeführt wurde die Rangliste hier von der „Rücksicht auf Familienbedürfnisse bei der Urlaubsplanung“ (97 Prozent), gefolgt von den „individuellen Vereinbarungen“ und dem Angebot des „betrieblichen Ansprechpartners“ sowie dem „Sonderurlaub für familiäre Verpflichtungen“.⁶

Abb. 6: Leistungsangebote befragter Heidelberger Betriebe zur Vereinbarkeit nach Vereinbarkeitsmaßnahmen (in %)



Quelle: C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012.

- 90 Prozent der befragten Heidelberger Betriebe hatten Maßnahmen für „Beschäftigte mit Pflegeaufgaben“ im Angebot. Durchschnittlich wurden hier etwa 3 Maßnahmen offeriert. „Mehrmonatiger unbezahlter Urlaub für Pflegeaufgaben“ war hier mit 78 Prozent die am häufigsten angebotene Maßnahme, gefolgt von der „Familienpflegezeit“ (70 Prozent) und mit Abstand dem „Sonderurlaub für Pflegeaufgaben“ (56 Prozent). Die Heidelberger Betriebe waren auch in diesem Segment deutlich aktiver als der Durchschnitt der Unternehmen in der Metropolregion Rhein-Neckar.⁷

¹ C.M.R. Institut (Hrsg.): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012, Mannheim 2012, S. 14.

² Ebd., S. 14f.

³ Ebd., S. 15.

⁴ Ebd., S. 16.

⁵ Ebd., S. 17f.

⁶ Ebd., S. 18f.

⁷ Ebd., S. 23f.

Gesundheit und Wohlbefinden

Gesundheit und Wohlbefinden sowie gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Gesundheitsversorgung sind von zentraler Bedeutung für gleiche Teilhabechancen und eine gelingende Integration.

Gesundheit

Das Anliegen:

Gesundheit und Wohlbefinden sowie gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Gesundheitsversorgung sind von zentraler Bedeutung für gleiche Teilhabechancen und eine gelingende Integration. Der Gesundheitszustand wird beeinflusst durch Alter, Geschlecht, den individuellen Lebensstil, aber auch durch Faktoren wie etwa den Bildungsstand, das Einkommen oder die jeweiligen Arbeitsbedingungen. Zugleich hat er Einfluss auf nahezu alle übrigen Lebensbereiche, so insbesondere auf die Erwerbsarbeit.

Zahlreiche Forschungsergebnisse weisen auf eine tendenziell schlechtere gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur deutschen Bevölkerung hin. So werden vorhandene Gesundheitsangebote, wie beispielsweise präventive Maßnahmen, in deutlich geringerem Maße genutzt. Auch wird die Qualität der ärztlichen Versorgung häufig durch sprachlich und kulturell bedingte Kommunikationsprobleme beeinträchtigt.¹ Als erschwerend hinzu kommt ein in vielen Fällen geringeres Gesundheitswissen. Vielfach spielt auch ein herkunfts- und kulturell bedingt anderes Körper- und Gesundheitsbewusstsein eine Rolle, das nicht immer unseren westlichen Wertmaßstäben entsprechen muss. Dies gilt insbesondere bei der Bewertung des Körpergewichts.

Die Datenlage zur Gesundheitssituation der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene ist nach wie vor unzureichend. Lediglich im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit waren über die Einschulungsuntersuchungen differenziertere Aussagen möglich. Weitergehende Daten waren in der Regel nur noch auf dem Wege der Befragung zu ermitteln.

Anhand von insgesamt sechs Indikatoren soll im Folgenden geprüft werden, wie sich die Situation für Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund in Heidelberg darstellt.

Ergebnisse kurzgefasst:

Lebensdauer in Heidelberg: Die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen und Jungen im Stadtkreis lag zuletzt leicht über dem baden-württembergischen Landesdurchschnitt, wobei bereits die durchschnittliche Lebenserwartung im Land höher lag als in allen übrigen Bundesländern. Daten zum Migrationshintergrund waren hier nicht zu ermitteln.

Bei den über 64-Jährigen ohne Migrationshintergrund überwog der Frauenanteil sehr viel deutlicher als in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. Neben der statistisch höheren Lebenserwartung von Frauen dürften hier die kriegsbedingten Bevölkerungsverluste auf Seiten der Männer noch eine Rolle spielen. Der Anteil der Älteren mit Migrationshintergrund im Stadtkreis wächst langsam.

Pflegeangebote und -einrichtungen: Lokale Angebote werden bislang nur in geringem Maße von Menschen mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen (knapp 5 Prozent). Es ist deshalb davon auszugehen, dass viele ältere oder pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten noch vornehmlich von ihren Familienangehörigen gepflegt werden² oder im Alter in ihre Heimatländer zurückkehren. Ein zunehmender Wandel der Familienstrukturen ist jedoch absehbar. Heidelberg scheint für diese Entwicklung gut gerüstet: Die Möglichkeiten für eine kultursensible Pflege durch Fachkräfte mit Migrationshintergrund im ambulanten und vollstationären Bereich lagen im Stadtkreis sowohl über dem Landes- als auch über dem Bundesdurchschnitt und damit weit über dem bisher zum Ausdruck gebrachten Bedarf. Bereits ein Drittel der Heidelberger Kliniken verfügt mittlerweile über ein eigenes muslimisches Kranken- und Notfallseelsorgeangebot.

Früherkennungsuntersuchungen: Es ergaben sich nur noch geringe Teilnahmeunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshinter-

grund. Seit Jahren ist hier ein bundesweiter Trend hin zur Angleichung der Verhältnisse zu beobachten, der auch für Heidelberg nachweisbar ist.³ Dies dürfte vor allem auf die Anstrengungen der Gesundheitsämter zurückzuführen sein, die sich seit Jahren um eine entsprechende Erhöhung der Teilnahmequoten bemühen.⁴

Aus der Geschlechterperspektive fällt auf, dass v.a. Jungen mit Migrationshintergrund etwas seltener an den Anfangsuntersuchungen teilnahmen als Mädchen, während Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Untersuchung U8 jeweils etwas schlechter abschnitten als die jeweilige Vergleichsgruppe der Jungen.

Übergewicht/Adipositas: Daran litten 2012 insgesamt etwas mehr untersuchte Mädchen als Jungen. Kinder mit Migrationshintergrund insgesamt mehr als doppelt so häufig wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Jungen mit Migrationshintergrund wiesen den schlechtesten aller gemessenen Werte im Stadtkreis auf. Während für beide Jungengruppen die Zahlen seit 2010 rückläufig waren, galt dies nicht für Mädchen.⁵ Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit den Resultaten des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) von 2003–2006, wonach Übergewicht/Adipositas bei Kindern mit Migrationshintergrund stärker verbreitet war als bei Kindern ohne Migrationshintergrund.⁶

Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich entsprechend große Unterschiede beim Körpergewicht häufig auch zwischen Kindern aus Familien mit niedrigem, mittlerem oder höherem Sozialstatus zeigen.⁷ Neben der ethnischen Herkunft spielt also auch die jeweilige soziale Herkunft eine entscheidende Rolle bei der Prävalenz von Übergewicht.

¹ Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Referat Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung (Hrsg.): Gesundheitliche Versorgungssituation von Migrantinnen und Migranten im Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Heidelberg, Heidelberg 2011, S. 3, 26; Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Projektgruppe Soziale Sicherheit und Migration (Hrsg.): Gesundheitliche Versorgung von

Personen mit Migrationshintergrund. Expertenworkshop am 5. Mai 2009 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dokumentation, Berlin 2009.

² Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Familien kultursensibel pflegen. Ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber, Mainz 2008, S. 11. Vgl. außerdem: Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes. Bericht zu den Repräsentativerhebungen im Auftrag des BMG von TNS Infratest Sozialforschung, München Juni 2011, S. 61ff. Hinzu kommen das allgemein jüngere Durchschnittsalter der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Tatsache, dass Menschen mit Migrationshintergrund die Pflege durch fremde Personen eher ablehnen. Vgl. Ebd.

³ Vgl. dazu auch die Zahlen des Rhein-Neckar-Kreises für 1997 und 2008 im Vergleich, in: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt (Hrsg.): Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern im Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg 2009, S. 79f., sowie die entsprechenden Heidelberg-Daten für 2008 in: Stadt Heidelberg, Bürgeramt und Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): Kommunaler Integrationsplan (KIP) der Stadt Heidelberg. Mit allen für alle, Heidelberg 2011, S. 30.

⁴ Vgl. Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt (Hrsg.): Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern im Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg 2009, S. 80.

⁵ Zahlen des Gesundheitsamtes des Rhein-Neckar-Kreises für die Jahre 2010 bis 2012. Verschiedene regionale Untersuchungen ergaben, dass besonders bei türkischen Kindern Übergewicht und Adipositas überdurchschnittlich stark verbreitet sind. Die Gründe hierfür sind unklar, jedoch zeigten verschiedene Untersuchungen, dass türkischstämmige Schulanfänger Spitzenreiter beim Fernsehkonsum und damit bei der körperlichen Inaktivität sind. Vgl. Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt (Hrsg.): Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern im Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg 2009, S. 165; Bezirksamt Mitte von Berlin (Hrsg.): Migration und Gesundheit im Bezirk Berlin Mitte. Gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds, April 2011, S. 88.

⁶ Demnach litten bundesweit ca. 19,5 Prozent der untersuchten Kinder mit Migrationshintergrund unter Übergewicht/Adipositas, wohingegen der Anteil bei den Kindern ohne Migrationshintergrund nur 14,1 Prozent betrug. Dabei variiert allerdings die Verteilung von Übergewicht innerhalb der Migrantengruppe je nach Herkunftsland und Geschlecht. Potentielle Risikofaktoren wie Übergewicht der Eltern und hoher Medienkonsum bzw. geringe körperliche Aktivität als Ausdruck eines inaktiveren Lebensstils sind laut Studie bei Kindern mit Migrationshintergrund häufiger als bei Nicht-MigrantInnen. Den größten Erklärungswert für die Differenzen in den Anteilen übergewichtiger Kinder

scheint jedoch ein anderes Körperbild zu bieten. Vgl. Robert Koch Institut/Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Kinder und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003–2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin 2008, S. 57–66.

⁷ Vgl. Sozialschicht-Index nach Winkler. Danach ergeben sich 20,6 Prozent Übergewichtige/Adipöse bei Menschen mit niedrigem, 14,7 Prozent bei Menschen mit mittlerem und 9,4 Prozent bei Menschen mit höherem Sozialstatus. Vgl. auch: Bezirksamt Mitte von Berlin (Hrsg.): Migration und Gesundheit im Bezirk Berlin Mitte. Gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds, April 2011, S. 70, 87ff. Ähnliche Ergebnisse waren auch für den Rhein-Neckar-Kreis zu beobachten. Vgl. Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt (Hrsg.): Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern im Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg 2009, S. 165.

1 Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Mädchen bzw. Jungen mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen U3 – U8 an allen einzuschulenden Kindern.

Methodische Hinweise: Früherkennungsuntersuchungen gehören zu den Maßnahmen der sekundären Prävention bei Kindern, die auf die möglichst frühzeitige Erkennung und Behandlung einer Krankheit ausgerichtet sind. Auf eine Teilnahme haben alle Kinder einen gesetzlichen Anspruch. Die Krankenkassen sind verpflichtet, bis zum 6. Lebensjahr des Kindes die Kosten zu übernehmen sowie darauf hinzuwirken, dass diese Untersuchungen auch entsprechend wahrgenommen werden. Eine Verpflichtung besteht jedoch nicht. Die Untersuchungen U1 und U2 werden in der Regel stationär direkt nach der Geburt durchgeführt, auf eine Erfassung wurde daher in diesem Zusammenhang verzichtet. Die Daten zur Beteiligung an den Früherkennungsuntersuchungen (hier: U3 – U8) werden im Rahmen der Einschulungsuntersuchung (ESU) durch die Vorlage des Früherkennungsheftes erhoben.

Die vorliegenden Heidelberger Zahlen für 2012 beziehen sich auf insgesamt 946 untersuchte Kinder. 460 dieser Kinder waren Mädchen, 486 Jungen. 374 Kinder verfügten über einen Migrationshintergrund (davon waren 196 Jungen, 178 Mädchen). Der „Migrationshintergrund“ wird dabei abweichend von der Definition des Statistischen Bundesamtes definiert durch: das Vorliegen einer ausländischen Staatsangehörigkeit und/oder durch das Vorliegen einer deutschen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Gebrauch einer anderen (nicht deutschen) Familiensprache, die mit dem Kind in den ersten drei Lebensjahren hauptsächlich gesprochen wurde.

Datenquelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Einschulungsuntersuchung (ESU).

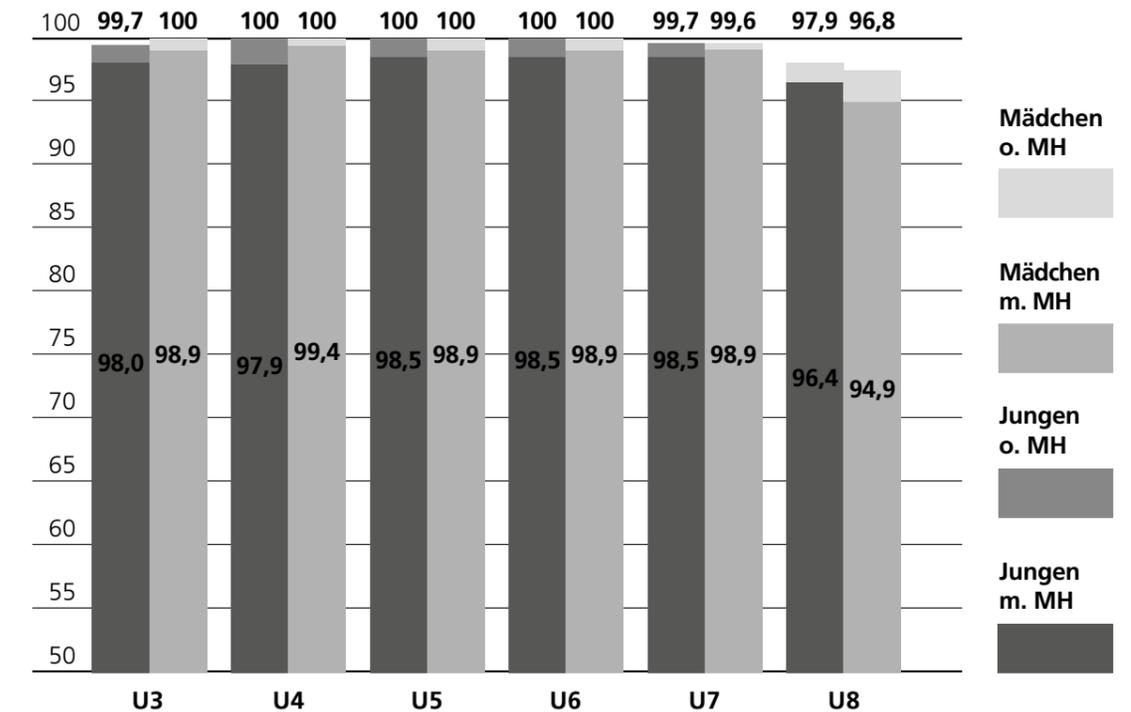
Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechts- und herkunftsspezifische Unterschiede bei der Wahrnehmung der medizinisch empfohlenen Gesundheitsvorsorge für Klein- und Vorschulkinder.

Ergebnisse:

- Zwischen Mädchen und Jungen ohne Migrationshintergrund bestanden 2012 nur geringe Unterschiede. Die Teilnahmequoten lagen für die Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U7 überwiegend bei 100 Prozent. An der Untersuchung U8 nahmen beide Geschlechter etwas seltener (max. 3 Prozentpunkte) teil als an den übrigen Untersuchungen, Mädchen dabei geringfügig seltener als Jungen.¹
- Zwischen Kindern mit und Kindern ohne Migrationshintergrund bestanden nur noch geringe Unterschiede, dies bei der Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen U3, U4 und U8 (jeweils knapp 2 Prozentpunkte).²
- Bei den Kindern mit Migrationshintergrund nahmen beide Geschlechter etwas seltener an den Untersuchungen U8 teil. Mädchen mit Migrationshintergrund erreichten hier mit knapp 95 Prozent den niedrigsten gemessenen Wert.³

¹ Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für 2012.
² Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für 2012.
³ Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für 2011 und 2012. Bei früheren Untersuchungen zeigte sich, dass die Frage, ob ein ein- oder beidseitiger Migrationshintergrund vorliegt, ein entscheidender Faktor für die Inanspruchnahme einzelner Untersuchungen darstellte. Demnach haben auch Faktoren wie die jeweilige Herkunftsregion sowie der Zeitpunkt der Einreise und die Aufenthaltsdauer der Mutter einen gewissen Einfluss auf die Teilnahmehäufigkeit. Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, Berlin 2009, S. 115.

Abb.1: Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen U3–U8 nach Geschlecht und Migrationshintergrund in Heidelberg (2012) (in %)



Quelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Einschulungsuntersuchung (ESU) 2012.

2 Kinder mit Übergewicht/ Adipositas

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Mädchen bzw. Jungen mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit Übergewicht/Adipositas nach dem Body-Mass-Index an allen einzuschulenden Kindern.

Methodische Hinweise: Übergewicht und Adipositas (= Fettleibigkeit) werden anhand des Body-Mass-Index (BMI = Körpergewicht in kg/(Körpergröße in m)²) definiert. Von der Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes- und Jugendalter (AGA) werden alters- und geschlechtsspezifische Grenzwerte empfohlen. Der BMI-Wert, der dem jeweils 90. Perzentil der Verteilung der BMI-Werte für Jungen und Mädchen eines bestimmten Alters entspricht, wurde als Grenzwert zwischen Normal- und Übergewicht festgelegt, der BMI-Wert des 97. Perzentils als Grenzwert zwischen Übergewicht und Adipositas.¹

Für die Auswertung berücksichtigt wurden nur vollständige Datensätze. Die vorliegenden Heidelberger Zahlen für 2012 beziehen sich auf insgesamt 937 untersuchte Kinder. 455 dieser Kinder waren Mädchen, 482 Jungen. 371 Kinder verfügten über einen Migrationshintergrund (davon waren 195 Jungen, 176 Mädchen). Der „Migrationshintergrund“ wird dabei abweichend von der Definition des Statistischen Bundesamtes definiert durch: das Vorliegen einer ausländischen Staatsangehörigkeit und/oder durch das Vorliegen einer deutschen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Gebrauch einer anderen (nicht deutschen) Familiensprache, die mit dem Kind in den ersten drei Lebensjahren hauptsächlich gesprochen wurde.

Datenquelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Einschulungsuntersuchung (ESU) 2012.

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechts- und herkunftsspezifische Unterschiede bei der Häufigkeit von Übergewicht/Adipositas.

Ergebnisse:

- Mädchen litten 2012 leicht häufiger an Übergewicht/Adipositas als Jungen.² Dabei waren Mädchen ohne Migrationshintergrund mehr als doppelt so häufig betroffen (rund 5 Prozent) wie Jungen ohne Migrationshintergrund (rund 2 Prozent). Bei Kindern mit Migrationshintergrund zeigte sich dagegen ein gegensätzlicher Trend: hier erkrankten gut 2 Prozentpunkte mehr Jungen als Mädchen.³
- Die untersuchten Kinder mit Migrationshintergrund erkrankten insgesamt mehr als doppelt so häufig an Übergewicht bzw. Adipositas wie Kinder ohne Migrationshintergrund.⁴ Jungen mit Migrationshintergrund wiesen hier den schlechtesten aller gemessenen Werte auf und lagen mit ungefähr 9 Prozent knapp 7 Prozentpunkte über dem Anteil von Jungen ohne Migrationshintergrund. Bei beiden Gruppen waren die Zahlen seit 2010 rückläufig.⁵ Bei den Mädchen lagen die herkunftsspezifischen Unterschiede bei moderateren 2 Prozentpunkten.

¹ Vgl. Kromeyer-Hauschild, K.; Wabitsch, M.; Kunze, D. et al.: Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben, in: Monatszeitschrift für Kinderheilkunde, 149, 2001, S. 807–818.

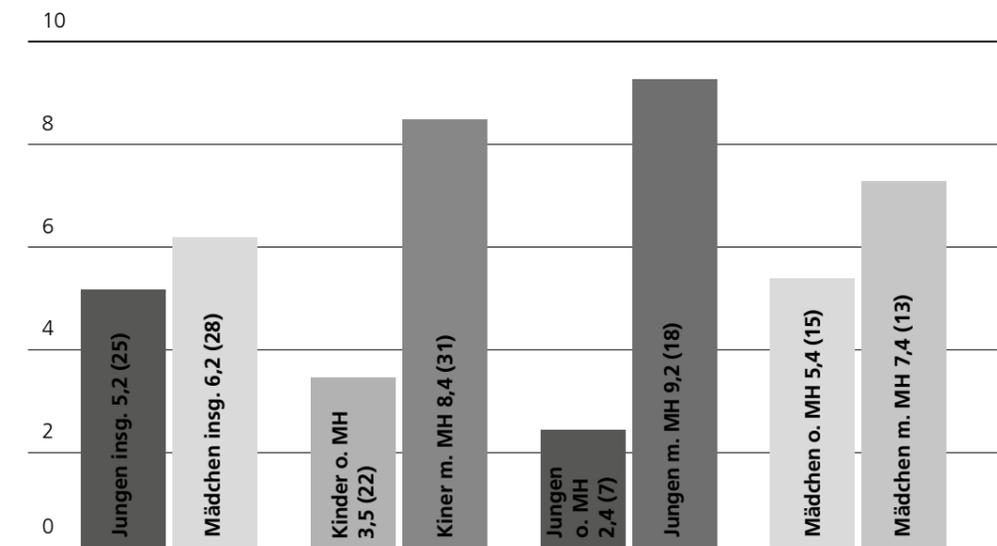
² Ähnliche Ergebnisse waren auch bei der ESU 2009/2010 im Bezirk Berlin-Mitte beobachtet worden. Demnach waren Jungen öfter untergewichtig als Mädchen. Vgl. auch: Bezirksamt Mitte von Berlin (Hrsg.): Migration und Gesundheit im Bezirk Berlin Mitte. Gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds, April 2011, S. 87.

³ Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für 2012.

⁴ Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für 2012.

⁵ Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis für die Jahre 2010 bis 2012.

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Kinder mit Übergewicht/Adipositas gemäß Body-Mass-Index nach Geschlecht und Migrationshintergrund in Heidelberg (2012) (in %)



Quelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Einschulungsuntersuchungen (ESU) 2012.

3 Durchschnittliche Lebenserwartung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Durchschnittliche Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen und Jungen (in Jahren).

Methodische Hinweise: Eine bundeseinheitlich oder kommunal geführte und nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit ausdifferenzierte Statistik zur Lebenserwartung existiert derzeit (noch) nicht. Eine Ausweisung entsprechender Zahlen war hier deshalb nur allgemein und nach Geschlechtern differenziert möglich.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Sterbetafel 2009/2011).

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede bei der durchschnittlichen Lebenserwartung Neugeborener.

Ergebnisse:

- Wie im Landes- und Bundesdurchschnitt insgesamt so lag auch im Stadtkreis Heidelberg die Lebenserwartung neugeborener Mädchen über derjenigen von neugeborenen Jungen (plus 4,2 Jahre). Dabei fiel der geschlechtsspezifische Unterschied in Heidelberg leicht geringer aus, als im Landesdurchschnitt (4,4 Jahre).¹
- Lag bereits die durchschnittliche Lebenserwartung von Mädchen und Jungen im Land höher als in den übrigen 15 Bundesländern,² so rangierte sie im Stadtkreis Heidelberg in beiden Fällen noch einmal knapp über dem Landesdurchschnitt (um 0,2 bzw. 0,4 Jahre).³
- Angaben zur durchschnittlichen Lebenserwartung von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund waren für den Stadtkreis nicht möglich. Hier wäre eine gesonderte Untersuchung notwendig, um zu überprüfen, ob sich jüngste bundesweite Studienergebnisse auch für den Stadtkreis verifizieren lassen.⁴

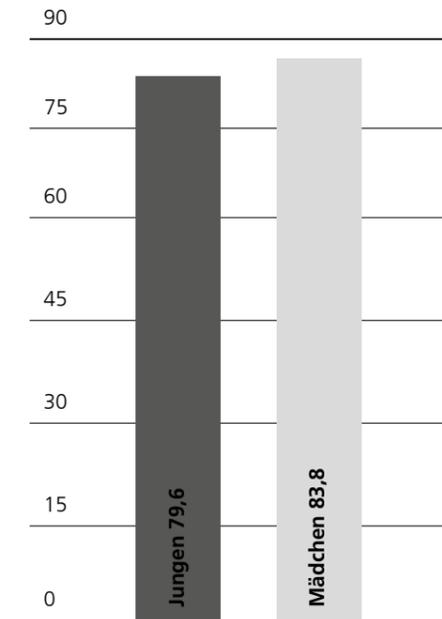
1 Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Demnach betrug die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen in Baden-Württemberg 2009/2011 83,6 Jahre, die der neugeborenen Jungen 79,2 Jahre.

2 Laut Statistischem Bundesamt. Die Lebenserwartung neugeborener Mädchen lag demnach 2009/2011 in Deutschland bei 82,7 Jahren. Vgl. grundsätzlich auch die Zahlen für 2006 in: Robert-Koch-Institut (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin 2006, S. 17.

3 Seit 2008 war hier besonders die Lebenserwartung der Jungen deutlich angestiegen. Bei der Lebenserwartung der Mädchen erreichte Heidelberg den neuntbesten Wert aller Stadt- und Landkreise im Land. Bei den Stadtkreisen nahm Heidelberg hier zusammen mit Ulm sogar den dritten Rang ein. Vgl. dazu auch: <http://www.statistik-bw.de/Pressemit/2012417.asp> und Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 58f. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren (z. B. allgemeines Wohlbefinden, stabile soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, großer Bevölkerungsanteil mit höherer Schul- und Berufsausbildung und oft bewussterer/gesünderer Lebensweise etc.) So haben frühere Untersuchungen gezeigt, dass Menschen aus sozial benachteiligten Schichten eine geringere Lebenserwartung aufweisen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Auch konnte bei Männern und Frauen mit Abitur eine durchschnittlich um 3 bis 4 Jahre höhere Lebenserwartung nachgewiesen werden. Vgl. Robert-Koch-Institut (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin 2006, S. 15. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die gute medizinische Versorgungslage durch zahlreiche Spezialkliniken vor Ort mit eine Rolle spielen dürfte.

4 Für die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer liegen bundesweite Zahlen aus dem Jahre 2008 vor, die einen möglichen Hinweis auf die Verhältnisse geben können. Demnach lag die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Jungen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland 2008 bei 82,3 Jahren und damit 4,8 Jahre über derjenigen von neugeborenen deutschen Jungen (77,5 Jahre). Damit wurde beinahe der Wert von Mädchen mit deutscher Staatsangehörigkeit erreicht. Dasselbe Bild ergab sich bei neugeborenen Mädchen: 2008 lag die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 85,9 Jahren und übertraf diejenige der deutschen Mädchen (82,6 Jahre) nochmals um 3,3 Jahre. Vgl. Kohls, M.: Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland. Forschungsbericht 9 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2011, S. 112f.

Abb. 3: Durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener in Heidelberg nach Geschlecht (in Jahren)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Sterbetafel 2009/2011).

4 Greying-Index

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der über 64-jährigen Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund gemessen an der jeweiligen weiblichen bzw. männlichen Heidelberger Wohnbevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise: Die vorliegenden Zahlen beziehen sich allein auf Personen mit Hauptwohnsitz in Heidelberg. Insgesamt lebten mit Stand 31.12.2011 22.664 Menschen über 64 Jahren im Stadtkreis, darunter 9.351 Männer und 13.313 Frauen. Von diesen verfügten 6.173 Personen über einen Migrationshintergrund, 16.491 verfügten über keinen Migrationshintergrund.

Datenquelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechts- und herkunftsbezogene Unterschiede hinsichtlich des Anteils der über 64-Jährigen.

Ergebnisse:

- 2011 lebten im Stadtkreis insgesamt etwas mehr Frauen als Männer über 64 Jahren (fast 4 Prozentpunkte).
- Der Anteil der Frauen ohne Migrationshintergrund über 64 Jahren lag mit gut 20 Prozent knapp 5 Prozentpunkte höher als bei Männern ohne Migrationshintergrund.
- Bei den Menschen mit Migrationshintergrund waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede mit rund 3 Prozentpunkten dagegen weniger stark ausgeprägt.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist bundesweit durchschnittlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dennoch war zuletzt zu beobachten, dass der Anteil

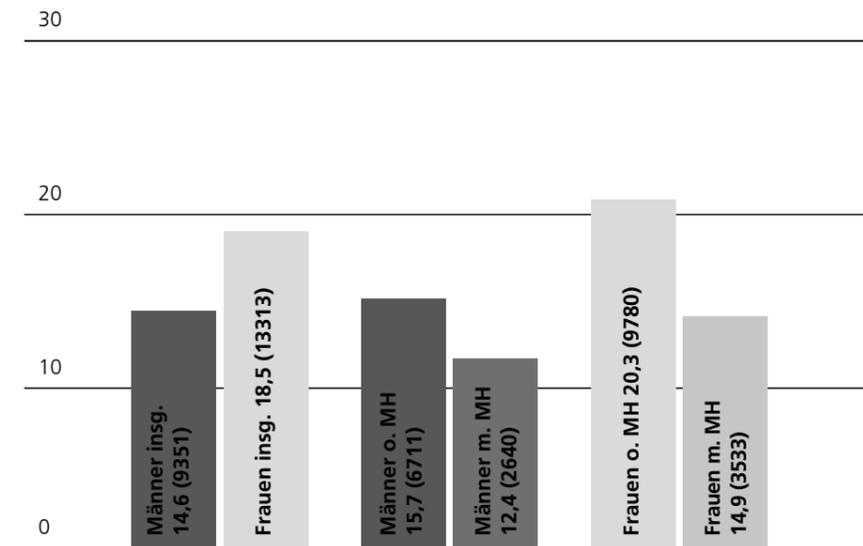
der Älteren in dieser Gruppe im Bundesdurchschnitt überproportional stark gewachsen ist.¹ Auch die Heidelberger Zahlen spiegeln diese Entwicklung wider. Hier ist – trotz aller bestehenden Unterschiede – eine langsame Annäherung feststellbar.²

- Mehr als 12 Prozent der Männer mit Migrationshintergrund – und damit nur rund 3 Prozentpunkte weniger als in der Vergleichsgruppe der Männer ohne Migrationshintergrund – waren 2011 älter als 64 Jahre. Bei den Frauen mit Migrationshintergrund war der Abstand zu den Frauen ohne Migrationshintergrund mit mehr als 5 Prozentpunkten etwas größer.

¹ Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Familien kultursensibel pflegen. Ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeberater, Mainz 2008, S. 8f.

² Der Bericht zur Sozialen Lage 2010 stellte gegenüber dem Jahr 2005 einen Zuwachs der über 65-Jährigen und älteren AusländerInnen im Stadtkreis von 22 Prozentpunkten fest. Auffällig war dabei der hohe Männeranteil in der Gruppe der 65- bis 79-Jährigen im Vergleich zur Heidelberger Gesamtbevölkerung. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010, Heidelberg 2011, S. 16, 138.

Abb. 4: Anteil der über 64-Jährigen an der jeweiligen Heidelberger Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2011) (in %)



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg; Eigene Einwohnerfortschreibung, MigraPro (Stand: 31.12.2011).

5 Kultursensible Pflege

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Pflege- und Fachkräfte mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Pflege- und Fachkräften in Pflege- und Senioreneinrichtungen und Anteil der HeimbewohnerInnen mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Heidelberger Alten- und PflegeheimbewohnerInnen.

Methodische Hinweise: Umfrage des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis unter Heidelberger Alten- und Pflegeheimen mittels Fragebogen (Umfrage von März–Juli 2012). Daran hatten sich alle neun befragten Alten- und Pflegeheime im Stadtkreis beteiligt. Von 1046 BewohnerInnen und Bewohnern verfügten demnach 48 Personen, von den 588 Fach- und Pflegekräften insgesamt 174 Personen über einen Migrationshintergrund. „Migrationshintergrund“ wird dabei definiert als: „ausländische Herkunft“ und/oder „andere Kultur/Religion“. Nach Geschlechtern getrennte Daten wurden nicht erhoben.

Datenquelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis (Umfrage von März–Juli 2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede hinsichtlich der Bereitschaft bzw. der Notwendigkeit zur Inanspruchnahme von Alten- und Pflegeeinrichtungen durch ältere Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund; das Vorhandensein interkultureller Kompetenz beim Heidelberger Pflege- und Fachpersonal.

Ergebnisse:

- Bislang nutzten nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund entsprechende Pflegeangebote im Stadtkreis oder waren auf diese angewiesen (knapp 5 Prozent).¹
- Damit lagen die Zahlen im Stadtkreis unterhalb des Bundesdurchschnitts, wonach 2011 gut 7 Prozent aller KlientInnen der ambulanten Pflegedienste und rund 9 Prozent der BewohnerInnen vollstationärer Pflegeeinrichtungen einen Migrationshintergrund aufwiesen.²

– Der Anteil der Pflegekräfte mit Migrationshintergrund lag im Stadtkreis bei annähernd 30 Prozent.³ Die Heidelberger Zahlen lagen damit deutlich höher als der zuletzt für den Bund gemessene Wert, wonach 2012 etwa 11 Prozent der in der ambulanten Pflege bzw. 15 Prozent der in vollstationären Einrichtungen tätigen Beschäftigten einen Migrationshintergrund aufwiesen,⁴ und ebenfalls über dem 2011 für das Land ermittelten Durchschnittswert von knapp 24 Prozent Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in der Kranken- und Altenpflege.⁵

– Insgesamt fällt bei den Pflegekräften im Stadtkreis die Vielfalt der Herkunftsländer und der gesprochenen Sprachen auf: es überwogen deutlich die Pflegekräfte aus den ehemaligen Ostblockstaaten, allen voran Russland und Polen sowie aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. Ebenfalls stark vertreten waren Pflegekräfte türkischer Herkunft.⁶

1 Die Zahlen schwankten laut Umfrage jedoch teils erheblich zwischen den einzelnen Alten- und Pflegeheimen. So wurden Werte von 1,5 bis 29,4 Prozent der HeimbewohnerInnen und –bewohner berichtet.

2 Vgl. Kohls, M.: Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demografischen Wandel. Forschungsbericht 12 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2012, S. 83ff. sowie S. 133ff.

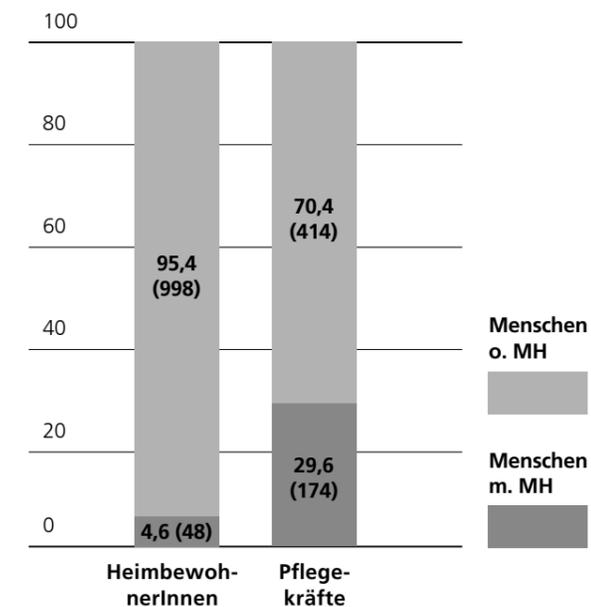
3 Wobei laut Umfrage auch hier der Anteil zwischen den einzelnen Alten- und Pflegeheimen deutlich variierte und zwischen 10 und 42,9 Prozent der Fach- und Pflegekräfte betrug.

4 Vgl. Kohls, M.: Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demografischen Wandel. Forschungsbericht 12 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2012, S. 133ff.

5 Sonderauswertung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zu Erwerbstätigen in Pflegeberufen 2011 auf der Grundlage des Mikrozensus.

6 Zahlen des Gesundheitsamtes Rhein-Neckar-Kreis (Umfrage 2012).

Abb. 5: Anteil (und Anzahl) der HeimbewohnerInnen bzw. der Pflege- und Fachkräfte in Heidelberg nach Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis (Umfrage März–Juli 2012).

6 Muslimische Kranken- und Notfallseelsorge

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der befragten Heidelberger Kliniken, die über ein dauerhaftes Angebot an muslimischer Kranken- und Notfallseelsorge verfügen, an allen befragten Heidelberger Kliniken.

Methodische Hinweise: Die Aufnahme des Indikators in den vorliegenden Monitoringbericht erfolgte auf Wunsch des Ausländerrats/Migrationsrats. Zu dessen Umsetzung fand im Oktober 2012 eine gesonderte Umfrage unter insgesamt neun Heidelberger Kliniken statt.

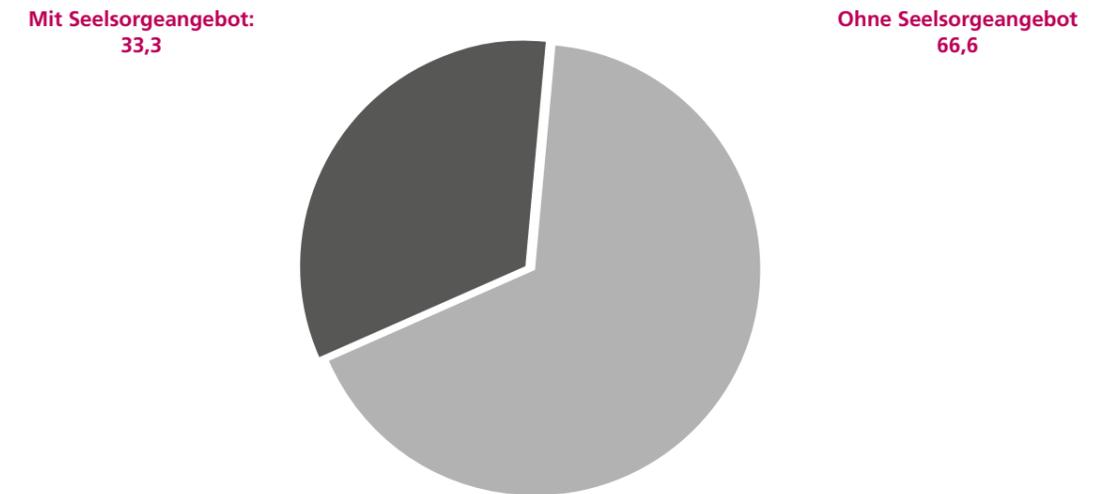
Datenquelle: Eigene Berechnungen (Umfrage unter Heidelberger Kliniken, Oktober 2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf die interkulturelle Öffnung und die Akzeptanz anderer Glaubens- und Wertvorstellungen durch die Heidelberger Kliniken.

Ergebnisse:

- Ein Drittel aller befragten Heidelberger Kliniken verfügte laut Umfrage 2012 über ein gesondertes muslimisches Kranken- und Notfallseelsorgeangebot.

Abb. 6: Anteil der befragten Heidelberger Kliniken, die über ein dauerhaftes Angebot an muslimischer Kranken- und Notfallseelsorge verfügen (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen (Umfrage unter Heidelberger Kliniken, Oktober 2012).

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Der Schutz vor Versehrtheit, die Möglichkeit, mit Würde behandelt zu werden und sich sicher zu fühlen, sind maßgebliche Grundlagen gleichberechtigter Teilhabe und gelungener Integration. Diskriminierung und Gewalt beeinträchtigen Männer und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen.

Diskriminierung und Gewalt

Das Anliegen:

Der Schutz vor Versehrtheit, die Möglichkeit, mit Würde behandelt zu werden und sich sicher zu fühlen, sind maßgebliche Grundlagen gleichberechtigter Teilhabe und gelungener Integration. Diskriminierung und Gewalt beeinträchtigen Männer und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Beides spielt sich häufig ohne die Kenntnis der Ermittlungsbehörden ab (sog. „Dunkelfeld“), da vom jeweiligen Anzeigeverhalten der Betroffenen abhängig. Dies gilt insbesondere für den Tatbestand der häuslichen Gewalt.

Doch nicht nur das Erfahren und das Betroffensein von Diskriminierung oder Gewalt sind wichtige Indizien für erlebte Defizite bei der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben; auch die Anzahl und die tatsächliche oder vermutete Häufung von Straffälligkeit bei einzelnen Bevölkerungsgruppen können Aufschluss über individuelle Problemlagen und Teilhabedefizite geben. So gilt eine überdurchschnittlich hohe Kriminalität allgemein als Hinweis auf eine mangelnde gesellschaftliche Integration.¹

Bei der Beurteilung der Kriminalitätsbelastung bedarf es eines differenzierten und sensiblen Umgangs mit den ermittelten Daten. So können die nicht zur Anzeige gebrachten Straftaten des Dunkelfelds in der bundeseinheitlich geführten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) naturgemäß nicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden hier nur Zahlen zu den Tatverdächtigen ausgewiesen, Daten zu den tatsächlich überführten bzw. verurteilten Straftäterinnen und Straftätern stehen auf diesem Wege nicht zur Verfügung. Auch über die Strafverfolgungsstatistik waren laut den zuständigen Strafverfolgungs- und Justizbehörden keine differenzierteren Daten für die kommunale Ebene zu ermitteln. Daneben operiert die PKS zwar mit Merkmalen wie z. B. „Geschlecht“, „Staatsangehörigkeit“, „Alter“ etc., eine adäquate Abbildung der Gruppe der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund war damit jedoch nicht möglich.²

Daher können im Folgenden lediglich Aussagen zu „Deutschen“ bzw. „Nichtdeutschen“ getroffen werden, was die tatsächlichen Verhältnisse allerdings nur unzureichend widerspiegelt, da die Gruppen der Deutschen mit (Eingebürgerte, SpätaussiedlerInnen, etc.) und ohne Migrationshintergrund und damit auch ihr jeweiliger Einfluss auf die Statistiken hier nicht abgebildet werden können.

Auf Grundlage dieser eingeschränkten und vergleichsweise unscharfen Datenbasis versuchen wir mit insgesamt sechs Indikatoren der Frage nachzugehen, in welchem Maße Frauen und Männer mit deutscher bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit im Alltag mit Diskriminierung und Gewalt konfrontiert sind.

Ergebnisse kurzgefasst:

Rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Straftaten: Die Stadt setzt sich für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung ein und positioniert sich öffentlich klar gegen Gewalt und Rassismus. Eine lokale „rechte Szene“ besteht nach Einschätzung der Polizeibehörden im Stadtkreis derzeit nicht. Die jüngsten Zahlen weisen für den Stadtkreis Heidelberg einen leichten Anstieg der registrierten politisch motivierten Straftaten von Rechts aus. Dabei handelte es sich jedoch zu meist um so genannte „Propagandadelikte“, also in der Hauptsache um Schmierereien im öffentlichen Raum, oder um den Straftatbestand der Volksverhetzung. Die Aufklärungsquote konnte gegenüber den Vorjahren deutlich gesteigert werden. Fast die Hälfte dieser Straftaten wurde 2012 aufgeklärt.

Bei der Prävention und Bekämpfung von Gewalt wie auch bei der Hilfe für Gewaltbetroffene ist in Heidelberg inzwischen ein hoher Standard erreicht worden. Dies gilt auch für den Bereich der sexuellen/sexualisierten und der häuslichen Gewalt. Die vielfältigen und engagierten Bemühungen und Projekte von Kommune, Polizeibehörden und

Präventionsvereine leisten hierzu einen wertvollen Beitrag.

Aus der Geschlechterperspektive fällt insgesamt auf: Männer wurden 2012 mehr als doppelt so häufig Opfer von Straftaten als Frauen und stellten mit knapp drei Vierteln auch die Mehrheit der Tatverdächtigen. Ihr Anteil stieg gegenüber den Vorjahren leicht an, während die Zahl der weiblichen Tatverdächtigen zurückging.

Unter den Tatverdächtigen bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung traten Frauen mit einem Anteil von 2 Prozent (entspricht 1 Person) praktisch kaum in Erscheinung. Männer machten hier fast die Gesamtheit aller Tatverdächtigen aus.

Frauen machten mit rund 87 Prozent die Mehrzahl der von den Interventionsstellen beratenen Opfer bei häuslicher Gewalt aus, Männer erreichten einen Anteil von 13 Prozent.

Mit rund 18 Prozent war 2012 der bislang höchste Anteil an Täterinnen von häuslicher Gewalt seit Ausweitung des Platzverweisverfahrens auf den privaten Raum (2000) zu verzeichnen. Dennoch stellten Männer auch weiterhin die überwiegende Mehrzahl der polizeibekannt gewordenen Täter.

Aus der Perspektive von Zuwanderung fällt insgesamt auf: Nahezu drei Viertel aller registrierten Opfer von Straftaten waren Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, Nichtdeutsche waren leicht unterdurchschnittlich betroffen.

Deutsche Staatsangehörige stellten mit knapp drei Vierteln die Mehrheit der Tatverdächtigen, ihr Anteil stieg gegenüber den Vorjahren leicht an. Eine Unterscheidung zwischen tatverdächtigen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und damit belastbare Aussagen über deren jeweiligen Einfluss auf die Tatverdächtigenzahlen waren aufgrund der statistischen Vorgaben nicht möglich. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Stadtkreis war im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich, ging im Vergleich zu den Vorjahren jedoch zurück.

Unter den Tatverdächtigen bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verfügten nahezu drei Viertel aller Tatverdächtigen über die deutsche Staatsangehörigkeit, ihr Anteil nahm gegenüber den Vorjahren ebenfalls zu. Auch hier war der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen auf überdurchschnittlichem Niveau gegenüber den Vorjahren rückläufig. Die oben beschriebene Problematik in Bezug auf die Gruppe der „Deutschen“ und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Statistik kamen auch hier zum Tragen.

1 Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse, Berlin 2013, S. 13.

2 Die Konferenz der Innenminister der Länder konnte sich im November 2008 nicht darauf einigen, den „Migrationshintergrund“ bei Tatverdächtigen bundesweit statistisch zu erfassen. Das Merkmal hat so bislang noch keinen Eingang in die PKS gefunden.

1 Politisch motivierte Straftaten von Rechts

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anzahl der registrierten und der aufgeklärten politisch motivierten Straftaten von Rechts im Stadtkreis Heidelberg.

Methodische Hinweise: Die „politisch motivierten Straftaten aus dem Phänomenbereich Rechts“ sind ein Aspekt der sog. „Politisch motivierten Kriminalität“. Zu dieser zählen laut einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) vom 01. Januar 2001:

1.) Klassische Staatsschutzdelikte laut StGB §§ 80–83, §§ 84–86a, §§ 87–91, §§ 94–100a, §§ 102–104a, §§ 105–108e, § 109 u. a.

2.) Straftaten aus dem Bereich der Allgemeinkriminalität, wenn in Würdigung der gesamten Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters bzw. der Täterin Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind (z. B. bei Tötungs- und Körperverletzungsdelikten, Brandstiftungen, Widerstandsdelikten, Sachbeschädigungen, etc.).¹

Bundesweit machten dabei die so genannten „Propagandadelikte“ nach §§ 86, 86a (z. B. Schmierereien, Flugblätter, etc.) die überwiegende Mehrzahl aller politisch motivierten Straftaten von Rechts aus.²

Es gilt zu berücksichtigen, dass die Zahlen stark mit dem Anzeigeverhalten der Bevölkerung zusammenhängen. Ein Anstieg der registrierten Straftaten kann sowohl einen tatsächlichen Anstieg der Delikte als auch ein geändertes Anzeigeverhalten oder eine gewachsene Sensibilisierung innerhalb der Bevölkerung sowie bei Polizeibehörden und Kommunen indizieren.

Datenquelle: Polizeidirektion Heidelberg (Polizeiliche Kriminalstatistik).

Der Indikator gibt Hinweise darauf, in welchem Maße Bürgerinnen und Bürger ihre Betroffenheit von Diskriminierung aufgrund rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalttaten anzeigen; welche Erfolge bei der Bekämpfung und Aufklärung von rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten zu verzeichnen sind.

Ergebnisse:

- Die Anzahl der im Stadtgebiet registrierten politisch motivierten Straftaten von Rechts bewegt sich seit Jahren auf einem niedrigen zweistelligen Niveau und machte 2012 rund 2 Prozent aller in Baden-Württemberg gemeldeten Straftaten von Rechts aus.³
- Wie im Land insgesamt, so stieg auch im Stadtkreis Heidelberg die Zahl der registrierten politisch motivierten Straftaten von Rechts gegenüber dem Vorjahr an.⁴
- Fast jede zweite politisch motivierte Straftat von Rechts (48 Prozent) konnte 2012 aufgeklärt werden.⁵
- Die Aufklärungsquote hat sich damit gegenüber 2010 fast verdoppelt und lag 2012 knapp 12 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt (35 Prozent).⁶

¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2011, Köln 2012, S. 34.

² Ebd., S. 36f.; Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Zweiter Integrationsindikatorenbericht, Berlin 2011, S. 143.

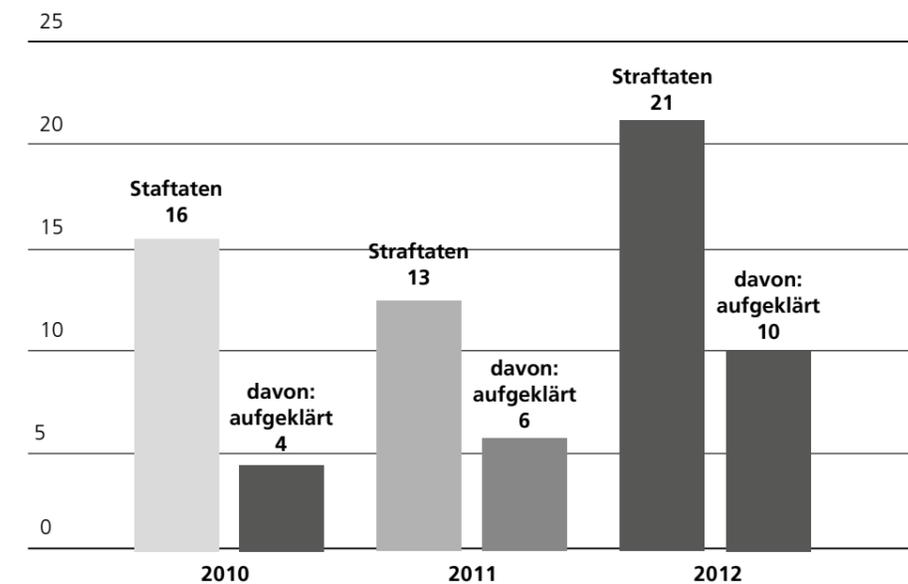
³ Zahlen des Landeskriminalamts für die Jahre 2010 bis 2012.

⁴ Zahlen des Landeskriminalamts für die Jahre 2010 bis 2012.

⁵ Zahlen des Landeskriminalamts für 2012.

⁶ Zahlen des Landeskriminalamts für die Jahre 2010 bis 2012.

Abb. 1: Anzahl der registrierten und der aufgeklärten politisch motivierten Straftaten von Rechts im Stadtkreis Heidelberg (2010–2012)



Quelle: Polizeidirektion Heidelberg.

2 Opfer von Straftaten

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der weiblichen bzw. männlichen Opfer bzw. der Opfer mit deutscher bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an allen Opfern von Straftaten in Heidelberg.

Methodische Hinweise: Den Begriff des „Opfers“ verwendet die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bei solchen Straftaten, durch die das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung unmittelbar angegriffen bzw. bedroht werden (sog. Opferdelikte). Nicht miteinbezogen werden dagegen Diebstahls- oder Betrugsdelikte. Bei diesen Deliktsfeldern werden die Betroffenen gemäß den Richtlinien zur Polizeilichen Kriminalstatistik als „Geschädigte“ registriert.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu „Deutschen“ und „Nichtdeutschen“ möglich waren. „Nichtdeutsche“ sind laut PKS Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Staatenlose. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen (sog. Doppelstaatler), wertet die Statistik dagegen als „Deutsche“. Bei bestimmten Altdaten waren keine Angaben zur Staatsangehörigkeit möglich. Diese werden in der vorhergehenden Statistik als „Unbekannt“ aufgeführt.

Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Betroffenen nicht zwangsläufig im Stadtkreis ansässig sein müssen. Es gilt das Tatortprinzip.

Datenquelle: Polizeidirektion Heidelberg (Polizeiliche Kriminalstatistik).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Belastung von Frauen und Männern mit deutscher oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit durch Straftaten.

Ergebnisse:

- Männer wurden im Stadtkreis 2012 mit einem Anteil von 70 Prozent mehr als doppelt so häufig Opfer von Straftaten wie Frauen (30 Prozent).
- Dabei stieg die Zahl der männlichen Opfer gegenüber dem Vorjahr um rund 8 Prozentpunkte, während der Anteil der weiblichen Opfer zurückging.²
- Auch auf Landesebene wurden Männer 2012 mit Abstand am häufigsten Opfer von Straftaten, allerdings lag der Anteil der weiblichen Opfer im Landesdurchschnitt etwa 10 Prozentpunkte über dem für den Stadtkreis ermittelten Wert. Gleichzeitig fiel der Anteil der männlichen Opfer hier entsprechend niedriger aus.³
- Knapp drei Viertel aller Opfer von Straftaten im Stadtkreis verfügten im Jahre 2012 über die deutsche Staatsangehörigkeit.⁴
- Nichtdeutsche wurden mit einem Anteil von gut 15 Prozent deutlich seltener Opfer von Straftaten. Ihr Anteil an den Opfern im Stadtkreis lag rund 3 Prozentpunkte unter dem ermittelten Landesdurchschnitt.⁵

¹ In 11,3 Prozent der Fälle konnte die Frage der Staatsangehörigkeit nicht bzw. nicht mehr zweifelsfrei geklärt werden. Diese werden im Folgenden daher als „unbekannt“ ausgewiesen.

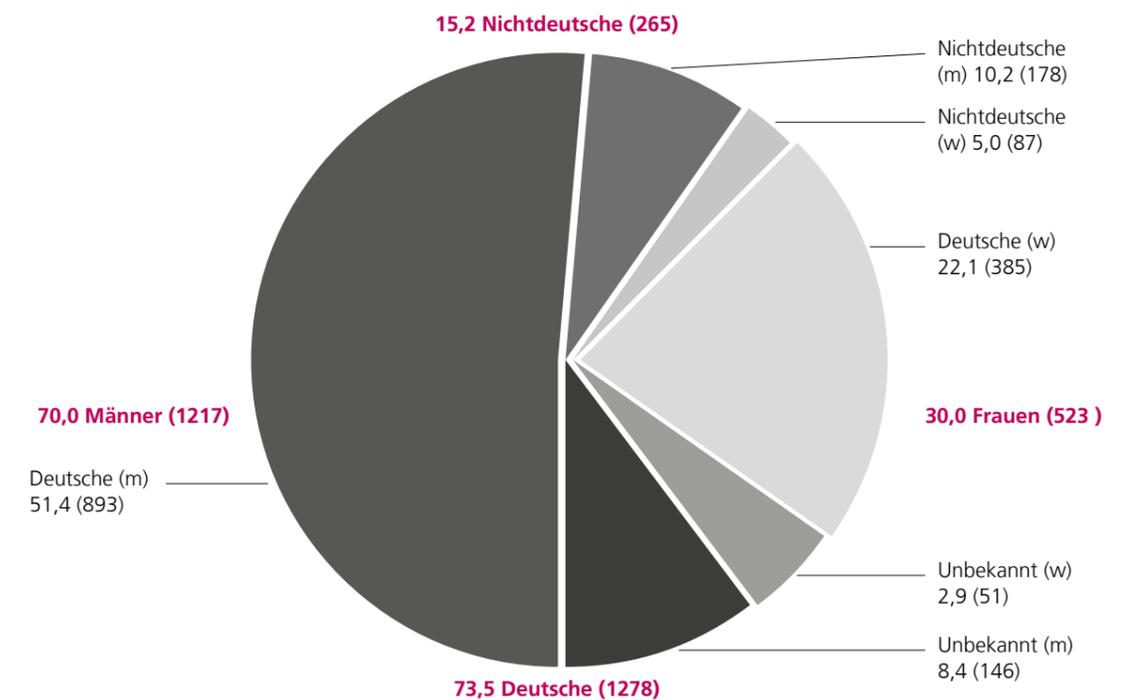
² Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für die Jahre 2011 und 2012.

³ Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für 2012.

⁴ Damit weisen die Heidelberger Zahlen in eine ähnliche Richtung wie die 1995 von STEFFEN für das Land Bayern durchgeführte Untersuchung, wonach AusländerInnen mit gut 11 Prozent einen geringen Teil der Opfer von Straftaten ausmachten, während der Anteil der deutschen Opfer bei knapp 89 Prozent lag. Vgl. Steffen, W.: „Ausländer als Kriminalitätsopfer“, in: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Das Opfer und die Kriminalitätsbekämpfung: Vorträge und Diskussionen der Arbeitstagung des Bundeskriminalamts vom 14. bis 17. November 1995, Wiesbaden 1996, S.247–282, hier: S. 253.

⁵ Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für 2012.

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Opfer von Straftaten in Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (2012)¹ (in %)



Quelle: Polizeidirektion Heidelberg (Polizeiliche Kriminalstatistik).

3 Tatverdächtigenzahlen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der tatverdächtigen Frauen und Männer mit deutscher bzw. mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an allen Tatverdächtigen im Stadtkreis Heidelberg im Alter von mehr als 14 Jahren.

Methodische Hinweise: „Tatverdächtig“ ist jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund ausreichender Anhaltspunkte verdächtig ist, eine Straftat begangen zu haben. Die Erfassung der Straftaten für die Kriminalstatistik erfolgt durch die Polizei bei Abgabe des Vorgangs an die Staatsanwaltschaft. Genaue Zahlen darüber, wie viele Personen letztlich einer Straftat überführt werden konnten oder verurteilt wurden, liegen nicht vor.

Bei der Interpretation der Daten muss darüber hinaus dem individuellen Anzeigeverhalten der Bevölkerung Rechnung getragen werden. Auch das jeweilige Kontrollverhalten der Polizei kann einen Einfluss auf die Statistik haben.¹ Ein Anstieg der Tatverdächtigenzahlen bedeutet demnach nicht automatisch einen Anstieg im delinquenten Verhalten, sondern weist unter Umständen nur auf ein kleiner gewordenes Dunkelfeld hin.² Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Betroffenen nicht zwangsläufig im Stadtkreis ansässig sein müssen. Es gilt das Tatortprinzip.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu „Deutschen“ und „Nichtdeutschen“ möglich sind. „Nichtdeutsche“ sind demnach alle Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Staatenlose. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen (sog. Doppelstaatler), wertet die Statistik als „Deutsche“. „Ausländerspezifische Straftaten“ (z. B. Straftaten gegen das Ausländergesetz oder das Asylverfahrensgesetz), die in der Regel mehrheitlich von Ausländerinnen und Ausländern begangen werden, hatten nur geringen Einfluss auf die vorliegende Statistik.

Datenquelle: Polizeidirektion Heidelberg (Polizeiliche Kriminalstatistik).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Verteilung von weiblichen und männlichen Tatverdächtigen mit deutscher bzw. mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

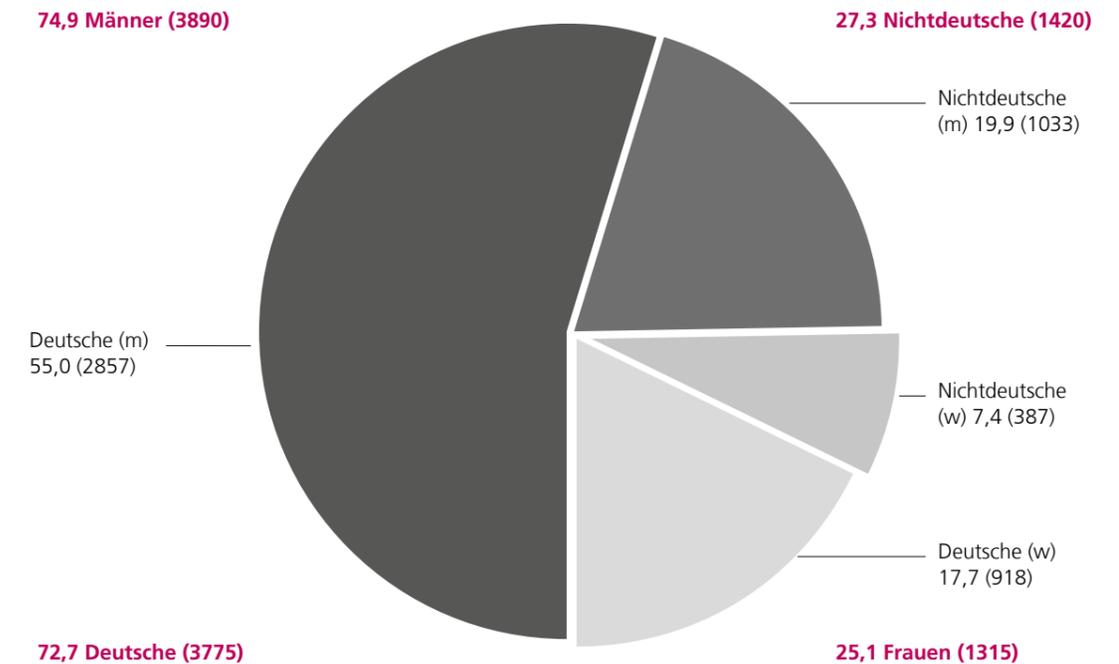
- Männer machten 2012 mit 75 Prozent die Mehrzahl aller Tatverdächtigen im Stadtkreis aus, nur etwa jede vierte Tatverdächtige war eine Frau.³ Heidelberg lag damit im Landesdurchschnitt (ca. 25 Prozent). Auch auf Bundesebene bewegten sich die Zahlen zuletzt auf vergleichbarem Niveau.⁴
- Der Anteil der männlichen Tatverdächtigen nahm im Beobachtungszeitraum geringfügig zu, was in etwa der Entwicklung im Land entsprach. Deutlich stärker als im Landesdurchschnitt (minus 3 Prozentpunkte) sank in Heidelberg dagegen seit 2010 der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen (minus 9 Prozentpunkte).⁵
- Insgesamt knapp 73 Prozent aller Tatverdächtigen im Stadtkreis besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit, Nichtdeutsche erreichten einen Anteil von 27 Prozent. Damit lag der 2012 für Heidelberg gemessene Wert für nichtdeutsche Tatverdächtige leicht unterhalb des Landesdurchschnitts (rund 31 Prozent), aber über dem zuletzt für den Bund gemessenen Wert.⁶
- Anders als im Land, wo seit 2010 eine Zunahme um gut 2 Prozentpunkte zu verzeichnen war, sank die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Stadtkreis im selben Zeitraum leicht um insgesamt 55 Fälle.⁷

¹ Vgl. Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Zweiter periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006, S. 416.

² Vgl. auch: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (Hrsg.): Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005–2009, Teil 1 Ergebnisse, Berlin 2011, S. 80. Als „Dunkelfeld“ wird derjenige Teil der Kriminalität bezeichnet, der nicht amtlich erfasst werden kann, weil er nicht angezeigt oder ermittelt wird. Die amtlich bekannt gewordenen Straftaten und Verurteilungen werden als „Hellfeld“ bezeichnet.

³ Ähnlich hoch lag 2012 laut Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg auch der Anteil der männlichen Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität.

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der Tatverdächtigen in Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (2012) (in %)



Quelle: Polizeidirektion Heidelberg (Polizeiliche Kriminalstatistik).

⁴ Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2011, Berlin 2011, S. 5, 11. Der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen lag 2011 bundesweit bei 25,5 Prozent.

⁵ Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für die Jahre 2010 bis 2012.

⁶ Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für 2012. Vgl. auch: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2011, Berlin 2011, S. 6. Demnach machten die Tatverdächtigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit 2011 im Bundesdurchschnitt 22,9 Prozent aller registrierten Tatverdächtigen aus. Dabei gilt es zu beachten, dass die vorliegende Statistik auch sog. „ausländerspezifische Straftaten“ (z. B. Straftaten gegen das Ausländergesetz oder das Asylverfahrensgesetz) beinhaltet, die in der Regel mehrheitlich von Ausländerinnen und Ausländern begangen werden.

⁷ Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für die Jahre 2010 bis 2012.

4 Tatverdächtige im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der tatverdächtigen Frauen und Männer mit deutscher bzw. mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an allen Tatverdächtigen im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Heidelberg im Alter von mehr als 14 Jahren.

Methodische Hinweise: „Tatverdächtig“ ist jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender Anhaltspunkte verdächtig ist, eine Straftat begangen zu haben. Die Erfassung der Straftaten für die Kriminalstatistik erfolgt durch die Polizei bei Abgabe des Vorgangs an die Staatsanwaltschaft. Genaue Zahlen darüber, wie viele Personen letztlich tatsächlich einer Straftat überführt werden konnten oder verurteilt wurden liegen nicht vor.

Laut dem Ersten Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung muss bei der Interpretation der Daten darüber hinaus dem individuellen Anzeigeverhalten der Bevölkerung Rechnung getragen werden. Auch das jeweilige Kontrollverhalten der Polizei kann einen gewissen Einfluss auf die Statistik haben. Ein Anstieg der Tatverdächtigenzahlen bedeutet demnach nicht automatisch einen Anstieg im delinquenten Verhalten, sondern weist unter Umständen nur auf ein kleiner gewordenes Dunkelfeld hin. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Betroffenen nicht zwangsläufig im Stadtkreis ansässig sein müssen. Es gilt das Tatortprinzip.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst bislang kein Merkmal des „Migrationshintergrundes“, weshalb hier nur Angaben zu „Deutschen“ und „Nichtdeutschen“ möglich sind. „Nichtdeutsche“ sind demnach alle Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Staatenlose. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen (sog. Doppelstaatler), wertet die Statistik dagegen als „Deutsche“.

Datenquelle: Polizeidirektion Heidelberg (Polizeiliche Kriminalstatistik).

Der Indikator gibt Hinweise auf Unterschiede bei der Verteilung von weiblichen und männlichen Tatverdächtigen mit deutscher bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.

Ergebnisse:

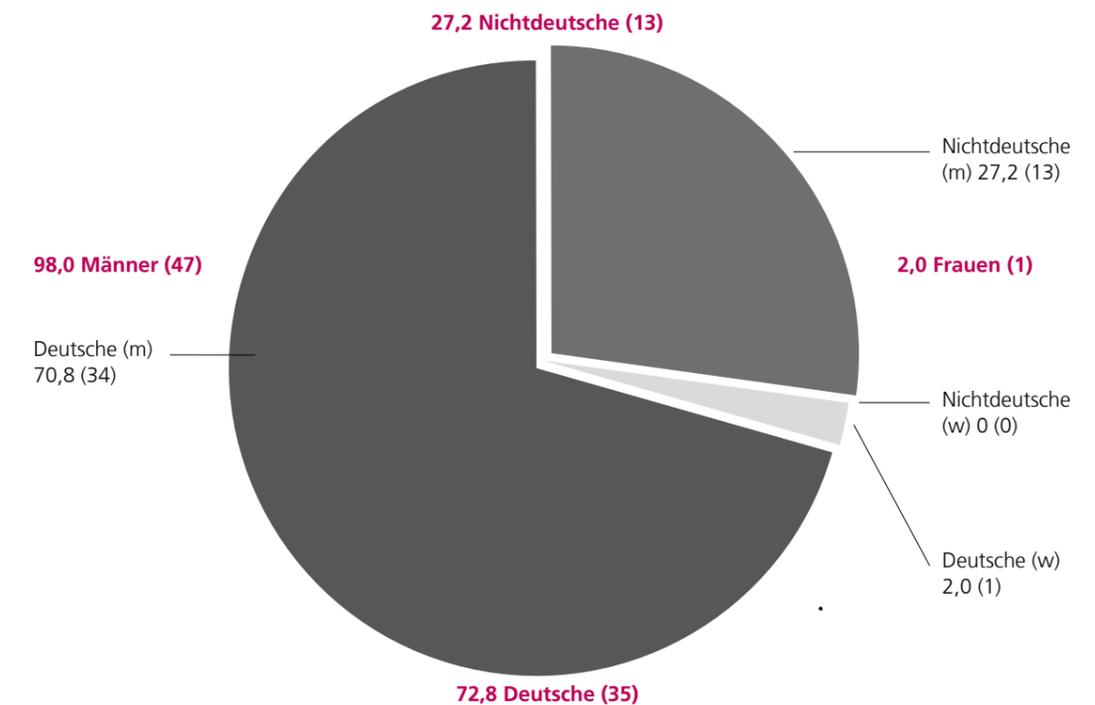
- Männer machten 2012 mit 98 Prozent fast die Gesamtheit aller Tatverdächtigen im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus.
- Frauen spielten mit 2 Prozent kaum eine Rolle, ihr Anteil lag im Stadtkreis sogar noch unter dem Landesdurchschnitt von 2012 rund 6 Prozent.
- Die Zahl der männlichen Tatverdächtigen nahm zuletzt stetig zu (knapp 6 Prozentpunkte gegenüber 2010) und lief damit dem leicht rückläufigen Landestrend (seit 2011 minus 6 Prozentpunkte) entgegen.
- Weibliche Nichtdeutsche traten bislang nicht als Tatverdächtige in Erscheinung.
- Männliche Nichtdeutsche hingegen waren 2012 mit einem Anteil von rund 27 Prozent im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil von 16 Prozent deutlich unter den Tatverdächtigen vertreten. Heidelberg lag hier in etwa im Landesdurchschnitt (28 Prozent). Während auf Landesebene jedoch ein leichter Anstieg der Zahlen zu verzeichnen war, sank der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Stadtkreis gegenüber 2010 um annähernd 7 Prozentpunkte.

1 Laut StGB fallen darunter alle im Dreizehnten Abschnitt unter den Paragraphen 174 bis 184 aufgeführten Straftatbestände. Dazu gehören: Der sexuelle Missbrauch von Schutzbefohlenen (§ 174 – 174c), der sexuelle Missbrauch von Kindern (§ 176 – 176b), die sexuelle Nötigung/Vergewaltigung (§§ 177 und 178), der sexuelle Missbrauch widerstandsunfähiger Personen (§ 179), die Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger (§ 180), der Menschenhandel (§§ 180b und 181), die Zuhälterei (§ 181b), der sexuelle Missbrauch von Jugendlichen (§ 182), exhibitionistische Handlungen (§ 183) sowie die Verbreitung pornographischer Schriften (§ 184).

2 Vgl. Fn. 1 Indikator "3 Tatverdächtigenzahlen".

3 Vgl. Fn. 2 Indikator "3 Tatverdächtigenzahlen".

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) der Tatverdächtigen im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (2012) (in %)



Quelle: Polizeidirektion Heidelberg.

4 Laut dem Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern von 2006 werden 95 bis 99 Prozent der sexuellen Gewalt von Männern ausgeübt. Opfer dieser Gewalt werden überwiegend Frauen, Mädchen und Jungen, selten dagegen erwachsene Männer. Von sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend sind Mädchen häufiger als Jungen betroffen. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 48f.

5 Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für 2012.

6 Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für die Jahre 2010 bis 2012.

7 Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für 2012.

8 Zahlen der Polizeidirektion Heidelberg für die Jahre 2010 bis 2012.

5 Opfer häuslicher Gewalt¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der weiblichen und männlichen Opfer an allen von den Heidelberger Interventionsstellen beratenen Opfern häuslicher Gewalt.

Methodische Hinweise: Um mit dem Platzverweisverfahren Gewalt im häuslichen Bereich nicht nur kurzfristig zu unterbrechen, sondern nachhaltig zu bekämpfen, ist eine Einbettung der Maßnahmen von Polizei und Justiz in ein auf örtlicher Ebene abgestimmtes Gesamtkonzept notwendig. Flankierend zu den Maßnahmen von Polizei und Justiz ist eine Beratung der Opfer, der Täter und Täterinnen sowie Hilfe für mit betroffene Kinder erforderlich. Mit der Einrichtung der Interventionsstellen für Frauen und Kinder sowie für Männer, die im Mai 2003 ihre Arbeit aufgenommen haben, können Opfer und Gewalt Ausübende dabei unterstützt werden, aus der Gewaltspirale auszusteigen. Finanziert werden die Interventionsstellen durch kommunale Zuschüsse an die Trägervereine Frauen helfen Frauen e.V. und fairmann e.V. Insgesamt 180 Opfer häuslicher Gewalt wurden im Jahre 2012 durch die Heidelberger Interventionsstellen beraten.

Die Statistik erfasst bislang weder das Merkmal des „Migrationshintergrundes“ noch das Merkmal der Staatsangehörigkeit. Aufgrund dessen war hier lediglich eine Differenzierung nach Geschlechtern möglich. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Betroffenen nicht zwangsläufig im Stadtkreis ansässig sein müssen.

Datenquelle: Interventionsstellen (IVSt) Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung von weiblichen und männlichen Opfern unter allen von den Heidelberger Interventionsstellen beratenen Opfern häuslicher Gewalt.

Ergebnisse:

- Knapp 87 Prozent (156) der insgesamt 180 im Jahre 2012 durch die Interventionsstellen für Frauen und Kinder erfassten Opfer häuslicher Gewalt waren Frauen.²
- Im gleichen Zeitraum wandten sich 24 männliche Opfer an die Männerinterventionsstelle, deren Aufgabengebiet die Arbeit mit Gewalt Ausübenden umfasst.
- Zur Anzahl der Opfer mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren zuletzt keine Aussagen möglich.

¹ Laut dem 2. Gleichstellungsatlas umfasst „häusliche Gewalt“ alle Formen körperlicher, sexueller und/oder psychischer Gewalt zwischen erwachsenen Personen, die in einer nahen Beziehung zueinander stehen oder gestanden haben (ohne Rücksicht auf ein spezielles, sie verbindendes Rechtsverhältnis (z. B. Ehe), auf das Geschlecht, das Alter oder die sexuelle Orientierung) bzw. in häuslicher Gemeinschaft leben, gänzlich unabhängig vom jeweiligen Tatort. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin 2012, S. 82. Vgl. dazu auch Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 48; Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern in Heidelberg, Heidelberg 2006, S. 6.

² Vgl. auch: Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern in Heidelberg, Heidelberg 2006, S. 6. Danach waren in den Jahren 2000–2005 insgesamt 93 Prozent der bekannt gewordenen Opfer häuslicher Gewalt Frauen. Auch gemäß 2. Gleichstellungsatlas werden überwiegend Frauen Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig von der sozialen Schicht oder Herkunft. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin 2012, S. 82.

Abb. 5: Anteil (und Anzahl) der von den Heidelberger Interventionsstellen beratenen Opfer häuslicher Gewalt nach Geschlecht (2012) (in %)



Quelle: Interventionsstellen (IVSt) Heidelberg.

6 Täter und Täterinnen bei häuslicher Gewalt¹

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen und Männern an allen in Heidelberg polizeibekannt gewordenen TäterInnen bei Einsätzen gegen häusliche Gewalt sowie bei ausgesprochenen Platzverweisen.

Methodische Hinweise: Bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt hat sich das im Jahr 2000 auf den privaten Raum ausgeweitete Platzverweisverfahren in der Praxis bewährt. Mit der Aufnahme des nunmehr als „Wohnungsverweis“ bezeichneten Verfahrens als materielle Grundlage in das Polizeigesetz Baden-Württemberg (mit Wirkung vom 01.09.2009) wurde die Rechtssicherheit weiter erhöht. Damit kann die Polizei bzw. die Polizeibehörde bei akuter Gewalt den Täter oder die Täterin für einen befristeten Zeitraum aus der Wohnung verweisen und das Wiederbetreten verbieten.

Laut Polizeidirektion Heidelberg gab es im Stadtgebiet 2012 insgesamt 88 Einsätze wegen häuslicher Gewalt bei denen 89 Personen der Polizei als TäterInnen bekannt wurden. In insgesamt 25 Fällen wurden darüber hinaus Platzverweise ausgesprochen. Die polizeiliche Statistik erfasst bislang weder das Merkmal des „Migrationshintergrundes“ noch das Merkmal der Staatsangehörigkeit. Aufgrund dessen war hier lediglich eine Differenzierung nach Geschlechtern möglich. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Betroffenen nicht zwangsläufig im Stadtkreis ansässig sein müssen.

Datenquelle: Polizeidirektion Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung der weiblichen und männlichen Tatverdächtigen bei Polizeieinsätzen wegen häuslicher Gewalt und bei ausgesprochenen Platzverweisen.

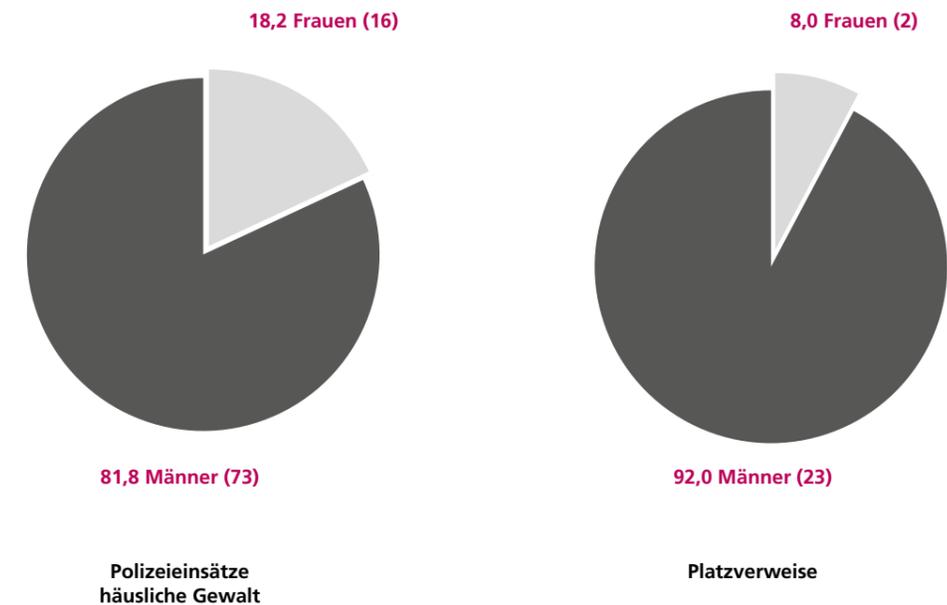
Ergebnisse:

- Knapp 82 Prozent der 2012 bei Einsätzen wegen häuslicher Gewalt polizeibekannt gewordenen Täter waren Männer.
- Dabei war 2012 mit rund 18 Prozent der bislang höchste Anteil an Täterinnen seit Ausweitung des Platzverweisverfahrens auf den privaten Raum (2000) zu verzeichnen. In einem Fall waren beide Partner gewalttätig.
- Vergleicht man diesen Anteil mit der Zahl der ausgesprochenen Platzverweise, die nach Einschätzung der Gefährdungslage durch die Polizei verfügt wurden, so reduziert sich dieser auf 2 Täterinnen (8 Prozent), während insgesamt 23 Männer der Wohnung verwiesen wurden (92 Prozent).
- Aktuelle Aussagen zur Anzahl der TäterInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren mangels Daten nicht möglich.

1 Zu den in der Vergangenheit von der Polizei erfassten Delikten im Rahmen von Einsätzen wegen häuslicher Gewalt zählten: einfache und schwere Körperverletzungen, Bedrohung, Sachbeschädigung und sexuelle Nötigung/Vergewaltigung. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern in Heidelberg, Heidelberg 2006, S. 7.

2 Der Bericht Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern in Heidelberg (2006) ermittelte für die Jahre 2000–2005 noch einen Männeranteil von knapp 94 Prozent an allen polizeibekannt gewordenen Tätern bei häuslicher Gewalt. Somit wäre hier ein Rückgang um 12 Prozentpunkte zu verzeichnen. Vgl. Ebd., S. 6.

Abb. 6 u. 7: Anteil (und Anzahl) der in Heidelberg polizeibekannt gewordenen TäterInnen bei Einsätzen gegen häusliche Gewalt und bei ausgesprochenen Platzverweisen nach Geschlecht (2012) (in %)



Quelle: Polizeidirektion Heidelberg.

Mitbestimmen können

Die Teilhabe an politischen Entscheidungen ist nicht nur ein unverzichtbarer Maßstab für Geschlechtergerechtigkeit und gelingende Integration von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund, sie ist auch als Nagelprobe für gelingende Demokratie zu verstehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nur ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über volle politische Rechte und damit über die Möglichkeit verfügt, sich selbst zur Wahl zu stellen bzw. selbst wählen zu gehen.

Politische Partizipation

Das Anliegen:

Die Teilhabe an politischen Entscheidungen ist nicht nur ein unverzichtbarer Maßstab für Geschlechtergerechtigkeit und gelingende Integration von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund, sie ist auch als Nagelprobe für gelingende Demokratie zu verstehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nur ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über volle politische Rechte und damit über die Möglichkeit verfügt, sich selbst zur Wahl zu stellen bzw. selbst wählen zu gehen. So können sich z. B. an Kommunalwahlen nur AusländerInnen mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Landes und deutsche StaatsbürgerInnen, darunter auch Eingebürgerte oder (Spät-) AussiedlerInnen, beteiligen, während Drittstaatsangehörige AusländerInnen davon ausgeschlossen sind.¹

Mit acht Indikatoren untersuchen wir die Repräsentanz von Frauen und Männern mit oder ohne Migrationshintergrund in den ehrenamtlichen politischen Gremien und Ämtern und den hauptamtlichen politischen Führungspositionen des Stadt- und Wahlkreises Heidelberg.²

In Zusammenhang mit Geschlechtergerechtigkeit wird in der EU von einer „ausgewogenen Mitwirkung“ gesprochen. Dabei gilt eine paritätische Besetzung als anzustrebende Größe. Die Mehrzahl der EU-Staaten geht von einem Anteil von 30 Prozent als „kritischem Wert“ für eine effektive Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen aus.³ Für eine Bewertung des Integrationsgrades ist dieser Wert allerdings nicht ohne weiteres übertragbar.⁴ Angesichts ihres Anteils an den Wahlberechtigten insgesamt – in Heidelberg liegt dieser bei knapp 25 Prozent – können Menschen mit Migrationshintergrund eine entsprechende Größenordnung in den meisten Gremien gar nicht erreichen. Darüber hinaus wirkt das Merkmal „Migrationshintergrund“ aufgrund der Heterogenität der Gruppe nicht mit der gleichen Sichtbarkeit wie das Merkmal „Geschlecht“.

Ergebnisse kurzgefasst:

Aus der Geschlechterperspektive fällt auf

Politische Ehrenämter: In fast allen untersuchten politischen Ehrenämtern erreichen und überschreiten Frauen in Heidelberg den „kritischen Wert“ von 30 Prozent bei einer Spannweite von 33 bis 66 Prozent. Bei den Fraktionsvorsitzenden und im Jugendgemeinderat überschreiten sie sogar ihren Anteil an den kommunal Wahlberechtigten um 12 bzw. knapp 2 Prozentpunkte. Darüber hinaus ist ihr Anteil gegenüber den vorangegangenen Wahlen in diesen Gremien um jeweils rund 17 bzw. 6 Prozentpunkte gestiegen.⁵ Dieser positive Trend gilt auch für den Gemeinderat (knapp 3 Prozentpunkte). Hier entspricht der Frauenanteil mit ca. 43 Prozent dem höchsten für Heidelberg gemessenen Wert seit Ende des Zweiten Weltkrieges.⁶

Gemessen an ihrem Anteil an den kommunal Wahlberechtigten in Höhe von geschätzt 54 Prozent⁷ sind Frauen in sechs von acht politischen Ehrenämtern dennoch deutlich unterrepräsentiert. Bei den Partei- und Kreisvorsitzenden erreichen sie nur einen Anteil von 25 Prozent.

Politische Hauptämter: In den Führungs- und Entscheidungspositionen politischer Hauptämter sind Frauen sogar nur mit gut 11 Prozent, das entspricht einer Person, vertreten. Im Jahre 2006 lag ihr Anteil hier noch bei 20 Prozent⁸ und ist somit rückläufig.

Dort wo die Ämterbesetzung durch eine direkte Wahl der Bürgerschaft oder der zielgruppenspezifischen Community erfolgt, zeigt sich eine deutliche Überschreitung des 30-Prozent-Wertes für die Gruppe der Frauen. Diese erhöhte Offenheit zur Gewährung gleicher politischer Beteiligungsrechte für Frauen gilt jedoch nicht für die einflussreichsten und am besten bezahlten Positionen.

Aus der Perspektive von Zuwanderung fällt auf

Politische Ehrenämter: Die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund und der EU-AusländerInnen ist im Verhältnis zu ihrem Anteil an den Wahlberechtigten von geschätzten rund 25 Prozent⁹ in den meisten politischen Ehrenämtern noch deutlich unterrepräsentiert. Gar nicht vertreten sind sie bei den Fraktionsvorsitzenden sowie aller Voraussicht nach im Beirat von Menschen mit Behinderungen. Als Partei- und Kreisvorsitzende, im Gemeinderat und unter den befragten Bezirksbeiräten sind sie nur mit jeweils rund 17, knapp 13 bzw. gut 10 Prozent vertreten, bei den WahllistenkandidatInnen zuletzt ebenfalls mit lediglich gut 10 Prozent.

Ausnahmen bilden hier nur der Jugendgemeinderat mit einem Anteil von knapp 67 Prozent sowie der Heidelberger Ausländer- und Migrationsrat (AMR) mit 84 Prozent, der seinen hohen Anteil allerdings aufgrund der besonderen Ausgestaltung des Wahlrechts für dieses Gremium erreicht.

Politische Hauptämter: In den Führungs- und Entscheidungspositionen politischer Hauptämter sind Menschen mit Migrationshintergrund gar nicht vertreten. Eine Offenheit zur Gewährung gleicher politischer Beteiligungsrechte bei einer Ämterbesetzung durch direkte Wahl der Bürgerschaft oder die zielgruppenspezifische Community lässt sich für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund bislang nur in Ansätzen erkennen.

¹ Der kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik charakterisierte diesen Umstand 2010 als „Demokratie-defizit der modernen Einwanderungsgesellschaft“, da „ein integraler Bestandteil der Bevölkerung“ von politischen Rechten auf kommunaler Ebene ausgeschlossen sei. Vgl. Empfehlungen des kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik: „Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten“, Stuttgart 2010, S. 8.

² Die Repräsentanz unserer Zielgruppen in Führungs- und

Entscheidungspositionen der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft sowie in Forschung und Lehre bleibt dabei unberücksichtigt. Ebenso wenig verfügen wir über aussagefähige Daten zum Grad der Beteiligung an den allgemeinen Wahlen oder an anderen Formen der politischen Partizipation wie die Teilnahme an Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, die Mitarbeit in politischen Parteien und Initiativen, Leitungsfunktionen im Rahmen von Ehrenämtern oder der direkten Kontaktaufnahmen zu PolitikerInnen.

³ Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Umsetzung der Empfehlung 96/694 des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess KOM/2000/0120 endg.; vgl. auch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Eine Standortbestimmung, Berlin 2010, S. 7.

⁴ Laut SCHÖNWALDER wurde die Frage nach der parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund von Politik und Forschung bislang weitestgehend vernachlässigt. Die Studie spricht von einem anzustrebenden Repräsentationsgrad von Migrantinnen und Migranten entsprechend ihres jeweiligen Bevölkerungsanteils. Vgl. Schönwalder, K. et al.: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Berlin 2011, S. 12, 23.

⁵ Mit Unterzeichnung der EU-Charta im Jahre 2007 hatte sich die Stadt Heidelberg u. a. zur Anerkennung des Grundsatzes einer ausgewogenen Vertretung in allen gewählten und öffentlichen Entscheidungsgremien verpflichtet. Vgl. Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.): Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, Brüssel – Paris 2006, S. 9, Artikel 2 (3).

⁶ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44f.

⁷ Schätzung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg für den Zeitraum September 2009.

⁸ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44.

⁹ Schätzung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg für den Zeitraum September 2009.

Politische Ehrenämter

1 Gemeinderat

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Mitgliedern des Heidelberger Gemeinderates.

Methodische Hinweise: Dem Heidelberger Gemeinderat gehörten im Oktober 2012 insgesamt 40 Stadträtinnen und Stadträte sowie – qua Amt und als dessen Vorsitzender – der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg an. Die Besetzung erfolgt in direkter, allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl und unter Berücksichtigung der Grundsätze des Verhältniswahlrechts. Aktiv und passiv wahlberechtigt sind dabei alle Deutschen im Sinne des Art. 116 GG sowie alle EUBürgerinnen bzw. EU-Bürger ab dem vollendeten 18. (seit April 2013 seit dem 16.) Lebensjahr, die am Wahltag seit mindestens drei Monaten mit Erstwohnsitz im Stadtkreis gemeldet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Zusätzlich zu den eigenen Berechnungen zur Ermittlung des Vorliegens eines „Migrationshintergrundes“ anhand onomastischer Kriterien erfolgte im Oktober 2012 eine ergänzende Abfrage aller 40 Mitglieder des Heidelberger Gemeinderates. Das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg blieb dabei unberücksichtigt.

Datenquelle: Eigene Berechnungen (Schätzung, Stand: Oktober 2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme von Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund auf kommunalpolitische Entscheidungen; das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern.

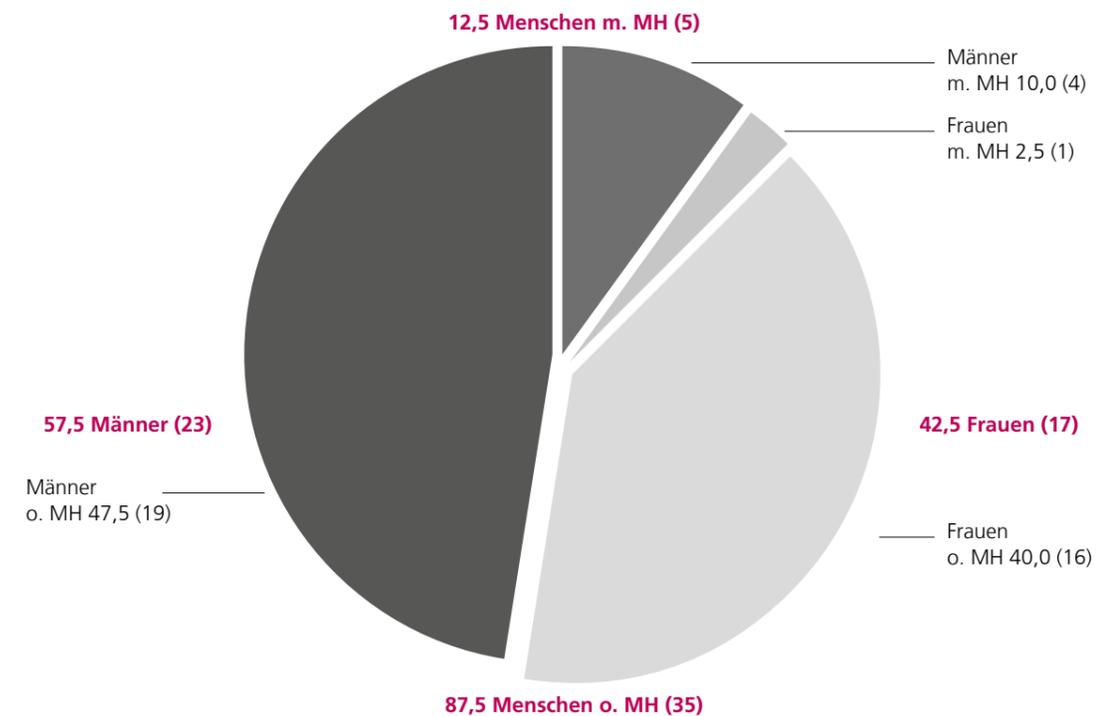
Ergebnisse:

- Der Anteil der Frauen im Heidelberger Gemeinderat entsprach 2012 mit fast 43 Prozent dem höchsten für Heidelberg gemessenen Wert seit Ende des Zweiten Weltkrieges.² Gegenüber 2006 stieg ihr Anteil somit noch einmal um gut 3 Prozentpunkte.³
- Zwar entsprach die Repräsentanz von Frauen noch nicht ihrem Anteil an den Wahlberechtigten (ca. 54 Prozent),⁴ überstieg den „kritischen Wert“ von 30 Prozent aber deutlich und lag zudem erheblich über dem für 2012 gemessenen durchschnittlichen Frauenanteil in baden-württembergischen Gemeinderäten von ca. 22 Prozent. Der Stadtkreis nahm hier – mit knappem Abstand zu Stuttgart und Karlsruhe – eine Spitzenposition im Land ein.⁵
- Auffällig war die geringe Repräsentanz von Frauen mit Migrationshintergrund.⁶ Ebenso, dass Migrantinnen und Migranten mit deutscher oder EU-Staatsangehörigkeit in diesem wichtigsten kommunalpolitischen Gremium der Stadt mit geschätzt knapp 13 Prozent im Vergleich zu ihrem Anteil an den aktiv und passiv Wahlberechtigten (ca. 25 Prozent) noch deutlich unterrepräsentiert waren. Dennoch dürfte Heidelberg auch mit diesem Ergebnis einen der vordersten Plätze unter den Städten im Land belegen.⁷

1 Der Frauenanteil im Heidelberger Gemeinderat wurde bereits im Nachhaltigkeitsbericht als Messgröße für das Querschnittsziel einer Gleichstellung von Frauen und Männern gewählt. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht 2011. Indikatorengestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015, Heidelberg 2011, S. 7.

2 Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass dieser Anteil erst durch das Nachrücken einer Stadträtin während der laufenden Amtszeit des Gemeinderates zustande kam. Laut ursprünglichem Wahlergebnis aus dem Jahr 2009 betrug der Anteil der Frauen im Heidelberger Gemeinderat 40 Prozent (16 Frauen) und war damit ebenso hoch, wie in der vorangegangenen Legislaturperiode (bis 2006). In der Legislaturperiode 1999 bis 2004 war durch das Ausscheiden einer Stadträtin und das Nachrücken von zwei Stadt-

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der Mitglieder des Heidelberger Gemeinderates nach Geschlecht¹ und Migrationshintergrund (Schätzung, Stand: Oktober 2012) (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen (Schätzung, Stand: Oktober 2012).

rätinnen schon einmal ein Frauenanteil von 42,5 Prozent erreicht worden.

3 Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44f.

4 Schätzung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg für den Zeitraum September 2009.

5 Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013, S. 12. Danach ergab sich für den Gemeinderat der Stadt Stuttgart ein Frauenanteil von 40 Prozent, für Karlsruhe ein Frauenanteil von 41,7 Prozent (Zahlen für die Gemeinderatswahlen 2009).

6 Dieser Befund steht dabei in deutlichem Gegensatz zu

den Ergebnissen der bundesweiten Studie von SCHÖNWALDER et al. wonach migrantische Ratsmitglieder häufiger weiblich sind als nichtmigrantische Ratsmitglieder. Vgl. Schönwalder, K. et al.: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Berlin 2011, S. 40.

7 Ebd., S. 24ff. Danach lag der MigrantInnen-Anteil im Rat der Stadt Stuttgart 2011 bei 13,3, in Ulm bei 10, in den Räten der Städte Karlsruhe und Freiburg bei je 6,3 Prozent. In den Räten der Städte Mannheim, Heilbronn und Pforzheim gab es 2011 gar keine VertreterInnen mit Migrationshintergrund. Allerdings sind die hier wiedergegebenen Zahlen der Studie für Baden-Württemberg aufgrund der jeweiligen Erhebungsmethoden nicht immer exakt und daher eher als „Mindestzahlen“ zu interpretieren. Vgl. Ebd., S. 21.

2 Jugendgemeinderat (JGR)

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der weiblichen und männlichen Jugendlichen mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Mitgliedern des Heidelberger Jugendgemeinderats (JGR).

Methodische Hinweise: Der Heidelberger Jugendgemeinderat wird alle zwei Jahre neu gewählt und besteht aus 30 direkt gewählten Jugendvertreterinnen und -vertretern im Alter von 14 bis 19 Jahren sowie aus sechs beratenden Mitgliedern aus der Mitte des Gemeinderates. Aktiv wahlberechtigt sind alle Schülerinnen und Schüler an Heidelberger Schulen, unabhängig von ihrer jeweiligen Staatsangehörigkeit oder ihres jeweiligen Wohnorts sowie alle Heidelberger Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren. Passiv wahlberechtigt sind dagegen alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren mit Wohnsitz in Heidelberg. Der Jugendgemeinderat vertritt die Interessen der Jugendlichen gegenüber dem Gemeinderat und seinen Ausschüssen sowie gegenüber dem Oberbürgermeister. Er hat die Aufgabe, den Gemeinderat in Fragen, die Jugendliche in Heidelberg betreffen, zu beraten.

Im Oktober 2012 bestand der Heidelberger Jugendgemeinderat aus insgesamt 36 Mitgliedern, darunter sechs entsandten Gemeinderatsmitgliedern.

Datenquelle: Geschäftsstelle Jugendgemeinderat, Stadt Heidelberg (Stand: Oktober 2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme von weiblichen und männlichen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene; den Anteil an Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund bei den in den JGR entsandten Gemeinderatsmitgliedern; das Wahlverhalten von Jugendlichen.

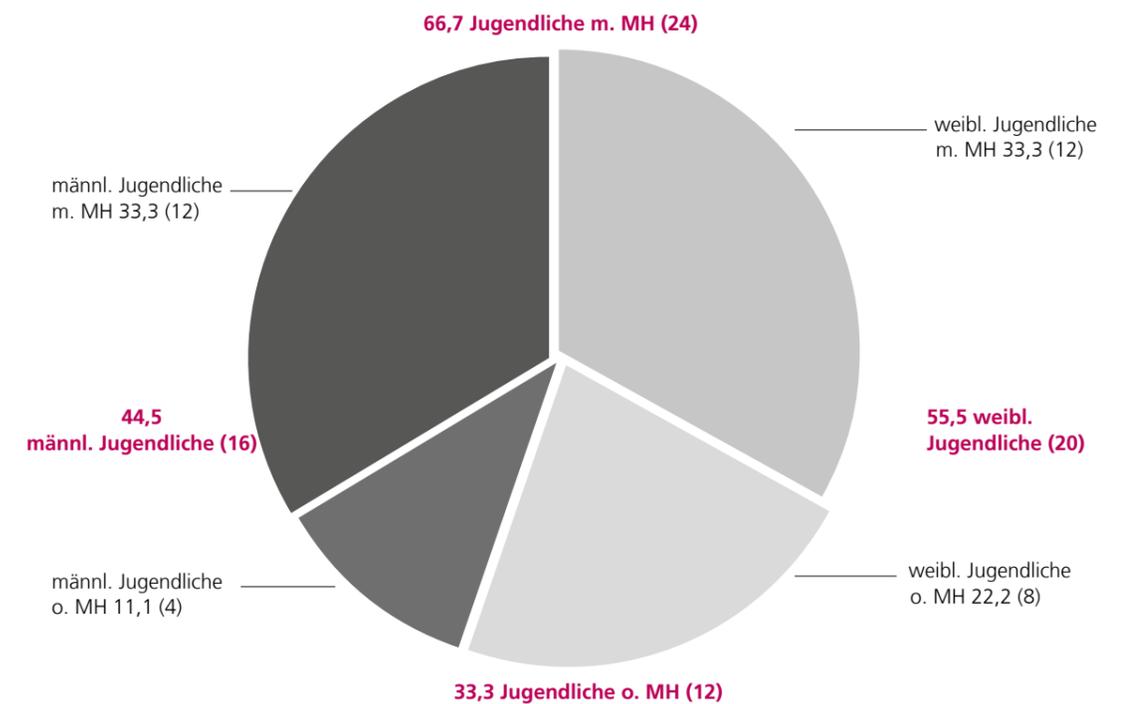
Ergebnisse:

- Als einziges städtisches Gremium wies der Jugendgemeinderat 2012 eine Mehrheit an weiblichen Mitgliedern auf (55 Prozent). Damit war hier gegenüber 2006 ein prozentualer Zuwachs um 5 Prozentpunkte (dies entspricht zwei Personen) zu verzeichnen.¹
- Jugendliche mit Migrationshintergrund waren besonders engagiert: zwei Drittel aller Mitglieder des Jugendgemeinderat verfügten über einen Migrationshintergrund.² Männliche und weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund waren dabei gleich stark in diesem Gremium vertreten.
- Von den sechs in den Jugendgemeinderat entsandten Gemeinderatsmitgliedern verfügte die Hälfte über einen eigenen Migrationshintergrund.

¹ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44f.

² Gemäß einer Auswertung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg machten Jugendliche mit Migrationshintergrund zuletzt einen Anteil von gut 38 Prozent an allen 14- bis 19-Jährigen HeidelbergerInnen aus (Stand: 31.12.2011).

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der Mitglieder des Heidelberger Jugendgemeinderats (JGR) nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Stand: Oktober 2012) (in %)



Quelle: Geschäftsstelle Jugendgemeinderat, Stadt Heidelberg (Stand: Oktober 2012).

3 Bezirksbeiräte

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Mitgliedern der Heidelberger Bezirksbeiräte.

Methodische Hinweise: Bezirksbeiräte bestanden im Oktober 2012 in 14 Heidelberger Stadtteilen (Altstadt, Bergheim, Boxberg, Emmertsgrund, Handschuhsheim, Kirchheim, Neuenheim, Pfaffengrund, Rohrbach, Schlierbach, Weststadt einschließlich Südstadt, Wieblingen und Ziegelhausen). Aufgabe der Bezirksbeiräte ist die Beratung von Gemeinderat und Verwaltung in wichtigen, den Stadtbezirk betreffenden Angelegenheiten. Die Mitgliederzahl dieser Gremien liegt je nach Größe des Stadtbezirks zwischen 10 und 18 Personen. Die Sitze im Bezirksbeirat werden auf die verschiedenen Parteien und Wählervereinigungen unter Berücksichtigung der Wahlergebnisse im jeweiligen Stadtbezirk bei der letzten ordentlichen Wahl zum Gemeinderat verteilt. Darüber, wer in einen Bezirksbeirat berufen wird, entscheiden letztlich aber die Parteien selbst aufgrund der ihnen pro Stadtteil zur Verfügung stehenden Plätze. Die KandidatInnen der Parteien müssen dabei nicht zwangsläufig Parteimitglieder sein. Die Personalvorschläge müssen vom Gemeinderat bestätigt werden. Wählbar ist, wer Deutsche/r im Sinne des Grundgesetzes oder EU-BürgerIn ist, am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten mit Erstwohnsitz im Stadtkreis gemeldet war.

Da der Stadtverwaltung keine Daten zum „Migrationshintergrund“ der BezirksbeirätInnen vorlagen, wurde im Oktober 2012 eine entsprechende Umfrage unter allen Heidelberger BezirksbeirätInnen durchgeführt. An dieser hatten sich insgesamt knapp 60 Prozent (107) aller 178 Heidelberger BezirksbeirätInnen beteiligt.

Datenquelle: Eigene Berechnungen; Umfrage (Stand Oktober 2012).

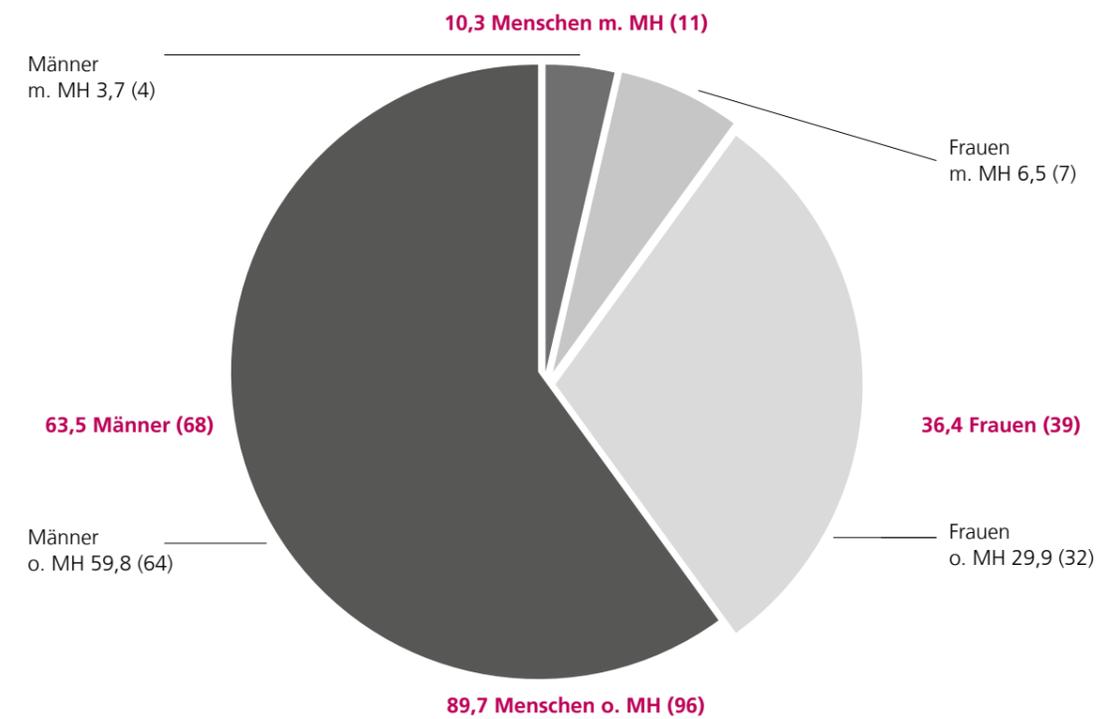
Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme von Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund in den Bezirksvertretungen; das Wahlverhalten der Parteien.

Ergebnisse:

- Der Anteil der Frauen unter den Heidelberger BezirksbeirätInnen lag 2012 nur rund 6 Prozentpunkte über dem „kritischen Wert“ von 30 Prozent und war damit weit von ihrem Anteil an den Wahlberechtigten entfernt. Damit blieben die Zahlen im Vergleich zum Jahre 2006 nahezu unverändert.¹
- Die Ergebnisse einer Umfrage unter allen Heidelberger BezirksbeirätInnen, wonach annähernd 10 Prozent der Befragten über einen Migrationshintergrund verfügten, geben einen Hinweis darauf, dass Migrantinnen und Migranten mit deutscher oder EU-Staatsangehörigkeit in diesen stadtteilnahen Gremien im Vergleich zu ihrem geschätzten Anteil an den aktiv und passiv Wahlberechtigten (knapp 25 Prozent) noch deutlich unterrepräsentiert sind.

¹ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44f.

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der befragten Heidelberger BezirksbeirätInnen nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Stand: Oktober 2012) (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Umfrage (Stand: Oktober 2012).

4 Ausländerrat/Migrationsrat (AMR)

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Mitgliedern des Heidelberger Ausländerrats/Migrationsrats (AMR).

Methodische Hinweise: Der Ausländerrat/Migrationsrat setzt sich gemäß § 2 Absatz 1 der Satzung zur Errichtung eines Ausländerrates/Migrationsrates in Heidelberg (Ortsrecht Stadt Heidelberg) zusammen aus:

- 13 Mitgliedern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen,
- 4 entsandten Mitgliedern aus der Mitte des Gemeinderates sowie
- 8 Mitgliedern, die entweder als Ausländer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen, eingebürgerte Einwohnerinnen und Einwohner ausländischer Herkunft oder Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach § 4 BVFG sind, welche die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 7 oder § 40 a StAG erworben haben. Aktiv und passiv wahlberechtigt bei der Wahl der Mitglieder nach § 2 Absatz 1 Buchstabe a) sind alle Ausländerinnen und Ausländer, die am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates besitzen, seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in Heidelberg angemeldet haben und die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Diese Mitglieder werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Die Wahl erfolgt nach Wahlvorschlägen der Wahlberechtigten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Mitglieder nach § 2 Absatz 1 Buchstabe c) werden vom Gemeinderat auf Vorschlag der gewählten und der gemeinderätlichen Mitglieder (Buchstaben a und b) bestellt.

Datenquelle: Geschäftsstelle Ausländerrat/Migrationsrat, Stadt Heidelberg (Stand: Oktober 2012).

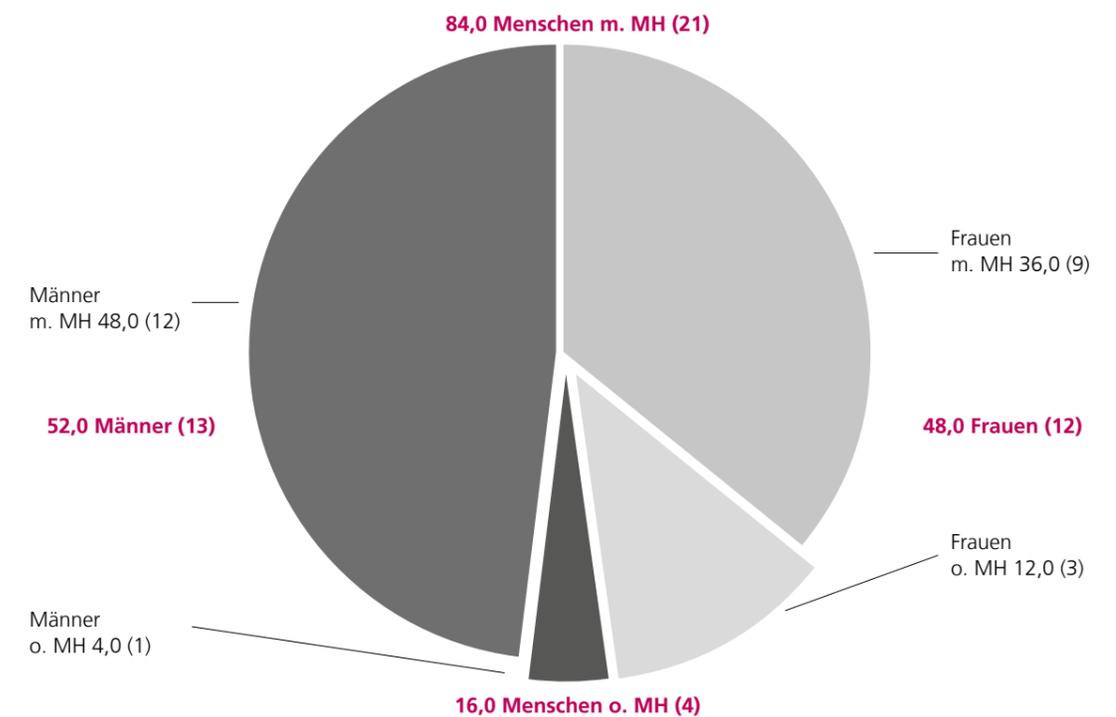
Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur kommunalpolitischen Einflussnahme im Kontext Integrationspolitik von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund, insbesondere von Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit; den Anteil an Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund bei den in den AMR entsandten Gemeinderatsmitgliedern; das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern ohne EU-Staatsangehörigkeit, sowie von Parteien.

Ergebnisse:

- Frauen bzw. Männer mit Migrationshintergrund stellten 2012 die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder des Ausländerrats/Migrationsrats. Dies ist der besonderen Verfasstheit dieses Gremiums geschuldet.
- Dabei herrschte eine annähernd paritätische Besetzung von Frauen und Männern. Trotz der Zunahme der Gesamtmitgliederzahl von 19 auf nunmehr 25 Personen ergab sich jedoch ein Rückgang des Frauenanteils gegenüber dem Jahr 2006 um etwa 5 Prozentpunkte.¹
- Unter den vier in den AMR entsandten Gemeinderatsmitgliedern waren zuletzt keine Personen mit Migrationshintergrund vertreten.

¹ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44f.

Abb. 4: Anteil (und Anzahl) der Mitglieder im Heidelberger Ausländerrat/Migrationsrat nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Stand: Oktober 2012) (in %)



Quelle: Geschäftsstelle Ausländerrat/Migrationsrat, Stadt Heidelberg (Stand: Oktober 2012).

5 Beirat von Menschen mit Behinderungen (bmb)

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Mitgliedern des Heidelberger Beirats von Menschen mit Behinderungen (bmb).

Methodische Hinweise: Der Beirat von Menschen mit Behinderungen besteht derzeit (Stand: Oktober 2012) aus 15 Mitgliedern, darunter 10 Männer und 5 Frauen. 14 Mitglieder stammen aus dem Kreis der Menschen mit Behinderungen, ein weiteres Mitglied wird von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege entsandt. Die Mitglieder des seit März 2008 existierenden Gremiums werden vom Gemeinderat auf Vorschlag der Community (Berufungsgremium gebildet aus Verbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Elterninitiativen) bestellt. Die Amtszeit der ehrenamtlich tätigen Beiräte ist an die Wahlperiode des Gemeinderats gekoppelt.

Zusätzlich zu den eigenen Berechnungen zur Ermittlung des Vorliegens eines „Migrationshintergrundes“ anhand onomastischer Kriterien erfolgte im Oktober 2012 eine ergänzende Abfrage unter allen 25 Mitgliedern des bmb. Ein Vergleich mit früheren Jahren oder mit anderen Kommunen war in diesem Falle nicht möglich.

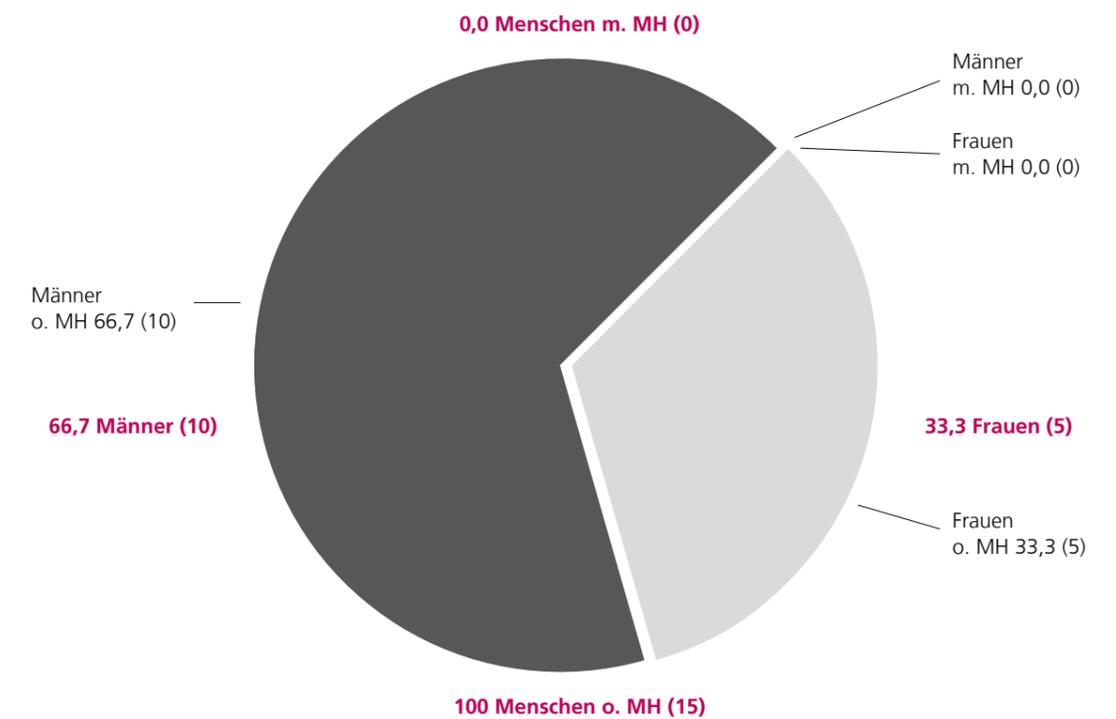
Datenquelle: Eigene Berechnungen (Schätzung, Stand: Oktober 2012).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme von Frauen und Männern mit Behinderungen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene.

Ergebnisse:

- Der Anteil der Frauen im Beirat von Menschen mit Behinderungen (bmb) lag 2012 nur gut drei Prozentpunkte über dem „kritischen Wert“ von 30 Prozent.
- Menschen mit Migrationshintergrund waren im Beirat von Menschen mit Behinderungen laut unseren Erkenntnissen nicht vertreten.

Abb. 5: Anteil (und Anzahl) der Mitglieder im Heidelberger Beirat von Menschen mit Behinderungen (bmb) nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Schätzung, Stand: Oktober 2012) (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen (Schätzung, Stand: Oktober 2012).

6 Parteiämter

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Personen im Vorsitz politischer Ehrenämter von Parteien, der Stadt bzw. des Wahlkreises Heidelberg.

Methodische Hinweise: Zu den ehrenamtlichen Parteiämtern zählen das Amt des/der Fraktionsvorsitzenden (derzeit 6 Fraktionsvorsitzende) sowie das Amt des/der Partei- bzw. Kreisvorsitzenden der derzeit im Heidelberger Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen. Da der Stadtverwaltung keine Daten zu den Partei- und Kreisvorsitzenden vorlagen, wurde von Dezember 2012 bis Februar 2013 eine Abfrage unter den im Heidelberger Gemeinderat vertretenen Parteien durchgeführt.

Datenquelle: Eigene Berechnungen; Heidelberger Parteien (Abfrage, Stand: Februar/März 2013).

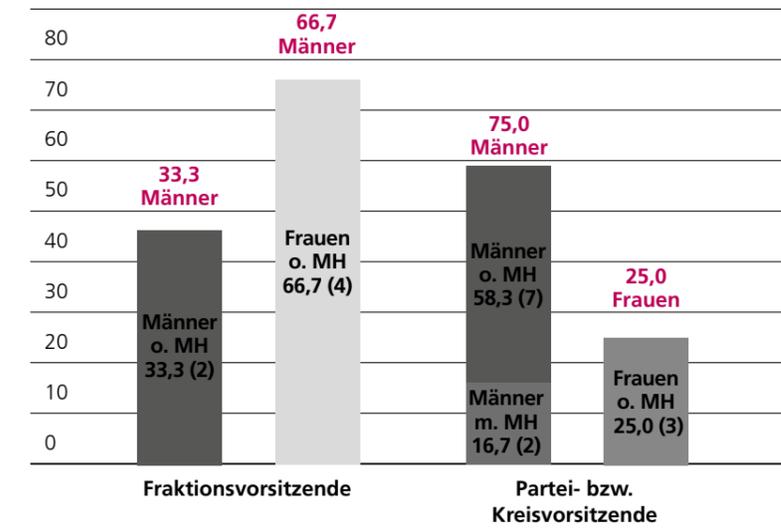
Der Indikator gibt Hinweise auf die Anerkennung kommunalpolitischer Führungs- und Leitungskompetenzen von Frauen sowie von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei den für die Wahl verantwortlichen Parteien.

Ergebnisse:

- Die Ausübung parteipolitischer Ehrenämter durch Migrantinnen und Migranten erwies sich 2013 als Ausnahme: Lediglich bei den Heidelberger Kreis- und Parteivorsitzenden verfügten knapp 17 Prozent (das entspricht zwei Personen) über einen Migrationshintergrund. Bei den Fraktionsvorsitzenden waren Menschen mit Migrationshintergrund überhaupt nicht vertreten. Keine einzige Frau mit Migrationsgeschichte bekleidete ein entsprechendes Ehrenamt.
- Mit 25 Prozent der Kreis- und Parteivorsitzenden der Heidelberger Parteien erreichten Frauen hier die schlechteste Repräsentanz in allen untersuchten politischen Ehrenämtern.
- Dafür stellten Frauen mit fast 67 Prozent bei den Heidelberger Fraktionsvorsitzenden die Mehrheit. Gegenüber 2006 ergab sich somit eine Steigerung ihres Anteils um annähernd 17 Prozentpunkte.¹

¹ Dies entspricht einer Person. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44.

Abb. 6: Anteil (und Anzahl) der Führungspositionen in ehrenamtlichen Parteikontexten nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Heidelberger Parteien (Abfrage, Februar/März 2013).

7 WahllistenkandidatInnen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund an allen WahllistenkandidatInnen der Heidelberger Parteien zur Gemeinderatswahl 2009.

Methodische Hinweise: Die 10 derzeit im Heidelberger Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen stellten für die Gemeinderatswahl im Jahre 2009 jeweils Listenkandidatinnen und –kandidaten für alle 40 im Heidelberger Gemeinderat zu vergebenden Sitze. Daraus ergab sich eine Gesamtzahl von insgesamt 400 Wahllistenkandidatinnen und Wahllistenkandidaten. Da der Stadtverwaltung keine eigenen Daten zum Migrationshintergrund der Kandidatinnen und Kandidaten vorlagen, wurde im Frühjahr 2013 eine entsprechende Umfrage unter den Heidelberger Parteien durchgeführt.

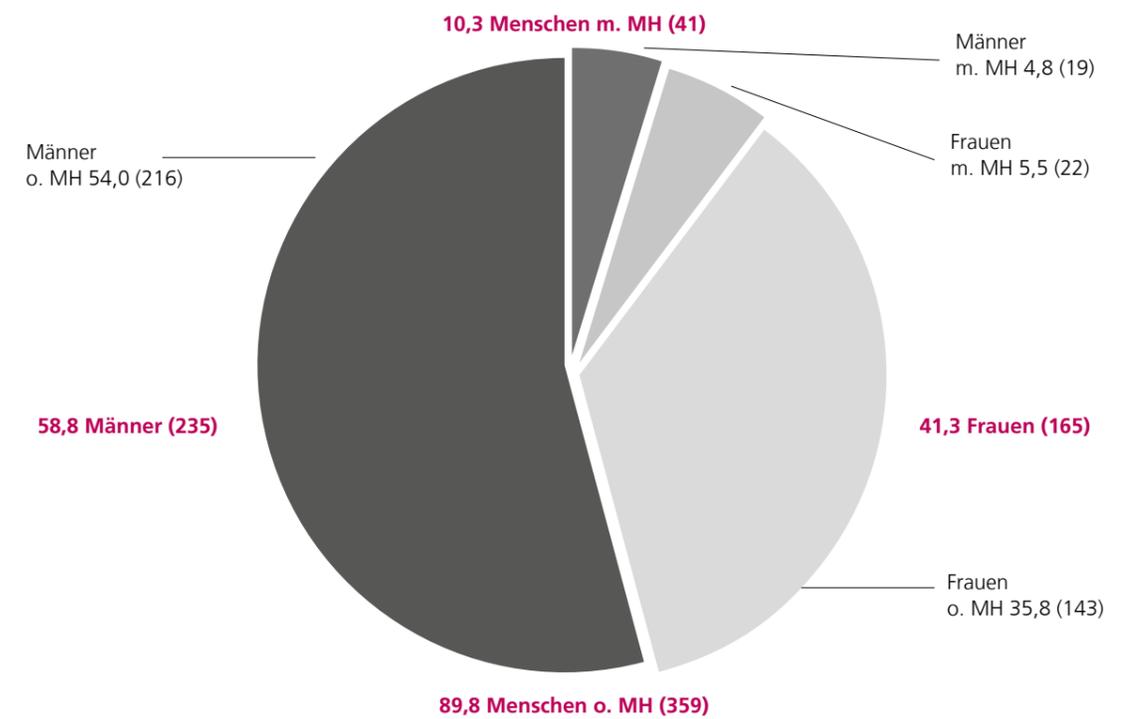
Datenquelle: Eigene Berechnungen; Heidelberger Parteien.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme von Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund auf kommunalpolitische Entscheidungen; das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Parteien.

Ergebnisse:

- Zwar entsprach die Repräsentanz von Frauen auf den Wahllisten der Heidelberger Parteien 2009 noch nicht ihrem Anteil an den Heidelberger Wahlberechtigten (ca. 54 Prozent), doch überstieg sie mit 41 Prozent deutlich den anerkannten „kritischen Wert“ von 30 Prozent. Dabei waren die Frauenanteile von Partei zu Partei unterschiedlich hoch: während etwa bei Bündnis 90/Die Grünen und der Grünen Alternativen Liste Heidelberg (GAL) auf eine paritätische Vergabe der Listenplätze geachtet wurde, bildeten die Männer auf den Wahllisten der übrigen Parteien die Mehrheit.
- Migrantinnen und Migranten mit deutscher oder EU-Staatsangehörigkeit waren auch bei der Aufstellung der Wahllisten noch eindeutig unterrepräsentiert: Lediglich 10 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten zur Gemeinderatswahl 2009 verfügten laut Auskunft der Parteien über einen Migrationshintergrund. Dabei waren Frauen mit Migrationshintergrund etwas häufiger auf den Wahllisten vertreten (Unterschied von drei Personen) als Männer.

Abb. 7: Anteil (und Anzahl) der WahllistenkandidatInnen der Heidelberger Parteien zur Gemeinderatswahl 2009 nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen; Heidelberger Parteien.

Politische Hauptämter

1 Politische Hauptämter

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Personen in politischen Hauptämtern der Stadt bzw. des Wahlkreises Heidelberg.

Methodische Hinweise: Als „politische Hauptämter“ gelten dabei alle politischen Spitzen- und Führungsämter innerhalb der Stadtverwaltung und des Wahlkreises Heidelberg. Dazu zählen das Amt des Oberbürgermeisters und des Dezernenten (2012 insgesamt drei Personen)¹ sowie die Vertreter des Wahlkreises im Bundestag (2012 insgesamt vier direkte oder über die jeweilige Landesliste gewählte Bundestagsabgeordnete)² sowie im baden-württembergischen Landtag (derzeit eine direkte gewählte Landtagsabgeordnete).³

Datenquelle: Sitzungsdienste, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme von Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene; die Anerkennung kommunalpolitischer Führungs- und Leitungskompetenzen von Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund durch die Bürgerinnen und Bürger bzw. bei den für die Wahl verantwortlichen politischen Parteien.

Ergebnisse:

- Politische Hauptämter der Stadt bzw. des Wahlkreises Heidelberg wurden 2012 in erster Linie durch Männer ohne Migrationshintergrund repräsentiert. Dies galt für die drei Heidelberger Bürgermeister und das Amt des Oberbürgermeisters genauso wie für die vier Abgeordneten im Deutschen Bundestag.⁴ Im Vergleich zum Jahr 2006 hatte sich somit bis auf die Verwaltungsspitze, die zuvor weiblich war, nichts geändert.⁵
- Lediglich im Landtag wurde der Wahlkreis 2012 von einer Frau vertreten; dies entsprach gut 11 Prozent aller politischen Hauptämter im Stadt- bzw. Wahlkreis.

- Migrantinnen und Migranten waren in den politischen Hauptämtern der Stadt bzw. des Wahlkreises Heidelberg überhaupt nicht vertreten. Dies dürfte allerdings auch damit zusammenhängen, dass das Bundestagsabgeordnetenamt sowie das Landtagsabgeordnetenamt jeweils nur Deutschen im Sinne des Art. 116, Abs. 1 GG offen stehen, das Amt des Bürgermeisters laut Gemeindeordnung ebenfalls nur Deutschen im Sinne des Art. 116, Abs. 1 GG sowie vor Ort ansässigen UnionsbürgerInnen, was den Kreis der passiv Wahlberechtigten hier entsprechend einschränkt.

1 Vgl. Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg, Dritter Abschnitt – Bürgermeister, § 46 Wählbarkeit: (1) Wählbar zum Bürgermeister sind Deutsche im Sinne von Artikel 116, Abs. 1 des Grundgesetzes und Unionsbürger, die vor der Zulassung der Bewerbungen in der Bundesrepublik Deutschland wohnen; die Bewerber müssen am Wahltag das 25., dürfen aber noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben und müssen die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten.

2 Vgl. Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung vom 23. Juli 1993, Dritter Abschnitt, § 15 Wählbarkeit: (1) Wählbar ist, wer am Wahltag 1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und 2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

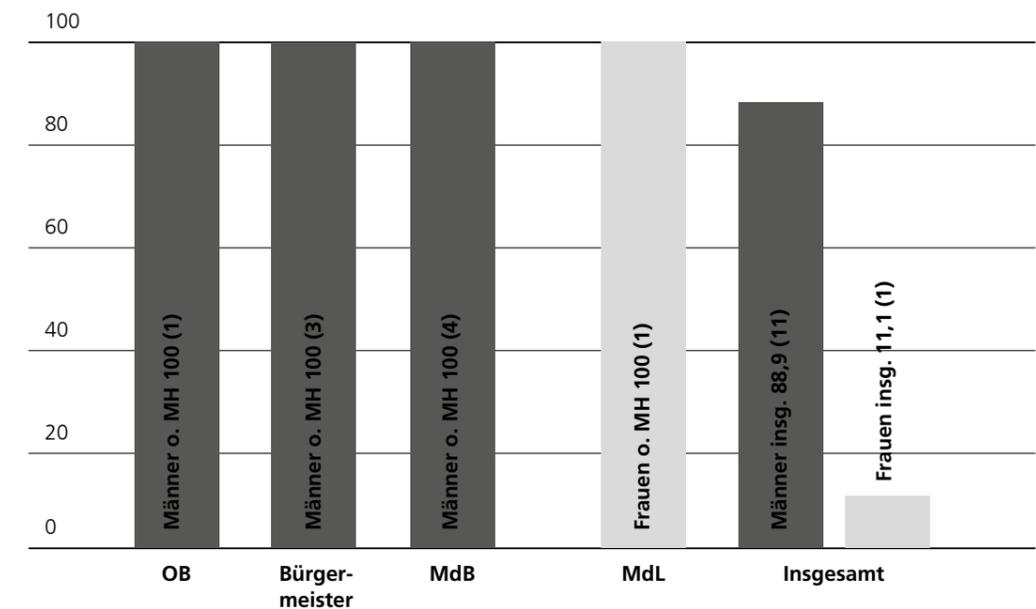
(2) Nicht wählbar ist, 1. wer nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder 2. der infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

3 Vgl. Gesetz über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz - LWG) in der Fassung vom 6. September 1983, § 7 Wahlrecht: (1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne von Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag 1. das 18. Lebensjahr vollendet haben, 2. seit mindestens drei Monaten in Baden-Württemberg ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung haben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und die 3. nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

4 Mittlerweile (Stand: Oktober 2013) kam hier eine Frau im Amt einer Bundestagsabgeordneten hinzu. Damit erhöhte sich der Frauenanteil in politischen Hauptämtern auf 16,7 Prozent.

5 Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): Heidelberger Datenreport zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, Heidelberg 2006, S. 44f.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der politischen Hauptämter in Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Stand: Oktober 2012) (in %)



Quelle: Sitzungsdienste, Stadt Heidelberg (Stand: Oktober 2012).

Wertschätzung von Vielfalt und Verschiedenheit

Die Ziele der interkulturellen und gleichstellungspolitischen Öffnung sind in den Leitlinien der Stadtverwaltung ausdrücklich hervorgehoben.

Interkulturelle und gleichstellungspolitische Öffnung der Verwaltung

Das Anliegen:

Gelingende Integration und Gleichstellung auf kommunaler Ebene bedeuten, dass Frauen und Männer, ob mit oder ohne Zuwanderungshintergrund, sich in ihrer Vielfalt und Verschiedenheit an Lebenslagen und Potenzialen in unserer Stadtgesellschaft einbringen und ihre Ansprüche auf eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben realisieren können.

Angesichts der gewachsenen sozialen Heterogenität kommt es darauf an, unverzichtbare Grundwerte unseres Zusammenlebens und Zusammenhalts sowohl zur Entfaltung zu bringen als auch zu verteidigen. Dem kompetenten Umgang mit den zahlreichen Kulturen, Lebens- und Arbeitsstilen, Sprachen und Werten, Möglichkeiten und Lebensbedingungen in der Bevölkerung fällt eine besondere Bedeutung zu damit gutes Zusammenleben gelingt und einem Auseinanderdriften der Bevölkerung grundsätzlich entgegengearbeitet werden kann.

Die damit verbundenen Herausforderungen betreffen den Staat und die Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen genauso wie politische Gremien, Vereine und Organisationen. Sie gelten darüber hinaus für alle Hierarchieebenen im Umgang mit KooperationspartnerInnen und Beschäftigten, aber auch im Dialog und der Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft, VertragspartnerInnen und politischen Netzwerken bzw. Institutionen.

Das Maß der interkulturellen und gleichstellungspolitischen Öffnung der Stadtverwaltung ist dabei eine wesentliche Rahmenbedingung, um zu diesem Gelingen beizutragen – auch wegen der Vorbildrolle der Stadt.¹ Im Falle der Geschlechtergerechtigkeit gibt es einen ausdrücklichen grundgesetzlichen Auftrag an die Kommune, den sie als unterste staatliche Ebene umzusetzen verpflichtet ist.²

Zunächst geht es um eine von allen Verantwortlichen gemeinsam befürwortete und getragene Haltung, nämlich um die Idee eines gelingenden demokratischen Zusammenlebens auf Augenhöhe und in gleichberechtigter Teilhabe, sowie um den Willen und die Ressourcen, diese Vorstellungen konsequent zu realisieren. Diese Haltung findet ihren Ausdruck z. B. in Leitlinien, Richtlinien und Umsetzungsverfahren, die sich immer deutlicher im praktischen Alltag des Verwaltungshandelns niederschlagen.

Auch im Personalbestand der Stadtverwaltung und den Gremien, die sie steuern, spiegelt sich konsequenterweise die gesellschaftliche Vielfalt. In welchem Maße diese Vielfalt in die Hierarchieebenen und in die Tätigkeitsbereiche der Stadtverwaltung integriert ist, gibt einen Hinweis darauf, inwieweit dieser Teilhabe- und Integrationsprozess verwaltungsintern bereits entwickelt ist.

Darüber hinaus geht es um die wachsende interkulturelle und gleichstellungspolitische Kompetenz von jeder und jedem bei der Gestaltung der persönlichen, sozialen, methodischen und fachlichen Ressourcen im Umgang mit allen KooperationspartnerInnen und dem eigenen Verantwortungsbereich. Auf diesem Weg kann sich eine Kultur der Vielfalt und der gleichberechtigten Teilhabe in der alltäglichen Arbeit der Stadtverwaltung entwickeln. Mit innovativen Ideen können öffentliche Dienstleistungen zielgruppengerecht zugänglich, attraktiv und bedarfsgerecht gestaltet werden. Gezielt kann außerdem am Abbau von Unterrepräsentanzen und Teilhabedefiziten in allen wesentlichen Zusammenhängen unseres gesellschaftlichen Lebens gearbeitet werden.

Ergebnisse kurzgefasst:

Vergleichen wir die Potenziale der interkulturellen und geschlechtergerechten Öffnung mit dem aktuellen Sachstand, den wir mit sechs Indikatoren

untersuchen, so sehen wir bereits viele gute Ansätze und solche, die weiterentwickelt werden können.

Selbstverständnis der Stadtverwaltung:

Ausdrücklich hervorgehoben sind die Ziele der interkulturellen und gleichstellungspolitischen Öffnung in den Leitlinien der Stadtverwaltung. Sie spiegeln sich auch in den institutionalisierten Verfahren zu deren Umsetzung und dies im gesamten Steuerungskreislauf der Verwaltung in Form von Top-Down und Bottom-Up-Prozessen.

Institutionalisierte Steuerung: Beispielhaft hervorgehoben sei die institutionalisierte Form der Steuerung dieser Öffnung sowohl auf Dezernatsebene (Dezernat für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste), als auch im Rahmen eines Fachamtes (Amt für Chancengleichheit), eines gemeinderätlichen Fachausschusses (Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit) und eines beratenden Gremiums, dem Ausländerrat/Migrationsrat. Ebenso erwähnt sei die für beide Zielgruppen praktizierte Form der Erarbeitung von Aktionsplänen unter breiter ämterübergreifender Beteiligung der Verwaltung und einer interessierten Bürgerschaft sowie kommunaler AkteurInnen bzw. ExpertInnen. Die im Kommunalen Integrationsplan (KIP) und in der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern eingegangenen Selbstverpflichtungen zu regelmäßigen Umsetzungsberichten über die Realisierung der gesetzten Leistungsziele erlauben in Verbindung mit einem kontinuierlichen indikatorengestützten Monitoring einen fortwährenden Selbstverbesserungsprozess in die gewünschte Richtung.

Personalstruktur der Stadtverwaltung:

Repräsentanz: Was den Personalbestand der Stadtverwaltung angeht, so entsprach der Anteil der Frauen mit 51 Prozent bereits nahezu ihrem Bevölkerungsanteil. Obwohl ihre quantitative Repräsentanz durch das hohe Maß an Teilzeitarbeitenden (im Vergleich der Vollzeit-äquivalente von Frauen und Männern) noch einmal deutlich sinkt, haben Frauen dennoch einen signifikanten Vorsprung gegenüber Menschen mit

Migrationshintergrund.³ Im Zuge einer im Februar 2013 verwaltungsintern durchgeführten und freiwillig zu beantwortenden Personalumfrage unter Beteiligung von rund 47 Prozent aller Beschäftigten wurde u. a. auch die Frage nach dem Migrationshintergrund gestellt. Während ca. 5 Prozent der Befragten hierzu keine Angaben machten, gaben knapp 8 Prozent an, selbst über einen Migrationshintergrund zu verfügen. Auch wenn wir damit noch nicht den tatsächlichen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Personalbestand der Stadt kennen, werten wir das ermittelte Ergebnis als Hinweis auf eine deutliche Unterrepräsentanz.

Verteilung auf verschiedenen Ebenen:

Bei der Verteilung auf Hierarchieebenen und in den Tätigkeitsbereichen der Stadtverwaltung zeichnet sich für beide Gruppen ab, dass je höher die Hierarchieebene ist, umso weniger Frauen vertreten sind und umso weniger Menschen mit Migrationshintergrund angeben, entsprechend zu arbeiten. Auch hier stellt sich die Situation der Frauen noch deutlich positiver dar. Während sie im höheren Dienst mittlerweile mit fast 33 Prozent repräsentiert sind, spielen Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Laufbahngruppe laut Umfrage bislang noch keine Rolle. Wie die Frauen so waren auch die befragten Menschen mit Migrationshintergrund überwiegend im mittleren und im gehobenen Dienst, allerdings in deutlich geringerem Umfang.

Auszubildende: Bei den Auszubildenden der Stadtverwaltung zeichnen sich eine geschlechterstereotype Auswahl der Ausbildungsberufe durch die Bewerberinnen und Bewerber und ein insgesamt höherer Anteil von jungen Frauen ab, die sich für diesen Stellenmarkt interessieren. Aus einer Erhebung von 2008 wissen wir, dass 23 Prozent der seinerzeit befragten städtischen Auszubildenden über einen Migrationshintergrund verfügten.⁴

Fortbildungen: Die Beschäftigten der Stadtverwaltung beteiligten sich im untersuchten Zeitraum kaum an Fortbildungen zum Thema interkulturelle Kompetenz. Eine Evaluation der Wirksamkeit der

vereinbarten Programmatik, Geschlechtergerechtigkeit als wesentliches Reformziel grundsätzlich in alle Fortbildungsformate einzubeziehen, konnte im Rahmen dieser Erhebung nicht überprüft werden.

Dienstleistungen: Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen und städtischen Verwaltungsangeboten ist erst in sehr begrenztem Umfang exemplarisch erhoben worden, verweist aber auf die prinzipielle Möglichkeit eines solchen Vorgehens in der Zukunft. Sie erlaubt gegenwärtig jedoch noch keine Einschätzung darüber, inwieweit öffentliche Dienstleistungen zielgruppengerecht attraktiv und bedarfsgerecht gestaltet werden.

¹ Zum Vorbildcharakter der Stadtverwaltung für andere Arbeitgeber im Stadtkreis vgl. auch: Stadt Heidelberg (Hrsg.): Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015. Leitlinien und Ziele, Heidelberg 2007, S. 40.

² Art. 3 Abs. 2 GG „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

³ Vgl. dazu Kapitel III. B) 1 „Voll- und Teilzeitbeschäftigung“, S. 92f.

⁴ Stadt Heidelberg, Personal- und Organisationsamt (Hrsg.): Auswertung der Migrationsabfrage (Azubis der Stadt Heidelberg), Heidelberg 2009. An der 2008 durchgeführten Umfrage beteiligten sich 110 (= 69 Prozent) der seinerzeit insgesamt 159 Auszubildenden.

1 Interkulturelle und gleichstellungspolitische Öffnung als strategisches Ziel

Beschreibung des Indikators:

Definition: Art der Verankerung der interkulturellen und gleichstellungspolitischen Öffnung als strategisches Ziel der Stadt Heidelberg.

Datenquelle: Amt für Chancengleichheit, Stadt Heidelberg.

Schwerpunkt Geschlechtergerechtigkeit:

- Der gemeinderätliche Auftrag, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung zu verwirklichen, die sowohl bei der Personal- und Organisationsentwicklung greift als auch bei den Dienstleistungen der Stadt, wird 1992 mit der Einrichtung eines Fachamtes umgesetzt.
- Im ersten Stadtentwicklungsplan (STEP) Heidelberg 2010 wird 1997 die Gleichberechtigung als Gemeinschaftsaufgabe der Stadt Heidelberg festgeschrieben (S. 32): „Die Stadt Heidelberg betrachtet die Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern als eine Gemeinschaftsaufgabe, die bei der Wahrnehmung aller kommunalen Aufgabenbereiche zum Ausdruck kommen wird.“ Spezifische Ziele werden verbindlich konkretisiert. Im Mittelpunkt stehen die Schwerpunkte gleichberechtigte Partizipation (S. 9f.) („Hierbei [bei der Einbindung in die politische und planerische Entscheidungsfindung] sind insbesondere die Zugangsmöglichkeiten für Frauen zu verbessern [...]. Kernanliegen von Frauen ist [...] die Sicherung gleichberechtigter Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei allen wichtigen stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen.“), selbstbestimmte Lebensformen und das Hinterfragen überkommener Rollenklischees (S. 10). „Gesellschaftliche Normen und Rollenklischees müssen öffentlich hinterfragt werden, damit sich die entsprechenden Rahmenbedingungen ändern.“ Außerdem die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (S. 16) („Erreicht werden soll die gleiche

Teilhabe von Frauen und Männern an der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen muss unterstützt werden. Die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben muss für alle Erwerbstätigen erleichtert werden.“)¹ sowie die Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt (S. 25) („Dem Entstehen und der Ausübung von Diskriminierung und Gewalt ist entgegenzuwirken. Von Gewalt Betroffene müssen geschützt werden. Präventive und schützende Maßnahmen sind als wichtige Querschnittsaufgabe besonders zu fördern.“).

- Diese Zielformulierungen werden im Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015 (2. STEP) aktualisiert und fortgeschrieben.² Die Umsetzung wird im vierten Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht³ von 2011 anhand entsprechender Messgrößen verfolgt.
- Seit 2007 wird die Querschnittsaufgabe Geschlechtergerechtigkeit im „Amt für Chancengleichheit“ als ein Schwerpunkt des Engagements der Stadt Heidelberg für gleichberechtigte Teilhabe und gegen Diskriminierung unabhängig von spezifischen Merkmalen und Lebensformen fortgeführt. Weitere Schwerpunkte des Amtes sind die Querschnittsaufgabe Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte, die Aufgabe Chancengleichheit am Arbeitsmarkt – Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit und die Kontaktstelle für Menschen, die sich diskriminiert fühlen und gegen Diskriminierung vorgehen wollen.
- 2007 unterzeichnet der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg mit geschlossener Zustimmung des Gemeinderates die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" als Rahmenkonzept für die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Geschlechtergerechtigkeit wird seitdem mit regelmäßigen Aktionsplänen ämterübergreifend und in einem Beteiligungsprozess kommunaler AkteurInnen in Verbindung mit einem entsprechenden indikatorengestützten

Monitoring und Berichtswesen verfolgt.⁴ Fortgesetzt wird das Konzept der Frauen- und Männerförderung sowie des Gender-Mainstreaming. Aufgegriffen wird die Strategie des Genderbudgeting.

- Ebenfalls 2007 wird das Dezernat für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste geschaffen, dem das Amt für Chancengleichheit zugeordnet wird.
- 2008 erfolgt die Gründung eines eigenen gemeinderätlichen Fachausschusses für Integration und Chancengleichheit in dem auch alle Angelegenheiten mit einem Bezug zum Schwerpunkt Geschlechtergerechtigkeit behandelt werden. Seit 2013 bündelt dieser Fachausschuss auch alle übrigen sozialen Themen und trägt den Namen Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit (ASC).

Schwerpunkt Integration:

- Seit 1990 besteht ein Ausländerrat/Migrationsrat, der die Belange der ausländischen EinwohnerInnen Heidelbergs vertritt und den Gemeinderat in allen Fragen berät, die die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen.
- Seit 2007 wird das Thema Integration in der Stadtverwaltung Heidelberg auf Dezernentenebene wahrgenommen. Mit der Schaffung eines (vierten) Dezernats für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste, liegt hier seither die Federführung der Querschnittsaufgabe „Integration“.
- Beim Bürgeramt der Stadt Heidelberg werden 2007 die „Stabsstelle für Migration“ und das Sachgebiet „Migration und Bürgerschaftliches Engagement“ eingerichtet.
- Im STEP Heidelberg 2010 werden 1997 das Thema „Migration“ als kommunale Querschnittsaufgabe verankert (S. 10) ("Migration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Verwaltungsbereiche berührt. Sie fordert deshalb konsequente und kontinuierliche Koordination. Bei der Pla-

nung soll der ethnischen und religiösen Heterogenität unserer Gesellschaft Rechnung getragen werden") und entsprechende Ziele, wie die Förderung des interkulturellen Lebens (S. 32) ("Die Stadt Heidelberg will Verantwortung tragen für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens und ausländische Einwohner/ -innen als gleichberechtigte Bürger/ -innen Heidelbergs anerkennen") sowie die Verhinderung von Ausgrenzung (S. 25) ("Im Sinne einer sozialverträglichen Stadtentwicklung wird schutzbedürftigen gesellschaftlichen Gruppen wie [...] Ausländern und alten Menschen Rechnung getragen. Das Miteinander von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Interessen soll gefördert werden.") und von Diskriminierung (S. 25) "Dem Entstehen und der Ausübung von Diskriminierung und Gewalt ist entgegenzuwirken." formuliert.⁵ Diese Zielformulierungen werden im Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015 (2. STEP) aktualisiert und weiter fortgeschrieben.⁶

- 2007–2010: Erarbeitung eines Kommunalen Integrationsplans (KIP), begleitet durch die KGSt unter Beteiligung der Fachämter sowie einer Vielzahl von ExpertInnen und Delegierten von Arbeitsgemeinschaften aus der Stadtgesellschaft.⁷
- 2008 erfolgt die Gründung eines eigenen gemeinderätlichen Fachausschusses für Integration und Chancengleichheit, in dem auch alle Angelegenheiten mit einem Bezug zum Schwerpunkt Integration behandelt werden (seit 2013 ASC).
- 2011 erfolgt der Übergang des früheren Sachgebietes „Migration und Bürgerschaftliches Engagement“ vom Bürgeramt auf das Amt für Chancengleichheit. Dort werden seither alle Projekte und Maßnahmen aus dem Bereich „Integration“ gebündelt, als ein Schwerpunkt des Engagements der Stadt Heidelberg für gleichberechtigte Teilhabe und gegen Diskriminierung unabhängig von spezifischen Merkmalen und Lebensformen.

– April 2012: Als eines der Schlüsselprojekte des KIP nimmt das Interkulturelle Zentrum in Gründung (IZ i.G.) seine Arbeit auf (in der Startphase dem Amt für Chancengleichheit zugeordnet). Es soll als Ort der Begegnung und des kulturellen Austausches für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund dienen und fungiert als Anlauf- und Vernetzungspunkt verschiedener Kulturen, Vereine und Institutionen. Neben der angebotenen Fachberatung für Migranten-selbstorganisationen, der Bereitstellung von Büro- und Veranstaltungsräumen und dem Anstoßen von Projekten zum Thema Migration und Integration wird derzeit an einem geeigneten Trägerformat gearbeitet, das bis Ende 2014 fertiggestellt sein soll.

1 http://www2.heidelberg.de/Perspektive/download/STEP_2010.pdf

2 http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents/heidelberg/PB5Documents/pdf/12_pdf_Step%202015%20mit%20Lesezeichen%20mit%20Vorwort%20E%20W%C3%BCrzner_s.pdf

3 http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents/heidelberg/PB5Documents/pdf/12_pdf_Nachhaltigkeitsbericht2011.pdf

4 Vgl. Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.): Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, Brüssel – Paris 2006.

5 http://www2.heidelberg.de/Perspektive/download/STEP_2010.pdf

6 http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents/heidelberg/PB5Documents/pdf/12_pdf_Step%202015%20mit%20Lesezeichen%20mit%20Vorwort%20E%20W%C3%BCrzner_s.pdf

7 http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents/heidelberg/Objektdatenbank/16/PDF/16_pdf_kip_lang_deutsch.pdf

2 MitarbeiterInnen bei der Stadtverwaltung Heidelberg

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der weiblichen und männlichen Beamten und Beschäftigten mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen BeamtInnen und Beschäftigten der Stadtverwaltung Heidelberg.

Methodische Hinweise: Personaldaten der Kommunen unterliegen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Angaben zum Migrationshintergrund der BeamtInnen und Beschäftigten/Angestellten¹ der Stadt Heidelberg waren dem Personal- und Organisationsamt deshalb nicht möglich, weshalb hier nur auf allgemeine Zahlen für Frauen und Männer zurückgegriffen werden konnte.

Im Februar 2013 wurde daher eine anonym und freiwillig zu beantwortende Personalumfrage unter den MitarbeiterInnen der Stadt Heidelberg durchgeführt. An dieser hatten sich insgesamt 1.123 von 2.401 MitarbeiterInnen und Mitarbeitern (Stand: 01.01.2013) beteiligt, was einer Beteiligung von ca. 47 Prozent entspricht. 87 Personen (knapp 8 Prozent der Befragten) verfügten nach eigener Aussage einen Migrationshintergrund im Sinne der Definition des Statistischen Bundesamtes. 5 Prozent der Befragten wollten hierzu keine Angaben machen. Zu beachten gilt, dass für die für die Berufung in ein Beamtenverhältnis in der Regel der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nach Art. 116 GG, der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erforderlich ist (Ausnahmen bei dienstlichem Bedürfnis möglich).² Angesichts einer freiwilligen Umfragebeteiligung von 47 Prozent lassen sich keine genauen Angaben über den tatsächlichen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Personalbestand der Stadt Heidelberg machen.

Datenquellen: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 01.01.2013); Eigene Personalumfrage (Stand: Februar 2013).

Der Indikator gibt Hinweise auf den Anteil der BeamtInnen und Beschäftigten/Angestellten bei der Stadtverwaltung Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

- Frauen waren im Januar 2013 mit einem Anteil von 51 Prozent etwas häufiger bei der Stadtverwaltung Heidelberg beschäftigt als Männer (49 Prozent).³
- Nahezu drei Viertel der bei der Stadt Heidelberg arbeitenden Frauen und Männer waren laut Statistik Beschäftigte/Angestellte, etwas mehr als ein Viertel waren BeamtInnen.⁴ Dabei waren Männer mit 28 Prozent leicht häufiger verbeamtet als Frauen (26 Prozent).
- Die im Rahmen einer anonymen und freiwillig zu beantwortenden Personalumfrage erhobenen Daten weisen darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Stadtverwaltung Heidelberg im Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Bevölkerungsanteil von gut 33 Prozent noch deutlich unterrepräsentiert sind.
- Von den befragten Beschäftigten/Angestellten der Stadtverwaltung besaßen gut 10 Prozent einen Migrationshintergrund. Als Deutsche mit Migrationshintergrund und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wiesen sich knapp 4 Prozent aller befragten BeamtInnen und Beamten aus. Insgesamt belief sich der Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund auf knapp 8 Prozent.
- Frauen mit Migrationshintergrund waren dabei etwas häufiger unter den befragten MitarbeiterInnen vertreten als Männer.

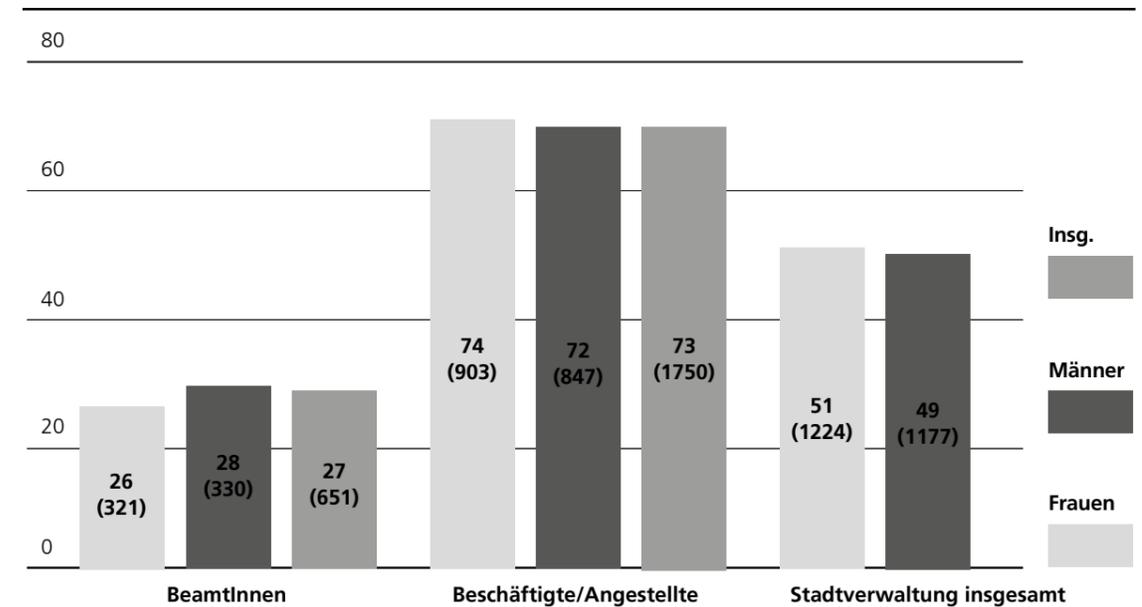
¹ Angestellte sind Beschäftigte nach anderen Tarifvereinbarungen als dem TVöD/TV-L (z. B. aus dem Theaterbereich). Diese Gruppe umfasste zum Stichtag 01.01.2013 insgesamt 63 MitarbeiterInnen und Mitarbeiter.

² Vgl. dazu das Gesetz zur Regelung des Statusrechts der BeamtInnen und Beamten in den Ländern (BeamtStG) vom 17. Juni 2008, § 7 Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses, Abs.1.

³ Zahlen laut Personalstatistik des Personal- und Organisationsamtes, Stadt Heidelberg zum Stichtag 01.01.2013.

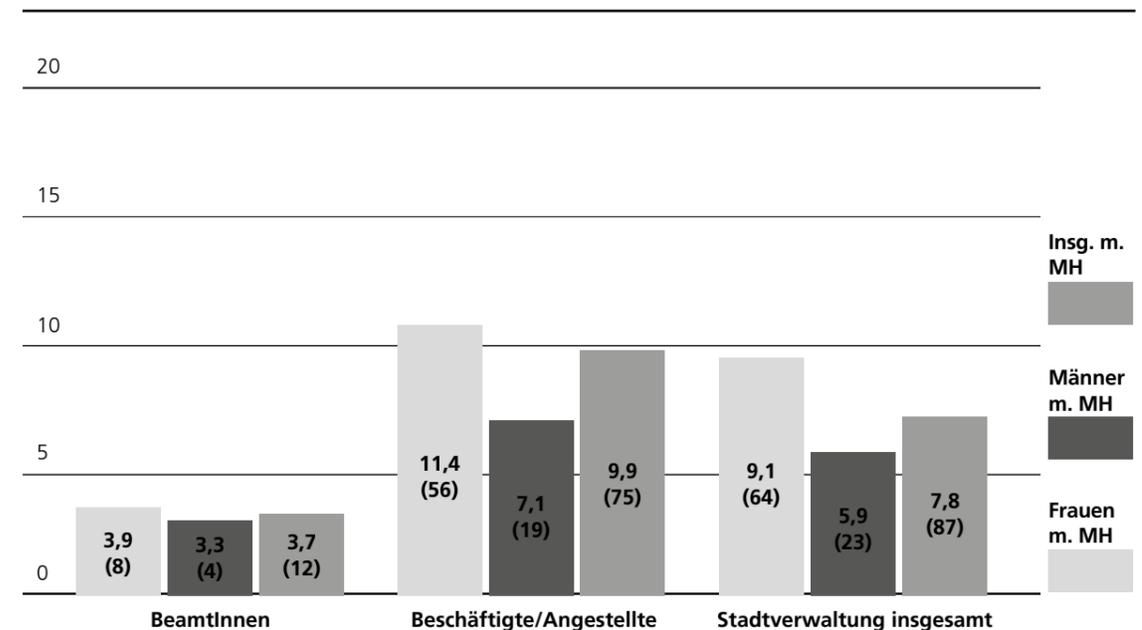
⁴ Vgl. hierzu auch den Hinweis zu den Angestellten in Fn. 1.

Abb. 1: Anteil (und Anzahl) der MitarbeiterInnen und Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung Heidelberg je Statusgruppe nach Geschlecht (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 01. Januar 2013).

Abb. 2: Anteil (und Anzahl) der befragten MitarbeiterInnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Heidelberg mit bzw. ohne Migrationshintergrund an allen Befragten je Statusgruppe (in %)



Quelle: Personalumfrage (Stand: Februar 2013).

3 MitarbeiterInnen nach Laufbahngruppen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. der MitarbeiterInnen mit und ohne Migrationshintergrund nach Laufbahngruppen (einfacher, mittlerer, gehobener, höherer Dienst) bzw. in vergleichbaren Entgeltgruppen an allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Heidelberg.

Methodische Hinweise: Personaldaten der Kommunen unterliegen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Angaben zum Migrationshintergrund der BeamtInnen und Beschäftigten/Angestellten der Stadt Heidelberg waren dem Personal- und Organisationsamt deshalb nicht möglich, weshalb hier nur auf allgemeine Zahlen für Frauen und Männer zurückgegriffen werden konnte.

Im Februar 2013 wurde daher eine anonym und freiwillig zu beantwortende Personalumfrage unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Heidelberg durchgeführt. Daran hatten sich insgesamt 1.123 von 2.401 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Stand: 01.01.2013) beteiligt. 87 Personen (knapp 8 Prozent der Befragten) verfügten nach eigener Aussage einen Migrationshintergrund im Sinne der Definition des Statistischen Bundesamtes. 5 Prozent der Befragten wollten hierzu keine Angaben machen. Zu beachten gilt dabei, dass für die Berufung in ein Beamtenverhältnis in der Regel der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nach Art. 116 GG, der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erforderlich ist (Ausnahmen bei dienstlichem Bedürfnis möglich).² Angesichts einer freiwilligen Umfragebeteiligung von 47 Prozent lassen sich keine genauen Angaben über den tatsächlichen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Personalbestand der Stadt Heidelberg machen.

Datenquellen: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg; Eigene Berechnungen, Personalumfrage der Stadt Heidelberg (Februar 2013).

Der Indikator gibt Hinweise auf die Verteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung Heidelberg nach Laufbahngruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund.

Ergebnisse:

– Während Frauen 2013 im mittleren und gehobenen Dienst die Mehrheit der MitarbeiterInnen stellen, machten sie im höheren Dienst nur ein Drittel

der BeamtInnen und Beschäftigten aus – hier waren Männer mit 67 Prozent klar überrepräsentiert. Dies gilt auch für den einfachen Dienst, wo Männer mit 73 Prozent vertreten waren.³

- Im Vergleich zu 2008 stieg der Frauenanteil im höheren Dienst kontinuierlich um 6 Prozentpunkte, während in den übrigen Laufbahngruppen nur geringfügige Zu- und Abnahmen festzustellen waren.⁴
- Von den 87 Befragten mit Migrationshintergrund gaben die meisten (36 bzw. 25 Personen) an, im mittleren bzw. im gehobenen Dienst zu arbeiten, 18 Befragte nannten den einfachen Dienst. Im höheren Dienst spielten Menschen mit Migrationshintergrund laut Umfrage dagegen keine Rolle.

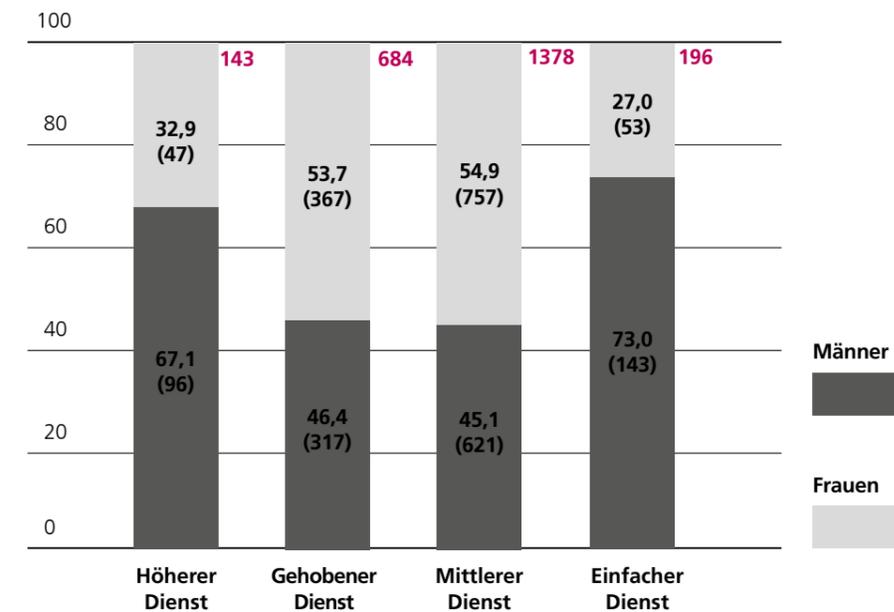
¹ Fehlbeträge ergeben sich aufgrund der Tatsache, dass ein Teil der Befragten hier keine Angaben machte bzw. eine Einordnung in Laufbahngruppen nicht möglich war. Darüber hinaus war der Anteil der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit MH im höheren Dienst aus datenschutzrechtlichen Gründen (zu geringe Fallzahlen) nicht darstellbar.

² Vgl. dazu das Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (BeamtStG) vom 17. Juni 2008, § 7 Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses, Abs.1.

³ Mit Unterzeichnung der EU-Charta im Jahre 2007 hatte sich die Stadt Heidelberg in ihrer Rolle als Arbeitgeberin u. a. zur Sicherstellung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen, insbesondere zur Beseitigung von Unausgewogenheiten auf der Führungsebene verpflichtet. Vgl. Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.): Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, Brüssel – Paris 2006, S. 16, Artikel 11 (4).

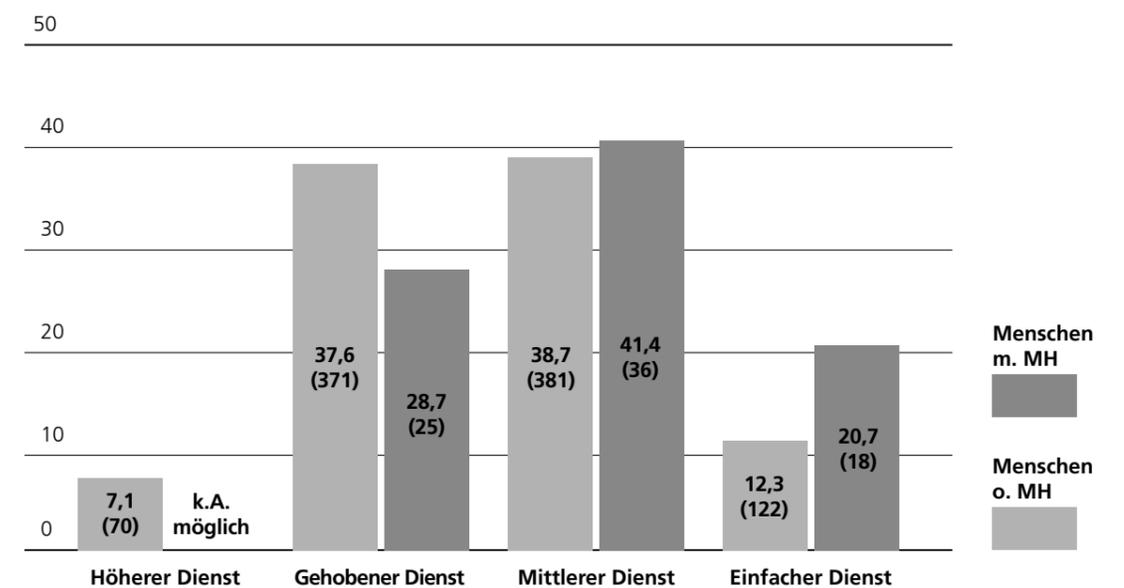
⁴ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg, Heidelberg 2008, S. 27. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten der Stadtverwaltung Heidelberg im höheren Dienst wurde bereits im Nachhaltigkeitsbericht als Messgröße für den Zielbereich „Arbeit“ formuliert. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht 2011. Indikatoren gestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015, Heidelberg 2011, S. 12.

Abb. 3: Anteil (und Anzahl) der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Heidelberg je Laufbahngruppe bzw. vergleichbarer Entgeltgruppe nach Geschlecht (01.01.2013) (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 01.01.2013).

Abb. 4: Verteilung (und Anzahl) der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit bzw. ohne Migrationshintergrund auf die jeweiligen Laufbahngruppen bzw. vergleichbare Entgeltgruppen (Februar 2013)¹ (in %)



Quelle: Personalumfrage (Stand: Februar 2013).

4 Auszubildende

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der weiblichen und männlichen Nachwuchskräfte/Auszubildenden an allen Nachwuchskräften/Auszubildenden der Stadtverwaltung Heidelberg.

Methodische Hinweise: Die Stadt Heidelberg bietet in rund 30 unterschiedlichen Berufen und Fachrichtungen Ausbildungsplätze an. Neben den Berufen im Verwaltungsbereich und den Bachelor-Studiengängen zählen dazu auch rund 15 Ausbildungsgänge im gewerblich-technischen Bereich, für die der Hauptschulabschluss oder die Mittlere Reife Zugangsvoraussetzung sind. Neben der Vermittlung fachlicher und methodischer Ausbildungsinhalte ist die Stärkung der sozialen Kompetenzen dabei ein besonderes Anliegen. Die Übernahmequote liegt in der Regel zwischen 50 und 60 Prozent. Zu Beginn des Jahres 2013 durchliefen insgesamt 132 junge Frauen und Männer eine Ausbildung bei der Stadt Heidelberg.

Personalangaben der Kommunen unterliegen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Angaben zum Migrationshintergrund der Auszubildenden waren dem Personal- und Organisationsamt der Stadt Heidelberg daher nicht möglich. Da der Stadtverwaltung keine konkreten Daten zum Migrationshintergrund bzw. zur Staatsangehörigkeit ihrer Auszubildenden vorlagen, wurde im Februar 2013 eine Personalumfrage unter den Beschäftigten der Stadt Heidelberg durchgeführt. Daran hatten sich insgesamt nur 21 (knapp 16 Prozent) der 132 bei der Stadtverwaltung tätigen Auszubildenden beteiligt. Von diesen gaben nur 19 Prozent an, selbst über einen Migrationshintergrund zu verfügen. Auf eine Darstellung musste an dieser Stelle daher leider verzichtet werden.

Datenquelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede beim Interesse an den städtischen Ausbildungsangeboten.

Ergebnisse:

- Deutlich mehr junge Frauen als Männer traten zuletzt eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung Heidelberg an.¹ Dieses Gefälle im Geschlechterverhältnis entsprach weitgehend der BewerberInnenlage.

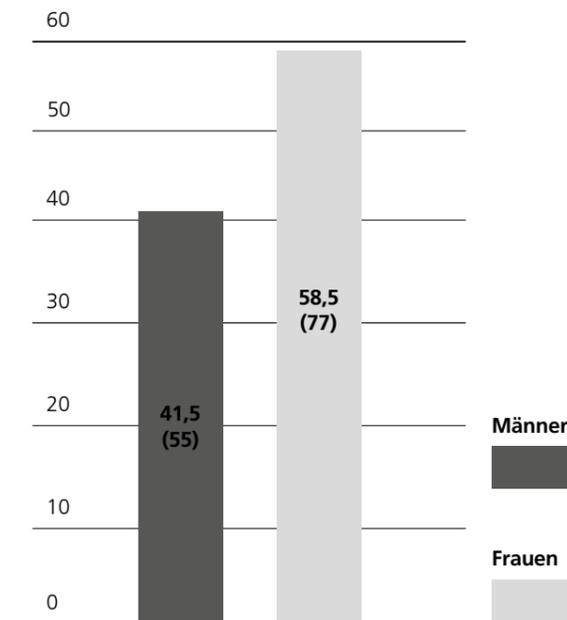
- Dabei werden mit Blick auf die jeweiligen Arbeitsbereiche die noch immer vorherrschenden Frauen- oder Männerdomänen sichtbar: die Mehrzahl der weiblichen Auszubildenden (59 von 77 Personen) war im Büro- und Verwaltungsbereich tätig, der Großteil der männlichen Auszubildenden hingegen (35 von 55 Personen) im technischen oder gewerblich-handwerklichen Bereich.²
- Über die Anzahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund liegen aus datenschutzrechtlichen Gründen derzeit keine verlässlichen Daten vor. Eine Befragung des Personal- und Organisationsamtes vom Oktober 2008 ergab jedoch einen Anteil von 23 Prozent (26 Personen) Auszubildenden mit Migrationshintergrund.³

¹ Statistik des Personal- und Organisationsamtes der Stadt Heidelberg zum Stichtag 01.01.2013. Schon der Sechste Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung stellte fest, dass 2009 mehr als die Hälfte der Ausbildungsplätze bei der Stadt Heidelberg mit weiblichen Auszubildenden besetzt wurden. Vgl. Ebd., S. 8. Auch in den Jahren 2002 bis 2004 waren deutlich mehr Ausbildungsplätze an weibliche Auszubildende vergeben worden (ca. 58–62 Prozent). In den Jahren 2005 bis 2007 dagegen waren die Anteile von jungen Frauen und Männern in etwa ausgeglichen. Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg, Heidelberg 2008, S. 18f.

² Statistik des Personal- und Organisationsamtes der Stadt Heidelberg zum Stichtag 01.01.2013. Der Sechste Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung zeigte für 2009 eine entsprechende Verteilung der Auszubildenden anhand vorherrschender Geschlechterstereotypen. Vgl. Ebd. S. 8f., 28f. Mit Unterzeichnung der EU-Charta im Jahre 2007 hatte sich die Stadt Heidelberg u. a. zur Ermutigung weiblicher und männlicher Auszubildender verpflichtet, Qualifikationen in solchen Berufen anzustreben, die traditionell als „männlich“ bzw. „weiblich“ gelten. Vgl. Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.): Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, Brüssel – Paris 2006, S. 29, Artikel 27 (3).

³ Vgl. Stadt Heidelberg, Personal- und Organisationsamt (Hrsg.): Auswertung der Migrationsabfrage (Azubis der Stadt Heidelberg), Heidelberg 2009. Dabei waren 159 Auszubildende befragt worden, insgesamt 110 Personen (69 Prozent) hatten sich an der Umfrage beteiligt.

Abb. 5: Anteil (und Anzahl) der Nachwuchskräfte/Auszubildenden bei der Stadtverwaltung Heidelberg nach Geschlecht (01.01.2013) (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 01.01.2013).

5 Fortbildungen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Jahr an Fortbildungsmaßnahmen zur Förderung der interkulturellen und der Genderkompetenz teilgenommen haben, an allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Methodische Hinweise: Fortbildungen gelten der Stadt Heidelberg als Teil ihrer Personal- und Organisationsentwicklung. Daneben bietet sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, sich auf beruflicher Basis persönlich weiter zu entwickeln. Fortbildung entwickelt und stärkt die Kenntnisse, Fertigkeiten, Fähigkeiten sowie die Motivation aller Beschäftigten.¹

Im Jahr 2008 führte die Stadtverwaltung Heidelberg ein Fortbildungsmodul zur „Interkulturellen Kompetenz“ ein. 2012 wurden hier zwei entsprechende Module mit insgesamt 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern angeboten. Gesonderte Fortbildungsangebote zur Förderung der Genderkompetenz bestanden praktisch nicht. Einzig die im Jahr 2007 eingeführte und in dieser Kombination seit 2009 bestehende Fortbildung zum „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) und zur „Dienstvereinbarung zum Schutz von Beschäftigten der Stadtverwaltung Heidelberg vor Belästigung, sexueller Belästigung und Stalking am Arbeitsplatz“ kann diesem Themenfeld zugeordnet werden. Diese findet alle zwei Jahre statt und ergibt sich aufgrund der Verpflichtungen nach § 12 AGG. An der zuletzt im Jahr 2013 angebotenen Veranstaltung nahmen insgesamt 20 Personen teil.²

Datenquelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg.

Der Indikator gibt Hinweise auf die Bereitschaft zur Teilnahme von Frauen und Männern an städtischen Fortbildungsmaßnahmen zur Förderung der interkulturellen bzw. der Genderkompetenz; auf die Attraktivität der Fortbildungsmaßnahmen zu diesen Themen.

Ergebnisse:

- Weniger als 1 Prozent (entspricht 8 bzw. 5 Personen) der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Frauen und Männer nahmen 2012 an einer Fortbildung zur Förderung der interkulturellen Kompetenz teil. Insgesamt wurden hier 2 Fortbildungsmodule angeboten. In den beiden Vorjahren war insgesamt nur ein Fortbildungs-

modul (2011) angeboten worden, an dem 5 Personen teilnahmen.³

- Die 2013 angebotene Fortbildung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und zur Dienstvereinbarung zum Schutz der Beschäftigten wurde von etwa 1 Prozent der 2013 bei der Stadtverwaltung beschäftigten Frauen (entspricht 11 Personen) und etwas weniger Männern (9 Personen) in Anspruch genommen. Gegenüber dem letzten Modul im Jahre 2011 war somit vor allem bei den Männern ein deutlicher Rückgang der Teilnehmerzahlen zu verzeichnen.⁴ Weitere gesonderte Angebote zur Förderung der Genderkompetenz bestanden 2012/2013 nicht.⁵

¹ Vgl. Stadt Heidelberg, Personal- und Organisationsamt (Hrsg.): Fortbildungsleitbild für die Stadt Heidelberg, Heidelberg 2004, S. 7.

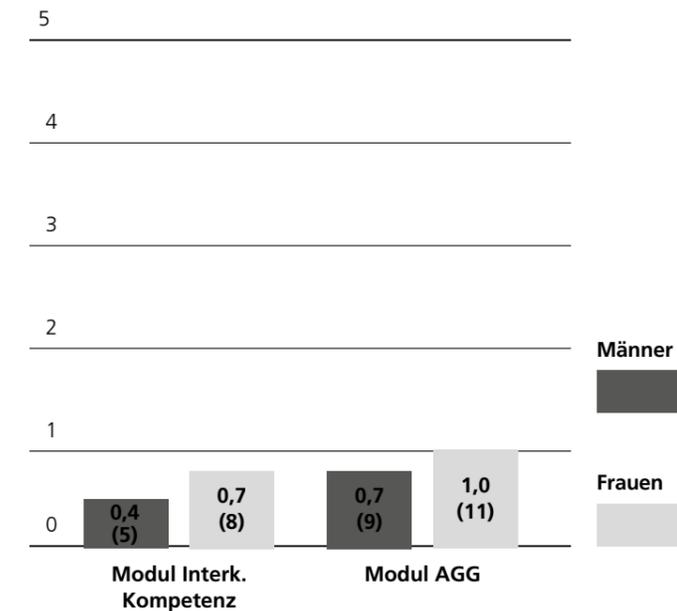
² Zahlen laut Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg.

³ Information des Personal- und Organisationsamts der Stadt Heidelberg. Daran nahmen 4 Frauen und 1 Mann teil. Ein weiteres Fortbildungsmodul musste 2011 aufgrund mangelnder Nachfrage abgesagt werden. 2010 hatte aufgrund der Absage der Referentin keine Fortbildung stattgefunden.

⁴ Information des Personal- und Organisationsamts der Stadt Heidelberg für das Jahr 2011.

⁵ Dies hängt damit zusammen, dass die Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema verstanden wird, das Eingang in das gesamte Fortbildungsprogramm der Stadtverwaltung Heidelberg finden soll. Im Fortbildungsleitfaden der Stadt Heidelberg wird dieser Gedanke im Qualitätsziel Nr. 7 wie folgt formuliert: „Die Fortbildungsangebote sollen das Themenfeld Geschlechtergerechtigkeit als ein wesentliches Reformziel grundsätzlich einbeziehen.“ Materialien wie der Vortrag selbst sollen frei von Geschlechterrollenkli-schees und diskriminierenden Formaten in Sprache, Bild oder Symbolik sein. Neue ReferentInnen sollen in diesem Sinne Kontakt mit dem Amt für Chancengleichheit aufnehmen. Daneben soll sowohl bei der internen als auch bei der externen Auswahl der Referentinnen und Referenten auf eine möglichst gleichwertige Repräsentanz der Geschlechter geachtet werden. Vgl. Stadt Heidelberg, Personal- und Organisationsamt (Hrsg.): Fortbildungsleitbild für die Stadt Heidelberg, Heidelberg 2004, S. 15.

Abb. 6: Anteil (und Anzahl) der TeilnehmerInnen an Fortbildungsmaßnahmen zur Förderung der interkulturellen und der Gender-Kompetenz eines Jahres an allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Heidelberg nach Geschlecht (Jahre 2012 / 2013) (in %)



Quelle: Personal- und Organisationsamt, Stadt Heidelberg (Stand: 2012 / 2013).

6 Inanspruchnahme ausgewählter städt. Dienstleistungen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Inanspruchnahme ausgewählter städtischer Dienstleistungen bzw. Verwaltungsangebote durch Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund/mit deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit (z. B. Inanspruchnahme der Bürgermeistersprechstunde, Anzahl der Beratungsgespräche im IZ i.G., Beratungsgespräche zum „Wohnen im Alter und mit Behinderung, inklusive des städtischen Förderprogramms „Barrierefreie Lebenslaufwohnungen“) an allen NutzerInnen dieser Dienstleistungen.

Methodische Hinweise: Die Sprechstunde des Dezernenten für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste findet fünf Mal pro Jahr statt. Insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund sind dabei eingeladen, sich mit ihren Anregungen und Problemen direkt an den zuständigen Bürgermeister zu wenden. Die hierbei geführte Statistik unterscheidet bislang nur nach der Staatsangehörigkeit.

Im Interkulturellen Zentrum i.G. erhalten Migrantenselbstorganisationen (MSOs) seit April 2012 eine allgemeine Beratung hinsichtlich des bestehenden Raumangebotes, zu verschiedenen Förder- und Zuschussmöglichkeiten und zu Projekten aus dem Bereich Migration und Integration.

Die Fachstelle barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen beim Amt für Baurecht und Denkmalschutz bietet Beratungsgespräche zum „Wohnen im Alter und mit Behinderung“, inklusive des städtischen Förderprogramms „Barrierefreie Lebenslaufwohnungen“ an. Die hierbei geführte Statistik ließ nur im Falle der Menschen mit Migrationshintergrund eine nachträgliche Binnendifferenzierung nach Frauen und Männern zu. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund konnten dagegen nur Gesamtzahlen ausgewiesen werden.

Für städtische Zuschüsse besteht auch ein umfassendes Beratungs- und Informationsangebot beim Amt für Chancengleichheit. Genaue Daten zur Inanspruchnahme dieses Angebots wurden bislang noch nicht erhoben und müssen hier daher unberücksichtigt bleiben. Auch Daten zur Inanspruchnahme der in Kooperation mit Ausländerrat/Migrationsrat (AMR) und Bürgeramt angebotenen Beratungsgespräche werden aus Datenschutzgründen derzeit noch nicht erhoben.

Datenquellen: Dezernat IV – Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste, Stadt Heidelberg; Interkulturelles Zentrum in Gründung (IZ i.G.), Stadt Heidelberg; Wohnberatung – Fachstelle barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen, Amt für Baurecht und Denkmalschutz, Stadt Heidelberg.

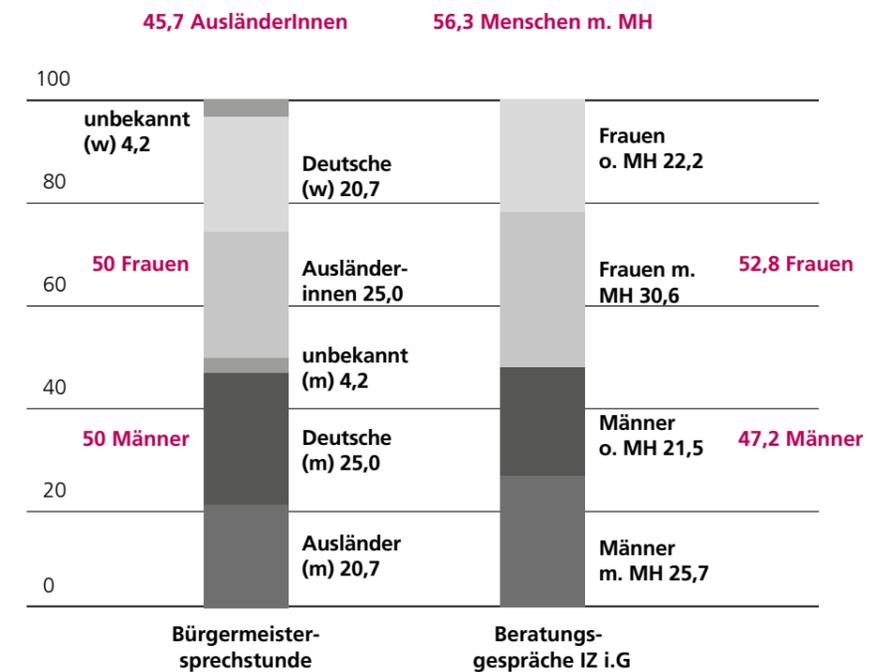
Der Indikator gibt Hinweise auf die Inanspruchnahme ausgewählter städtischer Dienstleistungen bzw. Verwaltungsangebote der Stadt Heidelberg nach Geschlecht und Migrationshintergrund / Staatsangehörigkeit.

Ergebnisse:

- Die Bürgermeistersprechstunde wurde 2012 fast genauso häufig von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit genutzt wie von Deutschen. Frauen und Männer fühlten sich dabei gleichermaßen von diesem Serviceangebot angesprochen.
- Die Beratungsangebote für die Migrantenselbstorganisationen im Interkulturellen Zentrum i. G. wurden mehrheitlich von Menschen mit Migrationsgeschichte (gut 56 Prozent) und zu rund 44 Prozent von Deutschen wahrgenommen, die sich für Integrationsprojekte engagieren. Dabei erreichte das Angebot etwas mehr Frauen als Männer (knapp 6 Prozentpunkte).
- Das bestehende Beratungsangebot zum „Wohnen im Alter und mit Behinderung“ wurde bislang nur in geringem Maße von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen. In den Jahren 2010 bis 2012 belief sich ihr Anteil auf knapp 5 bis max. 13 Prozent. Die überwiegende Mehrzahl der NutzerInnen machten somit Menschen ohne Migrationshintergrund aus.² Jüngste Zahlen lassen vermuten, dass Frauen dieses Angebot bislang insgesamt deutlich häufiger nutzen als Männer.

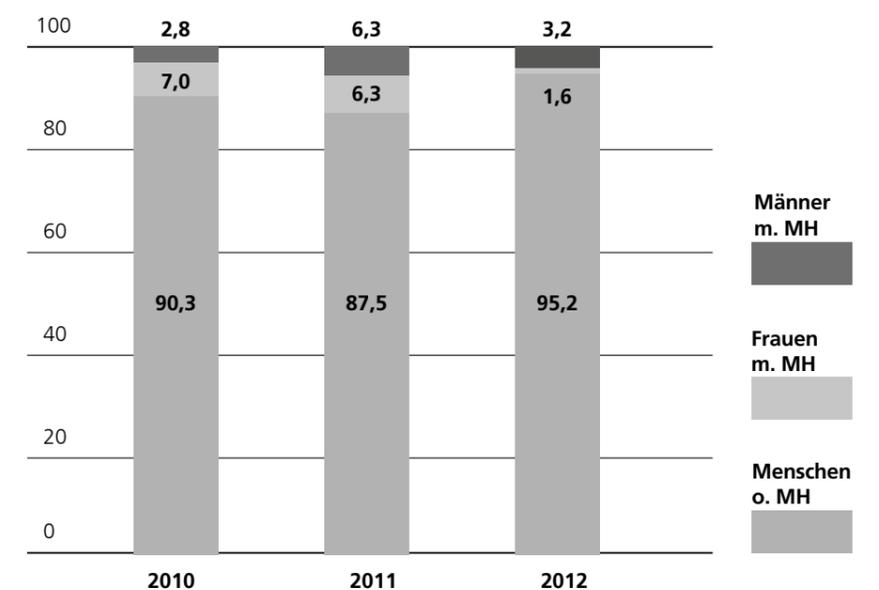
¹ Darin enthalten sind die Zahlen der Beratungen von Einzelpersonen und Ehepaaren sowie die Zahlen der jeweils betroffenen Familienmitglieder bei Familienberatungen.
² Vgl. Zahlen der Wohnberatung – Fachstelle barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen, Amt für Baurecht und Denkmalschutz, Stadt Heidelberg für die Jahre 2010 bis 2012. Ein Grund für die geringe Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund könnte laut Wohnberatung – Fachstelle barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen sein, dass der Hilfebedarf eines Familienmitglieds zumeist noch immer innerhalb des Familienverbandes aufgefangen wird. Erst wenn das nicht mehr funktioniert, werden öffentliche Hilfsangebote angenommen.

Abb. 7: Inanspruchnahme ausgewählter städtischer Dienstleistungen bzw. Verwaltungsangebote der Stadt Heidelberg nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund im Jahre 2012 (in %)



Quellen: Dezernat IV – Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste; Interkulturelles Zentrum in Gründung (IZ i.G.), Stadt Heidelberg (Stand: 31.12.2012).

Abb. 8: Anteil der in Anspruch genommenen Beratungsgespräche zum „Wohnen im Alter und mit Behinderung“ nach Jahren und Migrationshintergrund¹ (in %)



Quelle: Wohnberatung – Fachstelle barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen, Amt für Baurecht und Denkmalschutz, Stadt Heidelberg.

Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): **Bildung in Deutschland 2010**, Bielefeld 2010.

Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Umsetzung der Empfehlung 96/694 des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess KOM/2000/0120 endg.

Bezirksamt Mitte von Berlin (Hrsg.): **Migration und Gesundheit im Bezirk Berlin Mitte. Gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds**, Berlin April 2011.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Projektgruppe Soziale Sicherheit und Migration (Hrsg.): **Gesundheitliche Versorgung von Personen mit Migrationshintergrund. Expertenworkshop am 5. Mai 2009 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales**, Dokumentation, Berlin 2009.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland**, Berlin 2012.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung**, Berlin 2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): **Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Eine Standortbestimmung**, Berlin 2010.

Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.): **Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. Bericht zu den Repräsentativerhebungen im Auftrag des BMG von TNS Infratest Sozialforschung**, München Juni 2011.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): **Verfassungsschutzbericht 2011**, Köln 2012.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): **Polizeiliche Kriminalstatistik 2011**, Berlin 2011.

Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): **Zweiter periodischer Sicherheitsbericht**, Berlin 2006.

C.M.R. Institut für Communication- & Marketing-Research (Hrsg.): **Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Heidelberg. Bericht auf Grundlage der Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2012**, Mannheim 2012.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): **Zweiter Integrationsindikatorenbericht**, Berlin 2011.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): **Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring**, Berlin 2009.

Empfehlungen des kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik: **„Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten“**, Stuttgart 2010.

Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis, Referat Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung (Hrsg.): **Gesundheitliche Versorgungssituation von Migrantinnen und Migranten im Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Heidelberg**, Heidelberg 2011.

Kohls, M.: **Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel. Forschungsbericht 12 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge**, Nürnberg 2012.

Kohls, M.: **Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland. Forschungsbericht 9 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge**, Nürnberg 2011.

Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (Hrsg.): **Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 1 Ergebnisse**, Berlin 2013.

Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (Hrsg.): **Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005–2009, Teil 1 Ergebnisse**, Berlin 2011.

Koppel, M.; Weber, A.: „Heidelberg: Ein Kaleidoskop an Maßnahmen bringt die Stadt unter die TOP 100 im Gender-Index“, in: WERT.ARBEIT Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation (Hrsg.): **Mit dem Gender-Index gleichstellungspolitisch nach vorn!**, Berlin 2011, S. 35–39.

Kromeyer-Hauschild, K.; Wabitsch, M.; Kunze, D. et al.: „Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben“, in: **Monatszeitschrift für Kinderheilkunde 149**, 2001, S. 807–818.

Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt (Hrsg.): **Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern im Rhein-Neckar-Kreis**, Heidelberg 2009.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.): **Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg**, Stuttgart 2013.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **Familien kultursensibel pflegen. Ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber**, Mainz 2008.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.): **Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**, Brüssel – Paris 2006.

Robert Koch Institut/Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003–2006: **Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland**, Berlin 2008.

Robert-Koch-Institut (Hrsg.): **Gesundheitsberichterstattung des Bundes**, Berlin 2006.

Schönwalder, K. et al.: **Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multi-ethnischer Gesellschaften**, Berlin 2011.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): **Kinderbetreuung regional 2012. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland**, Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): **Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2**, Wiesbaden 2007.

Steffen, W.: „Ausländer als Kriminalitätsopfer“, in: Bundeskriminalamt (Hrsg.): **Das Opfer und die Kriminalitätsbekämpfung: Vorträge und Diskussionen der Arbeitstagung des Bundeskriminalamts vom 14. bis 17. November 1995**, Wiesbaden 1996, S. 247–282.

Schriften der Stadt Heidelberg

Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): **Heidelberger Migrantenstudie 2008. Ergebnisse einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg durchgeführt von Sinus Sociovision im Herbst 2008**, Heidelberg 2009.

Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): **Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015. Leitlinien und Ziele**, Heidelberg 2007.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): **Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010. Leitlinien und Ziele**, Heidelberg 1997.

Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): **Personalbefragung zur Work-Life-Balance, Stadtverwaltung Heidelberg 2013. Anonyme Befragung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie/Privatleben**, Heidelberg 2013.

Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): **Sechster Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung der Stadtverwaltung Heidelberg zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und Aspekte der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**, Heidelberg 2011.

Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): **Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie bei der Stadtverwaltung Heidelberg. Fünfter Bericht zur Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Ämtern und anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes in Heidelberg**, Heidelberg 2008.

Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit und Forum Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Projektbüro (Hrsg.): **Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung**, Mannheim 2007.

Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): **Heidelberger Datenreport zu Chancengleichheit von Frauen und Männern**, Heidelberg 2006.

Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.): **Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern in Heidelberg**, Heidelberg 2006.

Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): **Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010**, Heidelberg 2011.

Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): **Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht 2011. Indikatoren gestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015**, Heidelberg 2011.

Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): **Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg**, Heidelberg 2008.

Stadt Heidelberg, Bürgeramt und Amt für Chancengleichheit (Hrsg.): **Kommunaler Integrationsplan (KIP) der Stadt Heidelberg. Mit allen für alle**, Heidelberg 2011.

Stadt Heidelberg, Personal- und Organisationsamt (Hrsg.): **Auswertung der Migrationsabfrage (Azubis der Stadt Heidelberg)**, Heidelberg 2009.

Stadt Heidelberg, Personal- und Organisationsamt (Hrsg.): **Fortbildungsleitbild für die Stadt Heidelberg**, Heidelberg 2004.

Impressum

Integrations- und Gendermonitoring

Die Lebenssituation von
Frauen und Männern
in Heidelberg

Herausgeberin

Stadt Heidelberg
Amt für Chancengleichheit
Postfach 105520
69045 Heidelberg
Telefon: 06221 58-15500
E-Mail: chancengleichheit@heidelberg.de
Internet: www.heidelberg.de/integration

Konzeption

Dörthe Domzig

Realisation und Lektorat

Christian Scholl, Dörthe Domzig

Übertragung ins Englische

Renate Heinz, Diplom-Übersetzerin

Bildnachweis

alle Stadt Heidelberg

Grafik

Marijke Domscheit
domscheitmarijke@gmail.com

Druck

City-Druck Heidelberg

Heidelberg 2014

Stadt Heidelberg
Bergheimer Straße 69
69115 Heidelberg

Telefon 06221 58-15500
stadt@heidelberg.de
www.heidelberg.de